

Kreishaushalt

2009

Entwurf



Oberbergischer Kreis

Haushaltssatzung und Haushaltsplan
Ergebnis- und Finanzplan 2009 - 2012

Haushaltssatzung



Haushaltssatzung des Oberbergischen Kreises für das Haushaltsjahr 2009

Aufgrund des § 53 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW, S. 646), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.06.2008 und der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW, S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.06.2008 hat der Kreistag des Oberbergischen Kreises am _____ folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009, der die zur Erfüllung der Aufgaben des Oberbergischen Kreises voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

Im Ergebnisplan mit	
Gesamtbetrag der Erträge auf	253.999.203 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	262.861.134 €
Im Finanzplan mit	
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	253.045.785 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	250.759.117 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit auf	4.853.220 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit auf	11.193.515 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2009 für Investitionen erforderlich ist, wird auf **6.579.674 €** festgesetzt.
Der Gesamtbetrag der Kredite für Umschuldungen wird auf 0 € festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 16.500.000 € festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf **8.861.931 €** festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2009 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **60.000.000 €** festgesetzt.

§ 6

1. Zur Deckung des durch sonstige Erträge nicht gedeckten Finanzbedarfs wird von den Gemeinden gem. § 56 Abs. 1 Kreisordnung NW eine **Kreisumlage** erhoben.
Der Umlagesatz beträgt einheitlich **39,5000 %**
der für die Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen.
2. Zur Deckung der dem Kreis entstehenden Kosten für die Wahrnehmung der Aufgaben der Kreisvolkshochschule wird von den kreisangehörigen Gemeinden, die durch die **Kreisvolkshochschule** versorgt werden, gem. § 56 Abs. 4 Kreisordnung NW eine einheitliche Mehrbelastung in Höhe von **0,2109 %**
der für diese Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen erhoben.
3. Zur Deckung der dem Kreis entstehenden Kosten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Berufsschulwesens wird von den kreisangehörigen Gemeinden, die durch das **Berufsschulwesen** des Oberbergischen Kreises versorgt werden, gem. § 56 Abs. 4 Kreisordnung NW eine einheitliche Mehrbelastung in Höhe von **2,3480 %**
der für diese Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen erhoben.
4. Zur Deckung der dem Kreis entstehenden Kosten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Kreisjugendamtes wird von den kreisangehörigen Gemeinden, die durch das **Jugendamt** des Oberbergischen Kreises versorgt werden, gem. § 56 Abs. 5 Kreisordnung NW eine einheitliche Mehrbelastung in Höhe von **23,6404 %**
der für diese Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen erhoben.

5. Die im Jahr 2009 kassenwirksamen Umlagen werden mit einem Zwölftel zum 05. eines jeden Monats fällig.

§ 7

Die **Wertgrenze** für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen im Teilfinanzplan gemäß § 26 Abs. 1 Buchstabe g KrO NRW in Verbindung mit § 4 Abs. 4 GemHVO NRW wird auf **50.000 €** festgesetzt.

Gummersbach, 11.12.2008

Festgestellt:



Hagen Jobi
Landrat

Aufgestellt:



Werner Krüger
Kreiskämmerer

Vorbericht

Inhaltsverzeichnis Vorbericht (orange)	Seite
Einleitende Worte zur Einführung des "Neuen Kommunalen Finanzmanagements"	1 - 13
Stand und Entwicklung der Haushaltswirtschaft des Oberbergischen Kreises	14 - 17
Gesamtergebnisplan	18
Einnahmen des Kreises	19
Ausgaben des Kreises	20
Planergebnis je Produktbereich	21
Bewirtschaftungsregeln / Budgets	22 - 23
Personalaufwendungen	24
Sozialetat	25 - 30
Jugendhilfe	31 - 34
Abwicklung von Baumaßnahmen	35
Kreisstraßen	36 - 37
Integration der Menschen mit Migrationshintergrund im Oberbergischen Kreis	38
Was uns auszeichnet...	39
Entwicklung der Ausgaben im freiwilligen Aufgabenbereich	40
Schulden	41
Eckdaten	42 - 44

Inhaltsverzeichnis Haushaltsplan (weiß)	Seite
Gesamtergebnisplan	1 - 2
Gesamtfinanzplan	3 - 4
Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne (siehe separates Inhaltsverzeichnis Haushaltsplan)	5 - 462
Anlagen zum Haushaltsplan (Stellenplan, Übersichten, etc.) (gelb)	463-497

Einführung des „Neuen Kommunalen Finanzmanagements – NKF“ beim Oberbergischen Kreis zum 01.01.2009

1.1 Reform des Kommunalen Haushaltsrechts:

Mit dem Gesetz über ein Neues Kommunales Finanzmanagement für Gemeinden/Gemeindeverbände im Land Nordrhein Westfalen (NKFG NRW) vom 16.11.2004 wurde das Haushaltsrecht in NRW umfassend reformiert und die Gemeinden und Kreise verpflichtet, bis zum 01.01.2009 ihr bisheriges kameralistisches Rechnungswesen auf das System der doppelten Buchführung umzustellen.

Mit der Einführung des NKF werden von der Landesregierung folgende Ziele verfolgt:

- Umfassende Abbildung des Ressourcenverbrauchs
- Periodengerechte und vollständige Zuordnung des Werteverzehrs
- Darstellung des Vermögens und der Schulden einer Kommune
- Darstellung der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse der Kommune
- Intergenerative Gerechtigkeit
- Verbesserte Steuerungsfähigkeit durch Produktorientierung und Ziel-/Leistungsvorgaben
- Größere Haushalts-Transparenz für Bürgerinnen und Bürger durch produktorientierte Darstellung

1.2 Wesentliche Elemente des NKF:

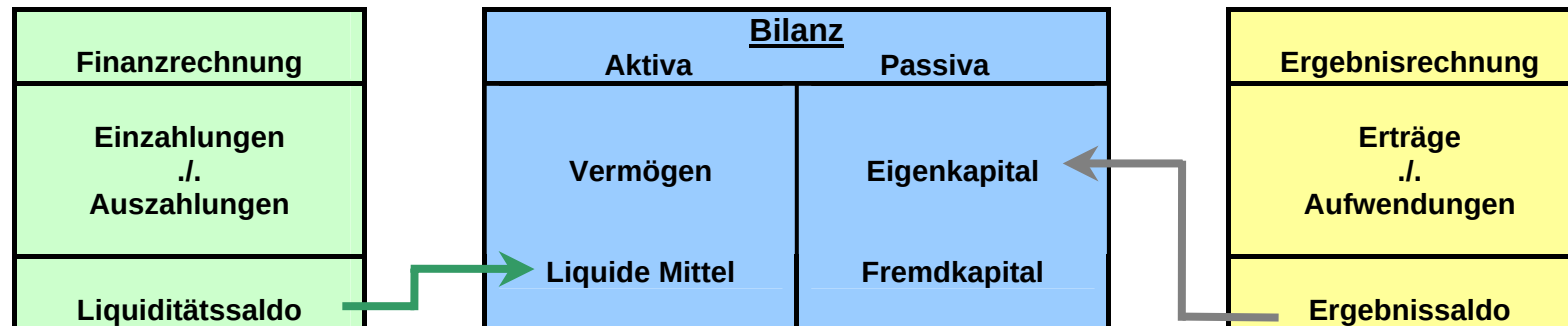
Der bisherige kamerale Haushalt war in den Verwaltungshaushalt, den Vermögenshaushalt und die Sammelnachweise unterteilt. Diese Begriffe spielen im NKF keine Rolle mehr. Im NKF-Haushalt erfolgt eine vollständig geänderte Darstellung des Haushaltsplanes. Eine unmittelbare Vergleichbarkeit mit den Plänen der Vorjahre ist daher nicht mehr gegeben. Wegen der geänderten Darstellung können in den Haushalt 2009 keine Werte (Ansätze bzw. der Rechnungsergebnisse) für die Vorjahre aufgenommen werden. Damit steht in 2009 einmalig eine wesentliche Informationsquelle nicht zur Verfügung.

Bisher wurde im kameralen Haushalt das „Geldverbrauchs-konzept“ dargestellt, bei dem Einnahmen das Geldvermögen erhöht und Ausgaben das Geldvermögen vermindert haben. Zukünftig wird im Haushaltsplan das Ressourcenverbrauchs-konzept dargestellt, bei dem Erträge das Eigenkapital erhöhen und Aufwendungen das Eigenkapital mindern.

Wesentliche Komponenten für die Planung, Bewirtschaftung und den Jahresabschluss im neuen Rechnungssystem sind

- der Ergebnisplan und die Ergebnisrechnung
- der Finanzplan und die Finanzrechnung und
- die Bilanz

Das folgende Schaubild verdeutlicht das Zusammenwirken dieser drei Komponenten und wird nachfolgend weiter erläutert:



Der Ergebnisplan und die Ergebnisrechnung:

Die Ergebnisrechnung entspricht der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung. Sie erfasst periodengerecht die Aufwendungen und Erträge und bildet damit Ressourcenaufkommen und –verbrauch ab. Als Planungsinstrument ist der Ergebnisplan der wichtigste Bestandteil des neuen Haushalts. Das Jahresergebnis der Ergebnisrechnung wird in die Bilanz übernommen und wirkt sich auf das Eigenkapital der Kommune aus; Überschüsse erhöhen das Eigenkapital, Fehlbeträge verringern das Eigenkapital entsprechend.

Der Finanzplan und die Finanzrechnung:

Der Finanzplan und die Finanzrechnung beinhalten alle Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sowie für Investitionen und die Kredittilgung. Im Finanzplan wird der notwendige Kreditbedarf für Investitionen im Planungszeitraum festgelegt. Der Liquiditätssaldo aus der Finanzrechnung bildet die Veränderung des Bestandes an liquiden Mitteln der Kommune in der Bilanz ab.

1.3 Produktgliederung des NKF-Haushalts:

Der NKF-Haushalt ist in einen Ergebnisplan, einen Finanzplan sowie in Teilpläne zu gliedern. Die Teilpläne sind produktorientiert unter Beachtung der vom Innenministerium vorgegebenen Mindestgliederung nach folgenden verbindlichen Produktbereichen in der ausgewiesenen Reihenfolge zu gliedern (§§ 53 Abs. 1 und § 79 GO i.V.m. § 4 GemHVO):.

Produktbereiche		
01 Innere Verwaltung	07 Gesundheitsdienste	13 Natur- und Landschafts- Pflege
02 Sicherheit und Ordnung	08 Sportförderung	14 Umweltschutz
03 Schulträgeraufgaben	09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	15 Wirtschaft und Tourismus
04 Kultur und Wissenschaft	10 Bauen und Wohnen	16 Allgemeine Finanzwirtschaft
05 Soziale Leistungen	11 Ver- und Entsorgung	17 Stiftungen
06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	12 Verkehrsflächen und - anlagen, ÖPNV	

Innerhalb der Grenzen dieser Produktbereiche können Teilpläne auch nach Produktgruppen oder nach Produkten aufgestellt werden. Es bleibt daher jeder Gemeinde überlassen, ob sie den Haushalt auf Basis der Mindestgliederung nach Produktbereichen darstellt oder den Haushaltsplan weiter untergliedert und auf Basis der Produktgruppen oder noch tiefer untergliedert und auf Basis der Produkte darstellt.

Der Haushalt des Oberbergischen Kreises ist in 16 Produktbereiche (der OBK verfügt über keine eigenen Stiftungen, der Produktbereich 17 „Stiftungen“ entfällt daher), 65 Produktgruppen und 125 Produkte gegliedert. Der Haushaltsplan ist auf Ebene der Produktgruppen dargestellt. Für jede Produktgruppe sind im Haushaltsplan nach den vorgegebenen Mustern der GemHVO eine Beschreibung der Produktgruppe und der hierunter abgebildeten Produkte, eine Beschreibung der Ziele und Kennzahlen, Angaben zur Zielgruppe und zum eingesetzten Personal sowie das Zahlenwerk mit Angabe der Ertrags- und Aufwandsarten, das Ergebnis aus der lfd. Verwaltungstätigkeit, das Ergebnis aus der Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und das Gesamtergebnis dargestellt. Die für die Darstellung im Haushaltsplan gewählte Ebene der Produktgruppen enthält deutlich mehr Informationen als eine Darstellung auf Ebene der gesetzlichen Mindestvorgaben (= Produktbereiche), ist im Gegensatz zu einer Darstellung auf Ebene der Produkte aber noch überschaubar.

1.4 Die Bilanz:

Die Bilanz ist Teil des neuen Jahresabschlusses und weist das kommunale Vermögen und dessen Finanzierung durch Eigen- oder Fremdkapital nach. Die Bilanz ist nach den Vorgaben des § 41 GemHVO aufzustellen und zu gliedern. Die Gliederung der Bilanz ist nachfolgend aufgeführt.

Bilanzgliederung	
Aktiva	Passiva
1. Anlagevermögen 1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände 1.2 Sachanlagen - Grundstücke/Gebäude - Infrastrukturvermögen - Betriebs- und Geschäftsausstattung 1.3 Finanzanlagen - Wertpapiere des Anlagevermögens - Beteiligungen	1. Eigenkapital 1.1 Allgemeine Rücklage 1.2 Sonderrücklage 1.3 Ausgleichsrücklage 1.4 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
2. Umlaufvermögen 2.1 Vorräte 2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens 2.4 Liquide Mittel	2. Sonderposten
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	3. Rückstellungen 3.1 Pensionsrückstellungen
	4. Verbindlichkeiten
	5. Passive Rechnungsabgrenzung

Aus den Bilanzpositionen sind die Kontengruppen und Kontenklassen für das Buchungssystem entwickelt worden. Um eine Vergleichbarkeit der Jahresabschlüsse zu gewährleisten, sind die Kontengruppen und Kontenklassen im NKF-Kontenrahmen vom Innenministerium für die Kommunen verbindlich vorgegeben worden. Zur Darstellung örtlicher Besonderheiten kann der Kontenrahmen den örtlichen Verhältnissen angepasst und um weitere Konten erweitert werden. Der Kontenrahmen des Oberbergischen Kreises umfasst zur Zeit rd. 2.200 Konten. Von besonderer Bedeutung sind die Kontenklasse „4“, in der alle Erträge abgebildet sind, und die Kontenklasse „5“ die alle Aufwendungen enthält. Auf der Folgeseite ist der NKF-Kontenrahmen als Übersicht dargestellt. Danach folgen ausführliche Erläuterungen zu der Kontenklasse 4 „Erträge“ und der Kontenklasse 5 „Aufwendungen“.

1.5 Haushaltsrechtlicher NKF – Kontenrahmen

Aktiva		Passiva		Ergebnisrechnung		Finanzrechnung		Abschluss	KLR
Kontenklasse 0	Kontenklasse 1	Kontenklasse 2	Kontenklasse 3	Kontenklasse 4	Kontenklasse 5	Kontenklasse 6	Kontenklasse 7	Kontenklasse 8	Kontenklasse 9
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	Finanzanlagen, Umlaufvermögen und aktive Rechnungsabgrenzung	Eigenkapital, Sonderposten und Rückstellungen	Verbindlichkeiten und passive Rechnungsabgrenzung	Erträge	Aufwendungen	Einzahlungen	Auszahlungen	Abschlusskonten	Kosten- und Leistungsrechnung
00 ...	10 Anteile an verbundenen Unternehmen	20 Eigenkapital	30 Anleihen	40 Steuern und ähnliche Abgaben	50 Personal-aufwendungen	60 Steuern und ähnliche Abgaben	70 Personal-auszahlungen	80 Eröffnungs-/ Abschlusskonten	90 Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)
01 Immaterielle Vermögensgegenstände	11 Beteiligungen	21 Wertberichtigungen (kein Bilanzausweis)	31 ...	41 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	51 Versorgungs-aufwendungen	61 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	71 Versorgungs-auszahlungen	81 Korrekturkonten	Die Ausgestaltung der KLR ist von jeder Kommune selbst festzulegen.
02 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	12 Sondervermögen	22 ...	32 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	42 Sonstige Transfererträge	52 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	62 Sonstige Transfer-einzahlungen	72 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	82 Kurzfristige Erfolgsrechnung	
03 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	13 Ausleihungen	23 Sonderposten	33 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	43 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	53 Transfer-aufwendungen	63 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	73 Transfer-auszahlungen		
04 Infrastrukturvermögen	14 Wertpapiere	24 ...	34 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	44 Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen	54 Sonstige ordentliche Aufwendungen	64 Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen	74 Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		
05 Bauten auf fremdem Grund und Boden	15 Vorräte	25 Pensionsrückstellungen	35 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	45 Sonstige ordentliche Erträge	55 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	65 Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	75 Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen		
06 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	16 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	26 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	36 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	46 Finanzerträge	56 ...	66 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	76 ...		
07 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	17 Privatrechtliche Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	27 Instandhaltungsrückstellungen	37 Sonstige Verbindlichkeiten	47 Aktivierte Eigenleistungen, Bestandsveränderungen	57 Bilanzielle Abschreibungen	67 ...	77 ...		
08 Betriebs- und Geschäftsausstattung	18 Liquide Mittel	28 Sonstige Rückstellungen	38 ...	48 Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	58 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	68 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	78 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		
09 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	19 Aktive Rechnungsabgrenzung	29 ...	39 Passive Rechnungsabgrenzung	49 Außerordentliche Erträge	59 Außerordentliche Aufwendungen	69 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	79 Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit		

1.6 Vorbemerkungen zu den Kontenklassen 4 „Erträge“ und 5 „Aufwand“

Kontenklasse 4 - Erträge

Die Kontenklasse 4 ist in verschiedene Kontengruppen unterteilt:

KG 40: Steuern und ähnliche Abgaben

KG 41: Zuwendungen und allgemeine Umlagen

KG 42: Sonstige Transfererträge

KG 43: Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

KG 44: Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen

KG 45: Sonstige ordentliche Erträge

KG 46: Finanzerträge

KG 47: Aktivierte Eigenleistungen, Bestandsveränderungen

KG 48: Erträge aus internen Leistungsbeziehungen

KG 49: Außerordentliche Erträge

Zu Kontengruppe 40: Steuern und ähnliche Abgaben

Die KG 40 ist untergliedert in 5 Kontenarten, wobei der Oberbergische Kreis lediglich die Konten der Kontenart 403 „Sonstige Gemeindesteuern“ nutzt. Hier werden die Erträge aus Jagdsteuern gebucht.

Zu Kontengruppe 41: Zuwendungen und allgemeine Umlagen

In dieser Kontengruppe weist der OBK Finanzhilfen in Form von Zuweisungen und Zuschüssen zur Erfüllung seiner Aufgaben aus. Insbesondere werden an dieser Stelle Schlüsselzuweisungen (Kontenart 411) sowie allgemeine Umlagen (Kontenart 418) z.B. in Form der Kreisumlage und der Jugendamtsumlage erfasst. Darüber hinaus werden über die Kontenarten 412 Bedarfszuweisungen, 413 Sonstige allgemeine Zuweisungen, 414 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und 416 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Zuwendungen abgewickelt. Letzteres kommt beim OBK v.a. im Bereich des Straßenbaus und der Straßensanierung zum Tragen, wo hohe zweckgebundene Zuweisungen vereinnahmt werden. Damit der aus der Zuweisung entstehende Ertrag periodengerecht, d.h. verteilt auf die gesamte Nutzungsdauer der Investition, verbucht werden kann, werden die Sonderposten entsprechend dem Abschreibungsintervall linear aufgelöst.

Zu Kontengruppe 42: Sonstige Transfererträge

Transferleistungen sind Zahlungen, denen keine konkrete Gegenleistung gegenübersteht, soweit es sich nicht um Zuwendungen handelt. Unterschieden werden in diesem Bereich zunächst die Kontenarten 421 und 422 Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb bzw. innerhalb von Einrichtungen, welche z.B. für die Verbuchung von Kostenbeiträgen und Aufwendungsersatz, übergeleiteten Ansprüchen gegen Unterhaltspflichtige und Kostenerstattungen durch Träger von sozialen Leistungen genutzt werden. Darüber hinaus beinhaltet die KG 42 die Kontenarten 423 Schuldendiensthilfen und 429 andere sonstige Transfererträge.

Zu Kontengruppe 43: Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Unter den Begriff Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte fallen die Kontenarten 431 Verwaltungsgebühren, 432 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte, 436 zweckgebundene Abgaben sowie 437 und 438 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge bzw. für den Gebührenaussgleich.

Zu Kontengruppe 44: Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Diese Kontengruppe beinhaltet insgesamt 5 Kontenarten. Hierzu gehören Erträge aus Mieten und Pachten (Kontenart 441) sowie aus Verkauf (Kontenart 442), beispielsweise von forstwirtschaftlichen Erzeugnissen und Erträge aus sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten wie Eintrittsgeldern zu kulturellen Veranstaltungen. Des Weiteren werden in der KG 44 Erträge aus Kostenerstattungen und (pauschalen) Kostenumlagen (Kontenart 448) verbucht, sofern Güter bzw. Dienstleistungen für andere Stellen wie Bund, Land, Kommunen, private Unternehmen etc. erbracht werden. Auf den Konten der Kontenart 449 Erträge aus aufgabenbezogenen Leistungsbeteiligungen werden ferner Ausgleichsleistungen des Bundes nach dem SGB II vereinnahmt.

Zu Kontengruppe 45: Sonstige ordentliche Erträge

Zu den sonstigen ordentlichen Erträgen gehören 8 Kontenarten. Die Kontenart 451 umfasst Erträge aus Konzessionsabgaben. Bei der Kontenart 452 sind Erträge aus der Erstattung von Steuern erfasst. Kontenart 454 beinhaltet die Erträge aus dem Verkauf von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, Kontenart 455 die Erträge aus der Verkauf von Finanzanlagen. Die sonstigen ordentlichen Erträge (Kontenart 456) erfassen Bußgelder und Säumniszuschläge sowie die Erträge aus der Inanspruchnahme von Gewährverträgen und Bürgschaften. Kontenart 457 erfasst die Erträge aus der Auflösung von sonstigen Sonderposten. Die nicht zahlungswirksamen ordentlichen Erträge (Kontenart 458) erfassen Erträge aus Zuschreibungen, aus der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen und sonstige nicht zahlungswirksame Erträge. Die anderen sonstigen ordentlichen Erträge (Kontenart 459) erfassen beispielsweise Zinsen für zurückzuzahlende Zuweisungen und Zuschüsse.

Zu Kontengruppe 46: Finanzerträge

Bei der Kontenart 461 handelt es sich um Zinserträge aus Darlehen bzw. Ausleihungen aus Geldanlagen, aus dem Giro- und Kontokorrentverkehr sowie aus Kaufpreis- u.a. Forderungen. Gewinnanteile aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden in der Kontenart 465 erfasst. Sonstige Finanzerträge wie Erträge aus Konventionalstrafen, Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz und einbehaltene Disagien werden auf der Kontenart 469 erfasst.

Zu Kontengruppe 47: Aktivierte Eigenleistungen, Bestandsveränderungen

In der KG 47 werden die aktivierten Eigenleistungen (Kontenart 471) und die Bestandsveränderungen von fertigen oder unfertigen Erzeugnissen im Vergleich zum Vorjahr (Kontenart 472) erfasst.

Zu Kontengruppe 48: Erträge aus internen Leistungsbeziehungen

Die Erträge aus internen Leistungsbeziehungen (Kontenart 481) erfassen die Erträge, die durch Verrechnung zwischen den produktorientierten Teilplänen entstehen.

Zu Kontengruppe 49: Außerordentliche Erträge

Außerordentlichen Erträge (Kontenart 491) beruhen auf seltenen und ungewöhnlichen Vorgängen von wesentlicher Bedeutung. Dazu gehören beispielsweise Versicherungsleistungen oder besondere Zuweisungen nach Naturkatastrophen sowie Schenkungen (Spenden) soweit sie von wesentlicher Bedeutung sind und ohne Auflage gewährt werden.

Kontenklasse 5 - Aufwendungen

Die Kontenklasse 5 ist ebenfalls in verschiedene Kontengruppen unterteilt:

KG 50: Personalaufwendungen

KG 51: Versorgungsaufwendungen

KG 52: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

KG 53: Transferaufwendungen

KG 54: Sonstige ordentliche Aufwendungen

KG 55: Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

KG 56: frei

KG 57: Bilanzielle Abschreibungen

KG 58: Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen

KG 59: Außerordentliche Aufwendungen

Zu Kontengruppe 50: Personalaufwendungen

Zu den Personalaufwendungen gehören die Dienstaufwendungen für die aktiv Beschäftigten des OBK (Kontenart 501). Diese werden nach den verschiedenen Dienstverhältnissen, Beamte, tariflich Beschäftigte und sonstige Beschäftigte, differenziert. Zusätzlich sind die geldwerten Sachaufwendungen für Sachbezüge gegenüber Beschäftigten, die Zuführungen zu Rückstellungen für Altersteilzeit von Beschäftigten, für nicht genommenen Urlaub und für Überstunden den Dienstaufwendungen zuzurechnen. Bei den Beiträgen zu den Versorgungskassen (Kontenart 502) wird in Beiträge für tariflich und sonstige Beschäftigte unterschieden. Die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Kontenart 503) gliedern sich in Beiträge für Beamte, tariflich und sonstige Beschäftigte. Die Beihilfen sowie Unterstützungsleistungen für Beschäftigte werden auf der Kontenart 504 gebucht. Die Aufwendungen für Pensionsrückstellungen werden in der Kontenart 505 erfasst.

Zu Kontengruppe 51: Versorgungsaufwendungen

Zur KG 51 gehören die Versorgungsbezüge (Kontenart 511) der Beamten, der tariflich und sonstigen Beschäftigten. Die Beiträge zu Versorgungskassen für Versorgungsempfänger werden in der Kontenart 512 erfasst. Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung werden in der Kontenart 513 erfasst. Aufwendungen für Beihilfen, Unterstützungsleistungen und Hinterbliebene werden in der Kontenart 514 erfasst.

Zu Kontengruppe 52: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen handelt es sich um Aufwendungen für empfangene Sach- und Dienstleistungen, die mit den Umsatz- oder Verwaltungserlösen wirtschaftlich zusammenhängen. Aufwendungen (Erhaltungsaufwand) für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen werden in der Kontenart 521 verbucht. Die Kontenart 522 umfasst die Aufwendungen für die Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens. Aufwendungen, die eine Stelle für eine andere erbracht hat, werden bei Kostenerstattungen (Kontenart 523) gebucht. Aufwendungen für die Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen werden in der Kontenart 524 erfasst. Dazu zählen insbesondere Energie-, Reinigungskosten etc. Die Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Haltung von Fahrzeugen oder Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens entstehen, sind bei den Aufwendungen für den Unterhalt des beweglichen Vermögens zu buchen (Kontenart 525). Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen wie z.B. Lehrmittel werden in der Kontenart 527 erfasst. Bei der Kontenart 529 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen handelt es sich um eine Sammelposition für Aufwendungen die keiner anderen Kontenart zugeordnet werden können.

Zu Kontengruppe 53: Transferaufwendungen

Bei Aufwendungen aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke (Kontenart 531) handelt es sich um Finanzhilfen zugunsten verschiedener Aufgabenträger des öffentlichen, privaten und sonstigen Bereiches. Die Aufwendungen für Schuldendiensthilfen dienen vorwiegend der Verbilligung der Zinsleistungen (Kontenart 532). Als Sozialtransferaufwendungen (Kontenart 533) werden alle sozialen Leistungen, die natürlichen Personen in Form individueller Hilfe gewährt werden, bezeichnet (z.B. Leistungen der Jugendhilfe). Allgemeine Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände werden in der Kontenart 535 verbucht. Die Kontenart 537 umfasst allgemeine Umlagen an das Land, Gemeinden oder Gemeindeverbänden. Dazu zählt insbesondere die Landschaftsumlage. Der Kontenart 539 werden die sonstigen Transferaufwendungen ohne Gegenleistungsverpflichtung Dritter zugeordnet.

Zu Kontengruppe 54: Sonstige ordentliche Aufwendungen

Bei den sonstigen Personal- und Versorgungsaufwendungen (Kontenart 541) handelt es sich um Personalnebenaufwendungen wie Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung, Aus- und Fortbildung, Reisekosten etc. Zu den Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten (Kontenart 542) gehören die Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten, Mieten, Pachten und Leasing, Bankgebühren sowie sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten. Bei den Geschäftsaufwendungen (Kontenart 543) werden insbesondere die Aufwendungen für Büromaterial, Telefon, Bücher, Rechtsschutz, Fachliteratur und Porto erfasst. Die Kontenart 544 umfasst Versicherungsbeiträge und Schadensfälle. Unter aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen (Kontenart 546) fallen Leistungsbeteiligungen bei Leistungen für Unterkunft und Heizung, zur Eingliederung von Arbeitssuchenden sowie einmalige Leistungen an Arbeitssuchende. Die Kontenarten 547 und 548 umfassen betriebliche Steueraufwendungen. Zu den weiteren sonstigen Aufwen-

dungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Kontenart 549) zählen Aufwendungen für Verfügungsmittel des Landrates, Fraktionszuwendungen und übrige Aufwendungen.

Zu Kontengruppe 55: Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Die Kontenart 551 umfasst Zinsaufwendungen wie Zinsen für aufgenommene Kredite, Darlehen, Hypotheken oder Kontokorrentzinsen. Zu den sonstigen Finanzaufwendungen (Kontenart 559) zählen Kreditbeschaffungskosten wie Disagien und Abschlussgebühren sowie Kreditprovisionen.

Zu Kontengruppe 56:

frei

Zu Kontengruppe 57: Bilanzielle Abschreibungen

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände (Kontenart 571) erfassen den Betrag des an Vermögensgegenständen eintretenden Werteverzehrs. Als geringwertige Wirtschaftsgüter werden die Vermögensgegenstände des beweglichen Anlagevermögens bezeichnet, die selbstständig genutzt werden können, einer Abnutzung unterliegen und deren Anschaffungs- und Herstellungskosten 410 € nicht überschreiten. In der Kontenart 572 werden die außerplanmäßigen Abschreibungen auf Finanzanlagen gebucht. Abschreibungen auf das Umlaufvermögen werden in der Kontenart 573 erfasst.

Zu Kontengruppe 58: Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen

Die Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (Kontenart 581) umfassen alle Aufwendungen, die durch Verrechnungen zwischen den Produktbereichen entstehen.

Zu Kontengruppe 59: Außerordentliche Aufwendungen

Außerordentliche Aufwendungen (Kontenart 591) fallen außerhalb des ordentlichen Verwaltungsverlaufs an. Beispiele für außerordentliche Aufwendungen sind Naturkatastrophen oder sonstige durch höhere Gewalt verursachte Ereignisse.

1.7 Kosten- und Leistungsrechnung – Interne Leistungsverrechnungen:

Gemäß § 18 GemHVO soll die Kommune eine nach den örtlichen Bedürfnissen ausgerichtete Kosten- und Leistungsrechnung einführen. Hierdurch soll der vollständige Ressourcenverbrauch innerhalb der Verwaltung dargestellt und eine möglichst vollständige Zuordnung der Kosten auf die Produkte erreicht werden. Die Zuordnung der Kosten auf die Produkte erfolgt über die interne Leistungsverrechnung.

Die im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung anfallenden Kosten und Erlöse werden soweit als möglich unmittelbar den Produkten zugeordnet und im Haushaltsplan aggregiert auf Ebene der Produktgruppen dargestellt.

So werden z.B. die „Kosten für Unterkunft und Heizung gemäß SGB II (Hartz IV)“ dem Produkt 1.05.03.01 „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ zugeordnet und in der Produktgruppe 1.05.03 „Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen“ ausgewiesen. Produktübergreifende Querschnittskosten wie z. B. ADV-Kosten, Versicherungen, Bürobedarf, Fortbildung, Kfz- oder Energiekosten werden zunächst auf Kostenstellen geplant und anschließend über die „interne Leistungsverrechnung“ den Produkten und Produktbereichen möglichst verursachungsgerecht zugeordnet.

Bei den Kostenstellen wird unterschieden zwischen

- Hilfskostenstellen, die als Sammler für zentral bewirtschaftete Kosten dienen (z.B. Bürobedarf, Versicherungen)
- Objektkostenstellen, auf denen die Kosten und Erlöse für Gebäude und bewegliches Anlagevermögen (z. B. Fahrzeuge), gesammelt werden und
- Organisationskostenstellen, auf denen Kosten gesammelt werden, die zwar eindeutig einem Amt, jedoch keinem bestimmten Produkt zugeordnet werden können (z. B. Fortbildungskosten)

Die Kostenrechnung des Oberbergischen Kreises umfasst aktuell rd. 240 Kostenstellen. Die Kostenstellenstruktur ist in den kommenden Jahren fortzuentwickeln und dem zukünftigen Bedarf anzupassen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass für jede Kostenstelle ein Verrechnungsschlüssel definiert und gepflegt werden muss. Daneben ist der Buchungsaufwand für die Buchung der Verrechnungen zu berücksichtigen.

Um eine noch genauere Darstellung der Kosten des Verwaltungshandelns darstellen zu können ist es weiter möglich, auch die Gesamtkosten der Querschnittsämtler, der internen Dienstleister und der Politik (z.B. Poststelle, Archiv, Hausmeisterdienst, Organisation/zentrale Beschaffung, Personalverwaltung, Kämmerei, Kreistag) zu ermitteln und anteilig den einzelnen Produkten und Produktgruppen zuzuordnen.

Wegen des hiermit verbundenen Aufwandes wurde im ersten NKF-Haushalt auf eine Verrechnung der Gesamtkosten der Querschnittsämler verzichtet. Es ist vorgesehen, diese Verrechnungen in den folgenden Jahren sukzessive auszuweiten. Als Folge würden bei den Querschnittsämlern entsprechende „Erträge aus internen Leistungsbeziehungen“ ausgewiesen und die „internen“ Produkte vollständig entlastet und auf „Null“ gesetzt. Im Gegenzug würden die „externen Produkte“ – neben den Verrechnungen aus der Kostenrechnung – zusätzlich mit sämtlichen Querschnittskosten belastet. Im Ergebnis würde dann der gesamte Ressourcenverbrauch im Sinne einer ergebnisorientierten Darstellung bei den „externen“ Produkten ausgewiesen.

* * * * *

Die folgenden Seiten geben einen Überblick über den Stand und die Entwicklung der Haushaltswirtschaft des Oberbergischen Kreises:

Rückschau auf Vorjahre – Einleitende Bemerkungen zum Haushalt 2009

Haushalt 2006 – 2007:

Das **Haushaltsjahr 2006** wies im Rechnungsergebnis einen Gesamtfehlbetrag von 30,7 Mio. € aus. Hauptursächlich für diese negative Finanzentwicklung waren zusätzliche Ausgaben aus der Umsetzung des SGB II/Hartz IV-Reform, die den OBK im Jahr 2005 mit rd. 4 Mio. € und im Jahr 2006 mit rd. 5,7 Mio. € belastet haben. **Der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage betrug in 2006 40,6%.**

Aufgrund dieser Entwicklung hatte die Aufsichtsbehörde gefordert, im **Haushalt 2007** die erwarteten Belastungen aus Hartz IV kostendeckend zu veranschlagen. Daneben hatten die Aufsichtsbehörde – unter Verzicht auf den Erlass einer Nachtragssatzung/Kreisumlageerhöhung in 2006 – gefordert, den in 2006 entstandenen Hartz IV-Fehlbetrag über eine Kreisumlageerhöhung in 2007 umgehend auszugleichen und den Kreishaushalt 2007 im Übrigen strukturell auszugleichen. Um den strukturellen Haushaltsausgleich zu erreichen und die Auflagen zu erfüllen **musste der Kreisumlagehebesatz für 2007 auf 46,7865% angehoben werden.**

Im Juni 2007 hat der Oberbergische Kreis dann eine zusätzliche Erstattung in Höhe von rd. 4,2 Mio. € der Wohngeldentlastung des Landes erhalten. Die Erstattung hat die Belastungen des Kreises, die maßgeblich zur Erhöhung der Kreisumlage im Jahr 2007 beigetragen haben, entsprechend verringert. Durch eine direkte Ausschüttung/Auszahlung an die Kommunen wurde die Verbesserung (entsprechend 1,5%-Punkte Kreisumlage) noch im lfd. HH-Jahr 2007 an die Kommunen weitergegeben.

Der Haushalt 2007 sah zum Ende des Jahres 2007 einen verbleibenden Fehlbetrag von rd. 25,0 Mio. € vor. Tatsächlich schloss das Haushaltsjahr 2007 mit einem Fehlbetrag von rd. 20,0 Mio. € und damit mit einer Verbesserung von rd. 5,0 Mio. € gegenüber der HSK-Planung ab. Die Haushaltsverbesserungen resultierten aus Einnahmeverbesserungen (Gewinnausschüttung BAV, Bußgelder aus Verkehrsordnungswidrigkeiten, Dividenden aus RWE-Aktien, Schlüsselzuweisungen, Gebühreneinnahmen, Einnahmen aus Holzverkäufen der Kreisforsten) sowie aus Ausgabe einsparungen (Fehlbetragsabdeckung OVAG, Umsetzung Nahverkehrsplan, Sammelnachweis Personal, Abwicklung der Haushaltsausgabereste).

Haushalt 2008:

Im **Haushaltsplan 2008** konnte der **Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage auf 40,2 %** gesenkt werden. Gründe hierfür waren u.a. eine positive Entwicklung der Umlagegrundlagen nach GFG, eine restriktive Haushaltsbewirtschaftung, der Verzicht auf eine Aufstockung der allgemeinen Rücklage im letzten kameralen Haushaltsjahr sowie – unter Berücksichtigung des positiven Rechnungsergebnisses 2007 - ein verringerter Fehlbeitragsabbau gegenüber der ursprünglichen HSK-Planung. Gleichwohl sollen die Altfehlbeträge bis Ende 2008 auf 17,75 Mio. € abgesenkt werden. Um den **Abbau der Altfehlbeträge** auch im NKF sicherzustellen sah der Entwurf der Haushaltssatzung 2008 vor, einen zusätzlichen Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage in Höhe der erwarteten Altfehlbeträge zum Ende des Jahres 2008 festzusetzen und den Kommunen den Zahlbetrag hieraus im HSK-Zeitraum von 2009 – 2012 zu stunden (sog. „Stundungsmodell“). Alle Bürgermeister der kreisangehörigen Städte/Gemeinden haben sich gegen die Anwendung des sog. Stundungsmodells ausgesprochen, da die Festsetzung und Stundung der Kreisumlage bei den Kommunen zur Ausweisung einer Verbindlichkeit in der Bilanz in entsprechender Höhe geführt hätte, die den Haushaltsausgleich für die Kommunen erschwert hätte. Um den Belangen der kreisangehörigen Städte/Gemeinden Rechnung zu tragen hat der Kreistag daher zum Abbau der Altfehlbeträge bei der Umstellung des Kreises auf NKF auf das „Stundungsmodell“ verzichtet und statt dessen das sog. Überschussmodell beschlossen. Das bedeutet, dass der Kreis zur Abdeckung der Altfehlbeträge aus dem bisherigen HSK in den Folgejahren eine erhöhte Kreisumlage festsetzen wird, die über den zum Haushaltsausgleich erforderlichen Differenzbetrag zwischen Erträgen und Aufwendungen hinausgeht.

Der Haushalt 2008 ist weiter von der im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform NRW erfolgten Übertragung von Teilen der Umwelt- und Versorgungsverwaltung auf die Kreise geprägt. Mit der Aufgabenübertragung wurde dem Oberbergischen Kreis vom Land dort frei werdendes Personal zugewiesen. Hierdurch wurden im Stellenplan zehn zusätzliche Stellen für zugewiesenes Personal ausgewiesen. Nach dem Konnexitätsprinzip erstattet das Land dem Kreis die mit der Aufgabenübertragung verbundenen Personal- und Sachkosten. Die Erstattung erfolgt über Pauschalbeträge, wobei abzuwarten bleibt, inwieweit diese Pauschalen tatsächlich kostendeckend sind.

Eine weitere Ausweitung des Stellenplans erfolgte durch das vom Kreistag beschlossene Konzept zur Neuausrichtung des Kreisjugendamtes. Das Konzept sieht eine Ausweitung und personelle Verstärkung der Bereiche „Sozialpädagogische Familienhilfe“ und des „Allgemeinen Sozialen Dienstes“ vor. Über eine intensivere Betreuung sollen die kostenintensiven Fallzahlen reduziert bzw. deren weiterer Anstieg begrenzt werden. Mit der Umsetzung des Konzepts und der Einstellung von zusätzlichem qualifiziertem Personal ist zwischenzeitlich begonnen worden. Aufgrund von Kündigungsfristen bzw. Auflösungsvereinbarungen mit bisherigen Arbeitgebern können die neuen Kräfte aber erst im 4. Quartal 2008 ihren Dienst beim Oberbergischen Kreis aufnehmen. Die Auswirkungen des Konzepts werden daher erst in 2009 und den Folgejahren spürbar werden.

Unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Verwaltungsstrukturreform und des Konzepts zur Neuausrichtung des Kreisjugendamtes umfasst der Stellenplan 2008 eine Gesamtzahl von 688,5 Stellen (2007: 665,5 Stellen).

Prognostiziertes Rechnungsergebnis 2008:

Die Entwicklung des Haushalts wird unterjährig überwacht. Auf Basis der aktuellen Ist-Zahlen wird hierbei eine Hochrechnung vorgenommen und das voraussichtliche Jahresergebnis prognostiziert. Nach der letzten Hochrechnung wird folgendes Rechnungsergebnis prognostiziert:

Erwartete Verbesserung im Verwaltungshaushalt (ohne Jugendamt und ohne Sozialetat)	+ 3,38 Mio. €
Erwartete Verschlechterung Sozialetat	- 1,72 Mio. €
Erwartete Verschlechterung Jugendamtsetat	- 3,62 Mio. €

Durch die NKF-Umstellung ergeben sich weitere Besonderheiten beim Rechnungsergebnis 2008:

- Im kameralen System konnte bereits ab Dezember auf das neue Haushaltsjahr gebucht werden, so dass die wesentlichen Einnahmen und Ausgaben des Zeitraums Dezember des Vorjahres bis November des Folgejahres (12 Monate) in der Jahresrechnung abgebildet wurden. Durch die Systemumstellung auf NKF können Buchungen auf das neue Haushaltsjahr erst ab 02.01.2009 erfolgen, so dass in der Jahresrechnung 2008 in Teilbereichen 13 Monate abgebildet werden (in Einnahme und Ausgabe).
- Die Bildung von Haushaltsausgaberesten ist in 2008 durch den Systemwechsel nicht möglich. Maßnahmen, die im alten Jahr geplant und veranschlagt aber nicht (vollständig) umgesetzt werden können, müssen ggf. über den Veränderungsnachweis in 2009 neu veranschlagt werden
- Eine pauschale Restebereinigung ist nicht möglich.

Im Bereich des Sozialtats sind die Ausgaben im Bereich „SGB II/Grundsicherung für Arbeitssuchende“ aufgrund zurückgehender Fallzahlen, in denen sich die gute Arbeit der ARGE-Oberberg widerspiegelt, zurückgegangen. Durch Mindereinnahmen aus der Wohngeldentlastung des Landes sowie Mehrausgaben bei der „Grundsicherung im Alter“ werden diese Verbesserungen aber vollständig aufgezehrt, so dass für das Jahr 2008 insgesamt eine Verschlechterung von 1,75 Mio. € erwartet wird.

Im Bereich des Jugendamtes resultieren die Mehrbelastungen hauptursächlich aus einem deutlichen Anstieg der Fallzahlen im Bereich „Hilfen zur Erziehung“. Maßgeblich für die Fallzahlensteigerung ist u.a. eine landesweit zu beobachtende höhere Sensibilisierung der Öffentlichkeit zum Thema Kindeswohlgefährdung. Durch das vom Kreistag im Jahr 2008 beschlossene Konzept zur Neuausrichtung des Jugendamtes soll diesem negativen Trend entgegengewirkt werden. Bei den Verschlechterungen des Jugendamtsetats wirkt sich die Darstellung von 13 Monaten im Rechnungsergebnis 2008 aufgrund der NKF-Umstellung besonders aus, da durch den geringen Einnahmeanteil im Bereich der Hilfen zur Erziehung und die separate Abrechnung über die Jugendamtsumlage – im Gegensatz zum Gesamthaushalt – kaum Mehreinnahmen gegengerechnet werden können. Bei den Ausgaben handelt es sich nicht um Mehrausgaben sondern um die regulären Ausgaben für den Monat Dezember, die aufgrund der NKF-Umstellung und der zukünftigen engeren Abgrenzung des Rechnungsjahres/Periodenabgrenzung einmalig im Ergebnis 2008 zusätzlich mit ausgewiesen werden.

Ausblick auf den Haushalt 2009:

Der Oberbergische Kreis stellt sein Rechnungswesen zum 01.01.2009 auf NKF um. Durch die Umstellung ändert sich der systematische Aufbau des Haushaltes grundlegend. Wegen der geänderten Darstellung können in den Haushalt 2009 keine Werte (Ansätze bzw. Rechnungsergebnisse) für die Vorjahre aufgenommen werden. Damit steht in 2009 einmalig eine wesentliche Informationsquelle nicht zur Verfügung.

- Im NKF muss der OBK ab 2009 **systembedingt Pensionsrückstellungen** für seine Beamten erwirtschaften (rd. 3,7 Mio. € in 2009).
- Daneben fließen zukünftig **Abschreibungen** in den Ergebnisplan und die Kreisumlageberechnung mit ein, da diese Aufwand darstellen. Im Gegenzug bleiben die Tilgungszahlungen bei der Berechnung der Kreisumlage unberücksichtigt. Da die erwarteten Abschreibungen die Tilgungen voraussichtlich übersteigen werden, ergibt sich hieraus ab 2009 eine systembedingte Mehrbelastung für den Haushalt des Oberbergischen Kreises (**voraussichtlich 3,9 Mio. €**).
- Aufgrund der Entwicklungen im **Sozialbereich** wird im Sozialetat für das Jahr 2009 gegenüber der bisherigen Finanzplanung eine **Haushaltsverschlechterung von 3,0 Mio. €** erwartet.
- Die 1. Modellrechnung des LDS zum Entwurf des GFG 2009 weist für den Oberbergischen Kreis gegenüber den Orientierungsdaten des Landes eine **geringere Steigerung der Umlagegrundlagen** aus. Sofern die Umlagegrundlagen tatsächlich geringer steigen als prognostiziert, würde der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage entsprechend belastet (ca. 1,9 Mio. € Wenigereinnahme, entspricht 0,65%-Punkte Kreisumlage).
- Die Orientierungsdaten des Landes für 2009 (Stand: 09.10.2008) weisen gegenüber den Planungsdaten aus 2008 geringere Steigerungen bei den Einnahmen und höhere Steigerungen bei den Personal- und Sachausgaben aus.

Haushaltsausgleich im NKF:

Kerninhalt des NKF ist das Ressourcenverbrauchskonzept und der Erhalt des Eigenkapitals. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Kommunen zukünftig u.a. auch Abschreibungen erwirtschaften und Pensionsrückstellungen vornehmen. Da diese Punkte nicht Bestandteil des kameraleen Haushaltssystems waren, ergeben sich für die Kommunen hieraus mit der Umstellung auf NKF systembedingte Mehrbelastungen. Zum Ausgleich dieser Mehrbelastungen hat Gesetzgeber das Eigenkapital der Kommune im Verhältnis 2/3 zu 1/3 in die Positionen „allgemeine Rücklage“ und „Ausgleichsrücklage“ aufgeteilt. Gleichzeitig hat der Gesetzgeber die gesetzliche Fiktion eingeführt, dass der Haushalt bei Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage noch als ausgeglichen gilt, obwohl eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage einen Verzehr des Eigenkapitals darstellt.

Damit die systembedingten Mehrbelastungen aus der NKF-Umstellung die kreisangehörigen Städte und Gemeinden über die Kreisumlage nicht zusätzlich belasten, plant der Oberbergische Kreis, in 2009 einen Teil der Ausgleichsrücklage zum Haushaltsausgleich einzusetzen. Daneben sieht der Entwurf des Haushalts 2009 vor, zur weiteren Entlastung der Kommunen im Jahr 2009 auf eine erhöhte Festsetzung des Hebesatzes der allgemeinen Kreisumlage zum geplanten Abbau der Altfehlbeträge zu verzichten.

Ergebnisplan

Erträge und Aufwendungen	Ansatz 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Steuern und ähnliche Abgaben	-4.972.000	-4.972.000	-4.972.000	-4.972.000
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-205.959.683	-209.839.173	-215.738.958	-222.096.863
Sonstige Transfererträge	-2.788.250	-2.823.250	-2.858.250	-2.893.250
Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte	-19.187.548	-19.395.027	-19.473.913	-19.529.607
Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.165.800	-1.166.150	-1.168.450	-1.168.750
Erträge aus Kostenerstattung/-umlage	-16.477.248	-16.398.848	-16.206.748	-16.221.848
Sonstige ordentliche Erträge	-2.637.620	-2.638.420	-2.639.120	-2.639.120
Ordentliche Erträge	-253.188.149	-257.232.868	-263.057.439	-269.521.438
Personalaufwendungen	44.449.380	44.804.688	45.202.088	45.607.279
Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	32.531.551	30.013.359	29.954.321	30.037.588
Bilanzielle Abschreibungen	7.582.017	7.783.688	8.009.782	8.198.378
Transferaufwendungen	132.974.882	134.969.188	136.759.780	138.556.501
Sonstige ordentliche Aufwendungen	41.614.930	41.512.477	41.390.092	41.363.843
Ordentliche Aufwendungen	259.152.760	259.083.400	261.316.063	263.763.589
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	5.964.611	1.850.532	-1.741.376	-5.757.849
Finanzerträge	-811.054	-811.054	-811.054	-811.054
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.708.374	3.671.184	3.553.994	3.367.062
Finanzergebnis	2.897.320	2.860.130	2.742.940	2.556.008
Ordentliches Jahresergebnis	8.861.931	4.710.662	1.001.564	-3.201.841

Der Haushalt kann in 2009 durch eine Inanspruchnahme aus der Ausgleichrücklage in Höhe von 8.861.931 € ausgeglichen werden, vgl. § 6 der Haushaltssatzung.

Einnahmen des Kreises

Die Einnahmen in der Kontengruppe *Steuern und ähnliche Abgaben* belaufen sich auf rd. 5,0 Mio. €, einzige direkte Steuereinnahmequelle des Kreises ist die Jagdsteuer mit einer erwarteten Einnahme von rd. 300.000 €, zudem ist hier die Zuweisung aus der Wohngeldentlastung mit rd. 4,7 Mio. € veranschlagt. Die *Zuwendungen und allgemeinen Umlagen* sind mit 206,0 Mio. € angesetzt, davon sind allein rd. 165,0 Mio. € für Umlagen veranschlagt. Die *Schlüsselzuweisungen* belaufen sich auf rd. 23,3 Mio. €. Weitere Zuweisungen vom Land werden in Höhe von rd. 14,2 Mio. € erwartet, allein auf den Produktbereich Kinder, Jugend und Familie entfallen hiervon rd. 10,2 Mio. €.

Die *sonstigen Transfererträge* (siehe insb. Produktbereich Soziale Leistungen und Produktbereich Kinder, Jugend und Familie) werden mit rd. 2,8 Mio. € veranschlagt. Hier werden Kostenbeiträge oder Rückzahlungen von sozialen Leistungen veranschlagt, z. B. übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen Unterhaltsverpflichtete. Die *öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte* belaufen sich auf rd. 19,2 Mio. €. Davon entfallen rd. 5,6 Mio. € auf Verwaltungsgebühren, davon wiederum rd. 3,7 Mio. € aus dem Produktbereich Sicherheit und Ordnung (Verkehrsangelegenheiten, Fahr- und Beförderungserlaubnisse und Kfz-Angelegenheiten, Verbraucherschutz, Personenbezogene Aufenthalts- und Statutsfragen). Auf die Produktbereich Räumliche Planung und Entwicklung entfallen Verwaltungsgebühren in Höhe von rd. 710 T€ sowie 610 T€ auf den Produktbereich Bauen und Wohnen. Benutzungsgebühren in Höhe von rd. 8,3 Mio. € entfallen auf die Produktgruppe Rettungsdienst. Im Bereich der Volkshochschule sind Hörergebühren von rd. 1,0 Mio. € kalkuliert. In der Produktgruppe Kinder in Tageseinrichtungen sind rd. 4,2 Mio. € für Elternbeiträge veranschlagt.

Die *privatrechtlichen Leistungsentgelte* (Verkauf, Mieten, Pachten, Teilnehmerentgelte, etc.) sind mit rd. 1,2 Mio. € veranschlagt. Die *Erträge aus Kostenerstattungen* belaufen sich auf rd. 16,5 Mio. €, davon wiederum entfallen rd. 12,3 Mio. € auf den Produktgruppe Einkommensdefizite (Grundsicherung für Arbeitssuchende, Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter, u.a.), zusätzlich ist dieser Produktgruppe die Landeszuweisung aus der Wohngeldentlastung von rd. 4,7 Mio. € (siehe oben) zuzurechnen. Weitere Kostenerstattungen von rd. 1,9 Mio. € werden im Bereich Individuelle Hilfen vereinnahmt und rd. 540 T€ an Erstattungen werden aus der Reform der Versorgungs- und Umweltverwaltung erwartet.

Die *sonstigen ordentlichen Erträge* summieren sich auf rd. 2,6 Mio. €, davon entfallen rd. 2,5 Mio. € auf Buß- und Verwarngelder, die weiteren ordentlichen Erträge umfassen Spenden, Schadensersatzentnahmen, Ausgleichszahlungen und ähnliche Erträge. Die *Finanzerträge* werden mit rd. 810 T€ angesetzt, davon sind Erträge aus Gewinnanteilen in Höhe von 530.000 € (BAV: 500.000 €; Radio Berg 30.000 €) veranschlagt, des weiteren wird mit Erträgen aus dem Anteil am Reingewinn der Kreissparkasse in Höhe von 280.000 € gerechnet. Nach dem Sparkassengesetz werden die zugeführten Beträge für gemeinnützige Zwecke (z. B. Zuschuss zur Weiterführung der Sozialpsychologischen Kontaktstellen, Zuschuss an Vereine zur Förderung/Betreuung von behinderten Kindern, usw.) verwendet.

Ausgaben des Kreises

Die *Personalaufwendungen* (ohne Erstattungen) sind mit rd. 44,5 Mio. € veranschlagt, davon werden rd. 29,6 Mio. € für die Bezüge der Beamten bzw. die Vergütung der Angestellten (= 11 % der Gesamtaufwendungen, 1 % Steigerung in den Folgejahren) verausgabt, die Restsumme verteilt sich auf Beiträge zu Versorgungskassen, Beihilfen, Beiträge an Sozialversicherungsträger, Honorare (z. B. KVHS) und die Zuführung an Pensionsrückstellungen. Nach § 36 GemHVO sind mit der Einführung von NKF Pensionsverpflichtungen anzusetzen.

Die *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* sind mit rd. 32,5 Mio. € veranschlagt. Hier werden u. a. Gebäudekosten für Energie, Abwasser und Wasser sowie Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten für Gebäude und Kreisstraßen (z. B. Instandsetzungsmaßnahmen zur Straßenerhaltung oder Entschädigungen an den Landesbetrieb Straßen NRW) verausgabt. Des weiteren sind hier Schülerbeförderungskosten sowie Kosten für Lehrmittel und Lern- und Unterrichtsmaterial oder auch Kostenerstattungen im Rahmen der Schulsozialarbeit veranschlagt. Weitere Ausgaben entstehen durch Kosten der Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder für Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeuntersuchungen und Kosten der Tierkörperbeseitigung sowie Kosten im Rahmen von Landschaftspflegemaßnahmen und Kosten des Medizinischen Bedarfs im Rettungsdienst oder Kosten im Rahmen der überörtlichen Prüfung. Zudem sind hier Kostenerstattungen an Gemeinden von rd. 7,8 Mio. € veranschlagt, z. B. im Rahmen der Wahlen, Seniorenarbeit, Grundsicherung für Arbeitssuchende, Tageseinrichtungen für Kinder oder der Vollzeitpflege. Zu den Sach- und Dienstleistungen gehören ferner die Kostenerstattungen von 5,5 Mio. € für Rettungswachen und notärztliche Dienste im Rahmen des Rettungsdienstes. In 2009 sind zudem die Kosten des Projekts Metabolon veranschlagt (denen steht eine entsprechende Einnahmeposition gegenüber), in der Folgejahren sinkt der Ansatz deshalb entsprechend deutlich.

Die *Transferaufwendungen* bilden mit rd. 133,0 Mio. € den größten Aufwandsposten, davon entfallen allein wiederum 53,1 Mio. € auf die Landschaftsumlage (= 20,4 % der Gesamtaufwendungen). Weitere 29,0 Mio. € entfallen auf Zuwendungen, insbesondere auf den Produktbereich Förderungen von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege (z. B. Betriebskostenzuschuss an freie Träger von Tageseinrichtungen). Weitere 21,0 Mio. € entfallen auf Sozialhilfe an Personen auß./inn. von Einrichtungen. Für Pflegewohngeld sind 5,9 Mio. € veranschlagt. Im Rahmen der Jugendhilfe (Jugendhilfe an Personen/Träger/juristische Personen auß./inn. von Einrichtungen) sind Ausgaben in Höhe von 18,8 Mio. € geplant. Für Leistungen nach dem UVG sind rd. 1,6 Mio. € kalkuliert. Weitere Kosten entstehen bspw. für die psychosoziale Betreuung (SGB II) oder im Rahmen der Schuldnerberatung (SGB II) und durch Zuschüsse an verbundene Unternehmen (Kooperationsvertrag mit der OVAG).

Die *sonstigen ordentlichen Aufwendungen* summieren sich auf rd. 41,6 Mio. €, davon entfallen allein 32,44 Mio. € (= 12,5 % der Gesamtaufwendungen) auf die Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung sowie für Wohnungsbeschaffungskosten und einmalige Leistungen im Rahmen der Grundsicherung nach dem SGB II („Hartz-IV“). Bei den übrigen Kosten handelt es sich u. a. um Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten (z. B. ADV-Kosten, Lizenzgebühren, Mieten, etc.) und um Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Telefon, Porto, Bekanntmachungen, etc.) sowie Versicherungsbeiträge (Gebäudeversicherung, Haftpflichtversicherung, etc.). Darüber hinaus werden u. a. auch die Vergütungen von externer Sachverständigen (z. B. Produkt Tierschutz), der Kostenbeitrag an das Tagesmütternetzwerk, der Eigenanteil an die Biologische Station oder Maßnahmen der Gefährdungsabschätzung und Sanierung von Altlasten über die *sonstigen ordentlichen Aufwendungen* abgewickelt, auch die Zuwendungen an die Kreistagsfraktionen sind in dieser Kontengruppe veranschlagt.

Haushalt 2009					
Planergebnis je Produktbereich (in Mio. EUR)					
Produktbereich	Bezeichnung	Haushaltsjahr			
		2009	2010	2011	2012
1.01	Innere Verwaltung	11,4	11,5	11,5	11,6
1.02	Sicherheit und Ordnung	3,9	3,9	4,0	4,1
1.03	Schulträgeraufgaben	10,6	10,3	10,5	10,7
1.04	Kultur und Wissenschaft	1,9	1,9	1,9	1,9
1.05	Soziale Leistungen	52,3	52,1	52,1	52,1
1.06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	37,6	36,7	35,8	34,9
1.07	Gesundheitsdienste	4,3	4,3	4,3	4,4
1.08	Sportförderung	0,3	0,3	0,3	0,3
1.09	Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation	5,1	5,1	5,1	5,2
1.10	Bauen und Wohnen	2,2	2,2	2,2	2,2
1.12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	7,3	7,8	8,0	8,0
1.13	Natur- und Landschaftspflege	0,8	0,8	0,8	0,8
1.14	Umweltschutz	1,9	1,9	1,9	2,0
1.15	Wirtschaft und Tourismus	1,3	1,2	1,2	1,1
1.16	Allgemeine Finanzwirtschaft	-131,9	-135,2	-138,6	-142,5
Gesamtergebnis		8,9	4,7	1,0	-3,2

kein Vorzeichen = Aufwand
negatives Vorzeichen = Ertrag

Bildung von Budgets / Bewirtschaftungsregelungen für die Ausführungen des NKF-Haushaltes

1. Grundsatz der Gesamtdeckung (§ 20 GemHVO NRW)

Soweit nichts anderes bestimmt ist, dienen die Erträge insgesamt zur Deckung der Aufwendungen. Die Einzahlungen für laufende Verwaltungstätigkeit dienen insgesamt zur Deckung der Auszahlungen für laufende Verwaltungstätigkeit. Die Zahlungsüberschüsse aus laufender Verwaltungstätigkeit und die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit sowie die Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten dienen insgesamt zur Deckung der Auszahlungen für Investitionstätigkeit.

2. Bildung von Budgets (§ 21 GemHVO NRW)

Nach § 21 Abs. 1 GemHVO können zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung Erträge und Aufwendungen zu Budgets verbunden werden. In den Budgets ist die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich. Die Budgetbildung kann sowohl für Erträge und Aufwendungen im Ergebnishaushalt als auch für Einzahlungen und Auszahlungen im Finanzhaushalt erfolgen. Durch die Verbindlichkeit stellt das Budget die Obergrenze der Ausgabeermächtigung für die Bewirtschaftung dar. Durch die Budgetbildung soll die dezentrale Ressourcenverantwortung gestärkt werden und eine flexible Haushaltswirtschaft gefördert werden. So lange das jeweilige Budget nicht überschritten wird liegt keine haushaltrechtliche Überschreitung vor.

Konkrete Vorgaben für die Budgetbildung sieht die GemHVO nicht vor, so dass jede Kommune individuell entscheiden kann, ob und in welcher Form Budgets gebildet werden. Bei der Budgetbildung besteht die Möglichkeit, die Budgets nach Produkten bzw. Produktbereichen oder organisationsbezogene Budgets zu bilden. Daneben können Budgets für einzelne Ertrags- und Aufwandsarten oder Mischformen der verschiedenen Möglichkeiten gewählt werden.

Beim Oberbergischen Kreis erfolgt die Budgetbildung in einer Mischform in Anlehnung an die Organisationsstruktur. Hierdurch sollen wirtschaftliche Vorteile durch zentrale Beschaffungen und die zentrale Abwicklung/Bewirtschaftung von Querschnittsaufgaben erzielt werden. Daneben soll den Fachämtern eine flexible und verantwortliche Bewirtschaftung der zur Aufgabenerledigung erforderlichen Finanzmittel ermöglicht und die Verantwortlichkeit der Produktverantwortlichen gestärkt werden.

Beim Oberbergischen Kreis werden folgende Budgets gebildet:

1. **Budget Personalaufwand:** Die Personalaufwendungen aller Produktgruppen werden zu einem Budget Personalaufwand verbunden. Die Budgetverwaltung erfolgt zentral durch die Personalverwaltung/Amt 11.
2. **Budget Gebäudeunterhaltung:** Die Aufwendungen zur Unterhaltung der Gebäude (Bauunterhaltung, Instandsetzung, Wartung technischer Anlagen, etc.) werden zu einem Budget „Gebäudeunterhaltung“ verbunden. Hiervon ausgenommen sind die Rettungswachen. Die Budgetverwaltung erfolgt zentral durch das technische Immobilienmanagement/Amt 23 (Rettungswachen durch Amt 32).
3. **Budget Gebäudebewirtschaftung:** Die Aufwendungen zur Bewirtschaftung der Gebäude (Grundbesitzabgaben, Energiekosten, Reinigung, etc.) werden zu einem Budget „Gebäudebewirtschaftung“ verbunden. Hiervon ausgenommen sind die Rettungswachen. Die Budgetverwaltung erfolgt zentral durch das Grundstücks- und Gebäudemangement/Amt 23 (Rettungswachen durch Amt 32).
4. **Budget Zentrale Dienste:** Die Kosten für ADV + Netzwerk, Beschaffung, Büromaterial, Telefon, zentralen Fuhrpark etc. werden von den Zentralen Diensten bewirtschaftet. Die Zentralen Dienste übernehmen für die Abwicklung von Materialbeschaffungen und Bestellungen hierbei die Funktion einer „Servicestelle“, die von den Ämtern zu nutzen ist. Die Abrechnung der Kosten für Büromaterial, Bücher und Zeitschriften, erfolgt über eine Amtskostenstelle, die für jedes Amt eingerichtet wird. Die Amtsleitungen sind hierbei für die Einhaltung des Kostenrahmens verantwortlich, haben jedoch die Möglichkeit einer flexiblen Bewirtschaftung.
5. **Budget Sachaufwand:** Innerhalb der Produktgruppen bzw. Produkte werden die sachlich zusammenhängenden Aufwendungen aus den Zeilen 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ und den Zeilen 16 „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ zu einem Budget verbunden. Die Budgeteinrichtung erfolgt durch die Kämmerei in Abstimmung mit den Fachämtern. Die Budgetverwaltung erfolgt durch die Produktverantwortlichen in den Fachämtern.

Personalaufwendungen

Haushaltsjahr 2008:

Laut Sammelnachweis 9301 wurden die *Personalausgaben* für das Haushaltsjahr 2008 mit insgesamt 36.636.300 € veranschlagt. Es ist zu erwarten, dass das Rechnungsergebnis 2008 diesen Ansatz nicht bzw. nur geringfügig überschreiten wird.

Haushaltsjahr 2009:

Der Entwurf des Haushalts 2009 sieht *Personalaufwendungen* in Höhe von rd. 44,5 Mio. € vor. Mit der Umstellung auf NKF sind die Personalaufwendungen nur noch bedingt mit den Personalausgaben des Haushalts 2008 vergleichbar. Der Ansatz für Personalaufwendungen im Haushalt 2009 beinhaltet zum einen die „klassischen“ Personalausgaben sowie zum anderen sonstige Personalausgaben, wie z. B. Honorare für nebenamtliche Dozenten der KVHS, Vergütungen der Abteilungsleitungen der KVHS in den Städten und Gemeinden, die im kameralen Haushalt nicht über den Sammelnachweis Personal abgewickelt wurden. Zudem besteht mit der Einführung von NKF die Verpflichtung Pensionsverpflichtungen anzusetzen. Für den Haushalt 2008 bedeutet dies einen zusätzlichen Personalaufwand in Höhe von 3,7 Mio. €.

Der Haushaltsansatz basiert auf einem Stellenvolumen von 703,5 Stellen. Im Vergleich zum Stellenplan 2008 ergibt sich im Saldo eine Erhöhung um 15 Stellen. Die notwendige weitere Aufstockung der Kreisleitstelle, die weitere Umsetzung der sozialpädagogischen Neuausrichtung des Kreisjugendamtes sowie notwendiger Mehrbedarf in verschiedenen anderen Bereichen der Kreisverwaltung führen neben anderen Punkten dazu, dass der Anteil Personalaufwendungen, der mit dem „alten“ Sammelnachweis Personal vergleichbar ist, auf rd. 39,5 Mio. € ansteigt. Der Ansatz enthält zudem Mehraufwendungen für Tarif- bzw. Besoldungserhöhungen in Höhe von ca. 825.000 € sowie Aufwendungen für die Beamtinnen und Beamten, die dem Oberbergischen Kreis durch die Verwaltungsstrukturreform in 2008 zugewiesen wurden und die bislang gesondert ausgewiesen wurden, im Umfang von rd. 523.000 €.

Die Personalaufwendungen, die durch die Zuweisung dieser Beamten entstehen, werden zu ca. 85 % vom Land erstattet. Insgesamt sieht der Haushalt 2009 Erstattungen zu Personalaufwendungen in Höhe von insgesamt rd. 1,8 Mio. € vor, so dass die Netto-Personalaufwendungen ca. 42,7 Mio. € betragen.

1. Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II (Hartz IV)

Nach der zweigeteilten gesetzlichen Aufgabenträgerschaft tragen die Kreise und kreisfreien Städte die Unterkunfts- und Heizkosten und die Kosten für bestimmte einmalige Leistungen. Der Bund trägt die Kosten für die sonstigen Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes und für die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (Betreuung, Qualifizierung und Vermittlung). Den kreisfreien Städten und Kreisen ist darüber hinaus die Aufgabe der Schuldnerberatung, der Suchtberatung, der psychosozialen Betreuung sowie der Kinderbetreuung zugewiesen, soweit diese Leistungen der Eingliederung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in das Erwerbsleben dienen.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften und Hilfeempfänger nach dem SGB II hat sich wie folgt entwickelt:

Monat 2007	Bedarfsgemein- schaften (BGs)	Hilfeempfänger (Personen)	Monat 2008	Bedarfsgemeinschaf- ten (BGs)	Hilfeempfänger (Personen)
Januar	9.291	19.459	Januar	8.471	17.734
Februar	9.360	19.661	Februar	8.530	17.846
März	9.281	19.517	März	8.509	17.810
April	9.144	19.261	April	8.470	17.698
Mai	9.061	19.042	Mai	8.409	17.536
Juni	8.899	18.751	Juni	8.315	17.366
Juli	8.807	18.544	<i>Juli</i>	<i>7.990</i>	<i>16.670</i>
August	8.677	18.277	<i>August</i>	<i>7.860</i>	<i>16.296</i>
September	8.619	18.084	<i>September</i>	<i>7.764</i>	<i>16.111</i>
Oktober	8.577	17.975	<i>Oktober</i>	<i>7.787</i>	<i>16.108</i>
November	8.430	17.626	<i>November</i>		
Dezember	8.422	17.623	<i>Dezember</i>		

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistik

Hinweis: Es handelt es sich für Januar 2007 bis Juni 2008 um sog. revidierte Zahlen nach einer Wartezeit von drei Monaten und ab *Juli 2008 um vorläufige Zahlen*.

Von Juli 2007 bis Juni 2008 sank die Zahl der Bedarfsgemeinschaften in Oberberg um 5,6 %, bundesweit betrug der Rückgang in diesem Zeitraum 4,6 %. Die Aufwendungen für Unterkunft und Heizung (§ 22 I + VII SGB II) reduzieren sich von 33,137 Mio. € in 2007 auf voraussichtlich 31,690 Mio. € in 2008, also um 1,447 Mio. € (- 4,4%). Bundesweit wird derzeit keine Reduzierung der Aufwendungen gegenüber 2007 erwartet. Die ARGE Oberberg arbeitet weiter erfolgreich, auch im direkten Vergleich mit anderen Argen.

Bund und Land beteiligen sich an den kommunalen Aufwendungen:

Jahr	Bundesbeteiligung		Landesbeteiligung Betrag
	Beteiligungssatz	Betrag	
2005	29,1 %	9.449.000 €	2.404.000 €
2006	29,1 %	10.283.000 €	3.112.000 €
2007	31,2 %	10.339.000 €	7.309.000 €
2008 erwartet	28,6 %	9.063.000 €	5.019.000 €
2009 geplant	25,4 % *	8.049.000 €	4.672.000 €
Differenz 2009 zu 2007	- 5,8 %-Punkte	- 2.290.000 €	- 2.637.000 €

* Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

Sowohl der Bund (§ 46 Abs. 6 ff. SGB II) als auch das Land (§ 7 Abs. 2 Satz 4 ff. AG-SGB II NRW) legen für ihre Erstattungen die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften und nicht die Entwicklung der tatsächlichen Ausgaben zugrunde. Durch das Auseinanderentwickeln des Indikators Bedarfsgemeinschaften zu den tatsächlichen Kosten wächst dem Kreis im Zeitverlauf eine stetig steigende Last zu. Bund und Land entlasten sich einseitig von Kostenrisiken und zwar entgegen der gesetzlichen Zusage einer Entlastung um bundesweit 2,5 Mrd. € (§ 46 Abs. 5 SGB II).

Leistungen in Einrichtungen

Die Entwicklung der Zahl der Empfänger von Leistungen in Einrichtungen stellt sich wie folgt dar:

	Jan 07	Feb 07	Mrz 07	Apr 07	Mai 07	Jun 07	Jul 07	Aug 07	Sep 07	Okt 07	Nov 07	Dez 07
Fälle insgesamt	1.078	1.115	1.129	1.171	1174	1209	1192	1201	1201	1188	1208	1.209
darin:												
Grundsicherung im Alter u. bei Erwerbsminderung - 65 Jahre und älter - nach dem 4. Kapitel SGB XII	155	151	153	148	151	149	146	148	145	147	148	148
Hilfe zur Pflege - 65 Jahre und älter - nach dem 7. Kapitel SGB XII	791	752	787	804	803	822	810	807	805	798	814	830
Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII	33	33	34	33	34	33	32	32	32	32	32	31
Pflegewohngeld nach dem Landespflegegesetz ¹⁾	918	954	970	1004	1008	1042	1026	1040	1029	1019	1037	1.040

	Jan 08	Feb 08	Mrz 08	Apr 08	Mai 08	Jun 08	Jul 08	Aug 08	Sep 08	Okt 08	Nov 08	Dez 08
Fälle insgesamt	1.085	1.098	1.172	1.156	1.166	1.186	1.188	1.186	1.171	1.172	1.195	
darin:												
Grundsicherung im Alter u. bei Erwerbsminderung - 65 Jahre und älter - nach dem 4. Kapitel SGB XII	148	149	150	149	148	150	153	149	143	138	146	
Hilfe zur Pflege - 65 Jahre und älter - nach dem 7. Kapitel SGB XII	840	807	831	813	819	824	831	822	803	822	823	
Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII	32	31	31	29	29	28	31	32	29	31	32	
Pflegewohngeld nach dem Landespflegegesetz ¹⁾	917	936	1.006	1.002	1.012	1.033	1.031	1.034	1.022	1023	1.038	

Allgemeiner Hinweis: In den Fällen kann es zur Gewährung nur einer Hilfe kommen; ebenso ist aber auch die Gewährung mehrerer der aufgeführten Hilfen gleichzeitig möglich und notwendig. Die Fallzahl insgesamt ist daher stets niedriger als die Summe der Einzelhilfen.

¹⁾ Pflegewohngeld ist jährlich neu zu beantragen. In den meisten Fällen läuft die Bewilligung zum Jahresende aus. Die Weiterbewilligung kann drei Monate rückwirkend erfolgen. Darin ist der Rückgang der Fälle im Jan. gegenüber dem Dez. des Vorjahres begründet

Die einzusetzenden Finanzmittel für die Versorgung von hilfe- und pflegebedürftigen Menschen in Einrichtungen sind erheblich und haben sich wie folgt entwickelt:

Jahr	Nettoausgaben	Veränd. zum Vorjahr
2004	12.117.000 €	
2005	13.149.000 €	+ 1.032.000 €
2006	14.337.000 €	+ 1.188.000 €
2007	15.028.000 €	+ 691.000 €
2008 erwartet	14.621.000 €	- 407.000 €
2009 geplant	14.245.000 €	-376.000 €

Im März 2007 hat der Kreistag das „Konzept zur Weiterentwicklung des integrierten Altenhilfesystems im Oberbergischen Kreis“ beschlossen. In Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden wurde mit dem „Rahmenkonzept zur integrierten Senioren- und Pflegeberatung im Oberbergischen Kreis“ ein einheitlicher Handlungsrahmen für alle 13 Pflegeberatungsstellen entwickelt. Mit der Unterzeichnung der Vereinbarung zur Umsetzung des Rahmenkonzeptes durch alle Kommunen wurden zum 01.01.08 die Voraussetzungen für die Umsetzung geschaffen. Der in den vergangenen Jahren verzeichnete Anstieg der Hilfeempfangszahlen ist in den vergangenen Monaten zum Stillstand gekommen. Seit April 2008 liegt die Gesamthilfeempfangszahl durchgängig unter denen des jeweiligen Vorjahresmonats. Die Aufwendungen werden voraussichtlich erstmals 2008 unter denen des Vorjahres liegen. In der Haushaltsplanung 2009 wurden weitere Einsparungen berücksichtigt.

Die Entwicklung zeigt deutlich: Die Umsetzung des Rahmenkonzeptes zur integrierten Senioren- und Pflegeberatung im Oberbergischen Kreis zeigt erste positive Wirkungen.

2. Leistungen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII

Personen, die nicht grundsätzlich Leistungen nach dem SGB II erhalten, aber ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht selbst sicherstellen können, haben Anspruch auf Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Dritten oder Vierten Kapitel SGB XII. Die Entwicklung der Fallzahlen ergibt sich aus der nachstehenden Aufstellung:

Monat 2008	Hilfe zum Lebensunterhalt nach Kapitel 3 SGB XII	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach Kapitel 4 SGB XII
Januar	264	1.487
Februar	273	1.495
März	287	1.507
April	288	1.513
Mai	299	1.534
Juni	293	1.521
Juli	304	1.473
August	325	1.493
September	334	1.520
Oktober	363	1.529
November	385	1.553

Bedarfsgemeinschaften, in denen nicht mindestens eine Person erwerbsfähig im Sinne des SGB II ist, haben keinen SGB II-Leistungsanspruch, sondern erhalten Sozialhilfeleistungen nach dem 3. Kapitel SGB XII. Es handelt sich zumeist um Einzelpersonen, die nicht dauerhaft erwerbsunfähig sind, deren Erwerbsfähigkeit voraussichtlich aber auch nicht innerhalb von sechs Monaten wieder hergestellt werden kann. Die Nettoaufwendungen sind wie die Fallzahlen in der Vergangenheit kontinuierlich gestiegen von 1,325 Mio. in 2007 auf voraussichtlich rd. 2 Mio. € in 2008. Hier wird es erforderlich, durch gezielte Begleitung und Hilfen die Erwerbsfähigkeit dieser Menschen wieder herzustellen.

Der bereits in den vergangenen Jahren zu beobachtende Trend der stetigen Zunahme der leistungsberechtigten Personen auf Grundsicherungsleistungen nach dem Vierten Kapitel SGB XII setzt sich weiter fort. Die demografische Entwicklung mit der Zunahme älterer Menschen sowie die Leistungskürzungen in den vorgelagerten Sozialleistungssystemen lassen auch für die Zukunft einen weiteren Anstieg erwarten. Die Entwicklung bei den Aufwendungen und der Beteiligung des Bundes wird aus der nachstehenden Aufstellung deutlich:

Jahr	Nettoaufwand	Bundesbeteiligung	Anteil des Bundes
2003	3.433.000 €	1.225.000 €	35,7 %
2004	4.540.000 €	1.109.000 €	24,4 %
2005	6.214.000 €	1.149.000 €	18,5 %
2006	6.630.000 €	1.116.000 €	16,8 %
2007	6.799.000 €	1.079.000 €	15,9 %
2008 erwartet	7.226.000 €	1.005.000 €	13,9 %
2009 geplant	7.231.000 €	880.000 €	12,2 %

Mit der Neuregelung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch Art. 2 des Gesetzes zur Neuregelung des Wohngeldrechts und zur Änderung des Sozialgesetzbuches tritt ab 2009 an die Stelle des bisherigen bundesweiten Festbetrages eine prozentual gestaffelte Bundesbeteiligung von zunächst 13 % an den Ausgaben des Vorvorjahres, die jährlich um einen Prozentpunkt erhöht wird, bis im Jahr 2012 der Höchstsatz von 16 % erreicht ist. Durch den Bezug auf die Ausgaben des Vorvorjahres ergibt sich für 2009 ein nochmals geringerer Bundesanteil.

Die Haushaltsansätze im Sozialetat wurden auf der Basis der zu erwartenden Rechnungsergebnisse 2008 ohne Steigerung für das Jahr 2009 und den HSK-Zeitraum fortgeschrieben, soweit eine Anpassung im Einzelfall nicht zwingend erforderlich war.

Die Gesamtentwicklung im Sozialetat seit 2007 stellt sich abschließend wie folgt dar:

	Entwurf HPL 2009	HSK 2009 alt	HPL 2008	vorauss. RE 2008	RE 2007
Gesamteinnahmen:	15.064.500	19.388.000	19.388.000	16.553.924	20.388.679
Gesamtausgaben:	60.363.000	61.593.000	62.253.000	61.071.307	62.507.460
	45.298.500	42.205.000	42.865.000	44.517.383	42.118.781
	Zuschuss	Zuschuss	Zuschuss	Zuschuss	Zuschuss

Jugendhilfe

Der Oberbergische Kreis nimmt in seinem Zuständigkeitsbereich die Aufgaben des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe für insgesamt neun Städte und Gemeinden wahr. Dies sind die Kommunen Bergneustadt, Engelskirchen, Hückeswagen, Lindlar, Marienheide, Morsbach, Nümbrecht, Reichshof und Waldbröl. Zur Bestreitung der Kosten, die aus der Wahrnehmung der jugendhilferechtlichen Aufgabenstellung erwachsen, wird von den beteiligten Kommunen eine Jugendamtsumlage erhoben. Nachfolgend sind die Zuschussbedarfe nach Produktgruppen zusammengefasst:

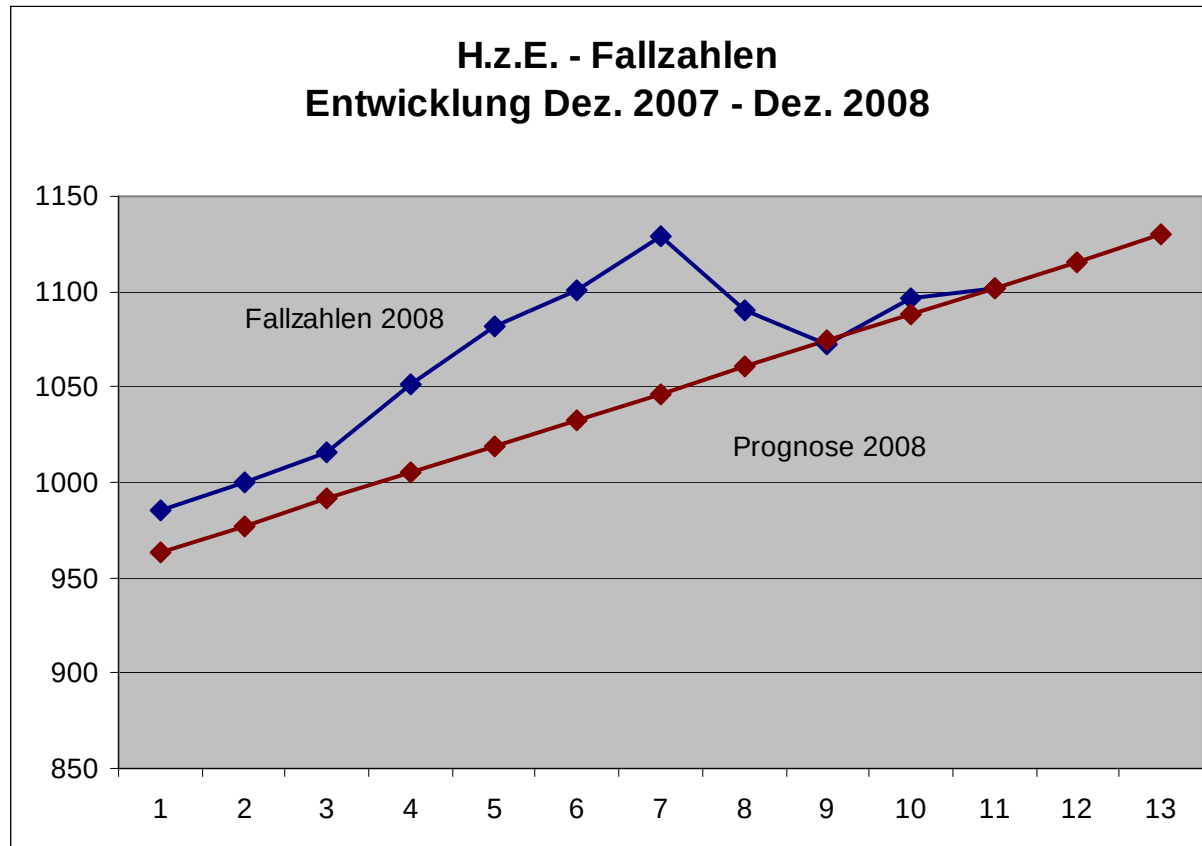
Produktgruppe	Zuschussbedarf 2009	Zuschussbedarf 2010	Zuschussbedarf 2011	Zuschussbedarf 2012
Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	14.276.938 €	14.168.641 €	14.069.681 €	13.967.887 €
Jugendarbeit und Familienförderung	1.278.997 €	1.274.243 €	1.239.417 €	1.244.048 €
Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	21.940.473 €	21.163.151 €	20.423.527 €	19.641.165 €
davon Hilfen zur Erziehung	18.889.222 €	18.147.718 €	17.400.182 €	16.655.516 €
davon Unterhaltsvorschussleistungen	1.241.869 €	1.247.217 €	1.300.142 €	1.304.762 €
	37.496.408 €	36.606.035 €	35.732.625 €	34.853.100 €

Die Schwerpunkte der Kinder- und Jugendarbeit liegen sowohl in der inhaltlichen Ausgestaltung der Arbeitsfelder als auch in der finanzwirtschaftlichen Auswirkung in den Bereichen „Hilfen zur Erziehung“ und „Tageseinrichtungen für Kinder“.

Hilfen zur Erziehung

Die Hilfen zur Erziehung, als gesetzlicher Rechtsanspruch im SGB VIII verankert, zeichnen sich in den letzten Jahren durch stetige Fallzahlen- und damit einhergehend durch entsprechende Kostensteigerungen aus:

	31.12.2007	31.01.2008	29.02.2008	31.03.2008	30.04.2008	31.05.2008	30.06.2008	31.07.2008	31.08.2008	30.09.2008	31.10.2008	30.11.2008	31.12.2008
Fallzahlen - Monatswerte 2008	985	1000	1016	1051	1082	1101	1129	1090	1072	1096	1102		
Veränderung zum Vormonat	12	15	16	35	31	19	28	-39	-18	24	6		
Fallzahlen - Prognose 2008	964	977	991	1005	1019	1033	1047	1060	1074	1088	1102	1116	1130



In einem von der Verwaltung des Jugendamtes erarbeiteten und von Jugendhilfeausschuss und Kreistag beschlossenen „Konzept zur Neuausrichtung der sozialpädagogischen Arbeit des Kreisjugendamtes“ soll dieser Entwicklung entgegengewirkt werden. Die Kernelemente der Neuausrichtung mit den Bausteinen „Fallaufnahmeendienst“, „Regionalteambildung“, „Sozialraumorientierung“ und „ambulante Erziehungshilfe“ werden in einem Zeitraum von zwei Jahren (2009 - 2010) umgesetzt bzw. eingeführt. Sie führen sukzessive zu einer deutlichen Veränderung in der sozialpädagogischen Arbeit des Jugendamtes, die den Fokus verstärkt auf präventive, fallunspezifische und ressourcenorientierte Hilfen richtet. Mittelfristig wird durch eine breit angelegte und niederschwellig ausgerichtete ortsnahe Kinder-, Jugend- und Familienarbeit eine frühere und wirksamere Sozialarbeit geleistet werden, die als Effekt langfristig auch zu einem Rückgang der „späten“ und dann oft auch teuren Einzelfallhilfen führen wird.

Tageseinrichtungen für Kinder

Die Finanzierung der Tageseinrichtungen für Kinder stellt den zweiten großen Kostenblock im Jugendhilfebereich dar. Als Rechtsgrundlage wurde das alte Kindergartengesetz (GTK) zum 1.8.2008 durch das neue Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern - Kinderbildungsgesetz- (KiBiz) abgelöst. Im Zentrum des Gesetzes steht neben der frühen Bildung und Förderung von Kindern und mehr Flexibilität für die Eltern bei der Nutzung der Angebote insbesondere auch der Ausbau des Betreuungsangebotes für unter Dreijährige und die Anpassung der Elternbeiträge an die Betreuungszeiten. Zudem bringt das KiBiz eine grundsätzlich neue Finanzierungsregelung für die Träger der Kindertagesstätten. Statt einer Finanzierung auf Betriebskostenbasis erhalten die Träger nun ein sich aus „Kindpauschalen“ ergebendes Budget, mit dem sämtliche Kosten für den Betrieb der Einrichtungen abgedeckt werden. Im Ergebnis erhalten die Träger unter KiBiz-Regeln insgesamt höhere Finanzaufwendungen, entsprechend den gestiegenen Qualitätsanforderungen.

Die demographische Entwicklung wirkt sich derzeit und in den nächsten Jahren dahingehend aus, dass in den Kernjahrgängen insgesamt weniger Kinder die Kindertagesstätten besuchen. Andererseits wird durch die verstärkte Öffnung der Kindertagesstätten für unter Dreijährige mit einer Zunahme insbesondere Zweijähriger Kinder zu rechnen sein. Dies wird zu einer Umgestaltung der Angebotsstruktur führen, die einerseits Gruppenumwandlungen, in Einzelfällen auch Gruppenschließungen, andererseits auch den Aufbau neuer Angebote umfasst.

Die nachfolgende Übersicht zeigt den zu erwartenden Überhang an Plätzen in den Kernjahrgängen, der jetzt und in den kommenden Jahren zur Schaffung neuer Plätze für unter Dreijährige genutzt wird.

	Kindergartenjahr 2008	Kindergartenjahr 2009	Kindergartenjahr 2010
vorhandene Plätze	4365	4275	4275
erwartete Kinderzahlen in den Kernjahrgängen	4341	4150	3868
freie Plätze / Überhang	24	125	407

Übersicht über die Zuwendungen des Jugendamtes

(z.B. Zuwendungen an Tageseinrichtungen für Kinder, Familienbildungsstätten, Erziehungsberatungsstellen, Förderung von Familienzentren, Sprachförderung, Schülerbetreuungsmaßnahmen, etc.)

Produktgruppen	Zuwendungen 2009	Zuwendungen 2010	Zuwendungen 2011	Zuwendungen 2012
Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	25.260.000	25.308.000	25.356.000	25.440.000
davon Weiterleitung Landeszuweisung	364.000	364.000	364.000	364.000
Jugendarbeit und Familienförderung	592.200	592.200	592.200	592.200
davon Weiterleitung Landeszuweisung	106.000	106.000	106.000	106.000
Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	525.100	525.100	525.100	525.100
davon Hilfe zur Erziehung	420.000	420.000	420.000	420.000
davon Unterhaltsvorschussleistungen	-	-	-	-
<i>Zwischensumme</i>	26.377.300	26.425.300	26.473.300	26.557.300

Eine detailliertere Übersicht über die geplanten Zuwendungen kann den Erläuterungen zu den einzelnen Produktgruppen entnommen werden.

Übersicht über die Transferaufwendungen im Jugendamt

(z.B. Kosten der Heimerziehung, Vollzeitpflege, Erziehung in einer Tagesgruppe, sozialpädagogischen Familienhilfe, etc.)

Kostenarten	2009	2010	2011	2012
Jugendhilfe an natürliche Personen a.v.E.	2.850.000	2.990.000	3.130.000	3.270.000
Jugendhilfe an freie Träger a.v.E.	739.700	739.700	739.700	739.700
Jugendhilfe an juristische Personen a.v.E.	3.452.000	3.160.000	2.868.000	2.576.000
sonstige Hilfen a.v.E.	112.000	112.000	74.000	74.000
Jugendhilfe an freie Träger i.v.E.	11.188.100	10.590.100	9.992.100	9.394.100
Jugendhilfe an juristische Personen i.v.E.	381.200	391.200	401.200	411.200
sonstige soziale Leistungen	408.000	408.000	408.000	408.000
Leistungen Unterhaltsvorschussgesetz	1.550.000	1.550.000	1.600.000	1.600.000
<i>Zwischensumme</i>	20.681.000	19.941.000	19.213.000	18.473.000

Summe der Zuwendungen / Transferaufwendungen

<i>Summe</i>	47.058.300	46.366.300	45.686.300	45.030.300

Abwicklung von Baumaßnahmen

(ohne Erstattungen, ohne Landeszuschüsse, etc.)

Finanzpositionen	Plan 2009	Fi.Plan 2010	Fi.Plan 2011	Fi.Plan 2012
Gebäude				
5231300 Erweiterung Brandschutzzentrum	235.000	1.300.000	1.000.000	0
5232410 Fassadensanierung BK-Dieringhausen	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000
5232414 Erweiterung BK-Wipperfürth	3.000.000	1.920.000	0	0
5232770 Ausbau FS f. emotionale u. soziale Entw.	170.000	0	0	0
5233211 Erweit.Schl.Homburg	3.670.000	5.000	0	0
<i>Zwischensumme:</i>	<i>8.275.000</i>	<i>4.425.000</i>	<i>2.200.000</i>	<i>1.200.000</i>
Straßenbau:				
5660010 Eigenfinanz. Straßenbaumaßnahmen	532.000	532.500	532.500	533.000
5660020 Planung der Kreisstraßenprojekte	107.000	107.000	107.000	107.000
5660030 Straßenbegleit. Radwege	0	0	400.000	370.000
5661701 Verk.sich. K17 Oberbr.	0	0	320.000	30.000
5661801 Ausbau K18/39 Dohrgaul	460.000	370.000	0	0
5662301 Verk.sich. K23 Belmicke	0	186.000	0	0
5662302 Knoten K23/Bahnstr.	0	0	0	290.000
5662303 Knoten K23/B55	0	200.000	250.000	100.000
5662801 Verlängerung K28	0	0	200.000	1.800.000
5664501 Ausbau K45/L306	10.000	1.000.000	1.000.000	240.000
<i>Zwischensumme:</i>	<i>1.109.000</i>	<i>2.395.500</i>	<i>2.809.500</i>	<i>3.470.000</i>
Summe	9.384.000	6.820.500	5.009.500	4.670.000

Einen separaten Vermögenshaushalt gibt es im NKF-Haushaltsplan nicht mehr. Die Bauprojekte werden über sog. *PSP-I Elemente (Investitionen)* abgewickelt. Im NKF-Haushaltsplan sind die Projekte in den entsprechenden Bereichen abgebildet, z. B. Straßenbau >> Produktgruppe 1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen.

Kreisstraßen

Vom Oberbergischen Kreis wird ein derzeit 53 Straßenzüge umfassendes Kreisstraßennetz mit einer Gesamtlänge von 212,3 km verwaltet, wovon 35 km aus Ortsdurchfahrten und 177 km aus freien Strecken bestehen. Damit haben die Kreisstraßen einen Anteil von 26% am etwa 825 km langen überörtlichen Straßennetz aus Bundes-, Landes- und Kreisstraßen innerhalb des Kreisgebietes und erfüllen wichtige infrastrukturelle Aufgaben. Ihre dabei durchaus unterschiedlich große Bedeutung ziehen die einzelnen Strecken neben dem Ausbauzustand vornehmlich aus ihrer Lage im Netz. Davon abhängig liegen die Verkehrsbelastungen zwischen knapp 350 und über 11.000 Kraftfahrzeugen am Tag. Der für die Schadensentwicklung auf der Fahrbahn wesentliche Schwerverkehrsanteil beträgt bis zu 830 LKW am Tag.

Durch umfangreiche örtliche Messungen und Beurteilungen des Tiefbauamtes wurde in den letzten Jahren der Anlagebestand der Kreisstraßen den Vorgaben zum NKF entsprechend detailliert aufgenommen und im Schulnotensystem bewertet, um daraus neben dem jährlichen Sanierungsbedarf auch das Infrastrukturvermögen und darauf basierend die künftig notwendigen Abschreibungen entwickeln zu können. Nach den örtlichen Gegebenheiten wurde dabei das Gesamtnetz in 413 einzelne Abschnitte unterteilt, für die an Hand ihres Zustandes der aktuelle Restwert (Wiederbeschaffungszeitwert) und die erwartete Restnutzungsdauer getrennt festgelegt wurden.

Unter Berücksichtigung des derzeitigen Baupreisniveaus ergibt sich aus diesen Erhebungen in der Summe bei einem theoretischen Herstellungsneuwert von 196 Mio. Euro und einer akzeptablen Durchschnittsnote von 3,37 zum Eröffnungstichtag 01.01.2009 ein maßgebender Bilanzwert für das Straßenanlagevermögen in Höhe von 111.792.000 €. Dazu kommen die Straßengrundstücke mit einem Wert von 6.659.000 €, so dass der Oberbergische Kreis in der Eröffnungsbilanz über ein **Kreisstraßenvermögen von 118.451.000 €** verfügt.

Das Anlagevermögen unterliegt allerdings einem erheblichen Werteverzehr, der durch stetige Abnutzung bedingt ist. Bei einer angesetzten Gesamtnutzungsdauer der Straßenkörper von 50 Jahren nach der NKF-Rahmentabelle erreichen die bilanziellen **Abschreibungen** insgesamt eine Höhe von jährlich etwa **3.900.000 €**. Ausgehend von der verbleibenden durchschnittlichen Restnutzungsdauer würde somit das Straßenanlagevermögen innerhalb von 30 Jahren auf Null abschmelzen, sofern dieser Entwicklung nicht durch Investitionen gleicher Größenordnung gegengesteuert wird.

Auf der Basis der Bestimmungen des Straßen- und Wegegesetzes NRW hat der Oberbergische Kreis deshalb die Aufgabe, seine Straßen den Nutzungsbedürfnissen entsprechend nach seiner Leistungsfähigkeit zu erhalten und möglichst zu verbessern und dabei auch den besonderen Belangen von Anliegern und örtlichen Versorgungszwecken Rechnung zu tragen. Daraus ergibt sich ein breites Tätigkeitsspektrum mit folgenden Schwerpunkten, die in der Produktgruppe 1.12.01, Öffentliche Verkehrsflächen veranschlagt sind:

Die im Haushaltssinne nicht werterhaltend wirkende **Unterhaltung** der Kreisstraßen – also Winterdienst, Pflege und Kleinreparaturen - ist mangels eigenem Bauhof gegen Zahlung eines längenabhängigen Entgelts an den Landesbetrieb Straßenbau sowie teils an die Städte Gummersbach und Hückeswagen übertragen und wird vom Kreis nur bezahlt und überwacht. Mit rund 1,1 Mio. € in 2009 verzehrt die Straßenunterhaltung etwa ein Drittel der für Kreisstraßen insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel. Dennoch sind dies im Jahr lediglich 5,20 € pro laufendem Meter Straße.

Ebenso wie die Unterhaltung stellen auch die **Instandsetzungen** Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dar und fließen somit in die laufende Verwaltungstätigkeit ein. Mit der Sanierungstätigkeit, die vor allem die Erneuerung von Fahrbahnbelägen, aber auch der Randanlagen und Entwässerungseinrichtungen beinhaltet, wird das Ziel verfolgt, den Verkehr durch Schadensbehebungen wieder sicher und störungsfrei zu führen und dabei den ursprünglichen Straßenzustand möglichst weitgehend wieder herzustellen. Um den ständigen verkehrs- und witterungsbedingten Substanzverlust zu kompensieren, stehen in kontinuierlicher Folge auch 2009 wieder 850.000 € zur Verfügung, aus denen das zu Jahresbeginn in Abstimmung mit dem Bauausschuss festzulegende Instandsetzungsprogramm abzudecken ist. Als nicht investive Tätigkeit werden zumindest die umfassenderen Sanierungen durch Wertzuschreibungen vermögenserhaltend zu berücksichtigen sein und damit den Abschreibungen entgegen wirken.

Dagegen sind die **Neu-, Um- und Ausbauten** im Kreisstraßennetz investiv und damit wertbildend. Diese Projekte dienen vor dem Hintergrund wachsender Verkehrsdichte und ansteigendem Geschwindigkeitsniveau der Verbesserung der Sicherheit und Nutzbarkeit der Straßen gleichermaßen für motorisierte und nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer und Anwohner. Dem auf lange Sicht fortbestehenden Verbesserungsbedarf wird mit einer Mittelausstattung entsprochen, die an den Projektgrößen und den Refinanzierungsmöglichkeiten orientiert einschließlich der zugehörigen Planungen und dem Grunderwerb zwischen 1.340.000 € in 2009 und 3,6 Mio. € in 2012 schwankt und damit zumindest zeitweilig den Werteverzehr im Gesamtnetz kompensiert. Unterstützt wird die investive Tätigkeit zum Teil durch Landeszuwendungen, mit denen vornehmlich innerörtliche Umbauten und Radwege in ein bis zwei Fällen jährlich mit aktuell noch 70 % gefördert werden. Die Zuwendungen, die als Sonderposten jeweils über 50 Jahre hinweg bilanziellen Einfluss haben, folgen zusammen mit den Erstattungen anderer beteiligter Baulastträger mit 442.000 € in 2009 bis 2,5 Mio. € in 2012 der Ausgabeentwicklung.

Während die Zuschussmaßnahmen auf Grund der Zweckgebundenheit mit den Ansätzen für Landeszuwendungen, für Erstattungen durch Drittbeteiligte, mit Grunderwerb und mit der Bauabwicklung jeweils mit den jährlichen Einzelansätzen veranschlagt sind, werden die nicht zuschussfähigen Planungen und die eigenfinanzierten Um- und Ausbauten zusammen gefasst. Als solches soll 2009 zunächst der mehrfach verschobene Ausbau der K 52 in Wiehl / Hückhausen mit voraussichtlich 400.000 € und anschließend der Knotenumbau K 23 / K 50 im Othetal realisiert werden, bevor etwa die Verbreiterung der K 42 bei Wasserfuhr oder der Ausbau der K 29 Lindlar / Unterommer in den nächsten Jahren folgen können.

Abrundend entstehen für die Kreisstraßen auch Bewirtschaftungskosten im Rahmen des sogenannten **Straßenbetriebes**, mit dem der vorhandene Bestand verwaltet wird. Neben Veröffentlichungskosten sind dies vor allem Gebühren und Beiträge für Gewässerunterhaltung im Straßenbereich und für die Regenwasserableitungen in kommunale Abwasseranlagen mit stark steigender Tendenz durch die zwingend gewordene Einführung der differenzierten Abwassergebühr.

Integration der Menschen mit Migrationshintergrund im Oberbergischen Kreis

Ziel der Integrationsarbeit ist die gerechte Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund in rechtstaatlicher, politischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht.

Der Bund haben mit dem Nationalen Integrationsplan und das Land NRW mit seinem Aktionsplan Integration anerkannt, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und die Integration der Zuwanderer derzeit die wichtigste gesellschaftliche Aufgabe ist. Im Oberbergischen Kreis haben circa 20% der Bevölkerung eine Migrationshintergrund, deren Integration zuerst in den Städten und Gemeinden, in denen sie leben, zu erfolgen hat. Der Kreis ist aufgrund seiner Bündelungs-, Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion aufgerufen, die Integration als Querschnittsaufgabe anzustoßen, zu fördern und zu koordinieren.

Integration betrifft alle Lebens- und Politikbereiche. Sie bedeutet, den Spracherwerb frühestmöglich und in jedem Alter zu fördern. Ihr Ziel muss sein, Bildungs- und Ausbildungsfähigkeit der Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte zu erreichen, um ihnen als Erwachsene den gleichberechtigten Zugang zur Wirtschaft und Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Die speziellen gesundheitlichen Probleme und das Älterwerden der Zuwanderer können ebenso Thema der Integrationsarbeit sein wie ihre Wohnsituation als ein besonderer Aspekt gelingender Integration. Die mit der Zuwanderung verbundene kulturelle Vielfalt bereichert die Aufnahmegesellschaft und die Begegnungen bei sportlichen Veranstaltungen sind integrationsfördernd.

Die unter der Produktgruppe „Verwaltungsführung“ im Produkt Nr. 1.01.02.01 „Entwicklung von Konzepten und Rahmenregelungen“ eingeplanten Haushaltsmittel versetzen den Integrationsbeauftragten des Kreises in die Lage

- Veranstaltungen zum Thema Integration durchzuführen und zu bezuschussen,
- integrationsrelevante Projekte Dritter mit ihren jeweils eigenen Zuständigkeiten und Aufgaben zu initiieren und zu fördern,
- die im Kreisgebiet tätigen Akteure auf dem Gebiet der Integrationsarbeit zu vernetzen,
- Gelegenheiten zu Begegnung der Aufnahmegesellschaft und der Zuwanderer zu schaffen und zu fördern,
- Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Integration zu betreiben und zu fördern.

Was uns auszeichnet ...



Der Oberbergische Kreis ist seit dem 23.06.2008 als erster Kreis im Regierungsbezirk Köln mit dem **RAL-Gütezeichen „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“** ausgezeichnet. Das bundesweit anerkannte RAL-Gütezeichen wird verliehen, wenn 13 Kriterien erfüllt sind. So müssen z.B. Auftragsrechnungen innerhalb von 15 Arbeitstagen bezahlt, auf Anfragen, Eingaben und Beschwerden innerhalb von 3 Arbeitstagen reagiert und über gewerbliche Bauvorhaben in 40 Arbeitstagen entschieden werden. Gefordert ist aber auch die Schaffung von Verwaltungswegweisern und Lotsen für Existenzgründer und regelmäßige Unternehmensbefragungen. Erklärtes Ziel ist eine wirtschaftsförderliche Verwaltungspraxis, die im Sinne eines Standortfaktors günstige Rahmenbedingungen für unternehmerische Entscheidungen in Oberberg schafft.



Als erste Institution im Oberbergischen Kreis hat die Hertie-Stiftung die Kreisverwaltung für ihre familienbewusste Personalpolitik im November 2005 mit dem Zertifikat **„audit berufundfamilie“** ausgezeichnet. Im Rahmen der Zertifizierung wurden in insgesamt 9 Handlungsfeldern eine Vielzahl von Zielen und Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie festgelegt. In 2008 hat sich die Kreisverwaltung erfolgreich der Re-Auditierung unterzogen und darf das Qualitätssiegel **„audit berufundfamilie“** nunmehr für weitere drei Jahre führen. Mit der Umsetzung des audit positioniert sich die Kreisverwaltung zudem vorbildhaft für eine bessere familienpolitische Ausrichtung im gesamten Oberbergischen Kreis.

Das **Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt** des Oberbergischen Kreises ist seit dem 31.10.2006 für den Geltungsbereich Tiergesundheit und Verbraucherschutz für das Managementsystem nach DIN EN ISO 9001:2000 **zertifiziert**. Damit wurde der Nachweis der regelkonformen Anwendung erbracht und gemäß TÜV-CERT-Verfahren bescheinigt. Diese Zertifizierung wird regelmäßig überwacht, das letzte externe Überwachungsaudit durch den TÜV NORD CERT fand am 15.09.2008 statt und wurde erfolgreich absolviert.

Entwicklung der Ausgaben im freiwilligen Aufgabenbereich

In den zurückliegenden Jahren war der Anteil der freiwilligen Ausgaben (Zuschussbedarf) nahezu konstant und betrug rd. 2,0 Mio. € p.a. Gemessen am Ausgabevolumen lag der Anteil der freiwilligen Ausgaben spürbar unter 1% der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes.

Den größten Anteil im freiwilligen Aufgabenbereich haben die Zuschüsse im Kulturbereich für das Museum Schloss Homburg. Weitere Ausgabepositionen sind die Kreis- und Stadtbücherei, die Förderung des Sports (insbesondere Jugendarbeit), der Schulpsychologische Dienst, die Förderung von Wirtschaft und Verkehr, die Förderung der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fremdenverkehr.

Im bisherigen kameralen System wurde der Haushalt feingliedrig auf Basis der Haushaltstellen aufgestellt. Hierdurch konnten die freiwilligen Ausgaben einzeln gekennzeichnet und entsprechend ausgewertet werden. Im neuen NKF-Haushalt erfolgt die Darstellung der Finanzpositionen als aggregierter Wert auf Basis von vorgegebenen Ertrags- und Aufwandsarten. Eine Kennzeichnung und Ausweisung der freiwilligen Ausgabenanteile ist im NKF-Haushalt nicht möglich, so dass diese nicht mehr erkennbar sind. Auch im Buchungssystem der Verwaltung ist der Anteil der freiwilligen Ausgaben weder erkennbar noch maschinell auswertbar. Eine Übersicht der freiwilligen Ausgaben, die mit den früheren Übersichten im kameralen System vergleichbar ist, kann nur manuell – mit zeitlich und personell erheblichem Aufwand – erstellt werden.

Haushalts-jahr	freiwillige Ausgaben* (* Zuschussbedarf)	Ausgabevolumen VwH insgesamt*	Anteil der freiwilligen Ausgaben
	Mio.€	Mio. €	in %
2004	2,04	198,2	1,03%
2005	2,01	234,1	0,86%
2006	2,03	240,1	0,85%
2007	2,02	264,9	0,76%
2008	2,16	259,9	0,83%
2009	entspricht ca. dem Vorjahreswert	262,8*	

* ab 2009 Summe der Aufwendungen im Ergebnisplan

Schulden

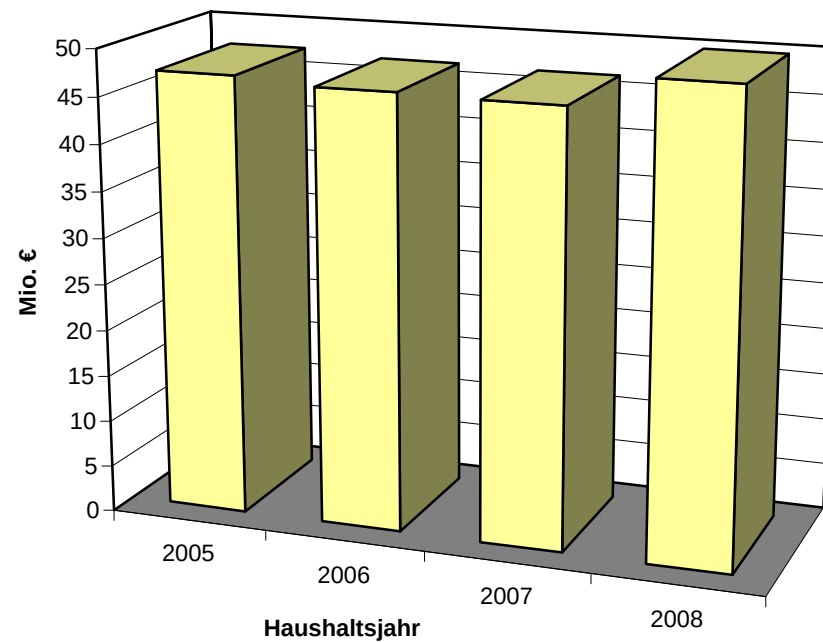
Entwicklung der Verschuldung

Haushalts- jahr	Schuldenstand Ende des Jahres
	Mio. €
2005	47,3
2006	46,7
2007	46,5
2008	49,8

(ohne Kassenkredite)

Hinweis:

Kreditaufnahme 2008 erfolgt i. R. d. Jahresabschlusses



Eckdaten

Haushaltsplan 2009 bis 2012

Eckdaten

			Ansatz 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1. Haushaltsvolumen / Zuschussbedarf						
1.1	E	Ordentliche Erträge (Modellrechnung: Hebesatz 39,5 %)	253.188.149	257.232.868	263.057.439	269.521.438
	E	Finanzerträge	811.054	811.054	811.054	811.054
	E	Erträge gesamt:	253.999.203	258.043.922	263.868.493	270.332.492
1.2	A	Ordentliche Aufwendungen	259.152.760	259.083.400	261.316.063	263.763.589
	A	Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	3.708.374	3.671.184	3.553.994	3.367.062
	A	Aufwendungen gesamt	262.861.134	262.754.584	264.870.057	267.130.651
1.3		Saldo (1.1 - 1.2) Fehlbedarf/Überschuss	-8.861.931	-4.710.662	-1.001.564	3.201.841
Wesentliche Erträge (E) und Aufwendungen (A)						
2. Personalaufwand						
2.1	A	Personalaufwand	44.449.380	44.804.688	45.202.088	45.607.279
	A	davon Zuführung zu Pensionsrückstellung	3.700.000	3.700.000	3.700.000	3.700.000
2.2 LVR-Umlage						
2.2.1	A	Landschaftsumlage	53.079.233	55.375.039	57.685.131	60.136.352
2.2.2		LVR-Umlagehebesatz in %	15,85	15,85	15,85	15,85
2.3 Soziales						
2.3.1	E	Zuweisung v. Land - Wohngeldentlastung	4.672.000	4.672.000	4.672.000	4.672.000
2.3.2	E	Leistungsbeteiligung Unterkunft u. Heizung (Ertrag)	8.049.000	8.049.000	8.049.000	8.049.000
2.3.3	E	Elternbeiträge Kindertageseinrichtung	4.180.000	4.180.000	4.180.000	4.180.000
2.3.4	A	Sozialhilfe an Personen auß. Einrichtungen	11.060.000	11.060.000	11.060.000	11.060.000
2.3.5	A	Sozialhilfe an Personen inn. Einrichtungen	9.927.000	9.927.000	9.927.000	9.927.000
2.3.6	A	Jugendhilfe an Personen/Träger auß. von Einrichtungen	3.589.700	3.729.700	3.869.700	4.009.700
2.3.7	A	Leist. d. Jugendhilfe an jur. Personen auß. von Einrichtungen	3.452.000	316.000	2.868.000	2.576.000
2.3.8	A	Jugendhilfe an Träger inn. von Einrichtungen	11.188.100	10.590.100	9.992.100	9.394.100
2.3.9	A	Sonstige soziale Leistungen	881.159	881.159	881.159	881.159
2.3.10	A	Leistungen nach dem UVG	1.550.000	1.550.000	1.600.000	1.600.000
2.3.11	A	Pflegewohngeld	5.870.000	5.870.000	5.870.000	5.870.000
2.3.12	A	Leistungsbeteiligung Unterkunft u. Heizung	31.690.000	31.690.000	31.690.000	31.690.000
2.3.13	A	Leistungsbeteiligung einmalige Leistungen	565.000	565.000	565.000	565.000
2.3.13	A	Zuwendungen - PG Hilfen z. Gesundheit	1.167.664	1.167.664	1.167.664	1.167.664
2.3.14	A	Zuwendungen - PG Kinder in Tageseinrichtungen	25.260.000	25.308.000	25.356.000	25.440.000
2.3.15	A	Zuwendungen - PG Jugenarbeit u. Familienförderung	592.200	592.200	592.200	592.200
2.3.16	A	Zuwendungen - PG Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien	525.100	525.100	525.100	525.100
2.3.17	A	Zuwendungen - PG Gesundheitsförderung	564.000	574.000	582.000	590.000

Haushaltsplan 2009 bis 2012

Eckdaten

			Ansatz 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
3. Erträge						
3.1	E	Schlüsselzuweisungen	23.301.081	24.699.146	25.637.714	26.893.962
		Steigerung in %		6,00	3,80	4,90
3.2 Allgemeine Kreisumlage						
3.2.1		Kreisumlagegrundlagen	311.583.669	324.670.183	338.306.331	352.515.197
		Steigerung in %		4,20	4,20	4,20
3.2.2	E	Kreisumlageaufkommen (Hebesatz 39,5 %)	123.075.549	128.244.722	133.631.001	139.243.503
3.3. Differenzierte Umlagen						
3.3.1		Umlagegrundlagen Berufliche Schulen	270.430.497	281.788.578	293.623.698	305.955.894
3.3.2		Umlagegrundlagen Jugendamtsumlage	163.820.218	170.700.667	177.870.095	185.340.640
		<i>Auswirkung RE 2008 (geschätzt)</i>	<i>4.100.000</i>			
3.3.3		Umlagegrundlagen Kreisvolkshochschule	252.253.402	262.848.045	273.887.663	285.390.945
3.3.4	E	Aufkommen Berufl. Schulen	6.349.595	6.211.472	6.344.010	6.436.118
3.3.5	E	Aufkommen Jugendamtsumlage	35.077.852	34.184.350	33.341.041	32.452.846
3.3.6	E	Aufkommen Kreisvolkshochschule	531.918	618.298	626.405	635.281
3.4 Kreisumlagehebesätze in %						
3.4.1		Allgemeiner Kreisumlage-Hebesatz	39,5000	39,5000	39,5000	39,5000
3.4.2		Mehrbelastung Berufsschulwesen	2,3480	2,2043	2,1606	2,1036
3.4.3		Mehrbelastung Jugendamt	21,4124	20,0259	18,7446	17,5098
		zusätzlich für Abdeckung 2008 (rd. 3,65 Mio. €)	2,2280			
		Zwischensumme Hebesatz Jugendamt	23,6404			
3.4.4		Mehrbelastung KVHS	0,2109	0,2352	0,2287	0,2226

Haushaltsplan

A decorative L-shaped border is located in the bottom right corner of the page. It consists of a horizontal line and a vertical line, both filled with a diagonal hatching pattern.

Inhaltsverzeichnis

Produkt-bereich	Produkt-gruppe	Bezeichnung	Seitenzahl
Gesamtergebnisplan			1
Gesamtfinanzplan			3
1.01	Innere Verwaltung		5
	1.01.01	Politische Gremien	9
	1.01.02	Verwaltungsführung	13
	1.01.03	Gleichstellung von Mann und Frau	17
	1.01.04	Beschäftigtenvertretung	21
	1.01.05	Rechnungsprüfung	28
	1.01.06	Zentrale Dienste	41
	1.01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	47
	1.01.08	Personalmanagement	55
	1.01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen	61
	1.01.10	Organisationsangelegenh. u. technikunterstützte Informationsverarbeitung	69
	1.01.11	Recht	75
	1.01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement	79
	1.01.13	Technisches Immobilienmanagement	85
	1.01.14	Kommunalaufsicht	88
	1.01.15	Kreispolizeibehörde	91
1.02	Sicherheit und Ordnung		94
	1.02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten	99
	1.02.02	Verbraucherschutz	104
	1.02.03	Tiergesundheit	108
	1.02.04	Verkehrsangelegenheiten	116
	1.02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse	122
	1.02.06	Kfz-Angelegenheiten	128
	1.02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen	134
	1.02.08	Statistik	139
	1.02.09	Wahlen	142
	1.02.10	Bevölkerungsschutz	148
	1.02.11	Rettungsdienst	155

Produkt-bereich	Produkt-gruppe	Bezeichnung	Seitenzahl
1.03	Schulträgeraufgaben		160
	1.03.01	Förderschulen	165
	1.03.02	Berufskollegs	172
	1.03.03	Schülerbeförderung	180
	1.03.04	Sonstige schulische Aufgaben	186
1.04	Kultur und Wissenschaft		189
	1.04.01	Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung	193
	1.04.02	Volkshochschule	199
	1.04.03	Museum	205
	1.04.04	Heimatbildstelle	211
1.05	Soziale Leistungen		214
	1.05.01	Unterstützung von Senioren	220
	1.05.02	Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen	226
	1.05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen	234
	1.05.04	Betreuungsleistungen	242
1.06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe		245
	1.06.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	250
	1.06.02	Jugendarbeit und Familienförderung	261
	1.06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	294
	1.06.04	Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz	299
1.07	Gesundheitsdienste		302
	1.07.01	Gesundheitsförderung	307
	1.07.02	Gutachten und Stellungnahmen	312
	1.07.03	Gesundheitshilfe	316
	1.07.04	Gesundheitsschutz	322
1.08	Sportförderung		325
	1.08.01	Sportförderung	328

Produkt-bereich	Produkt-gruppe	Bezeichnung	Seitenzahl
1.09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen		331
	1.09.01	Räumliche Planung	338
	1.09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten	348
	1.09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement	355
	1.09.04	Grundstückswertermittlung	359
1.10	Bauen und Wohnen		362
	1.10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	367
	1.10.02	Denkmalschutz u. Denkmalpflege	371
	1.10.03	Wohnungsbauförderung	374
	1.10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung	378
	1.10.05	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht	382
1.12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV		385
	1.12.01	Öffentliche Verkehrsflächen	390
	1.12.02	ÖPNV	411
1.13	Natur- und Landschaftspflege		414
	1.13.01	Natur und Landschaft	422
	1.13.02	Wald, Forst- und Landwirtschaft	428
1.14	Umweltschutz		432
	1.14.01	Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser	440
1.15	Wirtschaft und Tourismus		444
	1.15.01	Wirtschaftsförderung	447
	1.15.02	Tourismus	452
1.16	Allgemeine Finanzwirtschaft		455
	1.16.01	Steuern, allg. Zuweisungen und Umlagen	458
	1.16.02	Sonstige allg. Finanzwirtschaft	461

Hinweis: Die Seitenzahlen zur Produktgruppe beziehen sich immer auf den Teilergebnisplan.

Die Seitenzahlen zum Produktbereich (grau hinterlegt) beziehen sich auf den Anfang des Produktbereichs.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis



Gesamtergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
1	Steuern und ähnliche Abgaben			-4.972.000	-4.972.000	-4.972.000	-4.972.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-205.959.683	-209.839.173	-215.738.958	-222.096.863
3	+ Sonstige Transfererträge			-2.788.250	-2.823.250	-2.858.250	-2.893.250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-19.187.548	-19.395.027	-19.473.913	-19.529.607
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-1.165.800	-1.166.150	-1.168.450	-1.168.750
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-16.477.248	-16.398.848	-16.206.748	-16.221.848
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-2.637.620	-2.638.420	-2.639.120	-2.639.120
10	= Ordentliche Erträge			-253.188.149	-257.232.868	-263.057.439	-269.521.438
11	- Personalaufwendungen			44.449.380	44.804.688	45.202.088	45.607.279
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			32.531.551	30.013.359	29.954.321	30.037.588
14	- Bilanzielle Abschreibungen			7.582.017	7.783.688	8.009.782	8.198.378
15	- Transferaufwendungen			132.974.882	134.969.188	136.759.780	138.556.501
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			41.614.930	41.512.477	41.390.092	41.363.843
17	= Ordentliche Aufwendungen			259.152.760	259.083.400	261.316.063	263.763.589
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			5.964.611	1.850.532	-1.741.376	-5.757.849
19	+ Finanzerträge			-811.054	-811.054	-811.054	-811.054
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen			3.708.374	3.671.184	3.553.994	3.367.062
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)			2.897.320	2.860.130	2.742.940	2.556.008

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis



Gesamtergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
22	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 18 und 21)			8.861.931	4.710.662	1.001.564	-3.201.841
26	= Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25)			8.861.931	4.710.662	1.001.564	-3.201.841

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis



Gesamtfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
1	Steuern und ähnliche Abgaben			-4.972.000	-4.972.000	-4.972.000	-4.972.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-205.007.035	-208.803.028	-214.639.011	-220.924.350
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen			-2.788.250	-2.823.250	-2.858.250	-2.893.250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-19.187.548	-19.395.027	-19.473.913	-19.529.607
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-1.165.800	-1.166.150	-1.168.450	-1.168.750
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-16.477.248	-16.398.848	-16.206.748	-16.221.848
7	+ Sonstige Einzahlungen			-2.636.850	-2.637.650	-2.638.350	-2.638.350
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen			-811.054	-811.054	-811.054	-811.054
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-253.045.785	-257.007.007	-262.767.776	-269.159.209
10	- Personalauszahlungen			40.749.380	41.104.688	41.502.088	41.907.279
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			32.531.551	30.013.359	29.954.321	30.037.588
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen			3.708.374	3.671.184	3.553.994	3.367.062
14	- Transferauszahlungen			132.974.882	134.969.188	136.759.780	138.556.501
15	- sonstige Auszahlungen			40.794.930	40.692.477	40.570.092	40.543.843
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			250.759.117	250.450.896	252.340.275	254.412.273
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (9 ./. 16)			-2.286.668	-6.556.111	-10.427.501	-14.746.936
18	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			-4.846.720	-2.486.720	-2.759.720	-3.304.720

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis



Gesamtfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
19	+ Einzahlungen aus der Ver- äußerung von Sachanlagen			-6.500	-5.500	-5.500	-5.500
20	+ Einzahlungen aus der Ver- äußerung von Finanzanlagen				-10.180		
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit			-4.853.220	-2.502.400	-2.765.220	-3.310.220
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden			285.000	363.000	379.000	265.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			9.384.000	6.820.500	5.009.500	4.670.000
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			1.524.515	1.410.790	1.239.690	1.245.890
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten			11.193.515	8.594.290	6.628.190	6.180.890
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 23 und 30)			6.340.295	6.091.890	3.862.970	2.870.670
32	= Finanzmittelüberschuß / -fehlbetrag (17 und 31)			4.053.627	-464.221	-6.564.531	-11.876.266
33	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen			-6.579.674	-2.095.826		
34	- Tilgung und Gewährung von Darlehen			2.526.047	2.560.047	2.581.600	2.680.000
35	= Saldo aus Finanzierungs- tätigkeit			-4.053.627	464.221	2.581.600	2.680.000
36	= Änderung des Bestands an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 35)					-3.982.931	-9.196.266
38	= Liquide Mittel (= Zeilen 36 und 37)					-3.982.931	-9.196.266

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.01 Innere Verwaltung

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-43.162	-92.836	-105.810	-118.734
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-162.500	-162.500	-162.500	-162.500
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-439.500	-439.500	-439.500	-439.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-240.790	-237.790	-237.790	-237.790
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-265.370	-265.370	-265.370	-265.370
10	= Ordentliche Erträge			-1.151.322	-1.197.996	-1.210.970	-1.223.894
11	- Personalaufwendungen			10.388.459	10.481.647	10.575.188	10.670.824
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			5.873.985	5.546.205	5.476.425	5.476.745
14	- Bilanzielle Abschreibungen			3.241.183	3.400.150	3.498.219	3.564.066
15	- Transferaufwendungen			87.290	89.790	87.290	89.790
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			2.934.139	2.941.690	2.902.634	2.895.374
17	= Ordentliche Aufwendungen			22.525.056	22.459.482	22.539.757	22.696.799
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			21.373.734	21.261.486	21.328.787	21.472.905
19	+ Finanzerträge			-810.054	-810.054	-810.054	-810.054
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)			-810.054	-810.054	-810.054	-810.054
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			20.563.680	20.451.432	20.518.733	20.662.851
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			20.563.680	20.451.432	20.518.733	20.662.851
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-9.204.484	-9.000.276	-9.061.996	-9.097.901

Haushaltsplan 2009**1.01 Innere Verwaltung**

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn



Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			53.168	31.728	31.891	32.118
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			11.412.364	11.482.884	11.488.627	11.597.068

Haushaltsplan 2009**1.01 Innere Verwaltung**

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn



Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-162.500		-162.500	-162.500	-162.500
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-439.500		-439.500	-439.500	-439.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-253.890		-250.890	-250.890	-250.890
7	+ Sonstige Einzahlungen			-264.600		-264.600	-264.600	-264.600
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen			-810.054		-810.054	-810.054	-810.054
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-1.930.544		-1.927.544	-1.927.544	-1.927.544
10	- Personalauszahlungen			16.831.471		16.999.512	17.167.232	17.340.648
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			5.869.235		5.541.455	5.471.675	5.471.995
14	- Transferauszahlungen			86.790		89.290	86.790	89.290
15	- sonstige Auszahlungen			5.473.626		5.452.793	5.331.885	5.358.426
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			28.261.122		28.083.050	28.057.582	28.260.359
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			26.330.578		26.155.506	26.130.038	26.332.815
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen					-10.180		
23	= investive Einzahlungen					-10.180		
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			605.900		609.050	612.200	615.400
30	= investive Auszahlungen			605.900		609.050	612.200	615.400
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./l. Auszahlung)			605.900		598.870	612.200	615.400



Beschreibung

- Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Sitzungen politischer Gremien
- Unterstützung und Beratung von Fraktionen, Gruppen und Mitgliedern der Gremien
- Koordination der Ausschussarbeit

Auftragsgrundlage

Kreisordnung, Gemeindeordnung, Hauptsatzung für den Oberbergischen Kreis, Geschäftsordnung für den Kreistag des Oberbergischen Kreises, Entschädigungsverordnung, Mitteilungsverordnung

Ziele

fristgerechte Planung und Durchführung von Sitzungen

Zielgruppen

zeitnahe Nachbereitung von Sitzungen

Kreistagsmitglieder, sachkundige Bürger, Parteien, Fraktionen und Gruppen

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung**1.01.01 Politische Gremien**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
11	- Personalaufwendungen			60.088	60.609	61.130	61.666
15	- Transferaufwendungen			2.290	4.790	2.290	4.790
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			582.140	583.833	582.684	589.051
17	= Ordentliche Aufwendungen			644.518	649.233	646.105	655.507
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			644.518	649.233	646.105	655.507
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			644.518	649.233	646.105	655.507
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			644.518	649.233	646.105	655.507
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			111.104	111.163	111.149	111.216
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			755.621	760.396	757.254	766.723

Planerläuterung Teilergebnisplan

Über die Produktgruppe *Politische Gremien* werden die Kosten von Kreistag, Ausschüssen, Fraktionen und sonstigen Sitzungen abgewickelt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* ist der laufende Zuschuss an die Nachwuchsorganisationen der im Kreistag vertretenen politischen Parteien abgebildet, sowie die Kosten des Förderpreises und des Vorlesewettbewerbs (Kst. 1410 u 1412).

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung

1.01.01 Politische Gremien



Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* beinhaltet die Aufwandsentschädigungen für stellvertretende Landräte und Fraktionsvorsitzende (vgl. KrO i. V. m. Entschädigungsverordnung), die Entschädigungen der Kreistagsmitglieder und die der sachkundigen Bürger sowie die Zuwendungen an Kreistagsfraktionen. Die Höhe der Mittelanmeldungen können sich durch Neuordnung nach einer Kreistagswahl und einer Reduzierung bzw. Erhöhung der Kreistagsmitglieder sowie durch eine abweichende Zahl der Fraktionen verändern oder durch einen entsprechenden Kreistagsbeschluss. Des weiteren werden in dieser Kontengruppe Kosten wie Ehrungen, Jubiläen, Empfänge, Gästebewirtung und sonstige Kosten im Zusammenhang mit Kreistags- und Ausschusssitzungen verausgabt.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung**1.01.01 Politische Gremien**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
10	- Personalauszahlungen			37.739		38.117	38.498	38.883
14	- Transferauszahlungen			1.790		1.790	1.790	1.790
15	- sonstige Auszahlungen			588.060		541.320	539.320	544.820
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			627.589		581.227	579.608	585.493
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			627.589		581.227	579.608	585.493

**Beschreibung**

- Entwurf und Vorgabe von Richtlinien zur Führung der Verwaltung
- strategische Planung und Koordination der Verwaltungsziele
- Erstellung von Vorgaben zur Erreichung operativer Ziele
- Aufstellung und Anpassung einer Verwaltungsstruktur
- Durchführung eines Zielcontrollings
- am Bürger orientiertes Ausrichten des Verwaltungshandelns

Auftragsgrundlage

Dienstanweisungen, Organisationsverfügungen

Ziele**Zielgruppen**

Bedienstete, Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung**1.01.02 Verwaltungsführung**

Teilergebnisplan			Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte			-13.000	-13.000	-13.000	-13.000
10	=	Ordentliche Erträge			-13.000	-13.000	-13.000	-13.000
11	-	Personalaufwendungen			1.096.628	1.106.260	1.115.918	1.125.817
14	-	Bilanzielle Abschreibungen			1.971	2.052	2.133	2.214
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen			35.781	35.870	35.656	35.789
17	=	Ordentliche Aufwendungen			1.134.380	1.144.182	1.153.707	1.163.819
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			1.121.380	1.131.182	1.140.707	1.150.819
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			1.121.380	1.131.182	1.140.707	1.150.819
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			1.121.380	1.131.182	1.140.707	1.150.819
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-1.048.009	-1.057.333	-1.066.379	-1.075.996
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			10.550	10.643	10.675	10.774
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			83.921	84.492	85.003	85.597

Planerläuterung Teilergebnisplan

Über die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* wird die Abführung von Einnahmen aus Nebentätigkeiten und die Erstattung für Kfz-Nutzung abgewickelt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.



In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Verfügungsmittel des Landrates (Ansatz 15.200 €/Jahr; vgl. Kostenart 549100) veranschlagt. Die Aufwandsentschädigungen des Landrates und seines allgemeinen Vertreters als besondere Zulage für einen allgemein mit der Stelle zusammenhängenden Aufwand (vgl. §§ 5 u. 6 Eingruppierungsverordnung) sind Bestandteil der Personalaufwendungen. Des weiteren sind hier u. a. die Geschäftskosten des Integrationsbeauftragten (Dez. II) zwecks Förderung von Integrationsmaßnahmen (Kostenart 543905) ausgewiesen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung**1.01.02 Verwaltungsführung**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-13.000		-13.000	-13.000	-13.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-13.000		-13.000	-13.000	-13.000
10	- Personalauszahlungen			704.633		711.679	718.796	725.984
15	- sonstige Auszahlungen			25.200		25.200	25.200	25.200
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			729.833		736.879	743.996	751.184
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			716.833		723.879	730.996	738.184

**Beschreibung**

Gleichstellung in der Verwaltung

- Beratung und Unterstützung von Verwaltungsführung, Ämtern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
- Beteiligung an sozialen, organisatorischen und personellen Maßnahmen
 - o Umsetzung und Fortschreibung des Frauenförderplans
 - o Bewerbungsverfahren
 - o Mitwirkung an der Entwicklung von Konzepten, Richtlinien u.ä. im Personalbereich
- Teilnahme an internen Besprechungen und Sitzungen politischer Gremien
- Arbeitsgruppe Telearbeit

Förderung der Gleichstellung der Bürgerinnen und Bürger

- o Beratung der externen Zielgruppen
- o Öffentlichkeitsarbeit
- o Kooperation und Vernetzung auf Kreis- und Landesebene

Zusammenarbeit mit Interessenvertretern und Interessenvertreterinnen auf Kreis- und Landesebene

Auftragsgrundlage

Grundgesetz, Landesgleichstellungsgesetz (LGG NW), Kreisordnung NW, Hauptsatzung des Oberbergischen Kreises, Dienstanweisungen und -vereinbarungen

Ziele

- Verbesserung der beruflichen Situation der, in der Verwaltung beschäftigten Frauen
 - Statistik zum Frauenförderplan
- Optimierung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
 - Anzahl innovativer Vorschläge, Maßnahmen oder ähnliches
- Erhalt der Standards in den Bereichen Betriebliche Kinderbetreuung, Familientag, Frauenspezifische Fortbildung
 - Zahl der Teilnehmenden
- Erhalt der Standards in den Bereichen Veranstaltungen, Beratung und Information.
 - Zahl der Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Beratungen

Zielgruppen

Mitarbeiterinnen und mitarbeiter der Kreisverwaltung, externe Bewerberinnen und Bewerber, Verwaltungsführung, Dezernate, Ämter, politische Gremien, Bürgerinnen und Bürger, Verbände, Gleichstellungsstellen, Beratungsstellen

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung**1.01.03 Gleichstellung von Frau und Mann**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
11	- Personalaufwendungen			64.246	64.785	65.325	65.881
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			1.600	1.600	1.600	1.600
14	- Bilanzielle Abschreibungen			246	256	267	277
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			3.012	3.031	3.012	3.037
17	= Ordentliche Aufwendungen			69.105	69.673	70.203	70.795
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			69.105	69.673	70.203	70.795
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			69.105	69.673	70.203	70.795
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			69.105	69.673	70.203	70.795
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			5.656	5.671	5.653	5.668
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			74.760	75.343	75.856	76.463

Planerläuterung Teilergebnisplan

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden alle Sachkosten (Kostenart 529100) im Rahmen der Gleichstellung von Frau und Mann verausgabt. Veranstaltungen und Veröffentlichungen werden äußerst restriktiv geplant, auf alle nicht zwingend erforderlichen Aktivitäten wird verzichtet.



Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung**1.01.03 Gleichstellung von Frau und Mann**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
10	- Personalauszahlungen			38.323		38.706	39.093	39.484
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			1.600		1.600	1.600	1.600
15	- sonstige Auszahlungen			740		740	740	740
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			40.663		41.046	41.433	41.824
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			40.663		41.046	41.433	41.824



<u>Beschreibung</u>	Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Personalvertretungsrecht Mitbestimmung, Mitwirkung und Beteiligung in Personalangelegenheiten
<u>Auftragsgrundlage</u>	Landespersonalvertretungsgesetz NRW (LPVG NRW)
<u>Ziele</u>	- Sicherstellung der umfassenden Beratung und konkreten Hilfestellung der Beschäftigten in arbeits-, beamten- bzw. sozialrechtlichen Fragen. - Sicherstellung der Arbeitsplätze der Beschäftigten unter humanen Arbeitsbedingungen unter Erhalt des jeweiligen Einkommens. - Vertrauensvolle Zusammenarbeit der Dienststelle und der Personalvertretung zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben zum Wohle der Beschäftigten im Rahmen der bestehenden Gesetze und Tarifverträge.
<u>Zielgruppen</u>	Beschäftigte des Oberbergischen Kreises

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Personalrat

1.01 Innere Verwaltung**1.01.04 Beschäftigtenvertretung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
11	- Personalaufwendungen			172.320	173.946	175.583	177.247
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			440	440	440	440
14	- Bilanzielle Abschreibungen			739	769	800	830
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			8.167	8.263	8.250	8.367
17	= Ordentliche Aufwendungen			181.666	183.417	185.073	186.885
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			181.666	183.417	185.073	186.885
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			181.666	183.417	185.073	186.885
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			181.666	183.417	185.073	186.885
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			27.371	27.418	27.462	27.509
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			209.037	210.835	212.535	214.393

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Beschäftigtenvertretung

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* wird die Aufwandsdeckung für den Personalrat nach den Vorgaben der entsprechenden Rechtsverordnung für Personalvertretungen sichergestellt (Kostenart 524900).



Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Personalrat

1.01 Innere Verwaltung**1.01.04 Beschäftigtenvertretung**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
10	- Personalauszahlungen			124.136		125.377	126.631	127.897
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			440		440	440	440
15	- sonstige Auszahlungen			2.250		2.250	2.250	2.250
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			126.826		128.067	129.321	130.587
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			126.826		128.067	129.321	130.587



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.01.05.01 Rechnungsprüfung und Beratung

1.01.05.02 Prüfungen für Dritte

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.01.05.01

Rechnungsprüfung und Beratung

Beschreibung

a.) Durchführung folgender Pflichtprüfungen für den Kreis:

- Eröffnungsbilanz
- Jahresabschlüsse
- Gesamtabschlüsse
- Vorgänge in der Finanzbuchhaltung
- dauernde Überwachung der Zahlungsabwicklung
- Programmprüfung im Bereich der Finanzbuchhaltung vor Einsatz
- Finanzvorfälle für den Landesrechnungshof
- Vergaben

b.) Durchführung der vom Kreistag übertragenen sonstigen Prüfaufgaben:

- Jahresrechnungen/Jahresabschlüsse
 - o Zweckverband Naturpark Bergisches Land
 - o Oberbergisches Kreisorchester e.V.
 - o Biologische Station Oberberg e.V.
 - o Touristikverband Oberbergisches Land e.V.
 - o Rheinisches Studieninstitut Köln
 - o Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach (GTC)
 - o Bergische Agentur für Kulturlandschaft (BAK gGmbH)
 - o Programmprüfung für Gemeinsame kommunale Datenzentrale Rhein-Sieg/Oberberg

c.) Sonderprüfungen nach Auftrag des Landrates

Auftragsgrundlage

GO NRW, Landeshaushaltsordnung, Handelsgesetzbuch, Rechnungsprüfungsordnung



Ziele

- a.) Unterstützung des Kreistages und der Verwaltungsleitung durch Bereitstellung steuerungsrelevanter Informationen zur Sicherstellung der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandelns sowie zur Verbesserung der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit.
 - Jährliche Prüfung der Zahlungsabwicklung
 - Laufende Prüfung der Vergaben entsprechend der Vergabedienstanweisung
 - Jährliche Prüfung von 10 % der Produkte
 - Prüfung der Eröffnungsbilanz und Jahresabschlüsse, nach rechtzeitiger Vorlage, bis 15.11. einschl. Berichterstattung
- b.) Jährliche Prüfung der Jahresrechnungen/Jahresabschlüsse einschl. Berichterstattung innerhalb der jeweiligen Vorlagetermine

Kurzfristige Durchführung von Sonderprüfungen

Zielgruppen

- a.) alle Ämter der Kreisverwaltung
- b.) Gesellschafter, Aufsichtsrat, Vorstände, Mitglieder
- c.) alle Ämter der Kreisverwaltung

**1.01.05.02****Prüfungen für Dritte****Beschreibung**

Wahrnehmung von Prüfungs-, Beratungs- und sonstigen Dienstleistungen für kreisangehörige Kommunen aufgrund öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen gegen Kostenerstattung:

Bergneustadt, Engelskirchen, Morsbach, Reichshof, Waldbröl, Wipperfürth

Auftragsgrundlage

GO NRW, Landeshaushaltsordnung, Handelsgesetzbuch, Rechnungsprüfungsordnung

Ziele

Abwicklung der jeweils vereinbarten Beratungs-, Prüfungs- und sonstigen Leistungen zur Unterstützung des Rates und des Verwaltungsvorstandes zur Stärkung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns.

Zielgruppen

Verwaltungsvorstand und alle Ämter der jeweiligen Kommune

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat II

1.01 Innere Verwaltung**1.01.05 Rechnungsprüfung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-18.500	-18.500	-18.500	-18.500
10	= Ordentliche Erträge			-40.500	-40.500	-40.500	-40.500
11	- Personalaufwendungen			504.763	509.100	513.447	517.908
14	- Bilanzielle Abschreibungen			1.971	2.052	2.133	2.214
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			19.420	19.608	19.499	19.742
17	= Ordentliche Aufwendungen			526.155	530.761	535.080	539.863
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			485.655	490.261	494.580	499.363
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			485.655	490.261	494.580	499.363
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			485.655	490.261	494.580	499.363
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-9.663	-9.711	-9.687	-9.742
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			44.200	44.305	44.147	44.254
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			520.192	524.855	529.039	533.875



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Rechnungsprüfung

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) nach der Gebührensatzung (Produkt Prüfung, Beratung, etc. für Dritte) abgewickelt. Das Rechnungsprüfungsamt prüft aufgrund öffentl.-rechtlicher Vereinbarungen für diverse Kommunen im Oberbergischen Kreis Teile der örtlichen Jahresrechnung. In der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* werden die Einnahmen/Erträge aus dem Verkauf (Kostenart 441100) von Ausschreibungsunterlagen erfasst. Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Erstattung von Personalkosten (Kostenart 442400) für ADV-Prüfer. Das Rechnungsprüfungsamt prüft ADV-Programme des Zweckverbandes Gemeinsame Kommunale Datenverarbeitung OBK/RSK (GKD).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* enthält die Kosten für die Bekanntmachung (Kostenart 543600) von Ausschreibungen sowie sonstige Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900; z.B. Druckkosten, Sachkosten etc. für Prüfberichte u. a.). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat II

1.01 Innere Verwaltung**1.01.05 Rechnungsprüfung**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-20.000		-20.000	-20.000	-20.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-18.500		-18.500	-18.500	-18.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-40.500		-40.500	-40.500	-40.500
10	- Personalauszahlungen			318.549		321.694	324.872	328.080
15	- sonstige Auszahlungen			5.600		5.600	5.600	5.600
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			324.149		327.294	330.472	333.680
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			283.649		286.794	289.972	293.180

**Beschreibung**

Diese Produktgruppe setzt sich aus folgenden Produkten und Teilprodukten zusammen:

- 1.01.06.01 Druckerei
- 1.01.06.02 Poststelle
- 1.01.06.03 Bürgerservice
- 1.01.06.04 Fuhrpark
- 1.01.06.05 Sonstige zentrale Dienste

- 1.01.06.06 Zentrale Bußgeldstelle
 - 1.01.06.06.01 Bußgelder Abfallwirtschaft
 - 1.01.06.06.02 Bußgelder Bauordnung
 - 1.01.06.06.03 Bußgelder Gewässerschutz
 - 1.01.06.06.04 Bußgelder Ordnungsamt
 - 1.01.06.06.05 Bußgelder sonstige Ordnungswidrigkeiten
 - 1.01.06.06.06 Bußgelder Veterinäraufsicht
 - 1.01.06.06.07 Bußgelder verkehrsrechtliche Genehmigungen

- 1.01.06.07 Submission, Datenschutz, AGG, sonst.

Auftragsgrundlage**Ziele****Zielgruppen**



1.01.06.01

Druckerei

Beschreibung

Erstellen von Druckerzeugnissen unterschiedlichster Art für die Verwaltung und politische Arbeit.

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Geringe Fehlerquote bei der Erstellung der Drucke

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

**1.01.06.02****Poststelle****Beschreibung**

Verteilen der Eingangspost
Versand der Postausgänge der Kreisverwaltung
Interne Postverteilung

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Verteilung der Ein- und Ausgangspost innerhalb eines Arbeitstages

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung



1.01.06.03

Bürgerservice

Beschreibung

- Besucherinformation
- Telefonauskunft und Weitervermittlung von Telefongesprächen
- Verwaltung von Dienstkraftfahrzeugen
- Kontaktstelle für Rückfragen Schrankenanlage (Zu- und Ausfahrt Kreisparkplatz)

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrates

Ziele

- Zeitnahe Besucherinformation
- Unmittelbare Weitervermittlung von Telefongesprächen

Zielgruppen

Auskunftssuchende (Besucher, Anrufer), Organisationseinheiten der Kreisverwaltung



1.01.06.04

Fuhrpark

Beschreibung

- Einkauf von Dienstfahrzeugen
- Veranlassen von Wartungen und Reparaturen
- Bereitstellung der Fahrzeuge

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

- Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Dienstfahrzeugen
- Umweltschutz durch geringen CO₂ - Ausstoß

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung



1.01.06.05

Sonstige zentrale Dienste

Beschreibung

- Beschaffung von Verbrauchsmaterial, Büchern, Einrichtungsgegenständen und Dienstleistungen
- Registraturarbeiten im Zwischenarchiv (Aktentransport und Aussonderung nach Vorgabe durch die Fachämter)

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Zeitnahe, vollständige und wirtschaftliche Abwicklung der Beschaffung

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

**1.01.06.06****Zentrale Bußgeldstelle****Beschreibung**

- Prüfung und Ahndung der von den Fachämtern des Hauses und des Bundesversicherungsamtes vorgelegten Ordnungswidrigkeitenverfahren (z.B. Verstöße gegen baurechtliche Bestimmungen, lebensmittel- und veterinärrechtliche Bestimmungen, abfallrechtliche Bestimmungen, waffenrechtliche Bestimmungen, Verstöße gegen die Handwerksordnung oder das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, Verstöße gegen das Pflichtversicherungsgesetz u.a.)
- Beratung der Fachämter – Koordination der Ermittlungen- und Beratung der kreisangehörigen Kommunen
- Vertretung des Kreises vor den zuständigen Amtsgerichten

Auftragsgrundlage

Bauordnung NRW, Kreislaufwirtschaft- und Abfallgesetz, Handwerksordnung, Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, Tierschutzgesetz, Personenbeförderungsgesetz, Viehverkehrsordnung, Trinkwasserverordnung, Arzneimittelgesetz, Bundesseuchengesetz, Fahrlehrergesetz, Schulpflichtgesetz, Lebensmittel- und Futtermittelgesetz, Lebensmittelhygieneverordnung, Waffengesetz, Gewerbeordnung, Makler- und Bauträgerverordnung, Landesjagdgesetz, Katastrophenschutzgesetz, Betäubungsmittelgesetz, Bundesausbildungsförderungsgesetz, Güterkraftverkehrsgesetz, Landschaftsgesetz u.a.

Ziele

Einhaltung von Rechtsvorschriften durch den Bürger und damit u.a. Verhinderung von Schwarzbauten, Verhinderung von wirtschaftsschädlicher Schwarzarbeit, Verhinderung von Umweltbelastungen, Verhinderung von Seuchen u.a. durch Ahndung der Verstöße innerhalb der gesetzlich geregelten Verjährungsfrist

Zielgruppen

Ordnungswidrig handelnde natürliche und juristische Personen



1.01.06.07

Submission, Datenschutz, AGG, sonst.

Beschreibung

- a.) Allgemeine Korruptionsprävention durch:
 - Umsetzung der in den Leitlinien festgelegten Maßnahmen (Prävention, Schulung, Beratung, Aufbau "Internes Kontrollsystem", Sensibilisierung, Öffentlichkeitsarbeit)
 - Anwendung und Einhaltung der Dienstanweisungen (VDA, Annahme von Belohnungen und Geschenken, Sponsoring)
 - Aufgabe des Korruptionsbeauftragten
- b.) Zentrale Submission, zentrale Vergabe:
 - Aufbau und Pflege der zentralen Bieterdatei
 - Geschäftsführung der zentralen Submissionsstelle
 - Planung und Durchführung der Submissionstermine
 - Kontrolle der Einhaltung von VOB, VOL, VOF, HOAI
- c.) Behördlicher Datenschutz
 - stellvertretender behördlicher Datenschutzbeauftragter
 - Sicherstellung des Datenschutzes, Beratungs- und Überwachungsfunktion
 - Führung Verfahrensverzeichnis
 - Durchführung der Vorabkontrollen
 - Beteiligung an Datenschutz- und IT- Sicherheitskonzept
- d.) Informationsfreiheit
 - Koordination und Antragsbearbeitung, Statistik
- e.) Allg. Gleichbehandlungsgesetz
 - Beschwerdestelle
 - Beratung und Beseitigung von Benachteiligungen aus Gründen der Rasse, ethnischer Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, der Behinderung, des Alters und der sexuellen Identität insbesondere in den Anwendungsbereichen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, Auswahl- und Einstellungskriterien, Gesundheitsschutz, Bildung und soziale Vergünstigungen einschließlich öffentliche Güter und Dienstleistungen

**Auftragsgrundlage**Zu a.):

- Korruptionsbekämpfungsgesetz, Runderlass Innenministerium vom 26.04.2005
- Leitlinien des Kreises für ein transparentes und integrires Verwaltungshandeln vom 22.09.2005
- DA Sponsoring, DA Annahme Geschenke/Belohnungen, VDA

Zu b.): Vergabedienstanweisung, VOB, VOL, VOF, HOAIZu c.): DSG.NRW und DA gbDSB vom 23.05.2002Zu d.): IFG.NRW und Verfügung LR- Nr. 03.2002 vom 17.01.2002Zu e.): AGG und Organisationsverfügung des LR vom 19.09.2007**Ziele**Zu a.):

- Sensibilisierung der Verwaltung und Politik,
- Flächendeckende Einführung des IKS in allen Dezernaten/Ämtern,
- Jährliche Schulung aller neuen Auszubildenden,
- Beratung, Beurteilungshilfe durch Korruptionsbeauftragten innerhalb von 7 Tagen
- Dokumentation und Jahresbericht aller Maßnahmen bis 15.11.

Zu b.):

- Sicherstellung eines fairen, transparenten und ordnungsgemäßen Wettbewerbes
- Vermeidung von Diskriminierung
- Einhaltung von Produktneutralität
- Gleichbehandlung aller Bieter

Zu c.):

Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Aufgaben nach dem Landesdatenschutzgesetz (DSG. NRW)

Zu d.):

Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Aufgaben nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG. NRW); insbesondere Einhaltung der Monatsfrist zur Antragsentscheidung

Zu e.):

Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Aufgaben nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Zielgruppen

- a.) Gesamte Verwaltung und politische Vertreter in Kreistag etc.
- b.) alle Ämter der Kreisverwaltung
- c.) alle Ämter und Bedienstete der Kreisverwaltung, Bürger
- d.) Bürger
- e.) Beschäftigte und BewerberInnen



Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: AV, Dez. II

1.01 Innere Verwaltung**1.01.06 Zentrale Dienste**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-14.640	-11.640	-11.640	-11.640
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-179.620	-179.620	-179.620	-179.620
10	= Ordentliche Erträge			-214.260	-211.260	-211.260	-211.260
11	- Personalaufwendungen			1.188.515	1.199.763	1.211.089	1.222.594
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			186.270	186.490	186.710	187.030
14	- Bilanzielle Abschreibungen			72.550	75.512	78.474	81.437
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			195.902	197.185	191.568	193.825
17	= Ordentliche Aufwendungen			1.643.237	1.658.950	1.667.841	1.684.886
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			1.428.977	1.447.690	1.456.581	1.473.626
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			1.428.977	1.447.690	1.456.581	1.473.626
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			1.428.977	1.447.690	1.456.581	1.473.626
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-430.687	-434.879	-432.568	-437.626
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			378.920	380.697	380.211	382.189
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			1.377.209	1.393.508	1.404.223	1.418.188



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Zentrale Dienste

Zur Produktgruppe 1.01.06 Zentrale Dienste:

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Zu den Produkten 1.01.06.01 bis 1.01.06.05 (Amt 10):

Zur Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung* zählen Entgelte für Kraftwagennutzung (Kostenart 442900, Produkt Fuhrpark) und Erstattungen von Geschäftsausgaben der OAG (Kostenart 442600, Produkt Sonstige Zentrale Dienste). Zu den *Sonstigen ordentlichen Erträgen* gehören u. a. die Erlöse aus dem Verkauf von geringwertigen beweglichen Sachen und sonstige vermischte Einnahmen (Kostenart 451500 u. 459100, Produkt Sonstige Zentrale Dienste). In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* sind u. a. Kosten für Kurierdienste (Kostenart 529909, Produkt Poststelle) veranschlagt, sowie Kosten der Betriebsorganisation und die Kosten des Archivberaters (Kostenart 524900 u. 528905, Produkt Sonstige Zentrale Dienste). In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind u. a. Miete- und Wartungskosten von Verfielfältigungsautomaten (Kostenart 542910, Produkt Sonstige Zentrale Dienst) geplant. Ferner sind hier die Unterhaltungskosten der Fahrzeuge (Kst. 40100, Kostenart 523400 u.a.) ausgewiesen, die von Amt 10 bewirtschaftet werden; die Verrechnung der Kfz-Kosten erfolgt über die Leistungsverrechnung (Zeile 27-28 im Ergebnisplan).

Zum Produkt: 1.01.06.06 Zentrale Bußgeldstelle (Amt 30):

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Verwaltungsgebühren für Aktenversendungen (Kostenart 431100) abgewickelt. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* sind diverse Bußgelder (Kostenart 452110) erfasst, z. B. aus den Bereichen Veterinär, Ordnungsamt, Bauordnung, Gewässerschutz, Abfall und sonstige Bereiche. Die Bußgelder im Zusammenhang mit der Geschwindigkeitsüberwachung sind dagegen im Produkt 1.02.04.02 (Überwachung des fließenden Verkehrs) abgebildet. In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden die Erstattung von Kosten der Rechtsverteidigung (Kostenart 528902 Kostenerstattungen an Anwälte u. a.) sowie Erstattungen von Auslagen für Zeugen und Sachverständige (Kostenart 528900) erfasst. Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Kosten der optischen Archivierung sowie Erstattungen von Bußgeldern aus Vorjahren (Kostenart 549800) veranschlagt.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: AV, Dez. II

1.01 Innere Verwaltung**1.01.06 Zentrale Dienste**

Nachrichtlich: Hilfs- oder Gemeinkosten wie Porto, Telefon, Drucksachen, Bekanntmachungen, Aktenvernichtung, Kosten für Datenleitungen, ADV-Kosten (GKD), Unterhaltung von Fahrzeugen (Fahrzeugpool Amt 10) usw. sind auf sog. *Kostenstellen* veranschlagt. Die Verteilung dieser Kosten erfolgt verursachungsgerecht auf Organisationseinheiten bzw. direkt auf Produkte.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung
1104	Telefonanlage	1118	Bekanntmachungen
1108	Bürobedarf	1120	Aktenvernichtung
1114	Portogebühren	1122	Opt. Archivierung
1116	Fernmeldegebühren	1124	Serv. Sitzungsdienst

Kst.	Beschreibung	Amt	Kst.	Beschreibung	Amt
100100	Hauptamt 10	Amt 10	100400	Schulamt (Schulfachlicher Bereich)	Amt 40
100000	Verw.führung	Amt 11	103400	Schulverwaltungsamt 40	Amt 40
100110	Personalverwaltung 11	Amt 11	101410	Kultur- und Museumsamt 41	Amt 41
102140	Rechnungsprüfungsamt 14	Amt 14	101430	Kreisvolkshochschule 43	Amt 43
100190	Gleichstellung 19	Amt 19	103500	Amt für Soziale Angelegenheiten 50	Amt 50
101200	Amt f. Finanzwirt. u. Kommunalaufsicht 20	Amt 20	103510	Jugendamt / Sportamt / PBS 51	Amt 51
104230	Liegenschaftsamt 23	Amt 23	103530	Gesundheitsamt 53	Amt 53
102300	Rechtsamt 30	Amt 30	104610	Kreis- und Regionalentwicklung 61	Amt 61
100310	Kreispolizeiverwaltung 31	Amt 31	104620	Geoinformation u. Liegenschaftskat. 62	Amt 62
101321	Bürobetrieb 32/1 + 2	Amt 32	104650	Bauamt 65	Amt 65
101322	Leitstellenbetrieb	Amt 32	104660	Tiefbauamt 66	Amt 65/4
101323	Bürobetrieb 32/3	Amt 32	102670	Umweltamt 67	Amt 67
102360	Straßenverkehrsamt 36	Amt 36	100800	Wirtschaftsförderung 80	Amt 80
102390	Veterinär- und Lebensmittelüberw.amt 39	Amt 39	109000	Personalrat	Personalrat

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: AV, Dez. II

1.01 Innere Verwaltung**1.01.06 Zentrale Dienste**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-20.000		-20.000	-20.000	-20.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-14.640		-11.640	-11.640	-11.640
7	+ Sonstige Einzahlungen			-178.850		-178.850	-178.850	-178.850
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-213.490		-210.490	-210.490	-210.490
10	- Personalauszahlungen			859.636		868.233	876.916	885.684
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			186.270		186.490	186.710	187.030
15	- sonstige Auszahlungen			850.200		861.500	873.400	885.700
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			1.896.106		1.916.223	1.937.026	1.958.414
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			1.682.616		1.705.733	1.726.536	1.747.924
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			93.500		93.500	93.500	93.500
30	= investive Auszahlungen			93.500		93.500	93.500	93.500
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./i. Auszahlung)			93.500		93.500	93.500	93.500

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: AV, Dez. II

1.01 Innere Verwaltung**1.01.06 Zentrale Dienste**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen			93.500		93.500	93.500	93.500		374.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			93.500		93.500	93.500	93.500		374.000



Beschreibung

- Informationsverarbeitung und –weitergabe an die Medien und interessierte Öffentlichkeit
- Darstellung der Aufgaben der Kreisverwaltung
- Gestaltung und Pflege des Internetauftritts

Auftragsgrundlage

Ziele

- umfassende und zeitnahe Informationsweitergabe an Medien und Öffentlichkeit
- Optimierung des Informationsflusses
- Steigerung der Zugriffszahlen auf die Internetseite des Oberbergischen Kreises

Zielgruppen

Medien, Öffentlichkeit

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung**1.01.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
11	- Personalaufwendungen			162.778	164.247	165.723	167.228
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			1.000	1.000	1.000	1.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			13.300	13.300	13.300	13.300
17	= Ordentliche Aufwendungen			177.078	178.547	180.023	181.528
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			177.078	178.547	180.023	181.528
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			177.078	178.547	180.023	181.528
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			177.078	178.547	180.023	181.528
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			26.854	26.992	26.959	27.116
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			203.932	205.539	206.982	208.644

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden die Kosten im Bereich der Koordination von Europaangelegenheiten (Kostenart 524900) ausgewiesen. Bei den *sonstigen ordentlichen Aufwendungen* handelt es sich u. a. um Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit (Kostenart 543700). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto,



Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung**1.01.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
10	- Personalauszahlungen			109.218		110.310	111.414	112.527
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			1.000		1.000	1.000	1.000
15	- sonstige Auszahlungen			13.300		13.300	13.300	13.300
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			123.518		124.610	125.714	126.827
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			123.518		124.610	125.714	126.827



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

- 1.01.08.01 Personalsteuerung und –entwicklung
- 1.01.08.02 Personalausbildung und –qualifizierung
- 1.01.08.03 Personalbetreuung
- 1.01.08.04 Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.01.08.01****Personalsteuerung und -entwicklung****Beschreibung**

- Grundsatzfragen der Personalwirtschaft (Personaleinsatz, Personalauswahl, Personalbedarfsplanung, Fortbildung, Prüfberichte, Haushaltsangelegenheiten, etc.)
- Personalangelegenheiten von besonderer Bedeutung (Entlassungen, Beschwerden, Nebentätigkeiten, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)
- Aufstellung des Stellenplans

Auftragsgrundlage

Beamten- und Tarifrecht, sonstige arbeitsrechtliche Bestimmungen, Stellenplan sowie Beschlüsse der politischen Gremien

Ziele**Zielgruppen**

Bedienstete des Kreises



1.01.08.02

Personalausbildung und -qualifizierung

Beschreibung

- Bewerbungsverfahren
 - o Werbung für Nachwuchskräfte, Beratung von Bewerbern
 - o Durchführung des Auswahl- und Einstellungsverfahrens
- Ausbildung
 - o Überwachung der Ausbildung; Einsatzplanung der Azubis; Beratung der Auszubildenden
 - o Führung der Ausbildungsakten; Schriftverkehr mit Fachhochschule, Studieninstitut, Berufsschule, Agentur für Arbeit, IHK
- Fortbildung
 - o Prüfung und Auswertung von Fortbildungsangeboten; Organisation eigener Fortbildungsmaßnahmen
 - o Anmeldung und Abrechnung von Fortbildungsmaßnahmen

Auftragsgrundlage

Beamten- und Tarifrecht, diverse Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen

Ziele

Erfolgreiche Durchführung der Ausbildung von Nachwuchskräften und sonstiger Weiterbildungsmaßnahmen (Angestelltenlehrgänge I und II, Prüfungserleichterter Aufstieg) in 90 % aller Fälle

Zielgruppen

Potentielle Nachwuchskräfte, Auszubildende und Anwärter, Bedienstete des Kreises

**1.01.08.03****Personalbetreuung****Beschreibung**

- Bearbeitung sämtlicher Personalangelegenheiten der Beamten, Ehrenbeamten und Beschäftigten einschließlich
 - o Versorgungsangelegenheiten der Beamten und Ruhestandsbeamten
 - o steuer-, sozialversicherungs- und zusatzversorgungsrechtlicher Angelegenheiten der Beschäftigten
 - o Kindergeld
- Durchführung des ADV-Änderungsdienstes; Zusammenarbeit mit ADV zur Bestandpflege der Programme
- Zahlbarmachung von Entgelt für die Bediensteten des DRK, Kreisverband Oberbergischer Kreis, sowie der OAG
- Bearbeitung von Dienstaufsichtsbeschwerden
- Beihilfen für Kreisbedienstete, Pensionäre, Lehrer und Bedienstete der Kreispolizeibehörde
- Bearbeitung sonstiger nebendienstrechtlichen Sachgebiete (Reisekosten, Nebentätigkeiten, Jobticket, etc.)

Auftragsgrundlage

Beamten- und Tarifrecht, sonstige arbeitsrechtliche Bestimmungen

Ziele

- Korrekte Zahlbarmachung von Besoldung/Entgelt und der darauf zu leistenden Abgaben
- Einhaltung der Zahlungstermine von Besoldung/Entgelt und der darauf zu leistenden Abgaben
- Rechtsfehlerfreie Bearbeitung der Beihilfeanträge einschließlich Auszahlung der Beihilfe innerhalb von 20 Arbeitstagen nach Eingang

Zielgruppen

Bedienstete und Versorgungsempfänger (*bei Beihilfen außerdem*: Polizisten der Kreispolizeibehörde, Lehrer an Grund-, Haupt- und Förderschulen im Kreis; *bei Zahlbarmachung außerdem*: Bediensteten des DRK und der OAG)



1.01.08.04

Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz

Beschreibung

- Feststellung arbeitssicherheitstechnischer Mängel
- Vorbeugung gesundheitlicher Gefahren
- Bereitstellung von Schutzkleidung
- Aufgaben der Fachkraft für Arbeitssicherheit
- Aufgabenwahrnehmung des Personalarztes:
 - o Beratung im Rahmen der betriebsmedizinischen Sprechstunde
 - o Betriebsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen
 - o Arbeitsplatzbegehungen
 - o Gripeschutzimpfungen

Auftragsgrundlage

Arbeitsschutzgesetz, Bildschirmarbeitsplatzverordnung, Arbeitsstättenverordnung

Ziele

- Verhütung von Unfällen
- Erhaltung der Arbeitsfähigkeit
- Früherkennung von Krankheiten

Zielgruppen

Bedienstete der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung**1.01.08 Personalmanagement**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-137.650	-137.650	-137.650	-137.650
10	= Ordentliche Erträge			-137.650	-137.650	-137.650	-137.650
11	- Personalaufwendungen			2.341.347	2.362.150	2.383.017	2.404.380
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			4.750	4.750	4.750	4.750
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			236.633	236.976	246.988	236.952
17	= Ordentliche Aufwendungen			2.582.730	2.603.876	2.634.756	2.646.082
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			2.445.080	2.466.226	2.497.106	2.508.432
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			2.445.080	2.466.226	2.497.106	2.508.432
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			2.445.080	2.466.226	2.497.106	2.508.432
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			238.408	217.901	213.236	215.144
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			2.683.488	2.684.127	2.710.342	2.723.576

Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Kostengruppe *Kostenerstattung* beinhaltet Erstattungen vom Zweckverband GKD (Kostenart 442400), der Rheinischen Versorgungskasse (Kostenart 442500), Kostenerstattungen durch die OAG (Kostenart 442600) und durch das DRK (Kostenart 442900), Einnahmen aus dem Verkauf von Job-Tickets (Kostenart 444901) sowie die Rückzahlungen von Personalausgaben (Kostenart 443900)

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung

1.01.08 Personalmanagement



In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Dazu gehören weiter die Kosten im Rahmen der Ausbildung von Nachwuchskräften sowie die gesamten Personalkosten im Rahmen von Alternteilzeitregelungen.

Bei den *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* handelt es sich um die anteiligen Kosten der Unterhaltung von Datenverarbeitungseinrichtungen für die Auszubildenden bei Amt 62 (Bewirtschaftung über Kostenstelle 104620, Kostenart 523610). Über die Kostenart *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden u. a. Dienstunfallbedingte Aufwendungen (Kostenart 541904), Kosten für Job-Tickets (Kostenart 541903) sowie Kosten für die „Re-Auditierung Beruf und Familie“ (Kostenart 543907) verausgabt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung
1002	Beitr. VersKa Beamte	1016	Dienstreisen
1004	Beihilfen, Unterst.	1017	Ausbildung
1006	Zuführ. PensionsRSt	1018	Fortbildung
1008	Beitr. VersKa Besch.	1019	Supervision
1010	Beitr.Soz.vers.Besch	1020	Kosten ZDL u. FÖJ
1012	Pers.nebenausgaben	1024	Kosten Jobticket
1014	Zuführung sonst. RSt	1026	Re-Audit.Beruf & Fam

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung**1.01.08 Personalmanagement**

Teilfinanzplan			Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-150.750		-150.750	-150.750	-150.750
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-150.750		-150.750	-150.750	-150.750
10	-	Personalauszahlungen			11.453.400		11.567.699	11.681.140	11.799.735
15	-	sonstige Auszahlungen			434.721		434.979	445.740	435.503
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			11.888.121		12.002.678	12.126.880	12.235.238
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			11.737.371		11.851.928	11.976.130	12.084.488



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.01.09.01 Haushaltssteuerung

1.01.09.01.01 Beteiligungen

1.01.09.02 Kasse und Vollstreckung

1.01.09.02.01 Zahlungsabwicklung

1.01.09.02.02 Vollstreckung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.01.09.01****Haushaltssteuerung****Beschreibung**

1. Aufstellung, Bewirtschaftung und Rechnungslegung des produktorientierten Haushaltes (Ergebnis- und Finanzrechnung, Bilanz)
2. Vermögens- und Schuldenverwaltung
3. Anlagenbuchhaltung
4. Beteiligungsverwaltung
5. Versicherungsangelegenheiten des Kreises
6. Steuer- und Gebührenverwaltung

Auftragsgrundlage

Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), jährliche Haushaltssatzung

Ziele**Zu 1:**

Feststellung der Eröffnungsbilanz (Stichtag 01.01.2009) durch den Kreistag bis zum 31.12.2009

Zu 2:

Darstellung des Vermögens, der Schulden und des Ressourcenverbrauchs des Oberbergischen Kreises

Zielgruppen

Kreistag, Ämter der Kreisverwaltung, Mitarbeiter der Kreisverwaltung, Beteiligungsgesellschaften

**1.01.09.02****Kasse und Vollstreckung****Beschreibung****Im Bereich Zahlungsabwicklung :**

- Abwicklung des unbaren und baren Zahlungsverkehrs
- Bewirtschaftung der Kassenmittel mit Liquiditätsplanung
- zahlungswirksame Buchführung einschließlich Belegaufbewahrung
- Bebuchung u. Aufstellung der Finanzrechnung
- Verwahrung von Wertgegenständen
- Fertigung von Tages-, Zwischen- und Jahresabschlüssen

Im Bereich Vollstreckung:

- Mahnungen
- Beitreibung eigener Forderungen durch den eigenen Vollziehungsbeamten oder mittels Amtshilfeersuchen durch andere Vollstreckungsbehörden
- Durchführung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gem. VwVG
- Wahrnehmung von Interessen im Insolvenzverfahren
- Feststellung der Uneinbringlichkeit von Forderungen zur Vorbereitung der Entscheidung über Stundung, Niederschlagung und Erlass

Auftragsgrundlage

Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) und zugehörige Verwaltungsvorschriften, Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG), Dienstanweisungen

Ziele

- Sichere und wirtschaftliche Anlage von Kassenmitteln
- Zeitnahe und möglichst vollständige Beitreibung von Forderungen
- Zeitnahe Verbuchung angewiesener Ein- und Auszahlungen

Zielgruppen

Bürger des Oberbergischen Kreises, alle Organisationseinheiten des Kreises sowie Mitarbeiter, Zahlungsempfänger und Zahlungspflichtige

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung**1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-85.750	-85.750	-85.750	-85.750
10	= Ordentliche Erträge			-86.750	-86.750	-86.750	-86.750
11	- Personalaufwendungen			1.452.839	1.465.524	1.478.237	1.491.277
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			80.400	72.400	2.400	2.400
14	- Bilanzielle Abschreibungen			9.856	10.261	10.665	11.071
15	- Transferaufwendungen			85.000	85.000	85.000	85.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			591.539	577.732	575.202	574.437
17	= Ordentliche Aufwendungen			2.219.634	2.210.917	2.151.504	2.164.185
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			2.132.884	2.124.167	2.064.754	2.077.435
19	+ Finanzerträge			-810.054	-810.054	-810.054	-810.054
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)			-810.054	-810.054	-810.054	-810.054
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			1.322.830	1.314.113	1.254.700	1.267.381
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			1.322.830	1.314.113	1.254.700	1.267.381
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-27.532	-27.712	-27.768	-27.950
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			137.310	137.865	137.760	138.328
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			1.432.608	1.424.266	1.364.692	1.377.759



Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Kostengruppe *Kostenerstattung* beinhaltet Erstattungen von Vollstreckungskosten (Kostenart 442900). Zu den sonstigen Ordentlichen Erträgen zählen Säumniszuschläge (Kostenart 542100), Einnahmen aus der Vollstreckung niedergeschlagener Forderungen und Quoteneinnahmen aus Insolvenzverfahren (Kostenart 459800) sowie Einnahmen aus Versicherungsansprüchen (Kostenart 452700).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gehören die Kosten der überörtlichen Prüfung (Kostenart 529921, GPA NRW) sowie Sachkosten im Rahmen der Einführung von NKF (Kostenart 529922). Innerhalb der Kontengruppe *Transferaufwendungen* ist die Gesellschaftsumlage/Kostenbeitrag zum Rheinischen Studieninstitut (Kostenart 531600) veranschlagt.

Über die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden u. a. Gebühren für Giro- und Postscheckkonten (Kostenart 542310), Kosten der Vollstreckung (Kostenart 543900), Kosten der optischen Archivierung und die Körperschaftssteuer (im Rahmen der Beteiligung bei Radio Berg, Kostenart 548200) verausgabt. Darüber hinaus werden an dieser Stelle die Beiträge für nachfolgend aufgeführte Vereine und Verbände (Kostenart 544300) veranschlagt: Bergisches Chorfest, Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter, ZEBIO e.V., Touristik-Verband Oberbergisches Land e.V., Deutscher Verein, Förderverein NRW-Stiftung, Verein zur Förderung der Abteilung Gummersbach der Fachhochschule Köln, Gesellschaft für historische Waffen- und Kostümkunde, Deutscher Museumsbund, Verband rheinischer Museen, Bergischer Geschichtsverein, Naturhistorischer Verein der Rheinlande und Westfalens, Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande, Deutsche Gesellschaft für Volkskunde, Rheinische Vereinigung für Volkskunde, Bergisches Freilichtmuseum Lindlar, Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung, Landkreistag NRW, Kommunaler Arbeitgeberverband, Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land, Förderverein Stegerwaldstiftung, Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. (DIJuF), Deutsches Volksheimstättenwerk, Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, Deutsche Gartenbau-Gesellschaft, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

Weiter entstehen ADV-Kosten (Kst. 1204) im Rahmen der Einführung von NKF (Schulungskosten, Kosten für Entwicklung und Beratung, Lizenzkosten, RZ-Betrieb und Betreuung). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

In der Kontengruppe *Finanzerträge* sind die Gewinnanteile aus der Beteiligung am BAV, Anteil am Gewinn von Radio Berg (Kostenart 469100) und der Anteil am Reingewinn der Kreissparkasse (Kostenart 469900) sowie Zinsen für Kreisdarlehen (Kostenart 461900) vereinnahmt.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung**1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen**

Die Kosten für *Versicherungen* werden i. d. R. bei Amt 20 abgewickelt, nachfolgend sind die entsprechenden Kostenstellen abgebildet, die Gebäudeversicherungen werden unmittelbar auf den Gebäudekostenstellen gebucht.

Kst.	Beschreibung	Kst.	Beschreibung
1304	Kfz-Versicherung (Verwaltung)	1316	Ausstellungsversicherung
1308	Gesetzl. Schüler-Unfallversicherung BK	1318	Vermögenseigenschadens-Versicherung
1309	Gesetzl. Schüler-Unfallversicherung FS	1320	Versicherung Maschinen
1310	Gesetzl. Allg. Unfallvers. Beschäftigte	1322	Sammelwaldbrandversicherung
1311	Gesetzl. Allg. Unfallversicherung KTM	1326	Rechtsschutzversicherung
1312	Elektronikversicherung	1330	Allgemeine Haftpflichtversicherung
1314	Schlüsselverlustversicherung		

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung**1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen**

Teilfinanzplan			Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
7	+	Sonstige Einzahlungen			-85.750		-85.750	-85.750	-85.750
8	+	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen			-810.054		-810.054	-810.054	-810.054
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-896.804		-896.804	-896.804	-896.804
10	-	Personalauszahlungen			924.402		933.646	942.982	952.412
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			80.400		72.400	2.400	2.400
14	-	Transferauszahlungen			85.000		87.500	85.000	87.500
15	-	sonstige Auszahlungen			607.539		616.898	626.439	636.167
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			1.697.341		1.710.444	1.656.821	1.678.479
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			800.537		813.640	760.017	781.675
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen					-10.180		
23	=	investive Einzahlungen					-10.180		
31	=	Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)					-10.180		

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung**1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen					-10.180				-10.180
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)					-10.180				-10.180



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.01.10.01 Informationstechnische Infrastruktur

1.01.10.01.01 Amt 10

1.01.10.01.02 Amt 40

1.01.10.01.03 Amt 62

1.01.10.02 Organisationsangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.01.10.01****Informationstechnische Infrastruktur****Beschreibung**

A)

- IT-Organisation
- System- und Netzwerkbetreuung
- Hard- und Software-Beschaffung und Installation
- Kommunikationstechnologie
- Nachrichten- und Sicherheitstechnik
- Grundschulung und Anwendungsbetreuung

B)

- IT-Organisation Berufskollegs und Förderschulen des Oberbergischen Kreises
- System- und Netzwerkbetreuung
- Hard- und Softwarebeschaffung, Installation

AuftragsgrundlageZu A): Organisationsentscheidung des LandratesZu B): Schulgesetz NRW (SchulG)**Ziele**Zu A):

- Bereitstellung einer funktionierenden, angemessenen und ausreichenden IT-Infrastruktur einschließlich Software(-Anwendungen) an den Arbeitsplätzen der Kreisverwaltung
- Gewährleistung einer hohen Datenverfügbarkeit und Datensicherheit
- Umsetzung von Datenschutzmaßnahmen

Zu B):

- Bereitstellung und Funktionsgewährleistung einer bedarfsgerechten und zeitgemäßen IT-Infrastruktur zur schulischen und beruflichen Ausbildung
- Gewährleistung einer hohen Betriebssicherheit und Datensicherheit

ZielgruppenZu A): Organisationseinheiten der KreisverwaltungZu B): Schüler/innen, Lehrkräfte

**1.01.10.02****Organisationsangelegenheiten****Beschreibung**

- Erstellen und Pflege von Organisationsplänen
- Stellenbewertungen
- Organisationsberatungen
- Organisationsüberprüfungen
- Stellenbedarfsberechnungen

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Rechtssichere Bewertung der Stellen

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: AV, Dez. III, Dez. IV

1.01 Innere Verwaltung**1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
10	= Ordentliche Erträge			-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
11	- Personalaufwendungen			1.113.727	1.123.866	1.134.049	1.144.444
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			1.000	1.000	1.000	1.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen			276.222	287.557	298.892	310.258
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			269.765	274.183	277.080	282.017
17	= Ordentliche Aufwendungen			1.660.714	1.686.606	1.711.021	1.737.719
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			1.640.714	1.666.606	1.691.021	1.717.719
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			1.640.714	1.666.606	1.691.021	1.717.719
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			1.640.714	1.666.606	1.691.021	1.717.719
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-329.339	-331.042	-330.628	-332.557
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			320.997	321.806	321.039	321.870
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			1.632.372	1.657.370	1.681.432	1.707.032



Planerläuterung Teilergebnisplan

Bei der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattungen/ -umlage* sind Erträge aus dem Ersatz von Fernsprechg Gebühren bei privater Telefonnutzung der Bediensteten veranschlagt (Kostenart 443903).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei den *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* handelt es sich um die Kosten des behördlichen Vorschlagswesens. Im Rahmen einer Dienstanweisung können Verbesserungsvorschläge von Beschäftigten der Verwaltung prämiert werden (Kostenart 524900).

Die *Bilanziellen Abschreibungen* dienen der Darstellung von AfA für beschaffte Hard- und Software über und unter 410,- €. Sofern die Beschaffungen im laufenden Haushaltsjahr bestimmten Organisationseinheiten zugeordnet werden können, werden auch die bilanziellen Abschreibungen auf den entsprechenden Ämterkostenstellen verbucht.

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* erscheint in erster Linie der Aufwand für Miete und Wartung der Arbeitszeiterfassungsanlage (Kostenart 542909). Darüber hinaus werden hier Kosten erfasst, die bei der Ersteinweisung neuer Software entstehen. Auch in diesem Fall soll erst im laufenden Haushaltsjahr eine ämterspezifische Zuordnung erfolgen. Zu weiteren Aufwendungen führen die Beratungskosten im Rahmen der Einführung von E – Government (Kostenart 542700). Der Oberbergische Kreis muss in diesem Zusammenhang auf externe Anbieter zurückgreifen, weil eine entsprechende Schulung des eigenen Personals zu kosten- und zeitintensiv wäre. Ferner beinhaltet diese Kontengruppe vermischten Ausgaben (Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet. Nachrichtlich: Der überwiegende Teil der ADV-Kosten (GKD-Umlage, NKF-Kosten, ADV-Leasing, Datenleitungen, Bauelemente, etc.) wird über Kostenstellen abgewickelt und nach IT-Arbeitsplätzen bzw. Kosten der Verfahren verrechnet und belastet damit direkt die entsprechenden Produktgruppen.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: AV, Dez. III, Dez. IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul



Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Bezeichnung
1202	ADV-K. ZV GKD
1204	NKF-Kosten
1206	Leasingkosten
1208	Datenleitungen
1210	Aktive Bauelemente
1212	Ersteinweis.Software

Auszug Finanzstellen-Struktur (PSP-I)

Finanzstelle	Bezeichnung
5.103010	GWG Hard-/Software
5.103020	BuG Hard-/Software

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: AV, Dez. III, Dez. IV

1.01 Innere Verwaltung**1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-20.000		-20.000	-20.000	-20.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-20.000		-20.000	-20.000	-20.000
10	- Personalauszahlungen			757.686		765.264	772.916	780.646
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			1.000		1.000	1.000	1.000
15	- sonstige Auszahlungen			2.069.589		2.062.349	1.951.589	1.972.839
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			2.828.275		2.828.613	2.725.505	2.754.485
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			2.808.275		2.808.613	2.705.505	2.734.485
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			509.800		512.950	516.100	519.300
30	= investive Auszahlungen			509.800		512.950	516.100	519.300
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./.. Auszahlung)			509.800		512.950	516.100	519.300

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: AV, Dez. III, Dez. IV

1.01 Innere Verwaltung**1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen			509.800		512.950	516.100	519.300		2.058.150
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			509.800		512.950	516.100	519.300		2.058.150

**Beschreibung**

- Führen von Rechtsstreitverfahren des Kreises in allen verwaltungsgerichtlichen Verfahren, allen sozialgerichtlichen Verfahren, in zivilgerichtlichen Verfahren vor den Amtsgerichten, in arbeitsgerichtlichen Verfahren
- Fachliche Begleitung von Rechtsstreitigkeiten in zivilgerichtlichen und arbeitsgerichtlichen Verfahren bei anwaltlicher Vertretung
- Fertigen von Strafanzeigen
- Beratung und Unterstützung der Verwaltungsführung und der Fachämter in juristischen Fragen
- Vorbereitung der Wahlen von ehrenamtlichen Richtern
- Ausbildung von Rechtsreferendaren im Rahmen der Verwaltungsstation

Auftragsgrundlage

Prozessordnungen der jeweiligen Gerichte, Sämtliche Fachgesetze, Allgemeine Dienst- und Geschäftsanweisung, Einschlägige Satzungen, Aufträge der Verwaltungsführung und anderer Produktverantwortlicher

Ziele

- Rechtlich qualifizierte Prozessführung zur erfolgreichen Beendigung von Gerichtsverfahren; Erwiderungen innerhalb der von den Gerichten gesetzten Fristen
- Zeitnahe, umfassende und rechtlich qualifizierte Beratung zur rechtlichen Absicherung der Verwaltungstätigkeit; Beantwortung innerhalb der gesetzten Fristen, spätestens aber innerhalb von drei Wochen

Zielgruppen

Verwaltungsführung und alle Ämter der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat II

1.01 Innere Verwaltung**1.01.11 Recht**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-3.000	-3.000	-3.000	-3.000
10	= Ordentliche Erträge			-3.000	-3.000	-3.000	-3.000
11	- Personalaufwendungen			342.331	345.274	348.219	351.248
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			49.000	49.000	49.000	49.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen			6.899	7.182	7.466	7.750
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			43.615	43.702	42.938	43.143
17	= Ordentliche Aufwendungen			441.846	445.158	447.623	451.141
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			438.846	442.158	444.623	448.141
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			438.846	442.158	444.623	448.141
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			438.846	442.158	444.623	448.141
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-101.768	-102.387	-102.780	-103.410
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			115.216	115.676	115.864	116.336
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			452.294	455.447	457.707	461.067



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Recht

Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattungen/ -umlage* sind die Erstattungen von Prozesskosten (Kostenart 442900) ausgewiesen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst alle Gerichts-, Anwalts- und Prozesskosten (Kostenart 528903) sowie die Kosten von Vorverfahren (und ähnliche Kosten). Soweit sich diese Kosten einer Fachabteilung/Produkt zuordnen lassen, können im Wege der internen Leistungsverrechnung die jeweiligen Produkte mit Einzelbeträgen belastet werden.

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind Kosten des Informationssystems Juris (Kostenart 542900) abgebildet. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.11 Recht



Teilfinanzplan			Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-3.000		-3.000	-3.000	-3.000
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-3.000		-3.000	-3.000	-3.000
10	-	Personalauszahlungen			212.280		214.403	216.547	218.713
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			49.000		49.000	49.000	49.000
15	-	sonstige Auszahlungen			21.700		21.700	21.700	21.700
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			282.980		285.103	287.247	289.413
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			279.980		282.103	284.247	286.413



<u>Beschreibung</u>	Bewirtschaftung vorhandener Verwaltungs- und Schulgebäude sowie Sonderimmobilien des Kreises, kaufmännische Leistungen und Dienstleistungen im Bereich des Gebäudebetriebes, Flächenmanagement, Bereitstellung und Pflege der Infrastruktur.
<u>Auftragsgrundlage</u>	Aufträge durch Politik und Verwaltungsleitung sowie Nutzer der Gebäude und Einrichtungen des Kreises
<u>Ziele</u>	- Umweltschonendes und wirtschaftliches Betreiben der Gebäude des Kreises durch Senkung des Energieverbrauches - Ausreichende Bereitstellung von Flächen für Schulen und Verwaltung
<u>Zielgruppen</u>	Nutzer der Verwaltungsgebäude, Schulen, Sonderimmobilien des Kreises, Mieter und Vermieter, Auftragnehmer (Versorger, Industrie und Handwerk, Dienstleister)

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung**1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-43.162	-92.836	-105.810	-118.734
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-424.500	-424.500	-424.500	-424.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-46.000	-46.000	-46.000	-46.000
10	= Ordentliche Erträge			-513.662	-563.336	-576.310	-589.234
11	- Personalaufwendungen			483.095	487.831	492.607	497.444
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			5.549.525	5.229.525	5.229.525	5.229.525
14	- Bilanzielle Abschreibungen			2.867.277	3.010.916	3.093.657	3.144.140
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			873.692	886.369	846.030	834.571
17	= Ordentliche Aufwendungen			9.773.590	9.614.641	9.661.819	9.705.681
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			9.259.928	9.051.305	9.085.509	9.116.447
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			9.259.928	9.051.305	9.085.509	9.116.447
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			9.259.928	9.051.305	9.085.509	9.116.447
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-8.747.547	-8.533.194	-8.582.659	-8.608.005
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			29.933	30.224	30.510	30.809
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			542.314	548.336	533.359	539.250



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Grundstücks- und Gebäudemanagement

Die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* beinhaltet Erlöse aus dem Verkauf (Kostenart 441100) von Ausschreibungsunterlagen, Mieteinnahmen (Kostenart 441200) sowie Erlöse aus Mietnebenkosten (Kostenart 441210). Die Mieteinnahmen beziehen sich auf Dienstwohnungen, Pachteinnahmen Tiefgarage, Vermietung von Parkplätzen, Verpachtung der Kantine und sonstige Mieten (StVA, Garagen, Mobilfunksender, Wohnungs- und Geschäftsgrundstücke). Über die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung* werden Erstattungen von Bewirtschaftungskosten (z. B. Jugendzeltplatz, Kostenart 442900) und der Anteil der OAG zu Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten (Kostenart 444904) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* beinhalten die Kosten der kreiseigenen Gebäude (mit Ausnahme der Rettungswachen) für Energie, Abwasser, Wasser sowie Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten. Die Kosten je Gebäude werden auf separaten Objekt-Kostenstellen (Kst. 10000-15000) erfasst, anschließend werden die einzelnen Produkte mit diesen Kosten über Verrechnungsschlüssel belastet, gleichzeitig erfolgt über die Interne Leistungsbeziehung eine Entlastung des vorliegenden Produktes.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* zählen die Kosten zur Überprüfung von Elektroanlagen bzw. Beseitigung von Elektromängeln (Kostenart 542916), Ausgaben zur Erstellung eines ADV-Gebäudekatasters (Kostenart 543910), Maßnahmen zur Arbeitssicherheit (Kostenart 543911) und andere sonstige Geschäftsaufwendungen (z.B. Umzugskosten, Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Nachrichtlich: Die Erstattungen im Rahmen der Nutzung von Schulräumen durch Dritte oder Wohnungsmieten für Hausmeister an Schulen werden auf den betroffenen Produkten vereinnahmt, die Erstattung der Nebenkosten durch den LVR (Bewirtschaftung der Helen-Keller-Schule) werden beispielsweise in der Produktgruppe Förderschulen vereinnahmt. Die Gebäudekosten (Strom, Gas, Fernwärme, Heizöl, Wasser, Unterhaltung, Sanierung, Mieten, Bewirtschaftung, Abfallentsorgung, Reinigung, Grundsteuer, Gebäudeversicherungen) sind auf Kostenstellen geplant worden. Die Verteilung dieser Kosten (nach m²-Schlüssel) erfolgt verursachungsgerecht auf die Ämter bzw. auf die Produkte.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung**1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement***Auszug aus der Kst.-Struktur:*

Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung
10000	Verw.geb. Allg.	10180	Sport-/Turnhalle	11050	Schule für Kranke	13010	Helen-Keller-Schule
10010	Kreishaus Hochhaus	10190	Verw.geb. "PBS"	11060	Mertenpark, Kl. BK D.	13020	Anne-Frank Schule
10020	Kreishaus "Kantine"	10200	STVA GM	11070	Cont.ARG. Berg.stadt	13050	FS Emot.u.soz. Entw.
10030	Kaiser-Wilhelm-Bad	10210	KVHS, Mühlenbergweg 3	11080	Zentraldepot	14000	FW / RD Allg.
10040	Moltkestr. 34 (OAG)	10220	KVHS, Mühlenbergweg 3a	11090	Werkst., Hardtwiesen	14010	Kreisgeb. Lockenfeld
10050	Moltkestr. 38	10230	Nebst. Gesundh.A.W.	11100	Schulcontainer (FS)	15000	Sonstiges Allgemein
10060	Moltkestr. 40	10510	NSt.KatasterA., WB	11110	Schulcontainer (BK)	15010	Schloss-Museumsgeb.
10080	Am Wiedenhof 1-3	10520	W'ip., Hindenburgstr.	11120	Werkstatt Kl. BK Wip.	15020	Schloss-Verw.geb.
10090	Am Wiedenhof 5	10530	La-Roche-Sur-Yon 3	11130	Mat.cont.BK W'fürth	15060	Haus Dahl
10100	Am Wiedenhof 7	10550	Tiefgar. Bismarckpl.	11140	Lagerfl. Mertenpark	15070	FSH Bergneustadt
10110	Am Wiedenhof 9	10560	Am Wiedenhof 21	11150	Moltkestr. 20-22	15080	FSH Oberengelskirch.
10120	Am Wiedenhof 11	10570	Jugendzeltplatz	12000	Berufskollegs Allg.	15090	FSH Ösinghausen
10130	Am Wiedenhof 13	10580	Villa-Kohlgrüber	12010	BK Dieringhausen	15100	Geb. "Hülsebusch"
10140	Am Wiedenhof 15	11010	Nebst.STVA H'wagen	12020	Berufskolleg GM	15110	Ruine Eibach
10150	Am Wiedenhof 17	11020	Polizeiverw., GM	12025	BK GM, Waldbröl	15120	Ruine Biberstein
10160	Am Wiedenhof 19	11030	Klassen BK GM, W'bröl	12030	BK Wipperfürth		
10170	La-Roche-Sur-Yon 5	11040	Förderschule Sprache	13000	Förderschulen Allg.		

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung**1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-424.500		-424.500	-424.500	-424.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-46.000		-46.000	-46.000	-46.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-470.500		-470.500	-470.500	-470.500
10	- Personalauszahlungen			368.863		372.552	376.277	380.041
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			5.549.525		5.229.525	5.229.525	5.229.525
15	- sonstige Auszahlungen			847.416		859.646	819.296	807.296
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			6.765.804		6.461.723	6.425.098	6.416.862
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			6.295.304		5.991.223	5.954.598	5.946.362
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			2.600		2.600	2.600	2.600
30	= investive Auszahlungen			2.600		2.600	2.600	2.600
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)			2.600		2.600	2.600	2.600

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung**1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen			2.600		2.600	2.600	2.600		10.400
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			2.600		2.600	2.600	2.600		10.400



<u>Beschreibung</u>	Bauliche Unterhaltung (Substanzerhalt) der Liegenschaften des Oberbergischen Kreises, Planung, Realisierung, Projektsteuerung und Bauherrenbetreuung von Neubau-, Umbau- und Erweiterungsbaumaßnahmen.
<u>Auftragsgrundlage</u>	Aufträge durch Politik und Verwaltungsleitung sowie Nutzer der Gebäude und Einrichtungen des Kreises.
<u>Ziele</u>	- Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit sowie Substanzerhaltung der Gebäude des Oberbergischen Kreises im Verhältnis von 1,2% des Gebäudewertes als Instandhaltungsmittel (KGST), um bilanziellen Investitionsstau zu vermeiden, - Wirtschaftliche Erledigung von Baumaßnahmen durch Einhaltung des vorgegebenen Kostenrahmens.
<u>Zielgruppen</u>	Nutzer der Verwaltungsgebäude, Schulen, Sonderimmobilien des Kreises, Mieter und Vermieter, Auftragnehmer

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung**1.01.13 Technisches Immobilienmanagement**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
11	- Personalaufwendungen			445.438	449.648	453.885	458.194
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			15.825	16.064	16.070	16.358
17	= Ordentliche Aufwendungen			461.263	465.712	469.955	474.552
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			461.263	465.712	469.955	474.552
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			461.263	465.712	469.955	474.552
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			461.263	465.712	469.955	474.552
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			30.781	31.106	31.231	31.505
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			492.044	496.818	501.187	506.058

Planerläuterung Teilergebnisplan

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung**1.01.13 Technisches Immobilienmanagement**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
10	- Personalauszahlungen			321.573		324.789	328.036	331.317
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			321.573		324.789	328.036	331.317
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			321.573		324.789	328.036	331.317

**Beschreibung**

Der Landrat nimmt für das Land NRW im eigenen Namen Aufsichtstätigkeiten wahr. Die Kommunalaufsicht hat den Status einer Landesbehörde auf der unteren Ebene der Landesverwaltung („untere staatliche Verwaltungsbehörde“) und ist somit den Weisungen der Bezirksregierung bzw. des Innenministeriums NRW unterworfen.

Die Aufsichtsfunktion der Kommunalaufsicht umfasst folgende Tätigkeiten:

- Allgemeine Aufsicht (Rechtsaufsicht und finanzwirtschaftliche Aufsicht) über die 13 kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie entsprechende Zweckverbände (ASTO, BTV, Zweckverband der Förderschulen, Sparkassen-Zweckverbände)
- Entscheidungen über Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der Kommunen sowie über Vereinbarungen zur Interkommunalen Zusammenarbeit
- Bearbeitung von Beschwerden (Petitionen, Eingaben, Vergabebeschwerden, Dienstaufsichtsbeschwerden)
- Disziplinarangelegenheiten der Bürgermeister oder in Einzelfällen der Beamten der Kommunen

Auftragsgrundlage

Gemeindeordnung (GO), Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG), Kreisordnung (KrO), Landesbeamtengesetz (LBG), Landesdisziplinalgesetz, Kommunalwahlgesetz

Ziele

Über die Aufsichtsfunktion hinaus:

Beratung der kreisangehörigen Kommunen und Zweckverbände

Zielgruppen

Kreisangehörige Städte und Gemeinden sowie deren Zweckverbände mit Sitz im Oberbergischen Kreis
Bürger, Unternehmen

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung**1.01.14 Kommunalaufsicht**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
11	- Personalaufwendungen			333.758	336.573	339.389	342.290
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			13.960	14.064	13.610	13.795
17	= Ordentliche Aufwendungen			347.718	350.637	353.000	356.086
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			347.718	350.637	353.000	356.086
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			347.718	350.637	353.000	356.086
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			347.718	350.637	353.000	356.086
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			17.913	18.030	18.066	18.185
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			365.631	368.666	371.066	374.270

Planerläuterung Teilergebnisplan

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.14 Kommunalaufsicht



Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
10	- Personalauszahlungen			200.636		202.642	204.669	206.716
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			200.636		202.642	204.669	206.716
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			200.636		202.642	204.669	206.716

**Beschreibung**

Leistungen (Querschnittsaufgaben):

1. Personal- und Organisationsplanung
2. Bearbeitung von Rechtsangelegenheiten
3. Haushaltsplanung und –ausführung

Auftragsgrundlage

zur Sicherstellung eines effizienten Polizeikräfte- und Mitteleinsatzes durch Abdecken eines administrativen Bereiches. Beamten- und Tarifrecht, Waffenrecht, Ordnungswidrigkeiten- und Strafrecht, Vereinswesen- und Versammlungsrecht, Landeshaushaltsordnung, VOL, BGB

Ziele

Im Oberbergischen Kreis sind 10.979 Waffenbesitzkarten ausgestellt. Darin sind insgesamt 9.349 Kurz- und 18.922 Langwaffen registriert. Die Aufbewahrung der Waffen ist bisher nach Inkrafttreten des neuen Waffengesetzes zu 10 % überprüft worden. In den kommenden Jahren wird die Kreispolizeibehörde Oberbergischer Kreis alle übrigen Waffenbesitzer überprüfen. Ab 2008 werden kontinuierlich bis 2015 jährlich rund 750 Waffenbesitzer überprüft.

- Beschränkung der Anzahl von Waffen in Privathand.

Zielgruppen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Organisationseinheiten der Kreispolizeibehörde, übergeordnete Behörden, Bürger, Vereine, Speditionen

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung

1.01.15 Kreispolizeibehörde



Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-122.500	-122.500	-122.500	-122.500
10	= Ordentliche Erträge			-122.500	-122.500	-122.500	-122.500
11	- Personalaufwendungen			626.585	632.071	637.569	643.207
14	- Bilanzielle Abschreibungen			3.450	3.591	3.733	3.875
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			31.389	31.510	30.747	30.990
17	= Ordentliche Aufwendungen			661.424	667.173	672.049	678.071
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			538.924	544.673	549.549	555.571
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			538.924	544.673	549.549	555.571
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			538.924	544.673	549.549	555.571
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			48.018	48.212	48.402	48.601
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			586.941	592.885	597.951	604.172

Planerläuterung Teilergebnisplan

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für polizeiliche Erlaubnisse (insb. waffenrechtliche Erlaubnisse), für polizeiliche Begleitung von Schwertransporten, für Falschalarme (Fehlalarme von Überfall- und Einbruchmeldeanlagen) und sonstige Verwaltungsgebühren (gemäß § 7a der Kostenordnung zu § 77 Verwaltungsvollstreckungsgesetz, insb. polizeiliche Ersatzvornahmen) veranschlagt.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung

1.01.15 Kreispolizeibehörde



In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900) für soziale Belange der Polizei sowie der Beitrag (Kostenart 544300) zum IBZ Schloss Gimborn e.V. ausgewiesen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung

1.01.15 Kreispolizeibehörde



Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-122.500		-122.500	-122.500	-122.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-122.500		-122.500	-122.500	-122.500
10	- Personalauszahlungen			400.397		404.401	408.445	412.529
15	- sonstige Auszahlungen			7.311		7.311	7.311	7.311
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			407.708		411.712	415.756	419.840
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			285.208		289.212	293.256	297.340

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.02 Sicherheit und Ordnung

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-2.656	-7.968	-13.281	-18.593
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-12.041.248	-12.225.927	-12.303.513	-12.359.207
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-1.350	-1.400	-1.400	-1.400
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-510.800	-316.300	-131.600	-131.600
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-2.320.500	-2.321.300	-2.322.000	-2.322.000
10	= Ordentliche Erträge			-14.876.554	-14.872.895	-14.771.794	-14.832.800
11	- Personalaufwendungen			7.293.594	7.360.120	7.426.958	7.495.159
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			8.228.335	8.079.835	8.016.835	8.072.135
14	- Bilanzielle Abschreibungen			89.284	142.240	181.329	209.544
15	- Transferaufwendungen			41.550	41.550	41.550	41.550
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			2.396.807	2.364.196	2.292.726	2.287.154
17	= Ordentliche Aufwendungen			18.049.570	17.987.941	17.959.398	18.105.542
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			3.173.016	3.115.046	3.187.604	3.272.742
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			3.173.016	3.115.046	3.187.604	3.272.742
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			3.173.016	3.115.046	3.187.604	3.272.742
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			765.136	782.455	800.567	800.337
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			3.938.153	3.897.501	3.988.171	4.073.078

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.02 Sicherheit und Ordnung


Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-12.041.248		-12.225.927	-12.303.513	-12.359.207
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-1.350		-1.400	-1.400	-1.400
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-510.800		-316.300	-131.600	-131.600
7	+ Sonstige Einzahlungen			-2.320.500		-2.321.300	-2.322.000	-2.322.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-14.873.898		-14.864.927	-14.758.513	-14.814.207
10	- Personalauszahlungen			4.978.301		5.028.088	5.078.367	5.129.149
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			8.228.335		8.079.835	8.016.835	8.072.135
14	- Transferauszahlungen			41.550		41.550	41.550	41.550
15	- sonstige Auszahlungen			1.327.082		1.290.162	1.269.465	1.252.050
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			14.575.268		14.439.635	14.406.217	14.494.884
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			-298.630		-425.292	-352.296	-319.323
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			-42.500		-42.500	-688.720	-688.720
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen			-4.000		-3.000	-3.000	-3.000
23	= investive Einzahlungen			-46.500		-45.500	-691.720	-691.720
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			235.000		1.300.000	1.000.000	
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			462.290		420.215	245.790	246.790
30	= investive Auszahlungen			697.290		1.720.215	1.245.790	246.790
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)			650.790		1.674.715	554.070	-444.930



Beschreibung

Diese Produktgruppe besteht aus folgenden Produkten und Teilprodukten:

1.02.01.01 Allgemeine Gefahrenabwehr

1.02.01.01.01 Jagd und Fischerei

1.02.01.02 Gewerbe und Handwerk

1.02.01.02.01 Schornsteinfegeraufsicht

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.02.01.01****Allgemeine Gefahrenabwehr****Beschreibung**

- Überwachen der Zuverlässigkeit von Personen, die mit Jagdwaffen, Sprengstoff und anderen gefährlichen Stoffen umgehen
- Abnahme von Jäger- und Fischerprüfungen, Erteilen von Jagdscheinen
- Ordnungsbehördliche Einzelaufgaben z.B. zum Schutz der Sonn- und Feiertage oder im Friedhofs- und Bestattungswesen
- Beraten kreisangehöriger Kommunen in ordnungsrechtlichen Angelegenheiten
- Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler ordnungsrechtlicher Entscheidungen, soweit nicht anders zugeordnet

Auftragsgrundlage

Jagdgesetze Bund u. Land sowie Fischereigesetz NRW mit allen Verordnungen, Sprengstoffgesetz, Gefahrstoffverordnung, Chemikalienverbotsverordnung, Sonn- und Feiertagsgesetz NRW, Bestattungsgesetz NRW, Gräbergesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz, Ordnungsbehördengesetz NRW

Ziele**Global:**

- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
- Schutz von Wild- und Fischbeständen durch eine geordnete Bewirtschaftung

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung kommunaler Interessen
- Sicherstellen der Rechtmäßigkeit staatlicher Eingriffe in die Handlungsfreiheit Einzelner

Zielgruppen

Jägerschaft und Eigentümer von Wald- und Wiesenflächen, Fischerei-Interessierte und Eigentümer von Gewässern; Sportschützen, Einzelhandelsbetriebe; allgemeine Bevölkerung, Ordnungsbehörden kreisangehöriger Kommunen

**1.02.01.02****Gewerbe und Handwerk****Beschreibung**

- Überwachen der Zuverlässigkeit von Gewerbetreibenden insbesondere durch Untersagung des Gewerbes bei nachgewiesener Unzuverlässigkeit sowie Erteilen von Genehmigungen für Finanz- und Immobilienmakler, Ahnden von Verstößen gegen Gewerbe- und Handwerksordnung, Unterstützen der Zollbehörden bei Verdacht auf Schwarzarbeit, Untersagung des Handwerks bei nachgewiesener Unzuverlässigkeit.
- Schornsteinfegeraufsicht:
Überwachen und Unterstützen bei der Erledigung ihrer öffentlichen Aufgaben.
- Beraten kreisangehöriger Kommunen in gewerberechtlichen Angelegenheiten; Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler gewerberechtlicher Entscheidungen

Auftragsgrundlage

Gewerbeordnung, Handwerksordnung, Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung, Schornsteinfegergesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz, Ordnungsbehördengesetz NRW

Ziele**Global:**

- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
- Schutz legal arbeitender Gewerbe- und Handwerksbetriebe vor illegaler Konkurrenz

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und kommunaler Interessen,
- Sicherstellen der Rechtmäßigkeit staatlicher Eingriffe in die Gewerbefreiheit von Privatpersonen

Zielgruppen

Gewerbetreibende aller Art, Finanz- und Immobilienmakler, Handwerksbetriebe; Schornsteinfeger; alle kreisangehörigen kommunalen Gewerbebehörden; alle Personen, die gegen Vorschriften der Gewerbe/Handwerksordnung verstoßen

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-98.000	-91.000	-91.000	-98.000
10	= Ordentliche Erträge			-98.000	-91.000	-91.000	-98.000
11	- Personalaufwendungen			297.545	300.113	302.685	305.325
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			11.684	11.684	11.684	11.684
14	- Bilanzielle Abschreibungen			11.235	14.561	15.029	15.374
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			46.450	46.718	44.902	45.457
17	= Ordentliche Aufwendungen			366.914	373.076	374.301	377.840
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			268.914	282.076	283.301	279.840
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			268.914	282.076	283.301	279.840
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			268.914	282.076	283.301	279.840
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-88.842	-89.974	-90.119	-90.687
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			105.216	105.582	105.404	105.780
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			285.287	297.684	298.585	294.932



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Ordnungsbedürftige Tätigkeiten

Erträge der Produktgruppe 'Ordnungsbedürftige Tätigkeiten' bestehen einerseits aus Buß- und Verwarnungsgeldern, die bei der Ahndung von Gesetzesverstößen z.B. gegen die Vorschriften der Handwerks- oder Gewerbeordnung festgesetzt werden. Andererseits werden als Leistungsentgelt Verwaltungsgebühren eingenommen, z.B. für das Erteilen einer Sprengstofflaubnis oder eines Jagdscheins. Die Gebühreneinnahmen können immer nur Teilbereiche der Produktgruppe finanzieren. Sachaufwendungen entstehen insbesondere für die Durchführung von Jäger- und Fischerprüfungen. Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich tätige Personen (z.B. im Kreisjagdbeirat oder als Fischereiberater) werden unter sonstige ordentliche Aufwendungen erfasst.

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Gebühren nach dem Sprenggesetz, Jagdscheingebühren, Gebühren für Jägerprüfungen u.a., Gebühren für Fischerprüfungen u. a., Verwaltungsgebühren für Gewerbesachen und Verwaltungsgebühren Schornsteinfeger gesammelt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst die Kosten der Durchführung der Jäger- und der Fischereiprüfungen (Kostenart 524900). Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Beschäftigte (Kreisjagdbeirat, Fischereiberater, Kostenart 542800) erfasst. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-98.000		-91.000	-91.000	-98.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-98.000		-91.000	-91.000	-98.000
10	- Personalauszahlungen			185.653		187.510	189.386	191.279
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			12.900		12.900	12.900	12.900
15	- sonstige Auszahlungen			30.000		30.100	30.200	30.300
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			228.553		230.510	232.486	234.479
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			130.553		139.510	141.486	136.479
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen					2.000		
30	= investive Auszahlungen					2.000		
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./.. Auszahlung)					2.000		

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen					2.000				2.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)					2.000				2.000

**Beschreibung**

- Kontrollen und Probeentnahmen in Betrieben, in denen Lebensmittel, Bedarfsgegenstände, Kosmetika und Tabakerzeugnisse hergestellt, behandelt und in Verkehr gebracht werden
- Schlachtier- und Fleischuntersuchung
- Überwachung des Verkehrs mit Tierarzneimitteln und Futtermitteln

Auftragsgrundlage

Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch, Tierschutzgesetz, Fleischbeschausatzung des Oberbergischen Kreises, Fleischhygienegesetz, Arzneimittelgesetz, Verordnung (EG) 178/2002, Verordnung (EG) 852/2004, Verordnung (EG) 853/2004

Ziele

- Durchführung von Betriebskontrollen (100 %)
- Durchführung der Probenentnahmen (100 %)

Zielgruppen

Gewerbetreibende auf allen Stufen der Herstellung, Behandlung und Verarbeitung von Lebensmitteln und Futtermitteln; Landwirte, Tierärzte, Tierheilpraktiker, Verbraucher, Inhaber von Schlachtbetrieben, Jäger, amtl. Kontrollpersonal

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.02 Verbraucherschutz**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-185.200	-185.800	-186.300	-186.900
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-800	-800	-800	-800
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-8.000	-8.000	-8.000	-8.000
10	= Ordentliche Erträge			-194.000	-194.600	-195.100	-195.700
11	- Personalaufwendungen			563.144	568.462	573.817	579.258
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			414.700	426.700	438.700	450.700
14	- Bilanzielle Abschreibungen			4.928	5.130	5.333	5.535
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			42.779	43.043	42.897	43.234
17	= Ordentliche Aufwendungen			1.025.551	1.043.335	1.060.746	1.078.728
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			831.551	848.735	865.646	883.028
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			831.551	848.735	865.646	883.028
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			831.551	848.735	865.646	883.028
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-34.513	-34.743	-34.855	-35.088
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			71.928	72.238	72.285	72.602
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			868.966	886.230	903.076	920.542



Planerläuterung Teilergebnisplan

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100, z.B. Fleischbeschau) sowie für zusätzliche amtliche Kontrollen abgebildet. Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/ -umlage* stellt die Erstattungen (Kostenart 442900) von Kosten im Bereich der Lebensmitteluntersuchungen dar. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* werden Verwarnungsgelder (Kostenart 4521300) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* wird der Ankauf und insbesondere die Untersuchungen (Kostenart 529908) von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen abgedeckt. Darüber hinaus werden hier die Kosten für den laufenden Laborbedarf, für Verbraucherschutz und regionale Vermarktung (Kostenart 524905) sowie für den Kurierdienst (Kostenart 529909) veranschlagt.

Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich in erster Linie um Gebührenaussgaben (Kostenart 542300) für bakteriologische Fleischuntersuchungen und BSE-Pflichttests, aber auch um die Kosten der Materialbeschaffung (Kostenart 543110) im Rahmen der Fleischbeschauung. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.02 Verbraucherschutz**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-185.200		-185.800	-186.300	-186.900
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-800		-800	-800	-800
7	+ Sonstige Einzahlungen			-8.000		-8.000	-8.000	-8.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-194.000		-194.600	-195.100	-195.700
10	- Personalauszahlungen			406.074		410.135	414.236	418.378
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			414.700		426.700	438.700	450.700
15	- sonstige Auszahlungen			20.200		20.200	20.200	20.200
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			840.974		857.035	873.136	889.278
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			646.974		662.435	678.036	693.578



Beschreibung

- Überwachung von Tierhaltungen und Tierhandel gemäß tierseuchenrechtlicher Bestimmungen
- Maßnahmen gegen die allgemeine und die besondere Seuchengefahr
- Überwachung von Tierhaltungen, -zuchten, -handel und -transporten gemäß Tierschutzgesetz
- Vorbeugende und akute Maßnahmen zum Schutz der Tiere
- Überwachung, Entsorgung und ggf. Verwertung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen
- Zuchtberatung, Förderung und Vermarktung von Zuchttieren, Ausrichtung von Tierschauen

Auftragsgrundlage

Tierseuchengesetz, Tierschutzgesetz, Landeshundegesetz, Tierzuchtgesetz, Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz, VO (EG) 1774/2002

Ziele

Zielgruppen

Tierhalter, Tierhändler, Tiertransporteure, Tierärzte, Verbraucher, Jäger, Schädlingsbekämpfer, Landwirte, Inhaber von Schlachtbetrieben, amtl. Kontrollpersonal, Gastronomiebetriebe, Tierzüchter

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.03 Tiergesundheit**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-17.000	-17.000	-17.000	-17.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-8.000	-8.000	-8.000	-8.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
10	= Ordentliche Erträge			-27.000	-27.000	-27.000	-27.000
11	- Personalaufwendungen			482.162	486.657	491.179	495.781
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			389.300	389.300	389.300	389.300
15	- Transferaufwendungen			23.000	23.000	23.000	23.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			188.662	189.357	205.021	190.481
17	= Ordentliche Aufwendungen			1.083.124	1.088.315	1.108.500	1.098.562
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			1.056.124	1.061.315	1.081.500	1.071.562
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			1.056.124	1.061.315	1.081.500	1.071.562
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			1.056.124	1.061.315	1.081.500	1.071.562
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			34.513	34.743	34.855	35.088
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			1.090.637	1.096.057	1.116.354	1.106.651



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Tiergesundheit

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Bescheinigungen nach dem Tierseuchengesetz sowie Gebühren nach dem Tierschutzgesetz, Landeshundesgesetz u. a. abgewickelt. Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattungen/ -umlage* erfasst die Erstattung von Kosten zur Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 442900) sowie die Fahrtkostenerstattung durch Zuchtvereine. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* werden Verwarnungsgelder (Kostenart 452130) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden die Kosten für die Unterhaltung (Kostenart 523600) der Medizinischen Geräte und sonstige Gebrauchsgegenstände erfasst sowie die Sachkosten des Kreistierzuchtberaters (Kostenart 526800), die Kosten der Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 524902), die Beschaffung von Mitteln u. Verbrauchsmaterialien zur Tierseuchenbekämpfung (Kostenart 524903) und sonstige Aufwendungen im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung (z. B. TSE-Monitoring), die Kosten der Kurierdienste (Kostenart 529909) und insbesondere die Kosten der Tierkörperbeseitigung nach dem TierNebG (Kostenart 529910). Der Oberbergische Kreis hat hier einen Vertrag über die Entsorgungskosten mit der Fa. Secanim geschlossen.

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* sind die Mittel für die Förderung der Viehzucht und für sonstige landwirtschaftliche Belange sowie Zuschüsse zu Körungen und Prämien veranschlagt (Kostenart 531900). Durch gezielte Maßnahmen sollen die Kreisfördermittel zum Zweck der Sicherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der tierhaltenden Betriebe verwendet werden.

Über die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Leistungen/Vergütungen von externen Sachverständigen (Kostenart 542907, z. B. im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung oder Bekämpfung der Blauzungenkrankheit) verausgabt, diese Personen werden je nach Bedarf im Auftrag des Amtstierarztes zur Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen tätig. Des Weiteren sind hier Geschäftsaufwendungen für Aufgaben nach dem Tierschutzgesetz und Untersuchungen von Futtermittelproben (Kostenart 543900) angesetzt. Im Übrigen sind die Kosten der Tierschau (Kostenart 549900) im Jahr 2011 veranschlagt, welche i. d. R. alle vier Jahre durchgeführt wird. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.03 Tiergesundheit**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-17.000		-17.000	-17.000	-17.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-8.000		-8.000	-8.000	-8.000
7	+ Sonstige Einzahlungen			-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-27.000		-27.000	-27.000	-27.000
10	- Personalauszahlungen			340.637		344.044	347.484	350.959
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			389.300		389.300	389.300	389.300
14	- Transferauszahlungen			23.000		23.000	23.000	23.000
15	- sonstige Auszahlungen			164.390		164.870	180.653	165.838
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			917.327		921.214	940.437	929.097
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			890.327		894.214	913.437	902.097



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.02.04.01 Verkehrsregelung und -lenkung

1.02.04.02 Überwachung des fließenden Verkehrs

1.02.04.02.01 Polizeiliche Geschwindigkeitsanzeigen

1.02.04.02.02 Geschwindigkeitsüberwachung

1.02.04.03 Verkehrsrechtliche Genehmigungen

1.02.04.04 Verkehrserziehung und -aufklärung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.02.04.01****Verkehrsregelung und -lenkung****Beschreibung**

- Entscheidung über Verkehrszeichen und –einrichtungen
- Geschäftsführung in der Unfallkommission zur Beseitigung von Unfallhäufungspunkten
- Verkehrslenkungsmaßnahmen im Baustellen- und Veranstaltungsbereich

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrs-Ordnung (StVO), Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), verschiedene Richtlinien, Zuständigkeitsregelung des Landes NRW

Ziele

- Verkehrsregelungs- und -lenkungsmaßnahmen zur Erhaltung der Verkehrssicherheit im Straßenverkehr
- Zeitnahe sach- und fachgerechte Reaktion gegenüber Kommunen und Unternehmen
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Allgemeinheit, Interessengruppen, Einzelpersonen, Bauunternehmer, kreisangehörige Städte und Gemeinden



1.02.04.02

Überwachung des fließenden Verkehrs

Beschreibung

- Prüfung der Anträge von u.a. Bürgern und Behörden zur Durchführung von Geschwindigkeitskontrollen sowie Festlegung dieser Messstellen im Benehmen mit der Polizei
- Feststellung und Ahndung von Geschwindigkeitsüberschreitungen an Unfallhäufungspunkten, unfallkritischen Strecken, gefährdeten und besonders schutzwürdigen Bereichen (z. B. an Spielplätzen, Schulen, Schulwegen, Kindergärten, Altenheimen)
- Ahndung der von der Polizei und anderen Behörden vorgelegten Ordnungswidrigkeitenverfahren (z. B. Verkehrsunfälle, Alkohol- und Betäubungsmittelverstöße, Überschreitung von Lenkzeiten, Verstöße gegen die Beförderung gefährlicher Güter)
- Vertretung des Kreises vor den Amtsgerichten

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrsgesetz, Straßenverkehrsordnung, Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung, Fahrpersonalgesetz, Ordnungsbehördengesetz, Gefahrgutgesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz

Ziele

Senkung des Geschwindigkeitsniveaus und Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Rückgang der Verkehrsunfallzahlen

Zielgruppen

Antragsteller sowie mittelbar oder unmittelbar betroffene Verkehrsteilnehmer

**1.02.04.03****Verkehrsrechtliche Genehmigungen****Beschreibung**

- Erteilung / Entziehung von Erlaubnissen für den gewerblichen Güterkraftverkehr, von EG-Lizenzen und von Genehmigungen für den gewerblichen Taxen- und Mietwagenverkehr
- Erteilung von Erlaubnissen und Ausnahmegenehmigungen für Großraum- und Schwertransporte
- Erteilung von Ausnahmegenehmigungen von straßenverkehrsrechtlichen Vorgaben

Auftragsgrundlage

Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG), Personenbeförderungsgesetz (PBefG), Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft), Straßenverkehrsordnung (StVO), Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO)

Ziele

- Gewährleistung des gewerblichen Kraft- und Personenbeförderungsverkehrs durch zuverlässige und wirtschaftlich leistungsfähige Unternehmen; zudem Vorgaben bei den Transportgeschäften zur Vermeidung von Verkehrsbehinderungen
- Hilfestellung für Personen im Straßenverkehr mit besonderen Ausrichtungen
- Zeitnahe sach- und fachgerechte Reaktion gegenüber Unternehmen und Fachbehörden
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Gewerbliche Unternehmer des Personenbeförderungsverkehrs und des Güterkraftverkehrs, Allgemeinheit, Interessengruppen, Einzelpersonen, Handwerker, Menschen mit Behinderung, Fahrzeughalter



1.02.04.04

Verkehrserziehung und -aufklärung

Beschreibung

- Durchführung von Verkehrssicherheitsaktionen, Öffentlichkeitsarbeit
- Unterstützung der Verkehrssicherheitsarbeit der Kreispolizei und der Kreisverkehrswacht

Auftragsgrundlage

Gemeinsamer Runderlass des IM NRW und des MSV NRW

Ziele

- Verbesserung des Kenntnisstandes der Bevölkerung aller Altersgruppen bezogen auf medizinische, wissenschaftliche, unfallrelevante Neuerungen in der Verkehrssicherheitsarbeit; unter besonderer Sensibilisierung der Autofahrer gegenüber den schwächeren Verkehrsteilnehmern
- Intensivierung der Seniorenarbeit im Straßenverkehr ab 2008 ff
- Erhöhung der Zahl der entsprechenden Veranstaltungen

Zielgruppen

Alle am öffentlichen Straßenverkehr Beteiligten

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.04 Verkehrsangelegenheiten**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-200.000	-200.000	-200.000	-200.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-2.300.000	-2.300.000	-2.300.000	-2.300.000
10	= Ordentliche Erträge			-2.500.000	-2.500.000	-2.500.000	-2.500.000
11	- Personalaufwendungen			1.190.670	1.201.566	1.212.517	1.223.687
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			137.303	143.803	136.803	144.603
14	- Bilanzielle Abschreibungen			15.125	15.991	16.859	17.725
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			352.625	353.347	342.066	344.416
17	= Ordentliche Aufwendungen			1.695.722	1.714.707	1.708.246	1.730.431
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			-804.278	-785.293	-791.754	-769.569
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			-804.278	-785.293	-791.754	-769.569
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			-804.278	-785.293	-791.754	-769.569
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-263.400	-264.356	-265.697	-267.066
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			387.785	389.120	390.255	391.620
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			-679.893	-660.529	-667.196	-645.015



Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Produktgruppe „1.02.04 Verkehrsangelegenheiten“ umfasst Aufgabenbereiche vom Amt 30 (Rechtsamt) und Amt 36 (Straßenverkehrsamt).

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* [Produkt: 1.02.04.03 Verkehrsrechtliche Genehmigungen] sind die Gebühren (Kostenart 431100) für den gewerblichen Personen- und Güterverkehr, Großraum- und Schwerverkehr, Veranstaltungen sowie Baustellen (Anordnungsbefugnis Amt 36) veranschlagt, sowie Gebühren für Aktenversendungen (Amt 30).

Unter der Kontengruppe *sonstige ordentliche Erträge* [Produkt: 1.02.04.02 Überwachung des fließenden Verkehrs] sind folgende Einnahmen/Erträge (Kostenart 452100 u. 452130, Anordnungsbefugnis Amt 30) ausgewiesen:

1. Bußgelder wegen Verkehrsordnungswidrigkeiten	800.000 €
2. Bußgelder aus mobiler und stationärer Geschwindigkeitsüberwachung	300.000 €
3. Verwarngelder aus mobiler und stationärer Geschwindigkeitsüberwachung	1.200.000 €

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst die Kosten für Entgelte an Dritte für Filmentwicklung (Kostenart 529913) sowie die Unterhaltungskosten (Kostenart 523300) der Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen (Amt 30). Des weiteren sind hier die Betriebskosten (Kostenart 523400) des Verkehrsinformationsbusses, die Kosten im Rahmen der Verkehrssicherung und -lenkung (Kostenart 529100), insbesondere der Durchführung des Verkehrssicherheitstages (Kostenart 524900) sowie die Kosten im Rahmen der Verkehrserziehung (Kostenart 529100) zur Unterstützung der Kreispolizeibehörde und der Verkehrswacht Oberbergischer Kreis veranschlagt (Amt 36).

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Leasingkosten (Kostenart 542200) des Geschwindigkeitsmesssystems sowie das Material (Kostenart 543110) für die Geschwindigkeitsüberwachung und die Kosten im Zusammenhang mit der Entschädigung für die Durchführung von Fahrzeugführerermittlungen bzw. Zwangsstilllegungen erfasst (Kostenart 541905, Amt 30). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.



Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.04 Verkehrsangelegenheiten**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-200.000		-200.000	-200.000	-200.000
7	+ Sonstige Einzahlungen			-2.300.000		-2.300.000	-2.300.000	-2.300.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-2.500.000		-2.500.000	-2.500.000	-2.500.000
10	- Personalauszahlungen			817.224		825.396	833.649	841.985
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			137.700		144.200	137.200	145.000
15	- sonstige Auszahlungen			91.100		91.100	91.100	91.100
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			1.046.024		1.060.696	1.061.949	1.078.085
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			-1.453.976		-1.439.304	-1.438.051	-1.421.915
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			1.500		2.500	1.500	2.500
30	= investive Auszahlungen			1.500		2.500	1.500	2.500
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)			1.500		2.500	1.500	2.500



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen			1.500		2.500	1.500	2.500		8.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			1.500		2.500	1.500	2.500		8.000

**Beschreibung**

- Erteilung, Verlängerung, Entziehung und Versagung von Fahrerlaubnissen
- Maßnahmen zur Fahrerlaubniserteilung auf Probe und im Punktesystem
- Maßnahmen zur Überprüfung der Kraftfahreignung
- Umtausch in den EU-Kartenführerschein
- Ausgabe von Fahrerkarten

Auftragsgrundlage

Erteilung von Fahrlehr- und Fahrschülerlaubnissen sowie Überwachung der Fahrschulen
 Straßenverkehrsgesetz (StVG), Fahrerlaubnisverordnung (FeV), Verordnung zur Durchführung des
 Fahrpersonalgesetzes, EU-Führerscheinrichtlinien, Verordnung über den internationalen Kraftverkehr, Fahrlehrergesetz
 inkl. Durchführungsverordnungen

Ziele

- Gewährleistung der ordnungsgemäßen Ausbildung und Prüfung von Fahrerlaubnisbewerbern einschließlich ihrer
 Ausbilder zur konfliktfreien Mitwirkung am öffentlichen Straßenverkehr; des weiteren Entscheidungen über die
 Eignung von Kraftfahrzeugführern im Straßenverkehr; Schutz der Allgemeinheit vor ausgehenden Gefahren von
 ungeeigneten Verkehrsteilnehmern
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Fahrerlaubnisbewerber bzw. -inhaber, Bewerber bzw. Inhaber von Fahrgastbeförderungsscheinen, Personen mit
 Eignungsmängeln, Fahrlehrer und Fahrschulinhaber

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.05 Fahr- und Beförderungserlaubnisse**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-485.000	-475.000	-475.000	-485.000
10	= Ordentliche Erträge			-485.000	-475.000	-475.000	-485.000
11	- Personalaufwendungen			444.059	448.292	452.555	456.883
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			113	113	113	113
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			246.460	246.871	237.830	239.510
17	= Ordentliche Aufwendungen			690.633	695.276	690.499	696.506
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			205.633	220.276	215.499	211.506
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			205.633	220.276	215.499	211.506
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			205.633	220.276	215.499	211.506
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			75.109	75.382	75.764	76.155
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			280.742	295.658	291.263	287.661

Planerläuterung Teilergebnisplan

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Gebühren (Kostenart 431100) für den Bereich Führerschein- und Fahrlehrerwesen abgebildet.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.



Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind andere sonstige Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900) wie Kosten für den Druck der Karten, Führerscheine, Fahrerkarten etc. veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.05 Fahr- und Beförderungserlaubnisse**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-485.000		-475.000	-475.000	-485.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-485.000		-475.000	-475.000	-485.000
10	- Personalauszahlungen			324.751		327.999	331.279	334.591
15	- sonstige Auszahlungen			100.000		100.000	100.000	100.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			424.751		427.999	431.279	434.591
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			-60.249		-47.001	-43.721	-50.409



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.02.06.01 Zulassung

1.02.06.02 Überwachung der Halterhaftung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.02.06.01****Zulassung****Beschreibung**

Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen einschließlich

- Ausnahmegenehmigungen für Sonderfahrzeuge
- Internationale Zulassungen
- Änderung der Fahrzeugpapiere
- Sonderkennzeichen

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), Kraftfahrzeugsteuergesetz (KraftStG), Ministerielle Richtlinien, EG-Richtlinien, Fahrzeugzulassungsverordnung (FZV)

Ziele

- Kennzeichnung von Fahrzeugen zur Unterbindung von Schädigungen, Gefährdungen und Belästigungen durch Fahrzeuge gegenüber der Allgemeinheit
- Erhaltung eines aktuellen Datenbestandes
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Fahrzeughalter, Kfz-Händler, Kennzeicheninhaber

**1.02.06.02****Überwachung der Halterhaftung****Beschreibung**

Vorbeugende Maßnahmen bis hin zur Zwangsstilllegung in den Bereichen

- fehlender Versicherungsschutz
- Kfz-Steuerrückstand
- Nichtbeseitigung von Fahrzeugmängeln
- nicht vorgenommener Umschreibung des Fahrzeuges

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), Kraftfahrzeugsteuergesetz (KraftStG), Pflichtversicherungsgesetz (PflversG), Fahrzeugzulassungsverordnung (FZV)

Ziele

- Sicherstellung, dass nur die Fahrzeuge sich im Straßenverkehr bewegen, die den geltenden Bestimmungen (wie Versicherung etc.) entsprechen
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Fahrzeughalter, Kennzeicheninhaber

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.06 Kfz-Angelegenheiten**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-2.575.000	-2.675.000	-2.675.000	-2.675.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-1.350	-1.400	-1.400	-1.400
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-40.000	-40.000	-40.000	-40.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge				-300	-1.000	-1.000
10	= Ordentliche Erträge			-2.616.350	-2.716.700	-2.717.400	-2.717.400
11	- Personalaufwendungen			1.142.778	1.153.875	1.165.063	1.176.401
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			87.284	87.284	87.284	87.284
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			597.173	598.201	575.538	579.749
17	= Ordentliche Aufwendungen			1.827.235	1.839.359	1.827.885	1.843.434
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			-789.115	-877.341	-889.515	-873.966
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			-789.115	-877.341	-889.515	-873.966
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			-789.115	-877.341	-889.515	-873.966
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			188.291	188.974	189.932	190.911
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			-600.825	-688.366	-699.582	-683.055



Planerläuterung Teilergebnisplan

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Gebühren (Kostenart 431100) für den Bereich Kfz-Zulassung bzw. Kfz-Abmeldungen, Verwaltungsgebühren für fehlenden Versicherungsschutz sowie sonstige Gebühren für Aufgabenerledigungen im Mängel-, Halterwechsel- und Sicherungsübereignungsbereich veranschlagt.

Über die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* werden die Verkaufserlöse (Kostenart 441100) Kfz-Kennzeichen abgewickelt. In der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung* sind Erstattungen vom Land (Kostenart 442200, Verwaltungskostenbeteiligung zur Durchführung der VMZbV) ausgewiesen. Des weiteren sind in der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* Einnahmen durch Werbung (Kostenart 459100) im Straßenverkehrsamt veranschlagt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst die Kosten für Mikroverfilmung (Kostenart 529100) sowie die Kostenerstattungen an Gemeinden (Kostenart 525300) im Rahmen der Amtshilfe. Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Teilnahmekosten am KGST-Vergleichsring (Kostenart 542900) sowie insbesondere Kosten für Zulassungsbescheinigungen (vormals Plaketten, Kfz-Briefe), Karten-Führerscheine, Fahrerkarten, usw. abgebildet (Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.06 Kfz-Angelegenheiten**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-2.575.000		-2.675.000	-2.675.000	-2.675.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-1.350		-1.400	-1.400	-1.400
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-40.000		-40.000	-40.000	-40.000
7	+ Sonstige Einzahlungen					-300	-1.000	-1.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-2.616.350		-2.716.700	-2.717.400	-2.717.400
10	- Personalauszahlungen			860.160		868.762	877.449	886.224
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			87.000		87.000	87.000	87.000
15	- sonstige Auszahlungen			200.000		200.000	200.000	200.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			1.147.160		1.155.762	1.164.449	1.173.224
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			-1.469.190		-1.560.938	-1.552.951	-1.544.176



Beschreibung

In der Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.02.07.01 Einwohnerangelegenheiten

1.02.07.01.01 Einbürgerungen

1.02.07.02 Regelung des Aufenthalts von Ausländern

1.02.07.02.01 Humanitäre Aufenthalte

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.02.07.01****Einwohnerangelegenheiten****Beschreibung**

1. Bearbeiten aller Fragen zur deutschen Staatsangehörigkeit und Namensänderungen, insbesondere
 - Vornahme/Ablehnen von Einbürgerungen
 - Feststellen der deutschen Staatsangehörigkeit
 - Ausstellen von Urkunden über die deutsche Staatsangehörigkeit
 - Durchführen von Namensänderungen öffentlich-rechtlicher Art
2. Standesamtsaufsicht:
 - Unterstützen und Überwachen der Tätigkeit aller Standesämter im Kreisgebiet
3. Beraten kreisangehöriger Kommunen in melde-, ausweis- und passrechtlichen Angelegenheiten;
 - Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler melde-, ausweis- und passrechtlicher Entscheidungen

Auftragsgrundlage

Staatsangehörigkeitsgesetz, Namensänderungsgesetz; Personenstandsgesetz; Meldegesetze Bund und Land, Personalausweis- und Passgesetz, jeweils mit allen Verordnungen; Ordnungsbehördengesetz NRW, Ordnungswidrigkeitengesetz

Ziele**Global:**

- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
- Erleichtern der eindeutigen Identifizierung Einzelner durch die Einhaltung klarer Vorgaben zu Namen, Staatsangehörigkeit, Ausweisen und Anschriften

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung kommunaler Interessen
- Sicherstellen der einheitlichen Arbeitsweise aller Standesämter, Melde-, Ausweis- und Passbehörden der kreisangehörigen Kommunen

Zielgruppen

Einbürgerungswillige ausländische Personen sowie alle deutschen Einwohner und Einwohnerinnen des Kreisgebietes, die Standesämter, Melde-, Ausweis- und Passbehörden aller kreisangehöriger Kommunen

**1.02.07.02****Regelung des Aufenthalts von Ausländern****Beschreibung**

Vollzug aller aufenthaltsrechtlichen Regelungen des Bundes im Kreisgebiet, insbesondere Erteilen/Ablehnen von Aufenthaltsgenehmigungen zu unterschiedlichen Aufenthaltszwecken (Familienzusammenführung, Erwerbstätigkeit, Studium usw), Verpflichten zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen, Entgegennahme von Unterhaltsverpflichtungserklärungen, Durchführen aufenthaltsbeendender Maßnahmen soweit erforderlich

Auftragsgrundlage

Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet - mit allen Verordnungen und internationalen Abkommen; Freizügigkeitsgesetz für Bürger und Bürgerinnen der Europäischen Union; Asylverfahrensgesetz; Ordnungsbehördengesetz NRW, Ordnungswidrigkeitengesetz

Ziele

Global:

- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
- Steuern und Begrenzen des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik; Gestalten der Zuwanderung u.a. durch Fördern integrativer Maßnahmen und Erfüllen humanitärer Verpflichtungen

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung kommunaler und wirtschaftlicher Interessen
- bedarfsorientierte Entscheidungen, die unter Beachtung aller gesetzlichen und gerichtlichen Vorgaben durchgesetzt werden

Zielgruppen

Alle im Kreisgebiet lebenden ausländischen Personen

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-175.000	-173.000	-170.000	-170.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
10	= Ordentliche Erträge			-185.000	-183.000	-180.000	-180.000
11	- Personalaufwendungen			994.162	1.002.953	1.011.766	1.020.794
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			1.216	1.216	1.216	1.216
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			143.658	139.190	133.123	134.563
17	= Ordentliche Aufwendungen			1.139.035	1.143.359	1.146.105	1.156.572
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			954.035	960.359	966.105	976.572
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			954.035	960.359	966.105	976.572
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			954.035	960.359	966.105	976.572
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			88.842	89.974	90.119	90.687
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			1.042.878	1.050.333	1.056.224	1.067.259



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen

Erträge der Produktgruppe ‚Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen‘ bestehen weit überwiegend aus Verwaltungsgebühren, die als Leistungsentgelt für eine Einbürgerung oder das Erteilen einer Aufenthaltserlaubnis erhoben werden. Gelegentlich werden Kosten erstattet, die anlässlich einer Amtshilfe für andere Behörden entstehen, oder bei Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht Buß- und Verwarnungsgelder festgesetzt. Die Gebühreneinnahmen können immer nur Teilbereiche der Produktgruppe finanzieren. Sachaufwendungen entstehen insbesondere durch ärztliche Begutachtungen, die in Einzelfällen zur Überprüfung eines Aufenthaltsrechtes eingeholt werden müssen.

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Gebühren nach dem Aufenthaltsgesetz sowie die Gebühren für Staatsangehörigkeitswesen (z.B. Einbürgerungen) erfasst. Die Kontengruppe *Kostenerstattungen* umfasst Einnahmen im Zusammenhang mit dem Ersatz von Abschiebekosten und Sicherheitsleistungen (Kostenart 442900).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei den *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* handelt es sich um die anteiligen Kosten für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung (Bewirtschaftung über Kostenstelle 101321, Kostenart 523600).

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Kosten für Ausländerangelegenheiten (Kostenart 542900, z.B. Humanitäre Hilfen, Dolmetscher, ärztliche Gutachten, etc.) dargestellt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, Kfz-Kosten, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Im Finanzplan/Investitionsmaßnahmen ist die Ersatzbeschaffung des Dienst-Kfz für den Bereich Ausländeramt geplant.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-175.000		-173.000	-170.000	-170.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-10.000		-10.000	-10.000	-10.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-185.000		-183.000	-180.000	-180.000
10	- Personalauszahlungen			645.440		651.896	658.414	664.998
15	- sonstige Auszahlungen			20.000		15.000	15.000	15.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			665.440		666.896	673.414	679.998
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			480.440		483.896	493.414	499.998
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen			-1.000				
23	= investive Einzahlungen			-1.000				
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			40.000				
30	= investive Auszahlungen			40.000				
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)			39.000				

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen			-1.000						-1.000
2	- Summe der investiven Auszahlungen			40.000						40.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			39.000						39.000

**Beschreibung**

- Bereitstellung und Aufbereitung statistischer Daten für eigene Zwecke
Zuarbeit im Rahmen der jeweils aktuellen Aufgaben in Kreis- und Regionalentwicklung. Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit, regelmäßige Veröffentlichung des Beitrages „Der Oberbergische Kreis in Zahlen“, Schulstatistik u.a.
 - Bereitstellung und Aufbereitung statistischer Daten auf Anfrage von Unternehmen, Verwaltungen, Institutionen, Gutachtern, Privaten u.a. aus den Bereichen:
 - Demographie / Verwaltung / Wahlen, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Flächennutzung / Land- und Forstwirtschaft, Touristik, Bildungswesen
 - Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung amtlicher Zählungen
- Auftragsgrundlage** Zensusgesetze bzw. -verordnungen

Ziele

- Erarbeitung nachvollziehbarer und im regionalen und überregionalen Zusammenhang vergleichbarer Grundlagen (Zahlenwerke und Grafik) zur Beurteilung von Fragen, die die Entwicklung des Oberbergischen Kreises berühren
- Informationen interessierter Dritter über Struktur und Entwicklung des Oberbergischen Kreises
- Vorbereitung von Entscheidungen / Vorgaben für Politik, Verwaltung und Wirtschaft; Basiserhebung für Standortmarketing der Region

Zielgruppen

Politik, Behörden, Wirtschaft, Gesellschaft

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.08 Statistik



Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
11	- Personalaufwendungen			66.986	67.575	68.166	68.774
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			14.363	14.419	14.389	14.451
17	= Ordentliche Aufwendungen			81.349	81.995	82.555	83.225
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			81.349	81.995	82.555	83.225
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			81.349	81.995	82.555	83.225
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			81.349	81.995	82.555	83.225
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			8.925	8.317	8.368	8.421
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			90.274	90.312	90.924	91.646

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Statistik

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900) wie Beschaffung von Material (Statistikdaten vom LDS, etc.) und die Herausgabe von Schriften veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.08 Statistik



Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
10	- Personalauszahlungen			43.226		43.658	44.094	44.536
15	- sonstige Auszahlungen			10.000		10.000	10.000	10.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			53.226		53.658	54.094	54.536
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			53.226		53.658	54.094	54.536



<u>Beschreibung</u>	Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Wahlen und Abstimmungen
<u>Auftragsgrundlage</u>	Europawahlgesetz und Europawahlordnung, Bundeswahlgesetz und Bundeswahlordnung, Landeswahlgesetz und Landeswahlordnung, Kommunalwahlgesetz und Kommunalwahlordnung, Gemeindeordnung, Kreisordnung, Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden
<u>Ziele</u>	- ordnungsgemäße Vorbereitung der Wahl bzw. Abstimmung - fehlerfreie Ergebnisermittlung
<u>Zielgruppen</u>	Wahlberechtigte der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, Träger von Wahlvorschlägen, Wahlbewerberinnen und -bewerber

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.09 Wahlen



Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-379.900	-185.200		
10	= Ordentliche Erträge			-379.900	-185.200		
11	- Personalaufwendungen			29.405	29.660	29.918	30.182
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			399.000	148.500		
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			88.900	35.700	5.820	6.820
17	= Ordentliche Aufwendungen			517.305	213.860	35.738	37.002
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			137.405	28.660	35.738	37.002
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			137.405	28.660	35.738	37.002
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			137.405	28.660	35.738	37.002
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			5.662	5.691	5.684	5.717
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			143.067	34.351	41.422	42.719



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wahlen

Folgende Wahlen sind in den folgenden Jahren geplant:

- Haushaltsjahr 2009 Europa-, Bundestags- und Kreistagswahl
- Haushaltsjahr 2010 Landtagswahl
- Haushaltsjahr 2011 keine Wahlen
- Haushaltsjahr 2012 keine Wahlen

Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung* sind die Erstattungen der Kosten für Wahlen von Bund bzw. Land (Kostenart 442100 u. 442200) ausgewiesen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* sind die Erstattungen von Wahlkosten (nach Abzug der Kosten des Kreiswahlleiters) an die Städte und Gemeinden für die Durchführung von Wahlen veranschlagt (Kostenart 525300).

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Aufwandsentschädigungen (Kostenart 542800) für die Beisitzer des Kreiswahlausschusses sowie die Geschäftsausgaben (Kostenart 543900, Beschaffung von Vordrucken, Bekanntmachungen, etc.) und die ADV-Kosten (Kostenart 542901, Bereitstellung des Programms Wahlinfo durch die GKD) die anlässlich der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen anfallen, veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsausgaben (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.09 Wahlen



Teilfinanzplan			Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-379.900		-185.200		
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-379.900		-185.200		
10	-	Personalauszahlungen			18.678		18.864	19.053	19.244
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			399.000		148.500		
15	-	sonstige Auszahlungen			88.900		35.700	5.820	6.820
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			506.578		203.064	24.873	26.064
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			126.678		17.864	24.873	26.064



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.02.10.01 Brandschutz
 - 1.02.10.01.01 Werkstatt für Feuerwehrausrüstung
 - 1.02.10.01.02 Vorbeugender Brandschutz
 - 1.02.10.01.03 Brandschau Kommunen
 - 1.02.10.01.04 Kreisausbildung Freiwillige Feuerwehren
- 1.02.10.02 Katastrophenschutz
 - 1.02.10.02.01 Sachausstattung Einsatzkräfte
 - 1.02.10.02.02 Zuschüsse Einsatzorganisationen

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.02.10.01****Brandschutz****Beschreibung**

- Gefahrenabwehr für den Brandfall, insbesondere durch
Betrieb einer Leitstelle für Feuerschutz (Notruf 112),
Überörtliche Aus- und Fortbildung kommunaler Feuerwehrrkräfte,
Betrieb einer Werkstatt für Atemschutzgeräte und Schlauchpflegerei,
zentrale Beschaffungsmaßnahmen für kommunale Feuerwehren
- Gestellung von Brandschutztechnikern an die kreisangehörigen Kommunen
- Vorbeugender Brandschutz in Genehmigungsverfahren
- Beraten kreisangehöriger Kommunen insbesondere zu Brandschutzbedarfsplänen
- Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler Entscheidungen im Feuerschutz

Auftragsgrundlage

Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz NRW, Ordnungsbehördengesetz NRW, Zivilschutzgesetz, Wehrpflichtgesetz, Zivildienstgesetz, Sicherstellungsgesetze, jeweils mit allen Verordnungen und Erlassen

Ziele**Global:**

Schutz von Leib und Leben aller Personen im Kreisgebiet,
Ausbau des Bevölkerungsschutzes beim Kreis in Umsetzung der bundesweiten „Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“

Strategisch:

Stärkung der überörtlichen Zusammenarbeit aller Einsatzkräfte der Feuerwehren, Hilfsorganisationen und THW unter Berücksichtigung kommunaler Interessen durch Ausbau des zentralen kreiseigenen Brandschutzzentrums zu einem Rettungszentrum

Zielgruppen

Kreisangehörige Kommunen mit ihren Feuerwehren; Werksfeuerwehren; Hilfsorganisationen (DRK, Malteser, Johanniter, DLRG) u. Technisches Hilfswerk; Verpflichtete, die Wehersatzdienst bei einer Einsatzorganisation leisten;
Gesamtbevölkerung des Kreisgebietes.

**1.02.10.02****Katastrophenschutz****Beschreibung**

Hilfeleisten in überörtlichen Großschadenslagen, die zivile oder militärische Ursachen haben können, insbesondere durch

Betrieb einer Leitstelle für Bevölkerungsschutz (Notruf 112),
 Koordinieren der Einsatzkräfte und Hilfeleistungen in einer Großschadenslage,
 Erstellen vorbereitender Gefahrenabwehr- und Einsatzpläne,
 Planen und Durchführen von Übungen,
 Überwachen von Wehersatzdienst-Verpflichtungen,

ergänzende Sachausstattung der Einsatzkräfte von Hilfsorganisationen und Feuerwehren.

Auftragsgrundlage

Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz NRW, Ordnungsbehördengesetz NRW, Zivilschutzgesetz, Wehrpflichtgesetz, Zivildienstgesetz, Sicherstellungsgesetze, jeweils mit allen Verordnungen und Erlassen.

Ziele**Global:**

Schutz von Leib und Leben aller Personen im Kreisgebiet,
 Ausbau des Bevölkerungsschutzes beim Kreis in Umsetzung der bundesweiten "neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland"

Strategisch:

Stärkung der überörtlichen Zusammenarbeit aller Einsatzkräfte der Feuerwehren, Hilfsorganisationen und THW unter Berücksichtigung kommunaler Interessen durch Ausbau des zentralen kreiseigenen Brandschutzzentrums zu einem Rettungszentrum

Zielgruppen

Kreisangehörige Kommunen mit ihren Feuerwehren; Werksfeuerwehren; Hilfsorganisationen (DRK, Malteser, Johanniter, DLRG) u. Technisches Hilfswerk; Verpflichtete, die Wehersatzdienst bei einer Einsatzorganisation leisten;
 Gesamtbevölkerung des Kreisgebietes

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.10 Bevölkerungsschutz**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-2.594	-7.781	-12.969	-18.156
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-7.100	-7.300	-7.800	-7.800
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-9.500	-10.000	-10.000	-10.000
10	= Ordentliche Erträge			-19.194	-25.081	-30.769	-35.956
11	- Personalaufwendungen			1.006.325	1.015.243	1.024.187	1.033.346
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			105.421	105.421	105.421	105.421
14	- Bilanzielle Abschreibungen			44.330	76.518	101.518	115.804
15	- Transferaufwendungen			18.550	18.550	18.550	18.550
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			46.866	46.972	40.363	34.024
17	= Ordentliche Aufwendungen			1.221.491	1.262.704	1.290.039	1.307.145
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			1.202.297	1.237.623	1.259.270	1.271.189
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			1.202.297	1.237.623	1.259.270	1.271.189
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			1.202.297	1.237.623	1.259.270	1.271.189
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-7.188	-18.125	-24.688	-30.313
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			135.042	147.650	161.205	159.201
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			1.330.151	1.367.148	1.395.788	1.400.077



Planerläuterung Teilergebnisplan

Erträge der Produktgruppe *Bevölkerungsschutz* bestehen einerseits aus Kostenerstattungen der kreisangehörigen Kommunen für die Inanspruchnahme bestimmter Leistungen des Kreises im Brandschutz, andererseits aus dem Entgelt für die Aufschaltung von Brandmeldeanlagen auf die Kreisleitstelle. Sachaufwendungen dienen insbesondere der Anschaffung und Unterhaltung von Maschinen und technischen Anlagen im Brandschutzzentrum sowie der notwendigen Dienstfahrzeuge. Die Einsatzorganisationen im Kreisgebiet werden begrenzt finanziell unterstützt.

Die Kontengruppe *Kostenerstattungen* umfasst die Einnahmen/Erstattungen (Kostenart 442200 u. 442600) im Zusammenhang mit den Betriebskosten der Relaisfunkstation Unnenberg sowie die Erstattungen der Gemeinden (Kostenart 442300) für Verbrauchsgüter der Atemschutzwerkstatt. Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* sind Konzessionsabgaben (Kostenart 452600, Kostenpauschale für die Brandmelde-Übertragungs-Anlage) ausgewiesen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Hier fließen auf die Personalkosten für die Durchführung der Brandschau mit ein.

Die *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* umfasst die Unterhaltung (Kostenart 523300) von Geräten bzw. Technischen Anlagen im Brandschutzzentrum (Maschinen/Geräte etc. im Rahmen für Großschadensereignisse), aber auch die Kosten der Kreisausbildung der Freiwilligen Feuerwehren (Kostenart 524900). Die *Transferaufwendungen* beinhalten Zuschüsse an den Kreisfeuerwehrverband bzw. Zuschüsse an die Jugendfeuerwehr (Kostenart 531900).

In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind u. a. die Leasingraten für die Schlauchpflegeanlage (Kostenart 542200) hinterlegt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.10 Bevölkerungsschutz**

Teilfinanzplan			Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-7.100		-7.300	-7.800	-7.800
7	+	Sonstige Einzahlungen			-9.500		-10.000	-10.000	-10.000
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-16.600		-17.300	-17.800	-17.800
10	-	Personalauszahlungen			1.125.420		1.136.675	1.148.042	1.159.522
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			199.735		199.735	199.735	199.735
14	-	Transferauszahlungen			18.550		18.550	18.550	18.550
15	-	sonstige Auszahlungen			13.400		13.400	6.700	
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			1.357.105		1.368.360	1.373.027	1.377.807
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			1.340.505		1.351.060	1.355.227	1.360.007
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			-41.500		-41.500	-687.720	-687.720
23	=	investive Einzahlungen			-41.500		-41.500	-687.720	-687.720
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen			235.000		1.300.000	1.000.000	
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			95.000		230.000	80.000	80.000
30	=	investive Auszahlungen			330.000		1.530.000	1.080.000	80.000
31	=	Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)			288.500		1.488.500	392.280	-607.720

verantwortlich: Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.10 Bevölkerungsschutz



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze			Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
1.02.10 Erweiterung Brandschutzzentrum											
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						-646.220	-646.220		-1.292.440
6	=	Summe Einzahlungen						-646.220	-646.220		-1.292.440
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen			235.000		1.300.000	1.000.000			2.535.000
13	=	Summe Auszahlungen			235.000		1.300.000	1.000.000			2.535.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			235.000		1.300.000	353.780	-646.220		1.242.560

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.10 Bevölkerungsschutz**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
1.02.10 Abrollbehälter Atemschutz										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen					150.000				150.000
13	= Summe Auszahlungen					150.000				150.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)					150.000				150.000

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.10 Bevölkerungsschutz**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze			Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
1	+	Summe der investiven Einzahlungen			-41.500		-41.500	-41.500	-41.500		-166.000
2	-	Summe der investiven Auszahlungen			95.000		80.000	80.000	80.000		335.000
3	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			53.500		38.500	38.500	38.500		169.000



Beschreibung

Sicherstellen der Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der

- Notfallrettung einschließlich des notärztlichen Dienstes und des
- Krankentransportes, der mit medizinischer Betreuung durchgeführt werden muss (sogen. qualifizierte Transporte),

insbesondere durch

- Erstellen eines rettungsdienstlichen Bedarfsplans,
- Betrieb einer Leitstelle für den Rettungsdienst (Notruf 112),
- Trägerschaft für zehn Rettungswachen im Kreisgebiet,
- Berechnen und Festlegen der Gebühren für rettungsdienstliche Leistungen,
- Einzug der Benutzungsgebühren bei den Betroffenen und ihren Krankenkassen,
- Aufsicht über kreisangehörige Kommunen, die Träger einer Rettungswache sind.

Auftragsgrundlage

Rettungsgesetz NRW mit allen Verordnungen, Rettungsdienstlicher Bedarfsplan (Kreistagsbeschluss); Kommunalabgabengesetz NRW, (Kreis-) Gebührensatzung für den Rettungsdienst

Ziele

Global:

Schutz von Leib und Leben aller Betroffenen im Kreisgebiet

Strategisch:

Bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes nach Maßgabe des Rettungsbedarfsplanes

Zielgruppen

Alle Personen, die im Kreisgebiet krank oder verletzt transportiert werden müssen; Krankenhäuser und Hilfsorganisationen, die rettungsdienstliche Leistungen erbringen; Krankenkassen, die die Kosten übernehmen

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.11 Rettungsdienst**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-62	-187	-312	-437
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-8.306.048	-8.409.127	-8.489.213	-8.527.307
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-65.000	-65.000	-65.000	-65.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
10	= Ordentliche Erträge			-8.372.110	-8.475.314	-8.555.525	-8.593.744
11	- Personalaufwendungen			1.076.360	1.085.722	1.095.104	1.104.728
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			6.682.314	6.765.814	6.846.314	6.881.814
14	- Bilanzielle Abschreibungen			13.666	30.040	42.590	55.105
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			628.872	650.378	650.776	654.448
17	= Ordentliche Aufwendungen			8.401.211	8.531.955	8.634.784	8.696.096
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			29.101	56.641	79.259	102.352
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			29.101	56.641	79.259	102.352
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			29.101	56.641	79.259	102.352
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-26.368	-26.697	-27.021	-27.357
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			84.135	98.680	109.075	114.666
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			86.868	128.624	161.314	189.661



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Rettungsdienst

Erträge der Produktgruppe *Rettungsdienst* bestehen aus den Benutzungsgebühren, die für die Inanspruchnahme rettungsdienstlicher Leistungen erhoben werden. Nimmt eine Kommune als Träger einer eigenen Rettungswache die Kreisleitstelle in Anspruch, erstattet sie dem Kreis die anfallenden Kosten. Die Benutzungsgebühren sind grundsätzlich kostendeckend kalkuliert, nur ausnahmsweise sind Kosten rettungsdienstlicher Maßnahmen bei der Kalkulation nicht zu berücksichtigen. Sachaufwendungen dienen der Finanzierung des für den Rettungsdienst notwendigen Personals, der Rettungsmittel (Fahrzeuge) und der Rettungswachen. Der Bedarf wird regelmäßig in einem Bedarfsplan festgelegt, der mit den Krankenkassen abgestimmt und vom Kreistag beschlossen wird.

Unter der Kontengruppe *Leistungsentgelte* sind die Gebühren (432100) für den Rettungsdienst ausgewiesen. Die Position *Kostenerstattungen* umfasst die Erstattungen von Gemeinden (Kostenart 442300) für die anteiligen Kosten der Leitstelle. Sonstige Ordentliche Erträge fallen an im Rahmen von Kostenerstattungen durch Versicherungen und Dritte (Kostenart 452710).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* beinhaltet insbesondere die Kosten des Medizinischen Bedarfs (Kostenart 529907) und die Kostenerstattung an Rettungswachen/Notärztlicher Dienst u.a. (Kst. 200321-200323, Kostenart 529900). Des weiteren fallen hier die Kosten für Fahrzeuge im Rettungsdienst (Kst. 40323 ff., Kostenart 523400 u.a.) an sowie die Unterhaltungskosten (Strom, Energie, Wasser, Sanierung, Reinigung, etc.) der Rettungswachen im Kreisgebiet (Kst. 14015 ff.), welche von Amt 32 (Hinweis: Für kreiseigenen Gebäude ist das Zentrale Immobilienmanagement verantwortlich) bewirtschaftet werden.

Die *Sonstige ordentliche Aufwendungen* umfassen die Kosten des Luftrettungsdienstes (Kostenart 542900) sowie Kostenerstattungen für Einsätze der Hilfsorganisationen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.11 Rettungsdienst**

Hinweis: Die Kostenerstattung für notärztliche Dienst bzw. Rettungswachen öffentlich wirtschaftliche Unternehmen, die Kostenerstattung ärztlicher Leiter im Rettungsdienst sowie die Kosten der Rettungswachen (z.B. Gebäudekosten) oder die Kosten für KFZ sind auf Kostenstellen erfasst und werden im Wege der Verrechnung auf Produkte verteilt.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Rettungswachen-Kst.		Fahrzeuge-Kst.		Fahrzeuge-Kst.	
14015	Rettungsdienst	40333	Kfz RD 32/3 Nr. 03	40352	Kfz RD 32/3 Nr. 22
14020	RW 1	40334	Kfz RD 32/3 Nr. 04	40353	Kfz RD 32/3 Nr. 23
14030	RW 2	40335	Kfz RD 32/3 Nr. 05	40354	Kfz RD 32/3 Nr. 24
14040	RW 3	40336	Kfz RD 32/3 Nr. 06	40355	Kfz RD 32/3 Nr. 25
14050	RW 4	40337	Kfz RD 32/3 Nr. 07	40356	Kfz RD 32/3 Nr. 26
14060	RW 5	40338	Kfz RD 32/3 Nr. 08	40357	Kfz RD 32/3 Nr. 27
14070	RW 6	40339	Kfz RD 32/3 Nr. 09	40358	Kfz RD 32/3 Nr. 28
14080	RW 7	40340	Kfz RD 32/3 Nr. 10	40359	Kfz RD 32/3 Nr. 29
14090	RW 8	40341	Kfz RD 32/3 Nr. 11	40360	Kfz RD 32/3 Nr. 30
14100	RW 9	40342	Kfz RD 32/3 Nr. 12	40401	Kfz Brandschutz 1
14110	RW 10	40343	Kfz RD 32/3 Nr. 13	40402	Kfz Brandschutz 2
14120	RW 11	40344	Kfz RD 32/3 Nr. 14	40403	Kfz Brandschutz 3
14130	RW 12	40345	Kfz RD 32/3 Nr. 15	40404	Kfz Brandschutz 4
14140	RW 13	40346	Kfz RD 32/3 Nr. 16	Organisations-Kst.	
14150	RW 14	40347	Kfz RD 32/3 Nr. 17	101322	Leistellenbetrieb
Fahrzeuge-Kst.		40348	Kfz RD 32/3 Nr. 18	101323	Bürobetrieb 32/3
40323	Haltg.Dienst-Kfz32/3	40349	Kfz RD 32/3 Nr. 19	200321	Personalkosten NÄ
40331	Kfz RD 32/3 Nr. 01	40350	Kfz RD 32/3 Nr. 20	200322	Personalkosten RW
40332	Kfz RD 32/3 Nr. 02	40351	Kfz RD 32/3 Nr. 21	200323	Personalkosten QS

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.11 Rettungsdienst**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-8.306.048		-8.409.127	-8.489.213	-8.527.307
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-65.000		-65.000	-65.000	-65.000
7	+ Sonstige Einzahlungen			-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-8.372.048		-8.475.127	-8.555.213	-8.593.307
10	- Personalauszahlungen			211.038		213.149	215.281	217.433
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			6.588.000		6.671.500	6.752.000	6.787.500
15	- sonstige Auszahlungen			589.092		609.792	609.792	612.792
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			7.388.130		7.494.441	7.577.073	7.617.725
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			-983.918		-980.686	-978.140	-975.582
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen			-3.000		-3.000	-3.000	-3.000
23	= investive Einzahlungen			-4.000		-4.000	-4.000	-4.000
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			325.790		185.715	164.290	164.290
30	= investive Auszahlungen			325.790		185.715	164.290	164.290
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)			321.790		181.715	160.290	160.290



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen			-4.000		-4.000	-4.000	-4.000		-16.000
2	- Summe der investiven Auszahlungen			325.790		185.715	164.290	164.290		840.085
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			321.790		181.715	160.290	160.290		824.085

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.03 Schulträgeraufgaben

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-1.579.614	-1.579.614	-1.579.614	-1.579.614
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-6.000	-6.000	-6.000	-6.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-23.150	-23.350	-23.550	-23.750
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-382.020	-382.020	-382.020	-382.020
10	= Ordentliche Erträge			-1.990.784	-1.990.984	-1.991.184	-1.991.384
11	- Personalaufwendungen			2.424.239	2.445.947	2.467.818	2.490.011
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			3.311.670	3.386.908	3.465.210	3.545.507
14	- Bilanzielle Abschreibungen			277.791	231.227	250.963	270.700
15	- Transferaufwendungen			71.000	71.000	71.000	71.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			618.063	594.824	596.828	603.364
17	= Ordentliche Aufwendungen			6.702.763	6.729.905	6.851.819	6.980.582
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			4.711.979	4.738.921	4.860.635	4.989.198
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			4.711.979	4.738.921	4.860.635	4.989.198
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			4.711.979	4.738.921	4.860.635	4.989.198
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-11.981	-12.089	-12.195	-12.305
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			5.857.835	5.617.025	5.670.952	5.712.197
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			10.557.833	10.343.857	10.519.393	10.689.091



Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.03 Schulträgeraufgaben

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-1.579.614		-1.579.614	-1.579.614	-1.579.614
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-6.000		-6.000	-6.000	-6.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-23.150		-23.350	-23.550	-23.750
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-382.020		-382.020	-382.020	-382.020
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-1.990.784		-1.990.984	-1.991.184	-1.991.384
10	- Personalauszahlungen			1.834.096		1.850.818	1.867.702	1.884.759
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			3.311.670		3.386.908	3.465.210	3.545.507
14	- Transferauszahlungen			71.000		71.000	71.000	71.000
15	- sonstige Auszahlungen			310.620		297.620	297.620	298.620
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			5.527.386		5.606.346	5.701.532	5.799.886
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			3.536.602		3.615.362	3.710.348	3.808.502
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			-646.220		-646.220		
23	= investive Einzahlungen			-646.220		-646.220		
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			4.370.000		3.120.000	1.200.000	1.200.000
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			418.000		349.200	349.200	349.200
30	= investive Auszahlungen			4.788.000		3.469.200	1.549.200	1.549.200
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)			4.141.780		2.822.980	1.549.200	1.549.200

**Beschreibung**

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.03.01.01 Förderschule Geistige Entwicklung (Helen-Keller-Schule)

1.03.01.01.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.02 Förderschule Geistige Entwicklung (Anne-Frank-Schule)

1.03.01.02.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.03 Förderschule Sprache (Wiehl)

1.03.01.03.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.04 Schule für Kranke (Anna-Freud-Schule)

1.03.01.04.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.05 Förderschule emotionale und soziale Entwicklung (Gummersbach)

1.03.01.05.01 Schulpauschale (anteilig)

- Bereitstellung bedarfsorientierter Schulausstattung
- Einsatz von Zivildienstleistenden und Teilnehmer/-innen am Freiwilligen Sozialen Jahr zur pflegerischen Betreuung
- Haushaltsplanung und -abwicklung
- Sicherstellung der Schülerverpflegung
- verwaltungsmäßige und finanzielle Abwicklung von Fördermaßnahmen
- Bearbeitung von Verwaltungsverfahren auf Schulträgererebene

Auftragsgrundlage

Landesverfassung, Schulgesetz NRW – SchulG, Beschluss des Kreistages

Ziele

Bereitstellung einer am Förderbedarf orientierten sachgerechten und zeitgemäßen Ausstattung bei maximaler Einsatzmitteleffizienz

Zielgruppen

Förderschulen sowie die Schule für Kranke in Trägerschaft des OBK, Schüler/-innen, Schulleitungen, Lehrkräfte



Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben**1.03.01 Förderschulen**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-136.392	-136.392	-136.392	-136.392
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-5.900	-6.000	-6.100	-6.200
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-358.290	-358.290	-358.290	-358.290
10	= Ordentliche Erträge			-503.082	-503.182	-503.282	-503.382
11	- Personalaufwendungen			786.517	792.804	799.153	805.569
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			258.220	258.940	259.674	260.423
14	- Bilanzielle Abschreibungen			49.513	53.537	57.563	61.587
15	- Transferaufwendungen			4.150	4.150	4.150	4.150
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			114.851	109.078	108.613	109.659
17	= Ordentliche Aufwendungen			1.213.251	1.218.510	1.229.153	1.241.388
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			710.169	715.328	725.871	738.006
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			710.169	715.328	725.871	738.006
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			710.169	715.328	725.871	738.006
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			1.634.216	1.636.938	1.637.949	1.638.993
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			2.344.385	2.352.266	2.363.820	2.376.999



Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet den Landeszuschuss zu Fördermaßnahmen der Förderschule Sprache in Oberwiesl sowie den Landeszuschuss zu Fördermaßnahmen der Förderschule mit dem Schwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung in Gummersbach-Vollmerhausen. Außerdem wird hier die Schulpauschale für die Förderschulen anteilig im Verhältnis der Schülerzahlen vereinnahmt. (Kostenart 414200)

Bei den *Öffentlich-Rechtlichen Leistungsentgelten* handelt es sich um Einnahmen aus der Schulraumbenutzung durch Dritte. Die *Privatrechtlichen Leistungsentgelte* setzen sich zusammen aus den Mieteinnahmen und den Nebenkosten für die Dienstwohnung des Hausmeisters an der Helen-Keller-Schule.

In der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* sind die Erstattungen des Bundesamtes für den Zivildienst (Kostenart 442100), die Erstattungen vom Land für Lehrerausbildung (Kostenart 442200) und die Kostenerstattung durch den Landschaftsverband Rheinland für die Helen-Keller-Schule Wiehl (Kostenart 442300) zusammengefasst. Darüber hinaus beinhaltet diese Summe die Kostenbeteiligung der Eltern an der Schülerverpflegung an den beiden Schulen für geistig behinderte Kinder sowie die Elternbeiträge für die offene Ganztagschule der Förderschule Sprache (Kostenart 444900).

Die Kontengruppe *Personalaufwendungen* erfasst die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Daneben werden hier alle Kosten für die an den Förderschulen eingesetzten Zivildienstleistenden und Teilnehmer/innen am freiwilligen sozialen Jahr veranschlagt (Kostenart 501900).

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden Lehr-/Lernmittel und Unterrichtsbedarf (Kostenart 524300), die Kosten des Turn- und Schwimmunterrichts der Anne-Frank-Schule (Benutzung des Walter-Leo-Schmitz Bades in Wipperfurth, Kostenart 525300), die Durchführung von Fördermaßnahmen sowie die Schülerverpflegung abgebildet (Kostenart 529100).

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet Zuschüsse an die Fördervereine der kreiseigenen Förderschulen (Kostenart 531900). In der Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Kosten der Lehreraus- und Fortbildung (Kostenart 541200), die Geschäftsausgaben sowie die vermischten Ausgaben der Förderschulen erfasst (Kostenart 543900).

Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Haushaltsplan 2009**Oberbergischer Kreis****verantwortlich: Dezernat III****1.03 Schulträgeraufgaben****1.03.01 Förderschulen**

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Beschreibung	Kst.	Beschreibung
2011	Lernmittel Berufskolleg Gummersbach	2221	Geschäftsausgaben Helen-Keller-Schule
2012	Lernmittel Berufskolleg Dieringhausen	2222	Geschäftsausgaben Anne-Frank-Schule
2013	Lernmittel Berufskolleg Wipperfürth	2223	Geschäftsausgaben Förderschule Sprache
2211	Geschäftsausgaben BK GM u. Waldbröl	2224	Geschäftsausgaben Anna-Freud-Schule
2212	Geschäftsausgaben BK Dieringhausen	2225	Gesch.ausg. Fördersch. emot. u.soz.Entw.
2213	Geschäftsausgaben BK Wipperfürth	2240	Leasing, Miete, EDV Förderschulen
2230	Leasing, Miete, EDV Berufskollegs		

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben**1.03.01 Förderschulen**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-136.392		-136.392	-136.392	-136.392
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-5.900		-6.000	-6.100	-6.200
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-358.290		-358.290	-358.290	-358.290
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-503.082		-503.182	-503.282	-503.382
10	- Personalauszahlungen			644.880		649.808	654.785	659.811
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			258.220		258.940	259.674	260.423
14	- Transferauszahlungen			4.150		4.150	4.150	4.150
15	- sonstige Auszahlungen			43.090		43.090	43.090	43.090
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			950.340		955.988	961.699	967.474
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			447.258		452.806	458.417	464.092
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			170.000				
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			79.700		79.700	79.700	79.700
30	= investive Auszahlungen			249.700		79.700	79.700	79.700
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)			249.700		79.700	79.700	79.700

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben**1.03.01 Förderschulen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
1.03.01 Ausbau FS f. emotionale u. soziale Entw.										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			170.000						170.000
13	= Summe Auszahlungen			170.000						170.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			170.000						170.000

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben**1.03.01 Förderschulen**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen			79.700		79.700	79.700	79.700		318.800
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			79.700		79.700	79.700	79.700		318.800

**Beschreibung**

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.03.02.01 Berufskolleg Kaufmännische Schulen Gummersbach und Waldbröl

1.03.02.01.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.02.02 Berufskolleg Ernährung-Sozialwesen-Technik Gummersbach-Dieringhausen

1.03.02.02.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.02.03 Berufskolleg Wipperfürth

1.03.02.03.01 Schulpauschale (anteilig)

- Bereitstellung bedarfsorientierter und berufsfeldbezogener Schulausstattung
- Haushaltsplanung und –Abwicklung
- Verwaltungsmäßige und finanzielle Abwicklung von Fördermaßnahmen
- Entwicklung und Umsetzung von IT-Strategien
- Bearbeitung von Verwaltungsverfahren auf Schulträgererebene

Auftragsgrundlage

Landesverfassung NRW, Schulgesetz NRW – SchulG, Beschluss des Kreistages

Ziele

Bereitstellung einer bedarfs- und zukunftsorientierten, sachgerechten und technisch zeitgemäßen Ausstattung bei maximaler Einsatzmitteleffizienz

Zielgruppen

Berufskollegs in der Trägerschaft des Oberbergischen Kreises, Schüler/innen, Auszubildende, Schulleitungen, Lehrkräfte, Ausbildungsbetriebe

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben**1.03.02 Berufskollegs**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-1.443.222	-1.443.222	-1.443.222	-1.443.222
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-3.500	-3.500	-3.500	-3.500
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-17.250	-17.350	-17.450	-17.550
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-23.730	-23.730	-23.730	-23.730
10	= Ordentliche Erträge			-1.487.702	-1.487.802	-1.487.902	-1.488.002
11	- Personalaufwendungen			1.007.115	1.016.766	1.026.490	1.036.355
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			557.450	558.323	559.200	560.082
14	- Bilanzielle Abschreibungen			228.278	177.690	193.400	209.113
15	- Transferaufwendungen			66.850	66.850	66.850	66.850
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			474.882	460.130	462.985	467.201
17	= Ordentliche Aufwendungen			2.334.575	2.279.758	2.308.925	2.339.600
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			846.873	791.956	821.023	851.598
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			846.873	791.956	821.023	851.598
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			846.873	791.956	821.023	851.598
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-175.831	-177.409	-178.972	-180.584
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			4.303.231	4.060.721	4.114.650	4.155.893



Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			4.974.273	4.675.268	4.756.701	4.826.908

Planerläuterung Teilergebnisplan

Bei der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* handelt es sich um die anteilig im Verhältnis der Schülerzahlen veranschlagte Schulpauschale. Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Erstattung des Bundesamtes für den Zivildienst (Kostenart 442100), die Erstattungen vom Land für Lehrerausbildung (Kostenart 442200) sowie den Schülerbeitrag zum Fach Nahrungszubereitung (Kostenart 444900).

Über die *Öffentlich-Rechtlichen Leistungsentgelte* werden Einnahmen aus der Schulraumbenutzung durch Dritte veranschlagt. Bei den *Privatrechtlichen Leistungsentgelten* handelt es sich um die Mieterträge und Nebenkosten der Hausmeisterwohnungen (Kostenarten 441200 und 441210) sowie um die Einnahmen aus der Nebentätigkeit der Hausmeister (Warenverkauf in den Pausen; Kostenart 441903).

Die Kontengruppe *Personalaufwendungen* erfasst die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Darüber hinaus werden hier die Kosten der Zivildienstleistenden erfasst (Kostenart 501900).

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* bildet die Kosten für Lehr-/Lernmittel und Unterrichtsbedarf (Kostenart 524300) sowie den Sachaufwand Schulmitwirkung für die 3 Berufskollegs des Oberbergischen Kreises ab (Kostenart 524900). Des weiteren werden an dieser Stelle die Erstattungen für die Schulsozialarbeit an das DRK verbucht (Kostenart 528906).

Über die Kontengruppe *Transferaufwendungen* wird die Beteiligung an der Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr am Berufskolleg Dieringhausen (Kostenart 531800) sowie Zuschüsse an die Fördervereine der kreiseigenen Berufskollegs (Kostenart 531900) abgewickelt.

Die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* enthält die Kosten der Lehreraus- und Fortbildung (Kostenart 541200), die Geschäftsausgaben und die vermischten Ausgaben (Kostenart 543900). Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Haushaltsplan 2009**Oberbergischer Kreis****verantwortlich: Dezernat III****1.03 Schulträgeraufgaben****1.03.02 Berufskollegs**

Auf der Ebene der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Beschreibung	Kst.	Beschreibung
2011	Lernmittel Berufskolleg Gummersbach	2221	Geschäftsausgaben Helen-Keller-Schule
2012	Lernmittel Berufskolleg Dieringhausen	2222	Geschäftsausgaben Anne-Frank-Schule
2013	Lernmittel Berufskolleg Wipperfürth	2223	Geschäftsausgaben Förderschule Sprache
2211	Geschäftsausgaben BK GM u. Waldbröl	2224	Geschäftsausgaben Anna-Freud-Schule
2212	Geschäftsausgaben BK Dieringhausen	2225	Gesch.ausg. Fördersch. emot. u.soz.Entw.
2213	Geschäftsausgaben BK Wipperfürth	2240	Leasing, Miete, EDV Förderschulen
2230	Leasing, Miete, EDV Berufskollegs		

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben**1.03.02 Berufskollegs**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-1.443.222		-1.443.222	-1.443.222	-1.443.222
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-3.500		-3.500	-3.500	-3.500
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-17.250		-17.350	-17.450	-17.550
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-23.730		-23.730	-23.730	-23.730
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-1.487.702		-1.487.802	-1.487.902	-1.488.002
10	- Personalauszahlungen			756.611		764.079	771.617	779.236
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			557.450		558.323	559.200	560.082
14	- Transferauszahlungen			66.850		66.850	66.850	66.850
15	- sonstige Auszahlungen			261.830		248.830	248.830	248.830
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			1.642.741		1.638.082	1.646.497	1.654.998
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			155.039		150.280	158.595	166.996
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			-646.220		-646.220		
23	= investive Einzahlungen			-646.220		-646.220		
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			4.200.000		3.120.000	1.200.000	1.200.000
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			338.300		269.500	269.500	269.500
30	= investive Auszahlungen			4.538.300		3.389.500	1.469.500	1.469.500
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)			3.892.080		2.743.280	1.469.500	1.469.500

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben**1.03.02 Berufskollegs**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
1.03.02 Fassadensanierung BK- Dieringhausen										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			1.200.000		1.200.000	1.200.000	1.200.000		4.800.000
13	= Summe Auszahlungen			1.200.000		1.200.000	1.200.000	1.200.000		4.800.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			1.200.000		1.200.000	1.200.000	1.200.000		4.800.000

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben**1.03.02 Berufskollegs**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
1.03.02 Erweiterung BK-Wipperfürth										
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-646.220		-646.220				-1.292.440
6	=	Summe Einzahlungen		-646.220		-646.220				-1.292.440
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen		3.000.000		1.920.000				4.920.000
13	=	Summe Auszahlungen		3.000.000		1.920.000				4.920.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		2.353.780		1.273.780				3.627.560

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.02 Berufskollegs



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen			338.300		269.500	269.500	269.500		1.146.800
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			338.300		269.500	269.500	269.500		1.146.800



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.03.03.01 Schülerbeförderung Förderschulen

1.03.03.02 Schülerbeförderung Berufskollegs

Gewährleistung der Schülerbeförderung

- bei den Berufskollegs in Form von Schülertickets
- bei den Förderschulen durch Schülerspezialverkehr
- Sonstige Maßnahmen nach Schülerfahrkostenverordnung

Auftragsgrundlage

Schulgesetz NRW (SchulG), Schülerfahrkostenverordnung NRW

Ziele

Schülerbeförderung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung spezifischer Anforderungen

Zielgruppen

Anspruchsberechtigte Schüler/innen der Berufskollegs, Förderschulen, Schule für Kranke des Oberbergischen Kreises

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben**1.03.03 Schülerbeförderung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
11	- Personalaufwendungen			13.904	14.019	14.137	14.256
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			2.466.600	2.540.045	2.616.536	2.695.002
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			234	206	202	205
17	= Ordentliche Aufwendungen			2.480.738	2.554.270	2.630.875	2.709.463
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			2.480.738	2.554.270	2.630.875	2.709.463
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			2.480.738	2.554.270	2.630.875	2.709.463
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			2.480.738	2.554.270	2.630.875	2.709.463
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			517	522	527	531
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			2.481.256	2.554.792	2.631.401	2.709.994

Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* beinhaltet die Kosten der Schülerbeförderung (Kostenart 524100) für alle kreiseigenen Schulen, die Erfassung der Kosten erfolgt differenziert für Förderschulen und Berufskollegs.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben**1.03.03 Schülerbeförderung**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
10	- Personalauszahlungen			8.294		8.376	8.460	8.544
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			2.466.600		2.540.045	2.616.536	2.695.002
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			2.474.894		2.548.421	2.624.996	2.703.546
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			2.474.894		2.548.421	2.624.996	2.703.546



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.03.04.01 Schulpsychologie

1.03.04.02 Medienzentrum

1.03.04.03 Schulaufsicht

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.03.04.01

Schulpsychologie

Beschreibung

Beratung und Hilfe bei Schulschwierigkeiten

- Einzelfallhilfe
- Beratung des Systems Schule

Auftragsgrundlage

Beschluss des Kreistages, Erlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung

Ziele

- Gewährleistung einer kurzen durchschnittlichen Zeit zwischen erster Kontaktaufnahme und Beratungsgespräch (zeitnahe Beratung und Hilfe)
- Effiziente Beratung des Systems Schule (Multiplikatorenfunktion)

Zielgruppen

Schüler/innen, Erziehungsberechtigte, Lehrkräfte im Oberbergischen Kreis

**1.03.04.02****Medienzentrum****Beschreibung**

Bereitstellung von zeitgemäßen Bildmedien zu Unterrichts- und Bildungszwecken

Auftragsgrundlage

Schulgesetz NRW (SchulG), Kreistagsbeschluss

Ziele

- Angebot von bedarfsorientierten und zeitgemäßen Medien für Bildung
- Umstellung von herkömmlichen Medien auf Online-Medien

Zielgruppen

Lehrkräfte, Schüler/innen, Vereine im Oberbergischen Kreis

**1.03.04.03****Schulaufsicht****Beschreibung**

- Stellenplanmäßige Bewirtschaftung der Grundschulen im Oberbergischen Kreis
- Verwaltungsfachliche Beratung der Schulräte und der Schulleitungen der Grund-, Haupt- und Förderschulen im Oberbergischen Kreis
- Entscheidung verwaltungsfachlicher Verfahren, soweit die Zuständigkeit der unteren Schulaufsichtsbehörde gegeben ist
- Bereitstellung der Sachausstattung für den örtlichen Lehrpersonalrat Grundschulen

Auftragsgrundlage

Schulgesetz NRW (SchulG), sonstige schulrechtliche Vorschriften des Landes NRW, LPVG

Ziele

- Sicherstellung einer bedarfsgerechten und gleichmäßigen Lehrerversorgung an den Grundschulen im Oberbergischen Kreis
- Sicherstellung eines im Rahmen der rechtlichen Vorgaben störungsfrei stattfindenden Schullebens

Zielgruppen

Schulministerium, Bezirksregierung Köln, Schulaufsichtsbeamte, Schulleiter, Lehrer, Schüler/innen und deren Erziehungsberechtigte

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben**1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
11	- Personalaufwendungen			616.703	622.357	628.038	633.832
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			29.400	29.600	29.800	30.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			28.096	25.409	25.028	26.299
17	= Ordentliche Aufwendungen			674.199	677.366	682.866	690.131
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			674.199	677.366	682.866	690.131
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			674.199	677.366	682.866	690.131
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			674.199	677.366	682.866	690.131
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			83.720	84.164	84.604	85.058
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			757.919	761.531	767.470	775.189

Planerläuterung Teilergebnisplan

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfasst die Kosten für Medien (Kostenart 524400) für das Medienzentrum des Oberbergischen Kreises sowie die anfallenden Kosten für den Kurierdienst (Kostenart 529909).



Über die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Fortbildungskosten, Verbrauchsmaterial und die Geschäftsausgaben im Bereich der Schulpsychologie sowie die Sachkosten der Geschäftsführung der Personalvertretung (staatl. Schulamt) abgebildet. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben**1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
10	- Personalauszahlungen			424.311		428.555	432.840	437.168
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			29.400		29.600	29.800	30.000
15	- sonstige Auszahlungen			5.700		5.700	5.700	6.700
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			459.411		463.855	468.340	473.868
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			459.411		463.855	468.340	473.868

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.04 Kultur und Wissenschaft


Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-807.320	-807.320	-807.320	-807.320
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-1.099.200	-1.122.200	-1.123.700	-1.123.700
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-199.000	-199.100	-201.200	-201.300
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-170.388	-168.388	-170.388	-170.388
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-3.500	-3.500	-3.500	-3.500
10	= Ordentliche Erträge			-2.279.408	-2.300.508	-2.306.108	-2.306.208
11	- Personalaufwendungen			2.821.404	2.841.965	2.859.804	2.877.717
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			468.735	463.835	467.175	467.275
14	- Bilanzielle Abschreibungen			13.470	16.032	18.598	21.201
15	- Transferaufwendungen			35.850	32.850	35.850	32.850
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			227.468	226.905	227.164	227.939
17	= Ordentliche Aufwendungen			3.566.927	3.581.587	3.608.591	3.626.982
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			1.287.519	1.281.079	1.302.483	1.320.774
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			1.287.519	1.281.079	1.302.483	1.320.774
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			1.287.519	1.281.079	1.302.483	1.320.774
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			582.057	582.641	583.212	583.810
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			1.869.575	1.863.719	1.885.695	1.904.584

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.04 Kultur und Wissenschaft


Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-807.320		-807.320	-807.320	-807.320
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-1.099.200		-1.122.200	-1.123.700	-1.123.700
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-199.000		-199.100	-201.200	-201.300
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-170.388		-168.388	-170.388	-170.388
7	+ Sonstige Einzahlungen			-3.500		-3.500	-3.500	-3.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-2.279.408		-2.300.508	-2.306.108	-2.306.208
10	- Personalauszahlungen			2.321.708		2.338.179	2.351.935	2.365.626
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			468.735		463.835	467.175	467.275
14	- Transferauszahlungen			36.350		33.350	36.350	33.350
15	- sonstige Auszahlungen			147.370		146.470	147.590	147.615
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			2.974.163		2.981.834	3.003.050	3.013.866
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			694.755		681.326	696.942	707.658
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			-3.670.000		-5.000		
23	= investive Einzahlungen			-3.670.000		-5.000		
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			3.670.000		5.000		
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			26.825		26.825	27.000	29.000
30	= investive Auszahlungen			3.696.825		31.825	27.000	29.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)			26.825		26.825	27.000	29.000



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.04.01.01 Veranstaltungen / Kulturförderung / Sonstige Kultureinrichtungen

1.04.01.01.01 Sonderausstellungen

1.04.01.01.02 Kreis- und Stadtbücherei

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.04.01****Veranstaltungen/ Kulturförderung/Sonstige Kultureinrichtungen****Beschreibung**

- Konzeption, Organisation und Durchführung von **Veranstaltungen** in allen Kultursparten zur Attraktivitätssteigerung der kulturellen Einrichtungen und zur Erfüllung eines kulturellen Auftrages.
- **Kulturförderung**: Unterstützung und Förderung von Kulturschaffenden (z. B. durch den „Kulturförderpreis des Oberbergischen Kreises“).
- Konzeption, Organisation und Durchführung von **Sonderausstellungen**.
- Finanzielle Beteiligung an der **Kreis- und Stadtbücherei** und **Kreisorchester**.
- **Kreisarchiv**

Auftragsgrundlage

Kreistagsbeschlüsse, Archivgesetz NRW

Ziele

- Halten oder Steigerung der Besucherzahlen bei kulturellen Veranstaltungen
- hohe Besucherzufriedenheit
- nachhaltige Kundenbindung (durch Werbemaßnahmen etc.)
- Attraktivitätssteigerung durch vielfältiges Veranstaltungsprogramm
- Verbesserung der Wirtschaftlichkeit

Zielgruppen

Bevölkerung der Region und Gesamt-NRW

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft**1.04.01 Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-5.200	-5.200	-5.200	-5.200
10	= Ordentliche Erträge			-5.200	-5.200	-5.200	-5.200
11	- Personalaufwendungen			181.508	183.265	185.038	186.834
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			170.975	165.975	166.275	166.275
15	- Transferaufwendungen			35.850	32.850	35.850	32.850
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			19.952	19.105	20.134	20.234
17	= Ordentliche Aufwendungen			408.285	401.195	407.297	406.193
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			403.085	395.995	402.097	400.993
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			403.085	395.995	402.097	400.993
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			403.085	395.995	402.097	400.993
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			44.984	45.084	45.183	45.285
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			448.069	441.079	447.280	446.278



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Gebühreneinnahmen (Kostenart 432100) für kulturelle Veranstaltungen veranschlagt. In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* umfassen die Aufwendungen für kulturelle Veranstaltungen (Kostenart 529100) im Kreishaushausfoyer, im Museum Schloss Homburg sowie für die kulturellen Veranstaltungen der KULTUR-ZEIT in Haus Dahl. Darüber hinaus sind die Aufwendungen für ein erneutes Literaturfestival in 2009, die Erstellung einer Homepage (Kostenart 529100) sowie Aufwendungen für die Betreuung der Kunstsammlung (Kostenart 524900) und für in dieser Kontengruppe veranschlagt. Entsprechend einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Gummersbach aus dem Jahr 1975 ist der Oberbergische Kreis verpflichtet, die Hälfte der Kosten der Kreis- und Stadtbücherei zu übernehmen. Diese Erstattung (Kostenart 525300) an die Stadt Gummersbach ist ebenfalls unter dieser Kontengruppe veranschlagt.

Bei der Kontengruppe *Transferaufwendungen* sind folgende Zuschüsse an Gemeinden und übrige Bereiche (Kostenart 531300 u. 531900) veranschlagt: Zuschuss zum Wettbewerb „Jugend musiziert“, Zuschuss zum Sinfonieorchester, Zuschuss zum Sängerkreis Oberbergisches Land, sonstige Förderung von Vereinen im Jugend-Kulturbereich, Förderung der Jugendarbeit in Chören und Musikvereinen. Für die seit 1955 bestehende Patenschaft mit dem Landkreis Lauenburg in Pommern wird jährlich eine finanzielle Unterstützung geleistet. Über die Vergabe von Zuschüssen zu kulturellen Projekten im Kreisgebiet entscheidet der Ausschuss für Kultur und Weiterbildung. Der Kulturförderpreis (Kostenart 531900) des Oberbergischen Kreises wird alle zwei Jahre (2009 + 2011) vergeben. Zur Koordinierungsstelle „Regionale Kulturpolitik Bergisches Land“ leistet der Oberbergische Kreis neben weiteren Städten und Kreisen einen Finanzierungszuschuss.

Die Kontengruppe *Sonstige Ordentliche Aufwendungen* beinhaltet die Aufwendungen für Verbrauchsmaterial/Gästebewirtung (Kostenart 543700) für Veranstaltungen und Empfänge sowie Aufwendungen für Sonderausstellungen (549900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft**1.04.01 Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-5.200		-5.200	-5.200	-5.200
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-5.200		-5.200	-5.200	-5.200
10	- Personalauszahlungen			136.089		137.449	138.824	140.212
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			170.975		165.975	166.275	166.275
14	- Transferauszahlungen			36.350		33.350	36.350	33.350
15	- sonstige Auszahlungen			9.330		8.430	9.550	9.575
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			352.744		345.204	350.999	349.412
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			347.544		340.004	345.799	344.212



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.04.02.01 Volkshochschule

1.04.02.01.01 Abendgymnasium

1.04.02.02 Fachseminar für Pflegeberufe

1.04.02.02.01 Grundausbildung

1.04.02.02.02 Weiterbildung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.04.02.01****Volkshochschule****Beschreibung**

Die Volkshochschule des Oberbergischen Kreises ist eine Pflichtaufgabe nach dem Weiterbildungsgesetz NRW und bietet zweimal im Jahr ein Programm für 12 oberbergische Städte und Gemeinden (außer Gummersbach) an. Das Angebot berücksichtigt individuelle Bedürfnisse und orientiert sich am gesellschaftlichen Bedarf. Angeboten werden Veranstaltungen zur allgemeinen, beruflichen, politischen, gesundheitlichen und kulturellen Bildung und schließt den Erwerb von Schulabschlüssen und Zertifikaten ein.

Auftragsgrundlage

Weiterbildungsgesetz NRW, Beschlüsse des Kreistages, Satzung der VHS

Ziele

Bereitstellung und Durchführung eines bedarfsgerechten, qualifizierenden, flächendeckenden und ortsnahe Aus- und Weiterbildungsangebotes

Zielgruppen

Bürgerinnen und Bürger des Oberbergischen Kreises

**1.04.02.02****Fachseminar für Pflegeberufe****Beschreibung**

Das Fachseminar für Pflegeberufe des oberbergischen Kreises ist eine durch die Bezirksregierung anerkannte Einrichtung zur Aus- und Fortbildung in der Altenpflege. Es bietet die staatlich anerkannten Ausbildungen zum/zur Altenpflegehelfer/in und Altenpfleger/in sowie qualifizierte Fort- und Weiterbildungsangebote für Pflegepersonal an. Bundesaltenpflegegesetz mit entsprechender Ausbildungs- und Prüfungsverordnung, Beschlüsse des Kreistages

Auftragsgrundlage**Ziele**

Sicherstellung eines qualifizierten, bedarfsdeckenden Angebotes an Erstausbildungen und differenzierten Qualifizierungsmaßnahmen zur Fort- und Weiterbildung

Zielgruppen

Personen mit den jeweils entsprechenden Zugangsvoraussetzungen

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft**1.04.02 Volkshochschule**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-807.320	-807.320	-807.320	-807.320
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-1.000.000	-1.000.000	-1.000.000	-1.000.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-176.000	-176.100	-176.200	-176.300
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-165.888	-165.888	-165.888	-165.888
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-1.500	-1.500	-1.500	-1.500
10	= Ordentliche Erträge			-2.150.708	-2.150.808	-2.150.908	-2.151.008
11	- Personalaufwendungen			2.274.294	2.286.586	2.298.960	2.311.544
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			155.870	155.870	155.870	155.870
14	- Bilanzielle Abschreibungen			5.667	5.900	6.132	6.366
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			158.421	158.643	157.994	158.340
17	= Ordentliche Aufwendungen			2.594.252	2.606.999	2.618.956	2.632.120
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			443.544	456.191	468.048	481.112
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			443.544	456.191	468.048	481.112
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			443.544	456.191	468.048	481.112
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			189.178	189.522	189.858	190.211
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			632.722	645.714	657.907	671.323



Planerläuterung Teilergebnisplan

In der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* werden die Landeszuweisungen (Kostenart 414200) eingebucht (Produkte Volkshochschule und Grundausbildung). Das Produkt Modellprojekt Altenpflege wird durch das Land im "Modellprojekt Altenpflegehilfe" gefördert.

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden Hörergebühren (Kostenart 432902) vereinnahmt (Produkt Volkshochschule). Teilnehmerbeiträge zu Fortbildungsveranstaltungen (Kostenart 441900) werden in der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* abgebildet. *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* sind andere sonstige Kostenerstattungen, wie die Erstattung von Fernsprechggebühren und Fotokopien (Kostenart 443900), die Erstattung von Personalkosten, Honoraren etc. (Kostenart 443908) und die Erträge aus der Anzeigenwerbung (Kostenart 444902) im Programmheft (Produkt Volkshochschule). Im Bereich Abendgymnasium werden Erstattungen von Zweckverbänden (Kostenart 442400) vereinnahmt. Die Erträge beim Produkt Grundausbildung setzen sich aus den Erstattungen vom Bund (Kostenart 442100), hier im Besonderen die Kostenerstattung der Agentur für Arbeit, den Erstattungen von übrigen Bereichen, wie die Erstattung von Ausbildungsvergütungen und anderen sonstigen Kostenerstattungen (Kostenart 443900) zusammen. Untere *Sonstige ordentliche Erträge* fallen die Erträge aus der Vereinnahmung von Mahngebühren (Kostenart 452220) und andere sonstige ordentliche Erträge (Kostenart 459100), wie nicht näher benannte vermischte Einnahmen (Produkt Volkshochschule).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Personalaufwendungen* zählen weiter die Honorare für Dozenten (Kostenart 501950), die Abteilungsleitervergütungen (Kostenart 501900) und die Personalausgaben für Zivildienstleistende (Kostenart 501960) (Produkt Volkshochschule). Honorare werden für Fort- und Weiterbildungsseminare und anteilig als Personalkosten zum "Modellprojekt Altenpflegehilfe" verausgabt (Produkt Weiterbildung und Projekt Modellprojekt Altenpflegehilfe). Weitere Honoraraufwendungen sind bei den Produkten Grundausbildung und Abendgymnasium veranschlagt.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden die Kosten für die Unterhaltung und Anschaffung von Lehrmitteln (Kostenart 524300), die Kosten für die Unterbringung und Verpflegung bei Seminaren (Kostenart 524900), die Erstattung von Sachausgaben an Gemeinden (Kostenart 525300), die Entgelte für ADV-Eingaben bzw. für die ADV-Programmpflege (Kostenart 529100), Arbeitspläne für die Hörer der Kreisvolkshochschule (Kostenart 529930) sowie die Kosten für eine Hilfskraft im pädagogischen Dienst (Vorbereitung von KVHS-Kursen, Kostenart 529931) verausgabt (Produkt Volkshochschule). Zu den *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* beim Produkt Grundausbildung gehört das Anschaffen von Lernmitteln. Lehrmittel für das Fort- u. Weiterbildungsseminar



(Kostenart 524300) und Kosten für die Projektentwicklung (Kostenart 529929) werden beim Produkt Weiterbildung im Aufwand gebucht. Das Produkt Fachseminar für Pflegeberufe belastet den Haushalt durch sächliche Kosten bei Seminar und Studienfahrten (Kostenart 524907) und Erstattungen an verbundene Unternehmen (Kostenart 525600) und Beteiligungen in Form von Erstattung von Serviceleistungen.

Sonstige ordentliche Aufwendungen fallen bei der Aus- und Fortbildung, Umschulung durch die Fortbildung der Dozenten (Kostenart 541200) an. Weitere Aufwendungen für übernommene Reisekosten (Kostenart 541300) entstehen durch Reisekosten für Fortbildungsveranstaltungen des hauptamtlichen Personals und für Dienstreisen, durch die Erstattung von Sachausgaben an andere Träger (Mieten, Kostenart 542100), GEMA-Gebühren (Kostenart 542300), Prüfungsgebühren (Kostenart 542915), sonstige Geschäftsaufgaben und vermischte Ausgaben, Einführung eines Qualitätsmanagementsystems (Zertifizierung, Kostenart 543909) und dem Mitgliedsbeitrag (Kostenart 544300) zum Landesverband der Volkshochschule Nordrhein-Westfalen (Produkt Volkshochschule). Ebenfalls zur Kontengruppe der sonstigen ordentlichen Aufwendungen gehören die Aufwendungen für Werbemaßnahmen (Kostenart 543800), für sonstige Geschäftsausgaben und die Einführung des Qualitätsmanagementsystems (Produkt Fachseminar für Pflegeberufe, Kostenart 543909). Beim Produkt Weiterbildung werden Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, Umschulung in Form von Kosten für die Unterbringung von Teilnehmern der Weiterbildungslehrgänge eingeplant. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft**1.04.02 Volkshochschule**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-807.320		-807.320	-807.320	-807.320
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-1.000.000		-1.000.000	-1.000.000	-1.000.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-176.000		-176.100	-176.200	-176.300
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-165.888		-165.888	-165.888	-165.888
7	+ Sonstige Einzahlungen			-1.500		-1.500	-1.500	-1.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-2.150.708		-2.150.808	-2.150.908	-2.151.008
10	- Personalauszahlungen			1.901.681		1.911.039	1.920.492	1.930.039
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			155.870		155.870	155.870	155.870
15	- sonstige Auszahlungen			114.940		114.940	114.940	114.940
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			2.172.491		2.181.849	2.191.302	2.200.849
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			21.783		31.041	40.394	49.841



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.04.03.01 Museum Schloss Homburg

1.04.03.01.01 Schloss Homburg

1.04.03.01.02 Haus Dahl

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.04.03****Museum Schloss Homburg****Beschreibung****Standorte:**

- Museum Schloss Homburg in Nümbrecht (Kunst-, Kultur- und naturgeschichtliche Abteilungen)
- Museum Haus Dahl in Marienheide (Lebens- und Arbeitswelten der ländlichen Bevölkerung)

Aufgabe:

Sammeln, Bewahren, Erforschen, Ausstellen, Vermitteln des regionalen Kultur- und Naturgutes

Das Museum ist eine „gemeinnützige, ständige, der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtung, im Dienste der Gesellschaft und ihrer Entwicklung, die zu Studien-, Bildungs- und Unterhaltungszwecken materielle Zeugnisse von Menschen und ihrer Umwelt beschafft, bewahrt, erforscht, bekannt macht und ausstellt“. (Definition gem. ICOM, ethische Richtlinien des Internationalen Museumsrates)

Auftragsgrundlage

Kreistagsbeschlüsse

Ziele

1. Museum: Präsentation kulturhistorischer Exponate für mind. 60.000 Besucher p.a.
(mögliche Einschränkungen der Öffnungszeiten während der Bauphase 2009 - 2011)
2. Museumsshop: Steigerung der Attraktivität und Aufwertung des Museumsbesuches im Museum Schloss Homburg und im Museum Haus Dahl;
Steigerung der Wirtschaftlichkeit durch möglichst hohen Einnahmeüberschuss bei der Verkaufsware
3. Museumspädagogik: Vermittlung der Museumsthemen an möglichst viele Einzel- und Gruppenbesucher

Zielgruppen

Bevölkerung der Region und Gesamt-NRW, Touristen

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft**1.04.03 Museum**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-93.000	-116.000	-117.500	-117.500
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-23.000	-23.000	-25.000	-25.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-4.500	-2.500	-4.500	-4.500
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
10	= Ordentliche Erträge			-122.500	-143.500	-149.000	-149.000
11	- Personalaufwendungen			344.077	350.373	353.848	357.162
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			141.390	141.490	144.530	144.630
14	- Bilanzielle Abschreibungen			7.802	10.132	12.465	14.835
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			46.004	46.256	46.163	46.471
17	= Ordentliche Aufwendungen			539.273	548.251	557.006	563.098
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			416.773	404.751	408.006	414.098
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			416.773	404.751	408.006	414.098
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			416.773	404.751	408.006	414.098
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-15.064	-15.164	-15.263	-15.365
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			359.442	359.650	359.854	360.067
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			761.150	749.237	752.597	758.801



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Museum

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Benutzungsgebühren (Kostenart 432100) für das Museum Schloss Homburg und Haus Dahl veranschlagt. Im Detail handelt es sich um die Eintrittsgelder zum Besuch der Museen, die Gebühren für museumspädagogische Führungen, Gebühren für die Nutzung des Audioguidesystems sowie Gebühren für standesamtliche Trauungen in den Räumlichkeiten des Museums. In der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* sind die Einnahmen aus Verkäufen (Kostenart 441100) der Museumsshops sowie die Einnahmen der Brotverkäufe zusammengefasst. Die Spendeneinnahmen (452800) für die Museen werden unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* gebucht.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden neben den fest angestellten Mitarbeitern der Kreisverwaltung auch die Personalaufwendungen für sonstige Beschäftigte (Kostenart 501900, z. B. museumspädagogisches Führungspersonal, Bäcker) aufgeführt.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* sind die Kosten für die Unterhaltung und Anschaffung von Gebrauchsgegenständen (Kostenart 523600), Museumsgut und Archivalien und die Wartungskosten für das Audioguidesystem erfasst. Weiter fallen die Aufwendungen für den Wareneinkauf (Kostenart 526400) von Museumsshop-Artikeln und die Anschaffung von Zubehör für die Museumsshops in diese Kontengruppe. Weitere Sonstige Sach- und Dienstleistungen fallen für die Inventarisierung von Museumsgut an. Die Verwendung der Spenden wird ebenfalls hier veranschlagt. Des Weiteren werden die Aufwendungen für museumspädagogische Maßnahmen, Restaurierungsbedarf sowie die Verbrauchsmittel für die Backaktionen unter dieser Kontengruppe verbucht. Auch die Kosten der Fachfirma für den Aufsichts- und Kassendienst (Kostenart 529912) unter Sach- und Dienstleistungen veranschlagt.

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* umfasst insbesondere die Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit (Kostenart 543800). Darüber hinaus werden an dieser Stelle die Gebühren (Gebühren 542300) für bargeldlose Zahlverfahren an der Museumskasse von Schloss Homburg sowie Geschäftsausgaben für den musealen Bereich veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft**1.04.03 Museum**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-93.000		-116.000	-117.500	-117.500
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-23.000		-23.000	-25.000	-25.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-4.500		-2.500	-4.500	-4.500
7	+ Sonstige Einzahlungen			-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-122.500		-143.500	-149.000	-149.000
10	- Personalauszahlungen			266.993		272.576	275.333	277.916
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			141.390		141.490	144.530	144.630
15	- sonstige Auszahlungen			21.600		21.600	21.600	21.600
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			429.983		435.666	441.463	444.146
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			307.483		292.166	292.463	295.146
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			-3.670.000		-5.000		
23	= investive Einzahlungen			-3.670.000		-5.000		
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			3.670.000		5.000		
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			26.825		26.825	27.000	29.000
30	= investive Auszahlungen			3.696.825		31.825	27.000	29.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./. Auszahlung)			26.825		26.825	27.000	29.000

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.03 Museum



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
1.04.03 Erweit.Schl.Hom. (Zuschuss)										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen			-3.670.000		-5.000				-3.675.000
6	= Summe Einzahlungen			-3.670.000		-5.000				-3.675.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			3.670.000		5.000				3.675.000
13	= Summe Auszahlungen			3.670.000		5.000				3.675.000

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft**1.04.03 Museum**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen			26.825		26.825	27.000	29.000		109.650
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			26.825		26.825	27.000	29.000		109.650



Beschreibung

- Digitale Sicherung / inhaltliche Erfassung historischer Fotobestand
- Zur Verfügung stellen von Fotos für gewerbliche, öffentliche und private Nutzung wie z.B. für Publikationen, Ausstellungen, Presseartikel, schulische Belange.
- Unterstützung von kreiseigenen Einrichtungen wie Pressestelle, Kreisarchiv und Kultur- und Museumsamt.
- Ergänzung des Bestandes durch Ankauf

Auftragsgrundlage

Ziele

- Durch Bereitstellung von historischem Fotobestand Unterstützung von regionaler Forschung, Präsentation Oberbergischer Gegebenheiten, Darstellung der Kreisverwaltung.
- Archivierung und Sicherung historischer Fotobestände für die Zukunft.

Zielgruppen

Wissenschaftlich-historisch Arbeitende, Journalisten, Verleger, Lehrer, Verwaltung

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.04 Kultur und Wissenschaft**1.04.04 Heimatbildstelle**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
10	= Ordentliche Erträge			-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
11	- Personalaufwendungen			21.525	21.741	21.958	22.178
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			500	500	500	500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			3.091	2.900	2.873	2.893
17	= Ordentliche Aufwendungen			25.116	25.141	25.331	25.571
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			24.116	24.141	24.331	24.571
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			24.116	24.141	24.331	24.571
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			24.116	24.141	24.331	24.571
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			3.517	3.549	3.580	3.612
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			27.633	27.690	27.911	28.183

Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* beinhaltet die Einnahmen für Reproduktionen (Kostenart 431100) durch die Heimatbildstelle.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.



In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden der Kosten für Reproduktionen (Kostenart 529100) veranschlagt. Die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* bildet die Kosten für die Anschaffung von Fotos und Fotorechten sowie die Geschäftsausgaben der Heimatbildstelle ab (Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.04 Kultur und Wissenschaft**1.04.04 Heimatbildstelle**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
10	- Personalauszahlungen			16.945		17.115	17.286	17.459
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			500		500	500	500
15	- sonstige Auszahlungen			1.500		1.500	1.500	1.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			18.945		19.115	19.286	19.459
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			17.945		18.115	18.286	18.459

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.05 Soziale Leistungen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
1	Steuern und ähnliche Abgaben			-4.672.000	-4.672.000	-4.672.000	-4.672.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-812.159	-812.159	-812.159	-812.159
3	+ Sonstige Transfererträge			-1.483.500	-1.483.500	-1.483.500	-1.483.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-14.650	-14.650	-14.650	-14.650
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-12.597.500	-12.717.500	-12.705.500	-12.717.500
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-6.000	-6.000	-6.000	-6.000
10	= Ordentliche Erträge			-19.585.809	-19.705.809	-19.693.809	-19.705.809
11	- Personalaufwendungen			3.025.806	3.052.190	3.078.628	3.105.751
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			6.268.116	6.263.116	6.253.116	6.243.116
14	- Bilanzielle Abschreibungen			13.799	14.365	14.931	15.499
15	- Transferaufwendungen			29.430.704	29.382.704	29.382.704	29.382.704
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			32.752.315	32.735.502	32.725.973	32.728.511
17	= Ordentliche Aufwendungen			71.490.740	71.447.878	71.455.352	71.475.581
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			51.904.931	51.742.069	51.761.543	51.769.772
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			51.904.931	51.742.069	51.761.543	51.769.772
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			51.904.931	51.742.069	51.761.543	51.769.772
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-24.378	-24.517	-24.539	-24.681

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.05 Soziale Leistungen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			398.830	401.047	399.802	399.675
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			52.279.384	52.118.598	52.136.807	52.144.766

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.05 Soziale Leistungen

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
1	Steuern und ähnliche Abgaben			-4.672.000		-4.672.000	-4.672.000	-4.672.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-812.159		-812.159	-812.159	-812.159
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen			-1.483.500		-1.483.500	-1.483.500	-1.483.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-14.650		-14.650	-14.650	-14.650
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-12.597.500		-12.717.500	-12.705.500	-12.717.500
7	+ Sonstige Einzahlungen			-6.000		-6.000	-6.000	-6.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-19.585.809		-19.705.809	-19.693.809	-19.705.809
10	- Personalauszahlungen			1.920.768		1.939.977	1.959.377	1.978.972
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			6.268.116		6.263.116	6.253.116	6.243.116
14	- Transferauszahlungen			29.430.704		29.382.704	29.382.704	29.382.704
15	- sonstige Auszahlungen			32.563.600		32.561.600	32.558.600	32.558.600
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			70.183.188		70.147.397	70.153.797	70.163.392
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			50.597.379		50.441.588	50.459.988	50.457.583



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.05.01.01 Seniorenarbeit

1.05.01.02 Heimaufsicht

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.05.01.01****Seniorenarbeit****Beschreibung**

Beratung und Unterstützung älterer Menschen, um Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen

- zu verhüten
- zu überwinden
- zu mildern

um weiter am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen.

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch XII – Sozialhilfe, Landespflegegesetz NRW, Beschlüsse des Kreistages

Ziele

- Eigenständige Lebensführung der Menschen so lange wie möglich erhalten
- Längstmöglicher Verbleib im häuslichen und sozialen Umfeld

Zielgruppen

Ältere Menschen im Oberbergischen Kreis



1.05.01.02

Heimaufsicht

Beschreibung

- Wiederkehrende und anlassbezogene Überprüfungen aller Pflege- und Behindertenheime
- Beratung von Heimträgern und Leitungskräften
- Beratung und Information von Heimbewohnern, Angehörigen, Betreuern
- Planungs- und Konzeptberatung in Heimangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Heimgesetz (HeimG) mit Verordnungen, Landespflegegesetz (PfG NRW) mit Verordnungen

Ziele

- Die Bedürfnisse und Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner in Heimen schützen
- Qualitätssicherung in Heimen

Zielgruppen

Volljährige Heimbewohnerinnen und Heimbewohner, Angehörige, Heimträger und deren Mitarbeiter

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen**1.05.01 Unterstützung von Senioren**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-12.500	-12.500	-12.500	-12.500
10	= Ordentliche Erträge			-12.500	-12.500	-12.500	-12.500
11	- Personalaufwendungen			255.190	257.369	259.546	261.787
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			924.066	924.066	924.066	924.066
15	- Transferaufwendungen			39.881	39.881	39.881	39.881
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			48.394	45.335	41.872	42.046
17	= Ordentliche Aufwendungen			1.267.531	1.266.650	1.265.366	1.267.780
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			1.255.031	1.254.150	1.252.866	1.255.280
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			1.255.031	1.254.150	1.252.866	1.255.280
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			1.255.031	1.254.150	1.252.866	1.255.280
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			16.473	16.567	16.582	16.678
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			1.271.504	1.270.718	1.269.448	1.271.958



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Unterstützung von Senioren

Bei der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die zu vereinnahmenden Gebühren im Heimrecht abgebildet (Kostenart 431100).

In der Kontengruppe Personalaufwendungen werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden alle Kostenerstattungen verausgabt, die nach dem Rahmenkonzept Senioren- und Pflegeberatung erfolgen (Kostenart 525300). Darüber hinaus werden hier die Kosten der Aktion „Hilfe für alte Menschen“ und der Projektkostenzuschuss für hauswirtschaftliche Hilfen veranschlagt (Kostenart 525900). Bei der Kontengruppe *Transferaufwendungen* handelt es sich um die Kosten der Erholungsfürsorge für alte Menschen (Kostenart 531900).

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* beinhaltet im Wesentlichen die Kosten der Heimaufsicht (Kostenart 542700). Daneben werden hier die Kosten für Fortbildungen der Mitarbeiter in den gemeindlichen Sozialämtern veranschlagt (Kostenart 541200). Ferner werden hier anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.) abgebildet, welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen**1.05.01 Unterstützung von Senioren**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-12.500		-12.500	-12.500	-12.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-12.500		-12.500	-12.500	-12.500
10	- Personalauszahlungen			156.282		157.846	159.424	161.018
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			924.066		924.066	924.066	924.066
14	- Transferauszahlungen			39.881		39.881	39.881	39.881
15	- sonstige Auszahlungen			35.000		33.000	30.000	30.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			1.155.229		1.154.793	1.153.371	1.154.965
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			1.142.729		1.142.293	1.140.871	1.142.465



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.05.02.01 Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung und in anderen Lebenslagen
 - 1.05.02.01.01 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
 - 1.05.02.01.02 Hilfen zur Gesundheit
 - 1.05.02.01.03 Hilfen in anderen Lebenslagen
- 1.05.02.02 Hilfe zur Pflege
 - 1.05.02.02.01 Hilfe zur Pflege teilstationär
 - 1.05.02.02.02 Hilfe zur Pflege stationär
- 1.05.02.03 Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse
- 1.05.02.04 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
- 1.05.02.05 Leistungen für Schwerbehinderte
- 1.05.02.06 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.05.02.01****Beschreibung****Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung und in anderen Lebenslagen**

- Gewährung von Hilfen für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz nach dem 5. Kapitel SGB XII
- Unterstützung und Hilfen für behinderte Menschen
- Feststellung des Grades der Behinderung und zur Inanspruchnahme von Nachteilsausgleichen (Schwerbehindertenausweis)
- Kündigungsschutz für schwerbehinderte Menschen
- Leistungen für schwerbehinderte Menschen im Arbeitsleben
- Gewährung von Eingliederungshilfeleistungen nach dem 6. Kapitel SGB XII für Menschen mit einer wesentlichen Behinderung
- Sonstige Hilfen nach dem 8. und 9. Kapitel des SGB XII

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch IX – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – mit Verordnungen, Sozialgesetzbuch XII – Sozialhilfe – mit Verordnungen

Ziele

- Menschen, die Sozialhilfeleistungen beziehen, erhalten bedarfsgerechte Leistungen
- Zeitnahe Bearbeitung der Anträge auf Feststellung des Grades der Behinderung
- Möglichst hoher Anteil von gütlichen Einigungen in Kündigungsschutzverfahren
- Ausschöpfung der zugewiesenen Mittel aus der Ausgleichsabgabe

Zielgruppen

Menschen ohne Krankenversicherungsschutz, Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige, Arbeitgeber, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen

**1.05.02.02****Beschreibung****Hilfe zur Pflege**

- Gewährung von Hilfen für pflegebedürftige Menschen nach dem 7 Kapitel SGB XII außerhalb und innerhalb von Einrichtungen
- Durchführung der trägerunabhängigen Pflegeberatung nach dem Rahmenkonzept zur integrierten Senioren- und Pflegeberatung
- Erstellen und Fortschreiben der kommunalen Pflegeplanung
- Weiterentwicklung von notwendigen Altenhilfe- und Pflegeangeboten

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) – Sozialhilfe –, Landespflegegesetz (PfG NRW) mit Verordnungen, Kreistagsbeschluss

Ziele

- Den pflegebedürftigen Menschen wird ein dauerhafter oder möglichst langer Aufenthalt in der eigenen häuslichen Umgebung ermöglicht
- Optimale individuelle Versorgung pflegebedürftiger Menschen
- Menschen, die Sozialhilfeleistungen beziehen, erhalten bedarfsgerechte Leistungen nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“

Zielgruppen

Pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige, Heimträger und deren Mitarbeiter

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.



Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-812.159	-812.159	-812.159	-812.159
3	+ Sonstige Transfererträge			-965.500	-965.500	-965.500	-965.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-270.500	-270.500	-270.500	-270.500
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
10	= Ordentliche Erträge			-2.051.159	-2.051.159	-2.051.159	-2.051.159
11	- Personalaufwendungen			1.715.565	1.730.609	1.745.684	1.761.144
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			635.000	635.000	635.000	635.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen			13.799	14.365	14.931	15.499
15	- Transferaufwendungen			17.962.823	17.962.823	17.962.823	17.962.823
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			184.496	174.806	170.575	172.163
17	= Ordentliche Aufwendungen			20.511.683	20.517.603	20.529.014	20.546.630
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			18.460.524	18.466.444	18.477.855	18.495.471
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			18.460.524	18.466.444	18.477.855	18.495.471
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			18.460.524	18.466.444	18.477.855	18.495.471
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-75.832	-76.266	-76.335	-76.776

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen**1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			212.681	213.411	213.051	213.800
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			18.597.373	18.603.589	18.614.571	18.632.495

Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Produktgruppe „1.05.02 Hilfen zur Gesundheit, Behinderung und Pflegebedürftigkeit“ umfasst folgende Produkte und Teilprodukte:

- 1.05.02.01 Hilfen zur Gesundheit, Behinderung u. anderen Lagen
- 1.05.02.01.01 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
- 1.05.02.01.02 Hilfen zur Gesundheit
- 1.05.02.01.03 Hilfe in anderen Lebenslagen
- 1.05.02.02 Hilfe zur Pflege
- 1.05.02.02.01 Hilfe zur Pflege – ambulant u. vollstationär
- 1.05.02.02.02 Hilfe zur Pflege – teilstationär
- 1.05.02.03 Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse
- 1.05.02.04 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
- 1.05.02.05 Leistungen für Schwerbehinderte
- 1.05.02.06 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* erfasst die Zuweisungen zu Beweiserhebungskosten (Kostenart 414200), die Ausgleichsabgabe für die Nichtbeschäftigung von Schwerbeschäftigten sowie die Zuweisungen des Landschaftsverbandes aus der Ausgleichsabgabe (Kostenart 414300).

Über die Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* werden zum einen die Rückzahlungen von Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüssen (Kostenart 422500) und zum anderen alle Kostenbeiträge, Aufwendungsersatz und Kostenersatz sowohl außerhalb (Kostenart 421100), als auch innerhalb von Einrichtungen dargestellt (Kostenart 422100). Hinzu kommen die Leistungen von Sozialleistungsträgern außerhalb (Kostenart 421300) und insbesondere innerhalb von Einrichtungen (Kostenart 422300) sowie die Rückzahlung gewährter Hilfe außerhalb (Kostenart 421500) und innerhalb von Einrichtungen (Kostenart 422500). Darüber hinaus werden die Einnahmen aus übergeleiteten Unterhaltsansprüchen in dieser Kontengruppe abgebildet (Kostenart 422200).



Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden sämtliche Verwaltungsgebühren vereinnahmt (Kostenart 431100). Über die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden die Erstattungen von anderen Sozialhilfeträgern abgewickelt (Kostenarten 443906 und 443907). Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* beinhaltet die Einnahmen aus Zwangsgeldern (Kostenart 452120).

In der Kontengruppe Personalaufwendungen werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden Erstattungen an andere Sozialhilfeträger abgebildet (Kostenart 525300). Des weiteren werden hier die Kosten der Freizeitmaßnahmen sowie des Fahrdienstes für Behinderte veranschlagt (Kostenart 525900). Rund 2/3 der in dieser Kontengruppe erfassten Kosten fallen für die Beweiserhebung in Schwerbehindertenangelegenheiten an (Kostenart 529100).

Bei der Kontengruppe *Transferaufwendungen* handelt es sich im Wesentlichen um die folgenden Ausgabepositionen:

- Hilfe zur Pflege – vollstationär und teilstationär (Kostenart 533200)
- Eingliederungshilfeleistungen und sonstige Leistungen innerhalb von Einrichtungen (Kostenart 533200)
- Krankenhilfe in Einrichtungen (Kostenart 533200)
- Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse (Kostenart 533920)

Darüber hinaus werden hier Zuschüsse an Verbände und Vereine, Zuschüsse an das Frauenhaus sowie Kosten der Beratung nach Gewaltschutzgesetz und die Investitionspauschale für ambulante Pflegedienste verausgabt (Kostenart 531900). Ebenfalls zu diesem Ansatz gehören Hilfen zur Pflege, Eingliederungshilfeleistungen, Krankenhilfe und sonstige Leistungen – jeweils außerhalb von Einrichtungen – sowie Kosten der Krankenversorgung (Kostenart 533100). Außerdem hier zu verausgaben sind die mit der Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz zusammenhängenden Kosten, wie die Verwendung des Kreisanteils an der Ausgleichsabgabe (Kostenart 533900), Darlehen (Kostenart 533900) und die Weiterleitung der Einnahmen an den Landschaftsverband (Kostenart 539330).

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* bildet die Kosten für anfallende Sachverständigengutachten in Schwerbehindertenangelegenheiten (Kostenart 542700) und die Sachausgaben für Schwerbehinderte (Kostenart 543900, Bewirtschaftung durch Amt 10) ab. Daneben werden ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.) verbucht, welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Bei der *Internen Leistungsverrechnung* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.



Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-812.159		-812.159	-812.159	-812.159
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen			-965.500		-965.500	-965.500	-965.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-270.500		-270.500	-270.500	-270.500
7	+ Sonstige Einzahlungen			-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-2.051.159		-2.051.159	-2.051.159	-2.051.159
10	- Personalauszahlungen			1.098.976		1.109.967	1.121.065	1.132.277
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			635.000		635.000	635.000	635.000
14	- Transferauszahlungen			17.962.823		17.962.823	17.962.823	17.962.823
15	- sonstige Auszahlungen			71.600		71.600	71.600	71.600
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			19.768.399		19.779.390	19.790.488	19.801.700
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			17.717.240		17.728.231	17.739.329	17.750.541



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.05.03.01 Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)

1.05.03.02 Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII)

1.05.03.02.01 Hilfe zum Lebensunterhalt

1.05.03.02.02 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

1.05.03.03 Leistungen nach BAföG

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.05.03.01****Beschreibung****Grundsicherung für Arbeitssuchende**

Gewährung von Hilfen an erwerbsfähige Menschen und deren Angehörige, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten können. Im SGB II gibt es eine zweigeteilte Trägerschaft – Kreis und Agentur für Arbeit. Der Kreis erbringt

- Leistungen für Unterkunft und Heizung
- einmalige Leistungen (Erstausstattung Wohnung und Bekleidung, mehrtägige Klassenfahrten)
- ergänzende Eingliederungsleistungen (Kinderbetreuung, Schuldnerberatung, Suchtberatung, psychosoziale Betreuung)

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch II (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitssuchende, Kreistagsbeschluss

Ziele

- Die Menschen erhalten bedarfsgerechte Leistungen
- Die Leistungsempfänger werden befähigt, wieder unabhängig von Leistungen ein selbstbestimmtes Leben zu führen

Zielgruppen

Erwerbsfähige Menschen und ihre Angehörigen in prekären Einkommenssituationen

**1.05.03.02****Hilfe zum Lebensunterhalt , Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung****Beschreibung**

Gewährung von Hilfen an Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten können. Die Hilfen werden erbracht als

- Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII
- Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII
- Leistungen zur Sicherung des Unterhalts von Wehr- und Zivildienstleistenden

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch II (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitssuchende

Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) – Sozialhilfe

Unterhaltssicherungsgesetz (USG)

Ziele

- Die Menschen erhalten bedarfsgerechte Leistungen
- Die Leistungsempfänger werden befähigt, wieder unabhängig von Leistungen ein selbstbestimmtes Leben zu führen

Zielgruppen

Menschen in prekären Einkommenssituationen

**1.05.03.03****Leistungen nach BAföG****Beschreibung**

- Bewilligung von Ausbildungsförderung nach dem BAföG
- Prüfung und Entscheidung von Anträgen auf Ausbildungsförderung nach dem BAföG
- Beratung von Antragsteller/innen

Auftragsgrundlage

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Sozialgesetzbuch (SGB) I und X, Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Ziele

Zeitnahe und rechtmäßige Entscheidung über Förderanträge von Schüler/innen und Auszubildenden

Zielgruppen

Schüler/innen und Auszubildende in vollzeitschulischen Bildungsgängen

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen**1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
1	Steuern und ähnliche Abgaben			-4.672.000	-4.672.000	-4.672.000	-4.672.000
3	+ Sonstige Transfererträge			-518.000	-518.000	-518.000	-518.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-12.327.000	-12.447.000	-12.435.000	-12.447.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
10	= Ordentliche Erträge			-17.522.000	-17.642.000	-17.630.000	-17.642.000
11	- Personalaufwendungen			561.422	566.346	571.286	576.347
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			4.709.050	4.704.050	4.694.050	4.684.050
15	- Transferaufwendungen			11.428.000	11.380.000	11.380.000	11.380.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			32.474.274	32.471.565	32.470.517	32.470.931
17	= Ordentliche Aufwendungen			49.172.746	49.121.961	49.115.852	49.111.329
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			31.650.746	31.479.961	31.485.852	31.469.329
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			31.650.746	31.479.961	31.485.852	31.469.329
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			31.650.746	31.479.961	31.485.852	31.469.329
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			189.145	189.422	189.529	189.810
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			31.839.892	31.669.383	31.675.381	31.659.138



Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Produktgruppe „10503 Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen“ umfasst folgende Produkte und Teilprodukte:

- 1.05.03.01 Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)
- 1.05.03.02 Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter; EM (SGB XII)
- 1.05.03.02.01 Hilfe zum Lebensunterhalt
- 1.05.03.02.02 Grundsicherung im Alter, bei Erwerbsminderung
- 1.05.03.03 Leistungen nach BaföG
- 1.05.03.04 Lastenausgleich

Bei der Kontengruppe *Steuern und ähnliche Abgaben* handelt es sich ausschließlich um Zuweisungen des Landes aus der Wohngeldentlastung (Kostenart 405200).

Über die Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* werden überwiegend Rückzahlungen gewährter Hilfen außerhalb von Einrichtungen abgebildet (Kostenart 421500). Weitere Kostenarten dieser Kontengruppe sind

- Kostenbeiträge, Aufwendungsersatz, Kostenersatz außerhalb von Einrichtungen (Kostenart 421100)
- Übergeleitete Unterhaltsansprüche außerhalb von Einrichtungen (Kostenart 421200)
- Leistungen von Sozialleistungsträgern außerhalb (Kostenart 421300) und innerhalb von Einrichtungen (Kostenart 422300)
- Sonstige Ersatzleistungen außerhalb von Einrichtungen (Kostenart 421900)

Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* wird in der Hauptsache die Beteiligung des Bundes an den Unterkunfts- und Heizkosten (Kostenart 447100) sowie der Anteil der Bundesagentur an den Personal- und Sachkosten kommunaler Mitarbeiter (Kostenart 442500) vereinnahmt. Darüber hinaus handelt es sich bei diesem Ansatz um den Anteil an der Bundeserstattung beim Vollzug des Grundsicherungsgesetzes (Kostenart 442100) sowie um Erstattungen von anderen Sozialhilfeträgern bzw. für die ARGE Bergneustadt (Kostenart 442300 und 443905). Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* beinhaltet Erstattungen von Gemeinden in Form von Schadenersatz (Kostenart 452700).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.



Bei der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* handelt es sich im Wesentlichen um Erstattungen an andere Sozialhilfeträger (525300), die Kosten des Datenabgleichs durch die Vermittlungsstelle und Kostenerstattungen an die Rentenversicherungsträger (Kostenart 525500). Einen geringen Teil des Aufwands bilden Gerichtsvollzieherkosten, Aufwendungsersätze u.ä (Kostenart 529100).

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* werden neben der Hilfe zum Lebensunterhalt sowie den Grundsicherungsleistungen außerhalb von Einrichtungen (Kostenart 533100) folgende Kosten verausgabt:

- Eingliederungsleistung an Arbeitssuchende n. § 16. II 2 Nr. 1-4 (Kostenarten 533615, 533625, 531800)
- Sozialhilfe in Einrichtungen (Kostenart 533200)
- Grundsicherungsleistungen innerhalb von Einrichtungen (Kostenart 533200)

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* weist hauptsächlich die Kosten von Leistungen für Unterkunft und Heizung (Kostenart 546200; § 22 I SGB II), Wohnungsbeschaffungskosten/Umzugskosten (Kostenart 546210), Mietschulden sowie einmalige Leistungen an Arbeitssuchende (Kostenart 546220, § 23 III) aus. Anfallende Fortbildungskosten (Kostenart 541200) für Mitarbeiter in den gemeindlichen Sozialämtern werden ebenfalls auf dieser Kontengruppe geplant. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen**1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
1	Steuern und ähnliche Abgaben			-4.672.000		-4.672.000	-4.672.000	-4.672.000
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen			-518.000		-518.000	-518.000	-518.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-12.327.000		-12.447.000	-12.435.000	-12.447.000
7	+ Sonstige Einzahlungen			-5.000		-5.000	-5.000	-5.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-17.522.000		-17.642.000	-17.630.000	-17.642.000
10	- Personalauszahlungen			359.953		363.552	367.189	370.861
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			4.709.050		4.704.050	4.694.050	4.684.050
14	- Transferauszahlungen			11.428.000		11.380.000	11.380.000	11.380.000
15	- sonstige Auszahlungen			32.442.000		32.442.000	32.442.000	32.442.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			48.939.003		48.889.602	48.883.239	48.876.911
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			31.417.003		31.247.602	31.253.239	31.234.911



**Beschreibung****Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen**

Kann ein Volljähriger wegen Krankheit oder Behinderung seine Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht besorgen, kann das Vormundschaftsgericht für ihn einen Betreuer bestellen. Vor der Bestellung eines Betreuers oder der Anordnung eines Einwilligungsvorbehalts kann das Gericht die zuständige Behörde zur Ermittlung des Sachverhalts beauftragen. Zu berichten ist insbesondere zu den sozialen Umständen die eine Betreuung erforderlich machen, dem notwendigen Umfang der Betreuung sowie zur Verfügbarkeit und Eignung einer Betreuungsperson.

Das Gericht kann den Betroffenen im Zuge der Sachverhaltsermittlung und während der laufenden Betreuung durch die zuständige Behörde vorführen bzw. unterbringen lassen.

Kann ein Volljähriger durch eine oder mehrere natürliche Personen oder durch einen Betreuungsverein nicht hinreichend betreut werden, so bestellt das Gericht die zuständige Behörde zum Betreuer.

Förderung des Ehrenamts

Betreuungen werden grundsätzlich ehrenamtlich geführt. Zum Betreuer bestellt das Vormundschaftsgericht vorrangig natürliche Personen nach Wunsch der Betroffenen. Meist handelt es sich um Angehörige, weniger häufig um Freunde oder Bekannte.. Für Betreute ohne geeignete persönliche Bezüge schlägt die Behörde nach Gerichtsauftrag andere geeignete Personen vor, die vorrangig ehrenamtlich als Betreuer tätig werden sollen.

Betreuungsvereine und -behörde sind dazu aufgefordert, geeignete Maßnahmen zur Gewinnung, Beratung und Unterstützung ehrenamtlicher Betreuer zu ergreifen.

Qualitätssicherung und Steuerung; Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen

Die Zahl rechtlich vertretungsbedürftiger Volljähriger nimmt stetig zu. Dem gegenüber steht eine nicht ausreichende Bereitschaft der Bürger, rechtliche Vertretung ehrenamtlich zu übernehmen. Rechtliche Betreuung hat sich vor diesem Hintergrund als freier Beruf in der Dienstleister-Szene etabliert. Das Gericht beauftragt die zuständige Behörde in Betreuungsverfahren zur Benennung geeigneter Betreuer. Die Behörde ist gehalten, geeignete Personen benennen zu können. Kann sie das nicht, muss sie die Betreuungen ggfs. selbst führen. Der Gesetzgeber hat den Handlungsrahmen rechtlicher Betreuung seit 1992 aus Kostengründen kontinuierlich eingeschränkt. Oft führen professionelle Betreuer zu vielen Betreuungen und / oder diese in nachlassender Qualität, um ihr Einkommen zu sichern. Die Behörde ist daher zunehmend gefordert, qualitätssichernd (die „Eignung“ der Betreuer tatsächlich erhaltend) tätig zu sein.

Durch verstärkte Information der Bevölkerung zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen können aufwändige Betreuungsverfahren und Betreuungen vermieden werden. Von dem gesetzlichen Auftrag an die zuständigen Behörden, zu den Themenfeldern zu berichten, profitiert im Erfolgsfall die Justiz. Ein vermindertes Aufkommen an

~~Betreuungsverfahren wird aber auch die Betreuungsbehörde entlasten.~~



Auftragsgrundlage

Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen

§§ 1896, 1897, 1900 Abs. 4 BGB, §§ 7, 8 Betreuungsbehördengesetz (BtBG), §§ 68 Abs. 3, 68a, 69g, 69i, 70d Abs. 1, 70g Abs. 4 u. 5, 70i Abs. 1 Freiwillige-Gerichtbarkeitsgesetz (FGG)

Förderung des Ehrenamts

§ 1897 BGB i. V. mit §§ 4, 5 und 6 BtBG

Qualitätssicherung und Steuerung; Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen

§ 1897 BGB, §§ 4, 5, 6, 8 BtBG

Ziele

Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen

- Fristgerechte, die Persönlichkeitsrechte Betroffener wahrende Berichterstattung an die Gerichte nach vorangegangener Sachverhaltsermittlung
- Ausreichende Präsenz als zuständige Fachbehörde zur Unterstützung bei und nach Zwangsmaßnahmen
- Wahrung der Rechte Betroffener im Betreuungsverfahren und bei Zwangsmaßnahmen

Förderung des Ehrenamts

- Bereitstellen eines ausreichenden Angebots an ehrenamtlichen Betreuern
- Ausreichende Qualifizierung ehrenamtlicher Betreuer und Bevollmächtigter zur eigenen Krisenprophylaxe in der rechtlichen Vertretung sowie zur effizienten Wahrung der Rechte Betreuer und von Vollmachtgebern
- Ausreichende Vermittlung von Kenntnissen zur rechtlichen Vertretung Volljähriger
- Stärkung des speziellen Ehrenamtes „rechtlicher Betreuer“ in der Öffentlichkeit

Qualitätssicherung und Steuerung; Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen

- Schaffung eines kreisweit ausreichenden Angebots geeigneter übernahmebereiter Betreuer
- Vermeidung der Übernahme von Betreuungen durch die Behörde
- Vermeidung von Betreuungsmissbrauch
- Ausreichender Schutz der Betreuten
- Vermeidung von Betreuungsverfahren (und Betreuungen)



Zielgruppen

Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen

Amtsgerichte, Betroffene i. S. § 1896 BGB, Angehörige Betroffener, Betreuer

Förderung des Ehrenamts

Angehörige und nicht angehörige Betreuer, Vollmachtnehmer, Sozial engagierte Bürger

Qualitätssicherung und Steuerung;

Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen

Betroffene i. S. § 1896 BGB, Betreuer, Berufsbetreuer, Volljährige Bevölkerung

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen**1.05.04 Betreuungsleistungen**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-150	-150	-150	-150
10	= Ordentliche Erträge			-150	-150	-150	-150
11	- Personalaufwendungen			493.629	497.867	502.111	506.472
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			45.151	43.797	43.010	43.371
17	= Ordentliche Aufwendungen			538.780	541.663	545.121	549.843
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			538.630	541.513	544.971	549.693
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			538.630	541.513	544.971	549.693
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			538.630	541.513	544.971	549.693
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			31.986	33.395	32.436	31.482
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			570.615	574.909	577.406	581.175

Planerläuterung Teilergebnisplan

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) der Betreuungsstelle veranschlagt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.



Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich um Kosten für die Wahrnehmung von Querschnittsaufgaben im Betreuungswesen (Kostenart 549900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen**1.05.04 Betreuungsleistungen**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-150		-150	-150	-150
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-150		-150	-150	-150
10	- Personalauszahlungen			305.557		308.612	311.699	314.816
15	- sonstige Auszahlungen			15.000		15.000	15.000	15.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			320.557		323.612	326.699	329.816
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			320.407		323.462	326.549	329.666

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-10.241.550	-10.433.550	-10.627.550	-10.862.950
3	+ Sonstige Transfererträge			-1.304.500	-1.339.500	-1.374.500	-1.409.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-4.184.000	-4.184.000	-4.184.000	-4.184.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-47.000	-47.000	-47.000	-47.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-2.006.500	-2.007.100	-2.007.700	-2.008.300
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-3.000	-3.000	-3.000	-3.000
10	= Ordentliche Erträge			-17.786.550	-18.014.150	-18.243.750	-18.514.750
11	- Personalaufwendungen			4.727.298	4.769.824	4.812.526	4.856.157
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			2.692.710	2.692.710	2.702.710	2.712.710
14	- Bilanzielle Abschreibungen			25.626	26.678	27.729	28.784
15	- Transferaufwendungen			47.212.300	46.520.300	45.840.300	45.184.300
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			399.423	374.241	367.160	370.409
17	= Ordentliche Aufwendungen			55.057.357	54.383.754	53.750.426	53.152.361
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			37.270.807	36.369.604	35.506.676	34.637.611
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			37.270.807	36.369.604	35.506.676	34.637.611
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			37.270.807	36.369.604	35.506.676	34.637.611
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-36.583	-38.195	-37.097	-36.007

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			323.677	337.047	325.578	315.083
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			37.557.902	36.668.455	35.795.156	34.916.687

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-10.241.550		-10.433.550	-10.627.550	-10.862.950
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen			-1.304.500		-1.339.500	-1.374.500	-1.409.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-4.184.000		-4.184.000	-4.184.000	-4.184.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-47.000		-47.000	-47.000	-47.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-2.006.500		-2.007.100	-2.007.700	-2.008.300
7	+ Sonstige Einzahlungen			-3.000		-3.000	-3.000	-3.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-17.786.550		-18.014.150	-18.243.750	-18.514.750
10	- Personalauszahlungen			3.176.471		3.208.114	3.240.073	3.272.351
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			2.692.710		2.692.710	2.702.710	2.712.710
14	- Transferauszahlungen			47.212.300		46.520.300	45.840.300	45.184.300
15	- sonstige Auszahlungen			148.768		135.768	135.768	135.768
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			53.230.249		52.556.892	51.918.851	51.305.129
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			35.443.699		34.542.742	33.675.101	32.790.379

**Beschreibung**

In Tageseinrichtungen sowie Einrichtungen der OGS werden Kinder von Fachkräften ganztags bzw. einen Teil des Tages in einer Gruppe gefördert. Kindertagespflege wird von einer geeigneten Person jeweils für ein bzw. bis zu acht Kindern geleistet.

Aufgabe von Kindertageseinrichtungen, Tagespflege wie Einrichtung der OGATA ist die Förderung von Kindern in den Bereichen Erziehung, Bildung und Betreuung. Die Förderung des Kindes soll möglichst früh, altersgerecht und seiner individuellen Lebenssituation entsprechend erfolgen.

Für Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt besteht ein Anspruch auf den Besuch einer Tageseinrichtung. Für Kinder unter drei Jahren und Schulkinder ist ein bedarfsgerechtes Angebot vorzuhalten. Für Kinder unter drei Jahren sind mindestens Plätze vorzuhalten, sofern die Erziehungsberechtigten sich in Ausbildung befinden bzw. einer Erwerbstätigkeit nachgehen oder ohne die Leistung die Förderung des Kindes nicht gewährleistet ist. Der Betrieb einer Tageseinrichtung sowie die Erbringung von Kindertagespflegeleistungen sind erlaubnispflichtig.

Auftragsgrundlage

§§ 22-26, 43, 45-48 und 80 SGB VIII; Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG); Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) – ab 01.08.2008 Kinderbildungsgesetz (KiBiz); Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses



<u>Ziele</u>	- Erstellung und Erhalt eines bedarfsgerechten, qualifizierten Förder- und Betreuungsangebotes für Kinder vom Säuglingsalter bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (Spielgruppen, Kindertagesstätten, Tagespflegestellen und außerunterrichtliche Angebote in Offenen Ganztagschulen) - Verbesserung der Bildungschancen sowie die soziale und gesellschaftliche Integration von Kindern durch individuelle, altersgerechte, frühe Förderung - gemeinsame Förderung von Kindern mit und ohne Behinderung - Sicherstellung der pädagogischen Qualität in Tageseinrichtungen - Ausbau der Tagespflege als gleichwertiger Alternative zu Tageseinrichtungen und deren Aufwertung durch die Qualifizierung von Tagespflegepersonen - Ausbau familienfreundlicher Strukturen im Oberbergischen Kreis - Unterstützung von Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf - Stärkung von Eltern - Vereinfachung der Abrechnungsverfahren (Kindpauschalen) - Regelung der öffentlichen Förderung und Finanzierung der Einrichtungen - Verbesserung der Kooperation zwischen Tageseinrichtungen und Schule - Unterstützung des Aufbaus bzw. der Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren - Umsetzung der durch KiBiz anstehenden Veränderungen im Dialog mit den freien Trägern
<u>Zielgruppen</u>	Eltern, Kinder vom Säuglingsalter bis zum 14. Lebensjahr, Tagespflegestellen, Träger von Tageseinrichtungen für Kinder, in Tageseinrichtungen tätige Fachkräfte

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-10.048.950	-10.240.950	-10.434.950	-10.668.950
3	+ Sonstige Transfererträge			-68.000	-73.000	-78.000	-83.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-4.180.000	-4.180.000	-4.180.000	-4.180.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-18.000	-18.000	-18.000	-18.000
10	= Ordentliche Erträge			-14.314.950	-14.511.950	-14.710.950	-14.949.950
11	- Personalaufwendungen			421.266	424.918	428.577	432.333
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000
15	- Transferaufwendungen			26.005.000	26.103.000	26.201.000	26.335.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			135.960	121.704	120.974	121.309
17	= Ordentliche Aufwendungen			28.562.226	28.649.622	28.750.551	28.888.643
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			14.247.276	14.137.672	14.039.601	13.938.693
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			14.247.276	14.137.672	14.039.601	13.938.693
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			14.247.276	14.137.672	14.039.601	13.938.693
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			29.662	30.969	30.079	29.195
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			14.276.938	14.168.641	14.069.681	13.967.887



Planerläuterung Teilergebnisplan

Über die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* werden die folgenden Ertragsarten (Kostenart 414200) abgebildet:

- Landeszuschuss für Kinder in Tagespflege
- Landeszuschuss zu Sach- und Personalkosten der Tageseinrichtungen für Kinder (Hauptanteil an der Gesamtsumme)
- Landesmittel zur Sprachförderung in Tageseinrichtungen
- Landesmittel für Familienzentren

Bei der Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* handelt es sich um Kostenbeiträge (Kostenart 421100) von alleinerziehenden Elternteilen für die Unterbringung in Tagespflege und Erstattungen aus Vorjahren (Kostenart 429800) von vorrangig verpflichteten Sozialleistungsträgern. Die Kontengruppe mit der Bezeichnung *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* dient der Vereinnahmung von Elternbeiträgen (Kostenart 432901) zu den Betriebskosten der Tageseinrichtungen. Auf den Konten der Gruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* werden die Teilnehmerbeiträge (Kostenart 441901) zu Qualifizierungsmaßnahmen verbucht.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfolgt die Erstattung (Kostenart 525300) vertraglicher Leistungen für freie Kindergartenträger. Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet in erster Linie den Betriebskostenzuschuss (Kostenart 531900) an freie Träger von Tageseinrichtungen für Kinder. Darüber hinaus werden die folgenden Kostenarten hier veranschlagt:

- Weiterleitung von Landesmitteln zur Förderung von Familienzentren (TP 1.06.01.01.01, Kostenart 531900)
- Weiterleitung von Landesmitteln zur Sprachförderung (TP 1.06.01.01.01, Kostenart 531900)
- Förderung von Schülerbetreuungsmaßnahmen (PSP 1.06.01.01, Kostenart 531900)
- Förderung sonstiger Betreuungsmaßnahmen (PSP 1.06.01.01, Kostenart 531900)

sowie

- Kosten der Unterbringung in Tagespflege (PSP 1.06.01.01, Kostenart 533400)
- Erziehung in einer Tagesgruppe (PSP 1.06.01.01, Kostenart 533530)
- Betriebskostenzuschuss an das Tagesmütternetzwerk (PSP 1.06.01.01, Kostenart 531900)



Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich einerseits um Kosten von Qualifizierungsmaßnahmen für Mitarbeiter (Kostenart 541200) in Tageseinrichtungen (Offene Ganztagsschulen, Familienzentren. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-10.048.950		-10.240.950	-10.434.950	-10.668.950
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen			-68.000		-73.000	-78.000	-83.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-4.180.000		-4.180.000	-4.180.000	-4.180.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-18.000		-18.000	-18.000	-18.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-14.314.950		-14.511.950	-14.710.950	-14.949.950
10	- Personalauszahlungen			264.986		267.635	270.312	273.015
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			2.000.000		2.000.000	2.000.000	2.000.000
14	- Transferauszahlungen			26.005.000		26.103.000	26.201.000	26.335.000
15	- sonstige Auszahlungen			108.000		95.000	95.000	95.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			28.377.986		28.465.635	28.566.312	28.703.015
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			14.063.036		13.953.685	13.855.362	13.753.065



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.06.02.01 Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit

1.06.02.01.01 Landeszuschuss Förderung offene Kinder- und Jugendarbeit

1.06.02.02 Jugendsozialarbeit

1.06.02.03 Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie

1.06.02.04 Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.06.02.01****Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit****Beschreibung**

Kinder- und Jugendarbeit soll an den Interessen und Bedürfnissen junger Menschen anknüpfen. Sie ist geprägt von Selbstorganisations- und Selbstbildungsprozessen und damit kein fremdbestimmtes Feld. Kinder- und Jugendarbeit konzentriert sich auf den Aufbau und die Durchführung außerschulischer und freizeitorientierter Bildungsangebote. Hierunter fallen insbesondere, politische, (inter)kulturelle und soziale Angebote, sportlich und freizeitorientierte Jugendarbeit, medienbezogene Jugendarbeit, geschlechterdifferenzierte Mädchen- und Jungenarbeit, internationale Jugendarbeit sowie die Jugendverbandsarbeit und die Offene Jugendarbeit.

Im Fokus stehen junge Menschen, die, ausdrücklich gewollt, selbst aktiv werden sollen. Ihnen obliegt die selbständige Initiierung, Planung und Durchführung von Projekten. Inhalte und Umsetzung der Kinder- und Jugendarbeit sollen mitgestaltet und auch selbst organisiert werden.

Die Träger der Angebote sorgen dafür, dass diese Ziele umgesetzt werden.

Aufgrund der sich stetig verändernden Bedürfnislage junger Menschen erfordert die Arbeit ein hohes Maß an Flexibilität.

Die Teilnahme an Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit unterliegt dem Prinzip der Freiwilligkeit.

Kinder- und Jugendarbeit wird von einer breiten Palette freier Träger, Verbände und Vereine geleistet, die zum Teil stark unterschiedliche Positionen und Wertehaltungen haben.

Auftragsgrundlage

§§ 11, 12 und 80 SGB VIII; 3. Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – Kinder- und Jugendfördergesetz (3. AG-KJHG – KJFöG)



<u>Ziele</u>	- Umsetzung der im Kinder- und Jugendförderplan benannten Ziele - Umsetzung des gesetzlich benannten Bildungsauftrages, insbesondere die Vermittlung von sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Grundkompetenzen - sinnvolle Freizeitgestaltung - Aufbau bzw. Erhaltung eines bedarfsgerechten Angebotes in der verbandlichen und offenen Kinder- und Jugendarbeit - Umsetzung geschlechterdifferenzierter Mädchen- und Jungenarbeit (Gender Mainstreaming) - Förderung und Integration junger Menschen aus benachteiligten Lebenssituationen - Befähigung junger Menschen zur Selbstbestimmung, zur Übernahme von gesellschaftlicher Mitverantwortung bzw. zu sozialem Engagement durch aktive Partizipation - Unterstützung von Verbänden und Vereinen zur Vermittlung von Werten und demokratischem Denken - Erhaltung des breiten und vielfältigen Trägerspektrums - Unterstützung des Ehrenamtes - AG gem. § 78 SGB VIII - kontinuierliche Durchführung von Wirksamkeitsdialogen - im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Kreises wird die Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit gewährleistet
<u>Zielgruppen</u>	- Ehren-, neben- und hauptamtlich in der Kinder- und Jugendarbeit tätige Personen - Kinder ab dem 6ten Lebensjahr, Jugendliche und junge Menschen bis zum 27ten Lebensjahr - Träger der Jugendhilfe - Jugendverbände und Jugendgruppen

**1.06.02.02****Jugendsozialarbeit****Beschreibung**

Jugendsozialarbeit zielt darauf ab, junge Menschen auf dem Weg bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu unterstützen. Ausdrücklich benannt ist die Aufgabe, junge Menschen auf ihrem Weg in Schule und Beruf zu begleiten. Schulbezogene Angebote sollen im engen Zusammenwirken von Schule und Jugendsozialarbeit auf- und ausgebaut werden.

Der Schwerpunkt der jugendsozialarbeiterischen Unterstützung liegt in der Prävention. Ein schulisches und berufliches Scheitern soll möglichst gar nicht erst erfolgen.

Jugendsozialarbeit hat auch die Aufgabe, an der sozialen und beruflichen Integration von Schulabgängern bzw. jungen Erwachsenen mitzuwirken. Hier gilt es vor allem, langfristige Abhängigkeiten von Sozialhilfeleistungen zu verhindern. Insbesondere junge Menschen, die den gesellschaftlichen Ansprüchen nicht nachkommen können, sollen unterstützt und integriert werden. Hier sind niederschwellige Angebote vorzuhalten, die jugendhilfeorientiert ausgerichtet sind.

Kooperationspartner für Träger im Handlungsfeld Jugendsozialarbeit sind Schulen, freie Träger der Jugendberufshilfe und die ARGE.

Auftragsgrundlage

§§ 13 und 80 SGB VIII; 3.AG-KJHG – KJFöG; Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses



<u>Ziele</u>	- Aufbau bzw. Erhaltung bedarfsgerechter und vielfältiger jugendsozialarbeiterischer Angebote - Erweiterung des Angebotes als Alternative zu einzelfallbezogener Unterstützung - zielgruppenorientierte gesellschaftliche Integration junger Menschen, z.B. junger Menschen mit Migrationshintergrund, abgebrochener Schul- bzw. Ausbildungslaufbahn, Sozialisationsdefiziten - Gleichstellung von Jungen und Mädchen (Gender Mainstreaming) - Abbau sozialer Benachteiligungen junger Menschen - Verselbständigung junger Menschen - Umsetzung konkreter Projekte mit zielgruppenbezogenen Inhalten - Partizipation von jungen Menschen - AG gem. § 78 SGB VIII - kontinuierliche Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule - Weiterentwicklung bereits angelaufener Modelle - Abstimmung mit Trägern von Leistungen nach § SGB II - Erarbeitung von Konzepten zur Unterstützung und Integration schulisch wie beruflich förderungsbedürftiger Kinder und Jugendlicher
<u>Zielgruppen</u>	junge Menschen bis zur Vollendung des 27ten Lebensjahres, die aufgrund ihrer sozialen Benachteiligung oder individuellen Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Hilfe angewiesen sind

**1.06.02.03****Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie****Beschreibung**

Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie ist vor allem auf den Erhalt bzw. die Verbesserung erzieherischer Handlungskompetenzen gerichtet. Erziehungsberechtigte sollen darin unterstützt werden, ihre Verantwortung in einer stetig komplexer werdenden Erziehungssituation besser wahrnehmen zu können. Ein Schwerpunkt liegt in der Vermittlung von gewaltfreien Konfliktlösungsstrategien. Das Recht junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung und gewaltfreie Erziehung wird hierdurch unterstützt.

Angebote allgemeiner Förderung zielen darauf ab, Erziehungsberechtigte in schwierigen Lebenssituationen zu entlasten. Angebote werden in vielfältiger Form vorgehalten und sollen sich an den Interessen und Bedürfnissen der Adressaten orientieren.

Allgemeine Förderung als Grundstein für den Erhalt bzw. Aufbau erzieherisch handlungskompetenter Familien ist auch als Präventionsmaßnahme zu betrachten.

Auftragsgrundlage

§§ 1 und 16 bis 21 und 80 SGB VIII; Art. 6 Abs. 1 Satz 1 GG; § 1631 Abs. 2 BGB; Landesrechtliche Regelungen; Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses

Ziele

- Auf- und Ausbau familienfreundlicher Bedingungen im Oberbergischen Kreis
- Aufbau und Begleitung sozialraumorientierter Angebote
- Förderung elterlicher Handlungskompetenzen
- Auf- und Ausbau der Ressourcen von Erziehungsberechtigten
- Sicherung des Kindeswohls
- Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes
- Beteiligung von jungen Menschen und Familien beim Auf- bzw. Ausbau familienfördernder Lebensbedingungen
- Steigerung der Inanspruchnahme bestehender Angebote
- Entlastung von Erziehungsberechtigten, die in belastenden sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen leben
- Auf-, Ausbau und Erhalt adäquater Angebote zur allgemeinen Förderung der Erziehung im Oberbergischen Kreis
- AG gem. § 78 SGB VIII

Zielgruppen

erziehungsberechtigte und andere mit der Erziehung betraute Personen, junge Menschen

**1.06.02.04****Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz****Beschreibung**

Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz ist als ein fachübergreifendes Handlungsfeld zu verstehen. Es handelt sich hierbei um eine Querschnittsaufgabe, die, neben jungen Menschen und Erziehungsberechtigten, auch auf Institutionen der Erziehung und Bildung gerichtet ist.

Erziehungsberechtigte, junge Menschen und Fachkräfte sollen befähigt werden, Gefährdungssituationen zu erkennen, zu vermeiden, bzw. zu bewältigen. Unter Beteiligung der Betroffenen und der mit dem Handlungsfeld in Berührung kommenden Fachkräfte soll auf die Erstellung des Kindeswohl nicht gefährdender Lebensbedingungen hingearbeitet werden.

Die Kernaufgabe erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes liegt im Bereich der Prävention und somit der Information und Aufklärung. Das Jugendamt hat diese Aufgabe wahrzunehmen bzw. dafür Sorge zu tragen, dass geeignete Maßnahmen vorgehalten werden.

Auftragsgrundlage

§§ 14 und 80 SGB VIII und 3. AG-KJHG – KJFöG i.V. mit Jugendschutzgesetz (JuSchG), Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (GjS), Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG); Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses

Ziele

- Schutz von Kindern und Jugendlichen vor gefährdenden Einflüssen
- Umsetzung der im Kinder- und Jugendförderplan festgehaltenen Ziele
- Vernetzung bzw. Intensivierung der Kooperation mit freien Trägern
- Initiierung gemeinsamer Aktionen von öffentlichem und freien Trägern
- Bildung einer AG gem. § 78 SGB VIII und damit Aufbau eines funktionierenden Netzwerkes und Abstimmung mit allen im Bereich des (erzieherischen) Kinder- und Jugendschutz tätigen Akteure
- Umsetzung konkreter Projekte unter aktiver Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Zielgruppen

junge Menschen, Erziehungsberechtigte, Träger der freien Jugendarbeit, Institutionen der Erziehung und Bildung

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-106.000	-106.000	-106.000	-106.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-29.000	-29.000	-29.000	-29.000
10	= Ordentliche Erträge			-135.000	-135.000	-135.000	-135.000
11	- Personalaufwendungen			575.528	580.710	585.914	591.235
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			40.000	30.000	30.000	30.000
15	- Transferaufwendungen			726.200	726.200	688.200	688.200
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			35.068	33.493	32.578	32.998
17	= Ordentliche Aufwendungen			1.376.795	1.370.403	1.336.692	1.342.432
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			1.241.795	1.235.403	1.201.692	1.207.432
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			1.241.795	1.235.403	1.201.692	1.207.432
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			1.241.795	1.235.403	1.201.692	1.207.432
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			37.201	38.841	37.725	36.615
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			1.278.997	1.274.243	1.239.417	1.244.048

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Jugendarbeit und Familienförderung

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* bildet den Landeszuschuss (Kostenart 414200) zur Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit ab. Bei der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* handelt es sich um Beiträge (Kostenart 441901) der Teilnehmer zu Veranstaltungen des Jugendamtes.



In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Hinter der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- /Dienstleistungen* verbergen sich die Kosten der Projektbegleitung „Neuausrichtung Jugendamt“ (Kostenart 524904). Die Ansätze der Kontengruppe *Transferaufwendungen* setzen sich im Wesentlichen aus den nachfolgend aufgeführten Kosten (Kostenart 531900) zusammen:

- Förderung der offenen Kinder und Jugendarbeit
- Zuschüsse zu Freizeitmaßnahmen
- Weiterleitung der Landesmittel offene Kinder und Jugendarbeit an freie Träger
- Zuschuss zu den Personal- und Sachkosten der Erziehungsberatungsstellen
- Betriebskostenzuschuss Jugendzeltplatz
- Personalkostenzuschüsse für die verbandliche Jugendarbeit
- Zuschüsse zu Materialien für die Jugendarbeit
- Grundförderung für Mitgliedsverbände des Kreisjugendrings
- Zuschuss zum Kreisjugendring
- Zuschuss zur Eingliederung Jugendlicher in das Berufsleben
- Bildungsveranstaltungen
- Betriebskostenzuschuss zu Familienbildungsstätten
- Gruppenveranstaltungen mit deutschen und ausländischen jungen Menschen
- Gruppenveranstaltungen mit behinderten Kindern

Darüber hinaus werden hier anfallende Projektkosten sowie Kosten für Veranstaltungen durch das Kreisjugendamt und im Rahmen des Jugendschutzes veranschlagt. Hinzu kommen Aufwendungen für jugendpflegerische Betreuung im Rahmen der Jugendsozialarbeit (PSP 1.06.02.02, Kostenart 533490) sowie für Maßnahmen der Elternbildung (PSP 1.06.02.03, Kostenart 533490). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-106.000		-106.000	-106.000	-106.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-29.000		-29.000	-29.000	-29.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-135.000		-135.000	-135.000	-135.000
10	- Personalauszahlungen			384.977		388.826	392.714	396.643
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			40.000		30.000	30.000	30.000
14	- Transferauszahlungen			726.200		726.200	688.200	688.200
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			1.151.177		1.145.026	1.110.914	1.114.843
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			1.016.177		1.010.026	975.914	979.843



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.06.03.01 Hilfen zur Erziehung und sonst. Hilfen
 - 1.06.03.01.01 Institutionelle Erziehungsberatung
 - 1.06.03.01.02 Soziale Gruppenarbeit
 - 1.06.03.01.03 Erziehungsbeistandschaft
 - 1.06.03.01.04 Sozialpädagogische Familienhilfe
 - 1.06.03.01.05 Erziehung in einer Tagesgruppe
 - 1.06.03.01.06 Vollzeitpflege
 - 1.06.03.01.07 Unterbringung in Heimen / sonstigen betreuten Wohnformen
 - 1.06.03.01.08 Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung
 - 1.06.03.01.09 Gemeinsame Wohnformen für (werdende) Mütter oder Väter und Kinder
 - 1.06.03.01.10 Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche
 - 1.06.03.01.11 Flexible erzieherische Hilfe
- 1.06.03.02 Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen
- 1.06.03.03 Beratungsangebote
- 1.06.03.04 Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren
- 1.06.03.05 Unterhaltsvorschussleistungen, Amtspflegschaft und -vormundschaft

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.06.03.01****Hilfen zur Erziehung und sonstige Hilfen****Beschreibung**

Hilfe in gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder, Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen für seelisch behinderte junge Menschen und Hilfen für junge Volljährige sind individuell ausgerichtete Leistungsangebote für junge Menschen und Personensorgeberechtigte zur Überwindung individueller Problemlagen. Es besteht ein Rechtsanspruch auf die Gewährung notwendiger und geeigneter Leistungen, sofern

- eine dem Wohl des jungen Menschen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist bzw.
- ohne besondere Förderung eine altersgerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verhindert wird bzw.
- Einschränkungen in der Persönlichkeitsentwicklung und der Fähigkeit ein selbständiges Leben zu führen, die individuelle Situation eines jungen Volljährigen kennzeichnen bzw.
- Alleinerziehende während der Schwangerschaft bzw. mit einem unter 6jährigen Kind, aufgrund ihrer eigenen Persönlichkeitsentwicklung den durch die Elternverantwortung entstehenden Anforderungen nicht gerecht werden.

Die Inanspruchnahme der Hilfe erfolgt auf freiwilliger Basis und impliziert die durchgängige und partnerschaftliche Zusammenarbeit aller am Hilfeprozess Beteiligten (Hilfeplanung). Hilfen werden in familienunterstützender, familienergänzender bzw. familienersetzender Form durch ausgebildete Fachkräfte angeboten.

Konkrete Beschreibungen der einzelnen Hilfeformen sind den Teilprodukten zu entnehmen.

Auftragsgrundlage

SGB VIII, hier insbesondere §§ 19, 27, 28 bis 35, 35a und 41 i.V.m. § 36 sowie § 80

**Ziele**

- Im Interesse einer fachlichen, wirtschaftlichen und bedarfsorientierten Leistungserbringung werden Hilfen rechtmäßig und rechtzeitig angeboten, geplant und durchgeführt.
- Die Hilfen zielen auf die Überwindung der zur Gewährung der Leistung führenden Problemlagen ab. Die Zielgruppe erhält die individuell erforderliche Unterstützung und Entlastung. Kinder und Jugendliche erhalten den notwendigen Schutz bzw. die ihrem Wohl entsprechende Erziehung.
- Alle Hilfen sind gekennzeichnet durch ihren ganzheitlichen, system-, lebenswelt- und alltagsorientierten Ansatz. Die Adressaten werden dabei unterstützt, ihr Leben eigen- und selbständig zu gestalten. Alle Hilfen orientieren sich an dem Grundsatz, die Selbsthilfekräfte, Ressourcen und Kompetenzen der Zielgruppe zu stabilisieren, stärken und aufzubauen und eine Veränderung der festgestellt unterstützungsbedürftigen Lebenssituation zu erreichen.
- Sofern eine familienersetzende Hilfe einzuleiten ist, soll die Unterbringung in einer Vollzeitpflegestelle Vorrang vor der Unterbringung in einer Heimeinrichtung haben.
- Die Anzahl der Vollzeitpflegestellen soll ausgebaut werden.
- Pflegeeltern sollen durchgehend qualifiziert und fachlich begleitet werden.
- Hilfen sollen so frühzeitig wie möglich geleistet werden. Auf die engmaschige Vernetzung der verschiedenen, mit Kindern und Jugendlichen tätigen Institutionen, Personen und Einrichtungen ist hinzuwirken. Der Aufbau und Ausbau funktionierender Präventionsstrukturen (Soziale Frühwarnsysteme) wird vorangetrieben.

Zielgruppen

- Kinder und Jugendliche, für die im konkreten Einzelfall eine ihrem Wohl entsprechende Erziehung und Entwicklung ohne sozialpädagogische Hilfe nicht gewährleistet werden kann.
- Schwangere, Eltern, Erziehungsberechtigte bzw. verantwortlich an der Erziehung beteiligte Personen, die eine dem Wohl des jungen Menschen entsprechende Erziehung ohne sozialpädagogische Hilfe nicht gewährleisten können.
- Seelische behinderte oder von einer seelischen Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche, die ohne diese Hilfe nicht ihrem Alter entsprechend am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
- Junge Volljährige zwischen 18 bis unter 21 Jahren, in besonderen Ausnahmefällen auch älter, die, bezogen auf ihre Autonomiefähigkeit bzw. Persönlich- und Selbständigkeit einen zeitlich begrenzten Unterstützungsbedarf haben.

**1.06.03.01.01****Institutionelle Erziehungsberatung****Beschreibung**

- Erziehungsberatung ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 28 SGB VIII benannt. Jungen Menschen, Eltern und anderen Personensorgeberechtigten soll Unterstützung bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme und der zugrundeliegenden Faktoren ebenso angeboten werden wie bei der Lösung von Erziehungsfragen sowie in belastenden Lebenssituationen oder besonderen Lebenskrisen (z. B. Trennung, Scheidung).
- Erziehungsberatung setzt das Zusammenwirken von Fachkräften verschiedener Disziplinen in einem Team voraus. Zu den wichtigsten Fachrichtungen zählen: Psychologie, Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie, Medizin, Pädagogik und Heilpädagogik. Die Fachkräfte müssen mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen vertraut sein.
- Integrative psychologische Diagnostik, Beratung oder Therapie, symptom- und/oder problemzentriert bzw. lösungsorientiert mit individuell und aktuell bedarfsangepassten, variabel kombinierten, zeitlich flexibel eingesetzten diagnostischen, beraterischen, therapeutischen, unterstützenden Verfahren und Methoden in fachübergreifender Zusammenarbeit im Team und wechselseitiger Supervision. Einbeziehung des sozialen Umfelds und Kooperation mit psychosozialen, medizinischen und anderen Fachkräften. Übernahme der im Rahmen der Hilfeplanung zugeteilten Aufgaben.
- Die Inanspruchnahme von Erziehungsberatung ist freiwillig, kostenfrei und vertraulich. Erziehungsberatung ist für Ratsuchende unmittelbar zugänglich und kann von diesen auch direkt und ohne Antragstellung in Anspruch genommen werden. Diese gewollte Niederschwelligkeit unterscheidet die Erziehungsberatung von den anderen Hilfeformen.
- Erziehungsberatung kann allerdings auch im Rahmen eines Hilfeplanverfahrens vom Jugendamt als geeignete Hilfe vermittelt werden.
- Erziehungsberatung orientiert sich an der konkreten Lebenssituation der Rat Suchenden sowie deren Ressourcen und setzt damit ein gewisses Selbsthilfepotential der Familie voraus.

Auftragsgrundlage



<u>Ziele</u>	Ziele der Erziehungsberatung sind - Stärkung bzw. Förderung der elterlichen Erziehungskompetenz und der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit unter Stärkung der Selbsthilferessourcen. - Aufhebung bzw. Reduzierung von Lernschwierigkeiten, Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsdefiziten oder -störungen sowie damit zusammenhängender psychosomatischer Beschwerden eines jungen Menschen - Hilfen bei der Bewältigung von Übergangssituationen und -krisen in Familien - frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten - Sicherung des Kindeswohls
<u>Zielgruppen</u>	Erziehungsberatung ist ein Angebot - für Eltern oder Elternteile, alleinerziehende Mütter oder Väter sowie sonstige Erziehungsberechtigte bzw. verantwortlich an der Erziehung beteiligte Personen und/oder Bezugspersonen mit Umgangsrecht, denen die elterliche Sorge nicht zusteht. - Kinder, Jugendliche und junge Volljährige sowie deren Familien (einschließlich Pflegefamilien) - MultiplikatorInnen in anderen psychosozialen Einrichtungen und Diensten

**1.06.03.01.02****Soziale Gruppenarbeit****Beschreibung**

Soziale Gruppenarbeit ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 29 SGB VIII benannt und soll älteren Kindern und Jugendlichen bei der Überwindung von Entwicklungs- und Verhaltensproblemen helfen. Soziale Gruppenarbeit steht für eine zeitlich befristete oder auch fortlaufende Betreuung von Minderjährigen, die auf der Grundlage eines gruppenpädagogischen Konzepts die Entwicklung älterer Kinder und Jugendlicher durch soziales Lernen in der Gruppe fördert. Soziale Gruppenarbeit kann auch im Rahmen erlebnispädagogischer Projekte erfolgen, die i. d. R. für eine kurze Dauer (mehrtägig bis ein halbes Jahr), laufen. Die Gruppenarbeit kann durch Fahrten und Wochenendseminare ergänzt werden. Angebote begleitender Elternarbeit flankieren die Arbeit mit dem jungen Menschen.

Soziale Gruppenarbeit wird von Fachkräften durchgeführt, die über eine sozialpädagogische Qualifikation verfügen. Die Arbeit wird dokumentiert und ausgewertet.

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- Stärkung der Selbsthilferessourcen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen
- Aufhebung bzw. Reduzierung von Verhaltensproblemen und Entwicklungsschwierigkeiten
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Soziale Gruppenarbeit ist ein Angebot für ältere Kinder (ca. 12-14 Jahre) und Jugendliche, die bereit sind, sich auf das Angebot einzulassen. Die jungen Menschen fallen im Wesentlichen durch ihr Verhalten in Gruppen auf. Die bestehenden Probleme basieren im Wesentlichen auf Mängeln in der individuellen und sozialen Handlungsfähigkeit. Das familiäre Beziehungsnetz ist ausreichend tragfähig um einen Verbleib des jungen Menschen in der Familie zu ermöglichen. Da Kinder und Jugendliche vielfach als Symptomträger fungieren, ist die Mitwirkung von Eltern gewünscht.

**1.06.03.01.03****Erziehungsbeistandschaft****Beschreibung**

Die Erziehungsbeistandschaft ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 30 SGB VIII benannt und soll Kindern und Jugendlichen bei der Bewältigung von Entwicklungsproblemen möglichst unter Einbeziehung des sozialen Umfelds helfen sowie unter Erhaltung des Lebensbezugs der Familie ihre Verselbständigung fördern. Die Hilfe wird durch pädagogische Fachkräfte mit einem abgeschlossenen Studium geleistet. Die Arbeit verläuft zumeist im Kontakt mit den beteiligten Familienmitgliedern, den jungen Menschen bzw. im Kontakt mit den jungen Menschen und seinen Bezugspersonen (z.B. Schule, Arbeitsumfeld). Gruppenarbeitsformen sind ebenfalls denkbar.

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- Stärkung der Selbsthilferessourcen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen und Bezüge des jungen Menschen
- Klärung der bzw. Entwicklung und Stabilisierung einer positiven Beziehung zwischen Eltern/-teilen und jungem Menschen
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- Klärung von schulischen Probleme des jungen Menschen
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls
- Verselbständigung älterer Minderjähriger

Zielgruppen

Die Erziehungsbeistandschaft ist ein Angebot, dass vorrangig auf die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen zwischen 9 und 16 Jahren ausgerichtet ist. Das familiäre Leben dieser jungen Menschen ist durch tiefgreifende Probleme auf der Eltern-Kind-Ebene geprägt, Defizite im Sozialisationsverlauf und/oder soziale Auffälligkeiten, Anpassungsschwierigkeiten bzw. Anzeichen für Verwahrlosung sind erkennbar. Der familiäre Rahmen erscheint ausreichend tragfähig bzw. der junge Mensch ist zu einer eigenständigen Lebensführung fähig. Das soziale Umfeld lässt sich in die Hilfe einbeziehen.

**1.06.03.01.04****Sozialpädagogische Familienhilfe****Beschreibung**

Die Sozialpädagogische Familienhilfe ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 31 SGB VIII benannt und soll durch intensive Betreuung und Begleitung von Familien Eltern in ihren Erziehungsaufgaben, bei der Bewältigung von Alltagsproblemen, der Lösung von Konflikten und Krisen sowie im Kontakt mit Ämtern und Institutionen unterstützen und Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Sozialpädagogische Familienhilfe ist auf die Bearbeitung spezifischer Problemlagen ausgerichtet und bindet die Ressourcen der Familie/ einzelner Familienmitglieder bewusst ein. Die Betreuung und Begleitung der Hilfesuchenden findet überwiegend im privaten Lebensbereich der Familie statt, d. h. zumeist im Kontakt mit den beteiligten Familienmitgliedern, den jungen Menschen bzw. im Kontakt mit den jungen Menschen und seinen Bezugspersonen (Schule, Arbeitsumfeld, etc.). Gruppenarbeitsformen sind ebenfalls denkbar. Sozialpädagogische Familienhilfe erfolgt über beratende Gespräche, modellhaftes Handeln und praktische Hilfe. Aufgabenschwerpunkte ergeben sich etwa für die Bereiche Erziehungs-, Partner und/oder Einzelberatung, Anleitung bei der Haushaltsarbeit, Unterstützung bei der materiellen Lebenssicherung, (Freizeit)Aktivitäten mit Eltern und Kindern. Sozialpädagogische Familienhilfe wird durch Fachkräfte mit einer Berufsqualifikation in sozialen/sozialpädagogischen/sozialarbeiterischen Ausbildungsgängen, die sie für das Handeln in einem/mehreren Arbeitsbereichen der Jugendhilfe befähigt, durchgeführt.

Auftragsgrundlage

**Ziele**

- Sicherung des Kindeswohls
- Erhalt der Familie
- Aufbau der (neuerlichen) Fähigkeit der Familie zur Problemlösung und Alltagsbewältigung
- (Wieder)Herstellung der elterlichen Handlungs- und Erziehungskompetenzen
- Stärkung des Selbsthilfepotentials der Familie
- Lösen von Konflikten und Krisen
- Unterstützung bei der (Neu)Orientierung von Familien in Umbruchsituationen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen und Bezüge der Familie bzw. einzelner Familienmitglieder
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten

Diese Ziele werden i.d.R. durch die Umsetzung von Teilzielen erreicht, wie etwa

- Strukturierung des Alltags
- Aufbau und Stärkung des Selbstvertrauens der Beteiligten
- Aufbau und Stärkung von Problemlösungskompetenzen
- Erlernen notwendiger Grenzsetzung (auf der Erwachsenen-, Geschwister- und/oder Eltern-Kind-Ebene)
- Veränderung des Kommunikations- und Interaktionsverhalten zwischen den Familienmitgliedern sowie im Rahmen der Außenbeziehungen
- Klärung finanzieller Notlagen
- Förderung des Gesundheitsbewusstseins

Zielgruppen

Die Sozialpädagogische Familienhilfe ist vorrangig ein Angebot für

Familien, d.h. Lebensgemeinschaften mit einem Kind oder mehreren Kindern, deren Lebenssituation durch vielfältige familiäre Probleme, weniger durch Verhaltensauffälligkeiten junger Menschen selbst, geprägt ist. Aufgrund der belasteten Situation können Eltern das Wohl ihrer Kinder (Versorgung, Erziehung, Bildung) ohne Unterstützung nicht gewährleisten. Die Hilfeform eignet sich besonders für Familien in akuten Einzelkrisen, beim Tod eines Partners, bei Trennung, besonderen Schwierigkeiten mit Kindern und/oder bei Problemen alleinerziehender Elternteile.

Die familiäre Situation ist häufig durch beengte Wohnverhältnisse, ein problematisches Umfeld, Langzeitarbeitslosigkeit, Verschuldung, etc. zusätzlich belastet. Oftmals empfinden sich Familien ausgegrenzt, leben isoliert.

Junge Menschen zeigen oft verschiedene Auffälligkeiten, beispielsweise Schulverweigerung und Lernproblemen, Entweichungen, aggressives Verhalten, Isolationstendenzen, Delinquenz, Entwicklungsverzögerungen, etc.

**1.06.03.01.05****Erziehung in einer Tagesgruppe****Beschreibung**

Die Erziehung in einer Tagesgruppe ist als eigenständige teilstationäre Hilfeform in § 32 SGB VIII benannt. Die Entwicklung junger Menschen soll mit der Aufnahme in einer Tagesgruppe durch soziales Lernen in der Gruppe, Begleitung der schulischen Förderung und Elternarbeit unterstützt und der Verbleib des jungen Menschen in seiner Familie gesichert werden.

Erziehung in Tagesgruppen wird i.d.R. in alters- und geschlechtsgemischten Gruppen umgesetzt, in einem geschützten Rahmen können auch geschlechtsspezifische Angebote vorgehalten werden. Der Besuch einer Tagesgruppe erfolgt i.d.R. täglich und im Anschluss an den Schulbesuch. Die Tagesgruppenerziehung kann mit einem besonderen Schwerpunkt erfolgen (z.B. heilpädagogische Ausrichtung). Spezielle Freizeitunternehmungen werden ebenso angeboten wie Ferienfahrten. Die Arbeit mit dem jungen Menschen erfolgt in der Gruppe (sozialpädagogische Gruppenarbeit) und im Rahmen von Einzelförderung. Die Gruppengröße umfasst i.d.R. maximal 8 bis 10 Plätze. Der Betreuungsschlüssel liegt i.d.R. zwischen 1:3 und 1:5. Es erfolgt eine intensive Elternarbeit, die zumeist im Rahmen von Hausbesuchen, Elternnachmittagen bzw. Gesprächen mit einzelnen Elternpaaren wahrgenommen wird. Es besteht i.d.R. ein intensiver Austausch mit der vom jungen Menschen besuchten Schule.

Erziehung in einer Tagesgruppe wird durch Fachkräfte mit einer formal abgeschlossenen Berufsqualifikation in sozialen/sozialpädagogischen/sozialarbeiterischen Ausbildungsgängen, die sie für das Handeln in Arbeitsbereichen der Jugendhilfe befähigt, durchgeführt. Fortbildung und Supervision werden als notwendiger und verbindlicher Bestandteil der Arbeit gesehen.

Auftragsgrundlage



- Ziele**
- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
 - Stärkung der Selbsthilferessourcen von Klienten
 - Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen
 - Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen
 - Aufarbeitung bestehender Entwicklungsrückstände
 - Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
 - Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern
 - Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen auf der Elternebene
 - frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
 - Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Erziehung in einer Tagesgruppe ist ein Angebot für Kinder und Jugendliche (meist in schulpflichtigem Alter), die sich in belastenden Lebenssituationen befinden und deren Entwicklung gefährdet ist bzw. dauerhaft Schaden zu nehmen droht. Die jungen Menschen sind in ihrem Umfeld vielfach nicht ausreichend integriert, zeigen Verhaltensauffälligkeiten und haben schulische Probleme. Die Eltern sind bereit, sich in die Maßnahme einbeziehen zu lassen und aktiv mitzuwirken.



1.06.03.01.06

Vollzeitpflege

**Beschreibung**

Die Vollzeitpflege ist als eigenständige Hilfeform in § 33 SGB VIII benannt. Unter Vollzeitpflege wird die Unterbringung, Betreuung und Erziehung eines jungen Menschen über Tag und Nacht außerhalb des Elternhauses, also „in einer anderen Familie“ verstanden. Der Begriff „andere Familie“ ist flexibel zu definieren. Jugendhilfe orientiert sich bei der Auswahl von Pflegepersonen an den Bedürfnissen des jungen Menschen, d.h. der Familienbegriff wird nicht „traditionell“ definiert. Auch unverheiratete Paare, Einzelpersonen oder alternative Haushaltsgemeinschaften können als Pflegestelle Anerkennung finden, sofern die für den Einzelfall notwendige Erziehungsarbeit gewährleistet werden kann. Befinden sich mehr als fünf Kinder in einer Pflegestelle, ist i. d. R. nicht mehr von Vollzeitpflege, sondern der Betreuung in einer Einrichtung auszugehen.

Über die Vollzeitpflege im Sinne des § 33 SGB VIII wird eine, wenn auch im Einzelfall nicht zwingend durchgängige, sozialpädagogische Betreuung angeboten. Das Jugendamt ist jederzeit und regelmäßig über den Erziehungsprozess informiert.

Vollzeitpflege lässt sich, je nach Dauer und Zielsetzung, in drei verschiedene Formen unterteilen:

- Unter *Kurzzeitpflege* sind solche Pflegeverhältnisse zu verstehen, in denen die Versorgung und Erziehung eines jungen Menschen, bei befristetem, maximal zwei Monate dauernden, Ausfall der Herkunftsfamilie, von einer Pflegefamilie übernommen wird. Grund der Aufnahme kann auch eine Krisen- und/oder Notsituation sein, die es erforderlich macht, den jungen Menschen aus seinem gewohnten Umfeld herauszunehmen und ihm für die Dauer der perspektivischen Abklärung Schutz und Versorgung zu sichern.
- Unter *Übergangspflege* sind Pflegeverhältnisse zu verstehen, die für einen unbestimmten, befristeten Zeitraums die Erziehung und Versorgung junger Menschen sicherstellen, deren Herkunftsfamilie hierzu nicht in der Lage ist, jedoch auch im weiteren die Verantwortung für den jungen Menschen wahrnehmen will und könnte. Hier ist die Kooperation zwischen Herkunfts- und Pflegefamilie zum Wohle des jungen Menschen unabdingbar. In der Regel erhält die Herkunftsfamilie zusätzliche Hilfe. Die Ablösung des jungen Menschen aus seinen bisherigen Bezügen heraus ist nicht beabsichtigt.
- Unter *Dauerpflege* sind konstante Pflegeverhältnisse zu verstehen. Eine Rückkehr des jungen Menschen zur Herkunftsfamilie ist, aus unterschiedlichen Gründen heraus, nicht in Betracht zu ziehen. Dem jungen Menschen wird mit dieser Form der Pflege quasi eine „Ersatzfamilie“ angeboten.

Die Grenzen zwischen den benannten Formen sind fließend, orientieren sich insbesondere am Verlauf der Entwicklung in der Herkunftsfamilie bzw. des jungen Menschen.

Pflegestellen werden, vor Aufnahme eines jungen Menschen, seitens des Jugendamtes auf ihre Eignung hin überprüft und während einer laufenden Vollzeitpflege kontinuierlich beraten und begleitet.

Vollzeitpflege wird auch in professionalisierten Formen (z.B. Erziehungsstellen) angeboten. Jungen Menschen wird in diesem Rahmen eine intensive pädagogische und/oder therapeutische Betreuung angeboten. Die Pflegepersonen weisen i.d.R. eine pädagogische Qualifikation auf.



Auftragsgrundlage

Ziele

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- altersgerechte Förderung des jungen Menschen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen
- Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen
- Aufhebung bzw. Reduzierung von Verhaltensproblemen und Entwicklungsschwierigkeiten
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern bzw. generelle Berücksichtigung persönlicher Bindungen des jungen Menschen
- bei beabsichtigter Rückführung, Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen in der Herkunftsfamilie
- im Rahmen der *Dauerpflege*, Integration in die Pflegefamilie sowie die Förderung von Bindungs- und Beziehungsfähigkeit
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Vollzeitpflege ist ein Angebot

für Kinder und Jugendliche, die aus den unterschiedlichsten Gründen heraus, vorübergehend oder auf Dauer, nicht in ihrer Herkunftsfamilie leben können. Der Schwerpunkt der bestehenden Probleme kann sich in ungünstigen familiären Lebensbedingungen ebenso finden wie in familiärem Konfliktniveau und/oder Verhaltensauffälligkeiten des jungen Menschen. Es besteht ein erzieherischer Bedarf, der durch die leiblichen Eltern des jungen Menschen nicht erfüllt wird/werden kann.

AntragstellerInnen sind zur Kooperation mit dem Jugendamt bzw. der Pflegestelle bereit. Sofern eine Rückführung anvisiert ist, wird die elterliche Kooperationsbereitschaft vorausgesetzt.

**1.06.03.01.07****Unterbringung in Heimen / sonstigen betreuten Wohnformen****Beschreibung**

Die Heimerziehung bzw. Erziehung in einer sonstigen betreuten Wohnform ist als eigenständige stationäre Hilfeform in § 34 SGB VIII benannt. Der junge Mensch wird außerhalb der Familie untergebracht. Die Begriffe Heim bzw. sonstige betreute Wohnform stehen für eine Fülle verschiedener Lebensorte (z.B. größere Einrichtungen mit mehreren Gruppen, Kinderdörfer, familienähnliche Lebensformen, Wohngemeinschaften). Dahinter steht jeweils das Angebot einer intensiven, kontinuierlichen und belastbaren Form des Zusammenlebens in sozialpädagogischen Lebensgemeinschaften mit familiären und/oder gruppenpädagogischen Anteilen. Der Anbieter erstellt individuelle und auf den Einzelfall abgestimmte Förderkonzepte. Durch eine Verbindung von Alltagserleben mit pädagogischen und therapeutischen Angeboten sollen Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung gefördert werden. Besondere Unterstützungsangebote (z.B. heilpädagogische Förderung) werden vorgehalten.

Entsprechend dem Alter und Entwicklungsstand des jungen Menschen sowie den Möglichkeiten zur Verbesserungen der Erziehungsbedingungen in der Familie wird entweder im Rahmen professioneller Eltern- und Familienarbeit auf eine Rückführung hingearbeitet oder die Erziehung in einer anderen Familie vorbereitet. Es kann aber ebenso eine auf längere Dauer angelegte Lebensform geboten sowie die Verselbständigung vorbereitet werden.

Erziehung in einem Heim bzw. einer sonstigen betreuten Wohnform wird durch Fachkräfte mit einer formal abgeschlossenen Berufsqualifikation in sozialen / sozialpädagogischen / sozialarbeiterischen Ausbildungsgängen, die sie für das Handeln in Arbeitsbereichen der Jugendhilfe befähigen, durchgeführt. Fortbildung und Supervision werden als notwendiger und verbindlicher Bestandteil der Arbeit gesehen.

Auftragsgrundlage



<u>Ziele</u>	- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit - Vermittlung lebenspraktischer Kompetenzen - Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen - Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen - Schutz und Versorgung - Rückführung des jungen Menschen, alternativ dazu Vorbereitung auf das Zusammenleben mit einer anderen Familie bzw. Angebot eines „Familienersatzes“ - Aufhebung bzw. Reduzierung von Verhaltensproblemen und Entwicklungsschwierigkeiten - Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen - Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern - Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen - Sicherung des Kindeswohls
<u>Zielgruppen</u>	Heimerziehung bzw. Erziehung in einer sonstigen betreuten Wohnform sind Angebote für Kinder und Jugendliche, die aus den unterschiedlichsten Gründen heraus für einen kurzen oder auch längeren Zeitraum nicht in ihrer Familie leben können. Der Schwerpunkt der bestehenden Probleme kann sich in ungünstigen familiären Lebensbedingungen ebenso finden wie in erheblichem familiären Konfliktniveau und/oder Verhaltensauffälligkeiten des jungen Menschen. Eltern sind zur Kooperation mit dem Anbieter bereit. Sofern eine Rückführung anvisiert ist, wird die elterliche Kooperationsbereitschaft vorausgesetzt.

**1.06.03.01.08****Intensive sozialpädagogische Familienhilfe****Beschreibung**

Die Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 35 SGB VIII benannt und als nachhaltige Unterstützung für Jugendliche, die sozial nicht ausreichend integriert sind bzw. die ihr Leben nicht eigenverantwortlich führen können, gedacht. Es handelt sich hierbei um ein sehr offenes Angebot, welches weder an tradierte Formen bzw. Institutionen gebunden ist, in ambulanter Form geleistet oder mit einer Wohnhilfe verbunden werden kann, sich letztlich stark an den Bedürfnissen des Einzelfalls ausrichtet.

Die Hilfe wird durch pädagogische Fachkräfte mit einem abgeschlossenen Studium geleistet.

Auftragsgrundlage**Ziele**

- altersgerechte Förderung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- (Wieder)Eingliederung in die Gesellschaft
- Stärkung der Selbsthilferessourcen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen und Bezüge des jungen Menschen
- Klärung der bzw. Entwicklung und Stabilisierung einer positiven Beziehung zwischen Eltern/-teilen und jungem Menschen, Begleitung beim Ablöseprozess vom Elternhaus
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen, Aufarbeitung negativer oder traumatischer Erfahrungen
- Klärung von schulischen, beruflichen Probleme des jungen Menschen bzw. Vorbereitung auf das Berufsleben
- Verselbständigung älterer Minderjähriger

Zielgruppen

Die Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung ist ein Angebot, dass sich schwerpunktmäßig an

- Jugendliche und
- junge Volljährige

richtet. Diese fallen durch regelwidriges Verhalten in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit und/oder ihrer Familie auf. Vielfach waren die jungen Menschen Gewalt und/oder Missbrauch ausgesetzt, stationär untergebracht, haben Drogen konsumiert, sich schulisch verweigert und/oder stehen ihrer Umwelt oft ablehnend gegenüber. Vor dem Hintergrund bereits gemachter Erfahrungen stehen diese jungen Menschen Hilfeleistungen oft skeptisch gegenüber.

**1.06.03.01.09****Gemeinsame Wohnformen für (werdende) Mütter oder Väter und Kinder****Beschreibung**

„Gemeinsame Wohnformen“ für alleinstehende Schwangere bzw. alleinerziehende Elternteile und Kinder sind als eigenständige Hilfeleistung in § 19 SGB VIII beschrieben. Unter „Wohnformen“ ist eine Vielzahl an betreuten Wohnmodellen zu verstehen, die sich durch die Unterbringungsform und die Betreuungsintensität deutlich unterscheiden können, immer aber dem pädagogischen Setting eines Trägers zugeordnet sind. Diese Anbindung gewährleistet, dass der Elternteil die im Bedarfsfall notwendige Unterstützung zeitnah erhält.

Auftragsgrundlage**Ziele**

Die Hilfe zielt darauf ab, (werdende) Mütter und Väter, die tatsächlich allein für ein Kind bzw. mehrere Kinder, von denen zu Leistungsbeginn mindestens eins unter sechs Jahren alt ist, sorgen und ihrer elterlichen Verantwortung, also der Pflege, d.h. körperlichen und gesundheitlichen Versorgung sowie Ernährung, ebenso wie der Erziehung aufgrund ihrer eigenen Persönlichkeitsentwicklung ohne ergänzende pädagogische Hilfen noch nicht gerecht werden können, in die Lage zu versetzen, ihre Elternrolle autonom wahrnehmen und ihr Leben mit dem Kind selbständig führen zu können. Die (bevorstehende) Geburt eines Kindes ist häufig mit erheblichen persönlichen, familiären, sozialen, emotionalen bzw. finanziellen Problemen verbunden, die zu einer den alleinerziehenden Elternteil überfordernden Situation führen können. Elternteile werden im Rahmen der Hilfe unterstützt, eine schulische/berufliche Ausbildung zu beginnen und/oder fortzuführen. Der Antritt einer Bildungsmaßnahme bzw. Berufstätigkeit führt nicht zwangsläufig zur Einstellung der Hilfefewährung.

Zielgruppen

Die Hilfe beinhaltet die Sicherstellung notwendiger Unterhalts- und Krankenhilfeleistungen.

Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder sind ein Angebot

- für Schwangere und Mütter bzw.
- Väter,

die für ein Kind unter 6 Jahren allein Sorge zu tragen haben (werden) oder tatsächlich allein sorgen und gleichzeitig aufgrund ihrer Persönlichkeitsentwicklung dieser Form der Unterstützung bei der Pflege und Erziehung ihrer Kinder bedürfen.

□ Kinder unter 6 Jahren, deren alleinerziehender Elternteil aufgrund eigener Persönlichkeitsentwicklungsbedarfe die zu einer gesunden körperlichen, seelischen und geistigen Kindesentwicklung erforderliche Elternverantwortung nicht tragen kann.

Geschwisterkinder, die über 6 Jahre alt sind, werden i.d.R. in die Hilfe miteinbezogen.



**1.06.03.01.10****Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche****Beschreibung**

Die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche ist als eigenständige Hilfeform in § 35a SGB VIII benannt. Mit der Hilfe soll einer drohenden seelischen Behinderung begegnet bzw. eine vorhandene seelische Behinderung beseitigt oder gemildert werden. Zudem soll eine drohende Ausgrenzung aus der Gesellschaft verhindert bzw. die Eingliederung in die Gesellschaft ermöglicht werden. Leistungen der Eingliederungshilfe stehen an der Schnittstelle verschiedener Hilfesysteme, z.B. Gesundheitswesen, Schule, Sozialhilfe. Bei der Feststellung des Unterstützungsbedarfs und im Verlauf der Hilfestellung ist ein interdisziplinäres Zusammenwirken unverzichtbar. Bei der Umsetzung der Maßnahme bedarf es eines ganzheitlichen Hilfeansatzes. Das offene Leistungsspektrum der Eingliederungshilfe ermöglicht eine hohe Flexibilität bei der individuellen Ausgestaltung des Angebotes. Hilfen können in ambulanter, teilstationärer und stationärer Form geleistet werden.

Je nach individuellem Bedarf ergeben sich Kombinationen zwischen verschiedenen Maßnahmen, etwa Angeboten nach § 35a und §§ 28 bis 35, ebenso wie zwischen verschiedenen Trägern, z.B. dem Gesundheitswesen und der Jugendhilfe.

Auftragsgrundlage**Ziele**

Ziel der Eingliederungshilfe ist von seelischer Behinderung bedrohten bzw. seelisch behinderten jungen Menschen die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen bzw. zu verbessern.

Zielgruppen

Die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche ist ein Angebot zur Unterstützung von

- Kindern und Jugendlichen
- in besonderen Fällen auch jungen Volljährigen,

deren seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit mehr als sechs Monate von ihrem alterstypischen Zustand abweicht und deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben insofern beeinträchtigt ist bzw. mit hoher Wahrscheinlichkeit beeinträchtigt sein wird.

**1.06.03.01.11****Flexible erzieherische Hilfe****Beschreibung**

Flexible erzieherische Hilfen sind § 27 Abs 2 SGB VIII zuzuordnen. Die damit verbundenen Maßnahmen umfassen alle Hilfen zur Erziehung, die explizit nicht über die §§ 19, 28 bis 35 sowie 35a SGB VIII zu definieren sind.

Flexible erzieherische Hilfen sind auf den konkreten Einzelfall passgenau zugeschnitten. Die Form und Inhalte der jeweiligen Maßnahmen können stark variieren und sind in jedem Fall nicht dem im SGB VIII benannten Standardkatalog erzieherischer Hilfen zuzuordnen.

Flexible erzieherische Hilfen umfassen etwa Maßnahmen, in denen mehrere etablierte Hilfen zur Erziehung nebeneinander gewährt werden bzw. in denen verschiedene Hilfearten ineinander übergehen. Darüber hinaus bietet die Flexibilität der Hilfe Möglichkeiten, neue, individuelle Hilfen, wie sie vielfach aufgrund eines besonderen erzieherischen Bedarfes erforderlich sind, zu entwickeln.

Die Hilfe kann sowohl durch Fachkräfte mit abgeschlossener erzieherischer oder (sozial)pädagogischer Ausbildung als auch geeignete, nicht ausdrücklich sozialpädagogisch ausgebildete, Personen geleistet werden.

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- Stärkung der Selbsthilferessourcen von Klienten
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen
- Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen
- Aufarbeitung bestehender Entwicklungsrückstände
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern
- Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen auf der Elternebene
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls



Zielgruppen

Flexible erzieherisch Hilfe ist ein Angebot zur Unterstützung von

- Eltern oder Elternteilen, Schwangeren, alleinerziehenden Müttern oder Vätern sowie sonstigen Erziehungsberechtigten bzw. verantwortlich an der Erziehung beteiligten Personen und/oder Bezugspersonen mit Umgangsrecht, denen die elterliche Sorge nicht zusteht
- Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen sowie deren Familien (einschließlich Pflegefamilien)

**1.06.03.02****Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen****Beschreibung**

In Eil- und Notfällen leitet das Jugendamt zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vorläufige Maßnahmen ein. Im Rahmen der Krisenintervention werden diagnostische wie prognostische Aufgaben seitens des Jugendamtes wahrgenommen.

Fällt der überwiegend betreuende Elternteil aufgrund gesundheitlicher bzw. anderer zwingender Gründe aus und tritt deshalb eine Notsituation bzgl. der Betreuung und Versorgung eines Kindes unter 14 Jahren auf, soll familienbegleitende Unterstützung gewährt werden. Voraussetzung ist, dass das Kindeswohl im familialen Umfeld gesichert ist. Es handelt sich hierbei um eine die elterliche Erziehungsverantwortung unterstützende, nicht ersetzende Leistung der Jugendhilfe.

Im Falle des Bekanntwerdens einer Gefährdungssituation ist im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte abzuwägen, wie ein wirksamer Schutz des Kindes sicherzustellen ist. Personensorgeberechtigte sollen soweit wie möglich einbezogen werden. ist das Familiengericht anzurufen.

Mit Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach dem SGB VIII erbringen, sind Vereinbarungen zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung zu schließen.

Die Verpflichtung zur Inobhutnahme besteht, wenn das körperliche, geistige oder seelische Wohl des Minderjährigen akut gefährdet ist und die Eltern nicht gewillt bzw. in der Lage sind, die Gefahr abzuwenden. Es liegt eine Gefährdungssituation vor, deren Abwendung keinen Aufschub duldet. Bei der Inobhutnahme handelt es sich um eine hoheitliche Aufgabe. Das Jugendamt nimmt hier das verfassungsrechtlich verankerte Wächteramt wahr, um das Kindeswohl zu sichern.

Minderjährige, die sich in einer akuten Notlage sehen („Selbstmelder“), sind in Obhut zu nehmen. Gleiches gilt für unbegleitete minderjährige Migranten.

Auftragsgrundlage

§§ 8a, 20 und 42 SGB VIII



Ziele

- Umsetzung des staatlichen Wächteramtes zum Schutz von Kindern und Jugendlichen
- Sicherstellung des Kindeswohls, insbesondere der Betreuung, Versorgung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen
- Erhalt des familiären Lebensraumes und Vermeidung von Fremdunterbringungen
- Vermeidung oder Verhinderung von Kindeswohlgefährdung durch Unterstützung von bzw. erfolgreicher Kooperation mit Fachleuten aus anderen Tätigkeitsfeldern (Auf- und Ausbau flächendeckender, funktionierender Netzwerkarbeit)
- Koordination zur Sicherstellung der notwendigen Fachberatung zur Abschätzung eines Gefährdungsrisikos
- Abschluss von Vereinbarungen mit Trägern von Leistungen nach dem SGB VIII zur Sicherstellung des Schutzauftrages gem. § 8a SGB VIII
- Abbau von Hemmschwellen gegenüber der Institution Jugendamt (Öffentlichkeitsarbeit)
- verlässliche Kooperation zwischen Jugendhilfe und Polizei
- Ausbau und Qualifizierung von Bereitschaftspflegestellen
- Vorhalten zielgruppenspezifischer und geschlechtsspezifischer Angebote
- (Wieder)Herstellung positiver Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche bzw. zeitnahe Einleitung adäquater Hilfen
- Rückführung von Kindern und Jugendlichen, sofern das Kindeswohl sichergestellt ist

Zielgruppen

Kinder, Jugendliche, Eltern, Träger von Leistungen nach dem SGB VIII

**1.06.03.03****Beratungsangebote****Beschreibung**

Kinder, Jugendliche, Erziehungsberechtigte und sonstige Bezugspersonen erhalten bei der Klärung und Bewältigung individueller, familiärer und sozialer Probleme konkrete Unterstützung in Form von Beratungsangeboten. Beratung ist ein präventives Angebot zur Stärkung der Erziehungskompetenz, zur Förderung der Persönlichkeitsentwicklung und Autonomie. Bei weitergehendem Bedarf kann in Anschlusshilfen vermittelt werden.

Beratung wird zudem für spezifische Bereiche vorgehalten und in diesem Zusammenhang auf bestimmte Zielgruppen ausgerichtet. Hierunter fallen beispielsweise Adoptionsbewerber, Pflegepersonen, Vormünder, Alleinerziehende, Väter (nichtehelicher) Kinder, Herkunftseltern.

Es besteht ein Rechtsanspruch auf Beratungsangebote. Beratung ist niederschwellig zu erreichen und wird kostenfrei vorgehalten.

Beratungsangebote richten sich auch an Fachkräfte, die mit und für Familien, Kinder und Jugendliche tätig sind. SGB VIII, insbesondere §§ 8, 17, 18, 23, 25, 28, 36, 37, 51, 52a, 53

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Verhinderung von Krisen bzw. Unterstützung bei der Krisenbewältigung
- Förderung von Partnerschaften und Familien
- Befähigung von getrennt lebenden/geschiedenen Eltern zur Ausübung der gemeinsamen elterlichen Sorge bzw. einvernehmlichen Regelung des Umgangs
- Vermeidung kostenintensiver erzieherischer Hilfen
- Ratsuchende sollen ihre eigenen Ressourcen besser wahrnehmen, umsetzen und weiterentwickeln lernen
- (Wieder)Herstellung der Fähigkeit Ratsuchender zur selbständigen Lösung von Konflikten
- Sicherstellen niederschwellig erreichbarer und kostenfreier Unterstützung
- Verbesserung der Fach- und Handlungskompetenzen von Fachkräften
- Ausbau bedürfnisorientierter, passgenauer Beratungsangebote
 - o Enge Vernetzung und Abstimmung aller im Sinne des SGB VIII tätigen beratenden Stellen
- Erfüllung des Rechtsanspruches auf Beratung (in spezifischen Lebenslagen)

Zielgruppen

Kinder und Jugendliche, junge Volljährige, Erziehungsberechtigte, sonstige Bezugspersonen, Fachkräfte, die mit und für junge Menschen und Familien tätig sind



**1.06.03.04****Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren****Beschreibung**

Das Jugendamt wirkt in allen Verfahren vor dem Vormundschafts- und dem Familiengericht mit, die die Personensorge von Kindern und Jugendlichen betreffen. Des weiteren werden alle gerichtlichen Maßnahmen, die im Interesse des Kindeswohls vorgesehen bzw. getroffen werden können, unterstützt.

Im Rahmen der Annahme als Kind (Adoption) hat das Jugendamt auch die Belehrungspflicht bezogen auf einen Teil der Gründe, die zu einer Ersetzung der Einwilligung in die Adoption führen können.

Jugendliche und Heranwachsende bis zum 21. Lebensjahr, die wegen einer Straftat angeklagt werden, werden während des gesamten jugendstrafrechtlichen Verfahrens begleitet. Es ist frühzeitig zu prüfen, ob ein erzieherischer Handlungsbedarf besteht und damit die Inanspruchnahme von Jugendhilfeleistungen in Betracht zu ziehen ist.

Die Jugendgerichtshilfe bringt erzieherische und soziale Aspekte in das Verfahren ein. Benachteiligungen junger Menschen sollen verhindert bzw. abgebaut werden. Angeordnete Weisungen und Auflagen werden ggfl. eingeleitet bzw. begleitet.

Das Jugendamt wird als Träger eigener, sich aus dem SGB VIII ergebender Aufgaben tätig und hat dabei eine eigenständige Position gegenüber dem Gericht. Das Jugendamt übernimmt die soziale, nicht aber juristische Anwaltschaft zugunsten junger Menschen und ihrer Familien.

Auftragsgrundlage

§§ 8a, 18(3), 50 bis 52 SGB VIII; Bürgerliches Gesetzbuch (BGB); §§ 49 und 49a Gesetz über die Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG); Jugendgerichtsgesetz (JGG)

Ziele

- Schutz, Förderung und Unterstützung von jungen Menschen und Familien
- Förderung der Handlungskompetenz von Eltern, Kindern und Jugendlichen
- Steigerung einvernehmlicher von Sorge- und Umgangsregelungen
- fachliche Beratung und sachverständige Unterstützung des Familien-, Vormundschafts- bzw. Jugendgerichtes
- Auf- und Ausbau verlässlicher Kooperationen von Jugendhilfe und Justiz im Interesse gefährdeter und straffällig gewordener junger Menschen
- Ausbau und Optimierung präventiver, verfahrensbegleitender und nachgehender Leistungen unter Einbindung geeigneter Netzwerkpartner
- Ausbau wirksamer Leistungen der Jugendhilfe als Alternative zu strafrechtlichen Vergeltungsmaßnahmen / Steigerung der Diversion



Zielgruppen

Kinder und Jugendliche, junge Volljährige bis 21 Jahren, Personensorgeberechtigte

**1.06.03.05****Unterhaltsvorschussleistungen, Amtspflegschaft und -vormundschaft****Beschreibung**

Sofern Eltern zur Ausübung der elterlichen Sorge nicht in der Lage sind bzw. kein geeigneter Einzelvormund vorhanden ist, wird dem Jugendamt durch Beschluss des Vormundschaftsgerichtes die Ausübung der elterlichen Sorge bzw. Teilbereichen der Sorge übertragen. Das Vormundschaftswesen dient dem Schutz und der Förderung minderjähriger Kinder und Jugendlicher sowie der Wahrnehmung ihrer Rechte. Die gesetzliche Vertretung bzw. von Teilbereichen der gesetzlichen Vertretung wird vom Jugendamt übernommen und geführt. Dabei sind rechtliche und erzieherische Defizite im Verhältnis zwischen Kind und Eltern auszugleichen.

Auf Antrag eines sorgeberechtigten Elternteils wird das Jugendamt für einen bestimmten Wirkungskreis zum Beistand. Die Beistandschaft stellt eine konkrete Hilfe für die Geltendmachung bzw. die Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen dar. Der Beistand vertritt das Kind im Vaterschaftsfeststellungsverfahren. Die elterliche Sorge wird durch eine Beistandschaft nicht eingeschränkt. Der Beistand ist jedoch alleiniger Prozessvertreter für die beantragten Aufgabenbereiche.

Zur wirtschaftlichen Absicherung von Kindern, denen von einer unterhaltspflichtigen Person wegen mangelnder Zahlungsbereitschaft bzw. -fähigkeit kein Unterhalt zukommt, werden Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz gewährt.

Auftragsgrundlage

§§ 52a bis 60, 68, 87c, 87e SGB VIII; 1705 bis 1711 BGB



<u>Ziele</u>	- Der Schutz und die Förderung minderjähriger Kinder und Jugendlicher und die Wahrnehmung ihrer Rechte werden sichergestellt. - Die rechtliche Vertretung für Kinder und Jugendliche wird fach- und bedarfsgerecht wahrgenommen. - Rechtliche und erzieherische Defizite im Verhältnis zwischen Kind und Eltern werden ausgefüllt. - Unterstützung der wirtschaftlichen Absicherung von Kindern und Jugendlichen - Gerichtliche Verfahren werden durch Beurkundung und Beglaubigung von Willensbekundungen, etwa im Rahmen der Vaterschaftsfeststellung, vermieden. - Gewährleistung einer langfristigen und stetigen Beziehung zwischen gesetzlichem Vertreter und Mündel (keine anonyme Fallführung) - interne Übertragung (von Teilen) des Aufgabenbereiches auf Personen mit besonderen finanzwirtschaftlichen bzw. steuerrechtlichen Fachkenntnissen und damit Verbesserung der Einkommensüberprüfung Unterhaltsverpflichteter - Anwerben, Unterweisen und Begleiten geeigneter Personen, die als Beistand, Pfleger oder Vormund tätig werden wollen bzw. tätig sind - Stärkung der Erziehungsfähigkeit von Eltern, für deren Kinder eine Pflegschaft bzw. Vormundschaft besteht - Erweiterung des gesellschaftlichen Bewusstseins bzgl. der Wichtigkeit von Unterhaltsleistungen
<u>Zielgruppen</u>	Kinder und Jugendliche, in besonderen Fällen auch junge Volljährige; Personensorgeberechtigte und/oder Unterhaltspflichtige in spezifischen Lebenslagen; Alleinerziehende, denen die alleinige elterliche Sorge für den Bereich zusteht, für den eine Beistandschaft erforderlich ist

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-86.600	-86.600	-86.600	-88.000
3	+ Sonstige Transfererträge			-1.236.500	-1.266.500	-1.296.500	-1.326.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-4.000	-4.000	-4.000	-4.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-1.932.200	-1.932.800	-1.933.400	-1.934.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-3.000	-3.000	-3.000	-3.000
10	= Ordentliche Erträge			-3.262.300	-3.292.900	-3.323.500	-3.355.500
11	- Personalaufwendungen			3.635.967	3.668.860	3.701.900	3.735.631
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			652.710	662.710	672.710	682.710
14	- Bilanzielle Abschreibungen			25.626	26.678	27.729	28.784
15	- Transferaufwendungen			20.481.100	19.691.100	18.951.100	18.161.100
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			212.095	202.744	197.308	199.803
17	= Ordentliche Aufwendungen			25.007.499	24.252.092	23.550.748	22.808.027
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			21.745.199	20.959.192	20.227.248	19.452.527
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			21.745.199	20.959.192	20.227.248	19.452.527
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			21.745.199	20.959.192	20.227.248	19.452.527
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-103.446	-108.005	-104.901	-101.817



Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			298.720	311.963	301.181	290.455
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			21.940.473	21.163.151	20.423.527	19.641.165

Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet die (TP 1.06.03.01.01, Kostenart 414300) Zuweisung des LVR zur Psychologischen Beratungsstelle (fachkraftbezogene Pauschale).

Unter der Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* werden zu einem großen Teil Kostenbeiträge zu Hilfen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen (Kostenart 421100 u. 422100) vereinnahmt. Darüber hinaus handelt es sich hierbei um Erstattungen der Unterhaltspflichtigen (Kostenart 421200) sowie um Erstattungen aus Vorjahren (Kostenart 429800) durch die Beendigung von Hilfefällen.

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* erfolgt die Verbuchung der Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Adoptionsvermittlungsverfahren. Bei der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung /-umlage* werden überwiegend Kostenerstattungen durch andere öffentliche Träger der Jugendhilfe dargestellt (Kostenart 442300). Hinzu kommen die Erstattungen vom Land (Kostenart 442200). Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* dient der Vereinnahmung von Geldbußen (Kostenart 452100) nach dem Jugendgerichtsgesetz.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- / Dienstleistungen* werden überwiegend Erstattungen gegenüber anderen Trägern öffentlicher Jugendhilfe abgebildet. Die Durchführung therapeutischer Maßnahmen (Psychologische Beratungsstelle) wird ebenfalls an dieser Stelle verausgabt. Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet die folgenden Positionen (nach Kostenvolumen sortiert):

- Kosten der Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen
(TP 1.06.03.01.02 bis TP 1.06.03.01.05; TP 1.06.03.01.07; TP 1.06.03.01.11; PSP 1.06.03.02; Kostenart 533410, 533430, 533510)
- Kosten der Vollzeitpflege (TP 1.06.03.01.06, Kostenart 533400)
- Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes (PSP 1.06.03.05, Kostenart 533910)



- Zuschuss zu den Personal- und Sachkostenkosten der Erziehungsberatungsstellen (TP 1.06.03.01.01, PSP 1.06.03.03, Kostenart 531900)
- Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (TP 1.06.03.01.10, Kostenarten 533430 u. 533510)
- Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (TP 1.06.03.01.08, Kostenart 533900)
- Kosten der Inobhutnahme (PSP 1.06.03.02, Kostenart 533510)
- Gemeinsame Unterbringung von Müttern oder Vätern mit Kindern (TP 1.06.03.01.09, Kostenart 533510)
- Abführung des Landesanteils an den Erstattungsleistungen der Unterhaltspflichtigen (46,67%) (PSP 1.06.03.05, Kostenart 539320)
- Betreuung und Versorgung von Kindern in Notsituationen (PSP 1.06.03.02, Kostenart 533490)
- Kosten sozialpädagogischer Lern- und Entwicklungsmaßnahmen (PSP 1.06.03.04, Kostenart 533490)
- Geschäftskostenzuschuss für den Verein „nina und nico“ (PSP 1.06.03.03, Kostenart 531900)

Unter den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* wird sowohl der Mitgliedsbeitrag (Kostenart 544300) zur Landesarbeitsgemeinschaft als auch die vermischten Ausgaben der Psychologischen Beratungsstelle geplant. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-86.600		-86.600	-86.600	-88.000
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen			-1.236.500		-1.266.500	-1.296.500	-1.326.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-4.000		-4.000	-4.000	-4.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-1.932.200		-1.932.800	-1.933.400	-1.934.000
7	+ Sonstige Einzahlungen			-3.000		-3.000	-3.000	-3.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-3.262.300		-3.292.900	-3.323.500	-3.355.500
10	- Personalauszahlungen			2.469.483		2.494.057	2.518.876	2.543.940
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			652.710		662.710	672.710	682.710
14	- Transferauszahlungen			20.481.100		19.691.100	18.951.100	18.161.100
15	- sonstige Auszahlungen			24.468		24.468	24.468	24.468
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			23.627.761		22.872.335	22.167.154	21.412.218
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			20.365.461		19.579.435	18.843.654	18.056.718



Beschreibung

- Bearbeitung von Anträgen auf Elterngeld
- Beratung in Elternzeit- und Elterngeldangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG)

Ziele

Rechtsfehlerfreie Bearbeitung des Elterngeldantrages innerhalb von 21 Kalendertagen nach Eingang

Zielgruppen

Im Oberbergischen Kreis lebende (werdende) Eltern

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.06.04 Leistungen nach dem BundeselterngeldG**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-74.300	-74.300	-74.300	-74.300
10	= Ordentliche Erträge			-74.300	-74.300	-74.300	-74.300
11	- Personalaufwendungen			94.537	95.337	96.135	96.958
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			16.300	16.300	16.300	16.300
17	= Ordentliche Aufwendungen			110.837	111.637	112.435	113.258
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			36.537	37.337	38.135	38.958
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			36.537	37.337	38.135	38.958
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			36.537	37.337	38.135	38.958
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			24.957	25.083	24.397	24.629
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			61.494	62.420	62.532	63.587

Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Personal- und Sachkostenerstattung des Landes (Kostenart 443906 u. 443907) für die vom Oberbergischen Kreis bereitgestellte Leistung.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.



Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* erfasst alle Sachausgaben (Kostenart 543900) der Produktgruppe Elterngeld. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.06.04 Leistungen nach dem BundeselterngeldG**

Teilfinanzplan			Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-74.300		-74.300	-74.300	-74.300
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-74.300		-74.300	-74.300	-74.300
10	-	Personalauszahlungen			57.025		57.596	58.171	58.753
15	-	sonstige Auszahlungen			16.300		16.300	16.300	16.300
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			73.325		73.896	74.471	75.053
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			-975		-404	171	753

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.07 Gesundheitsdienste

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-65.250	-65.750	-66.250	-66.750
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-230.000	-230.000	-230.000	-230.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-8.000	-8.000	-8.000	-8.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-152.500	-155.000	-157.000	-159.500
10	= Ordentliche Erträge			-455.750	-458.750	-461.250	-464.250
11	- Personalaufwendungen			2.625.003	2.606.241	2.630.637	2.655.445
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			396.000	400.450	405.700	410.950
14	- Bilanzielle Abschreibungen			14.667	15.628	16.214	16.803
15	- Transferaufwendungen			1.101.755	1.114.755	1.124.755	1.134.755
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			120.360	121.757	120.998	122.784
17	= Ordentliche Aufwendungen			4.257.784	4.258.831	4.298.305	4.340.736
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			3.802.034	3.800.081	3.837.055	3.876.486
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			3.802.034	3.800.081	3.837.055	3.876.486
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			3.802.034	3.800.081	3.837.055	3.876.486
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			475.580	476.424	477.251	478.116
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			4.277.614	4.276.505	4.314.305	4.354.603

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.07 Gesundheitsdienste

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-65.250		-65.750	-66.250	-66.750
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-230.000		-230.000	-230.000	-230.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-8.000		-8.000	-8.000	-8.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-152.500		-155.000	-157.000	-159.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-455.750		-458.750	-461.250	-464.250
10	- Personalauszahlungen			1.887.348		1.862.792	1.881.421	1.900.233
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			396.000		400.450	405.700	410.950
14	- Transferauszahlungen			1.101.755		1.114.755	1.124.755	1.134.755
15	- sonstige Auszahlungen			12.314		12.314	12.314	12.314
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			3.397.417		3.390.311	3.424.190	3.458.252
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			2.941.667		2.931.561	2.962.940	2.994.002
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			6.000				
30	= investive Auszahlungen			6.000				
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)			6.000				



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.07.01.01 Koordination, Planung und Berichterstattung im Gesundheitsbereich

1.07.01.02 Ärztliche/zahnärztliche Prävention und Gesundheitsförderung: Schwerpunkt Kinder und Jugendliche

1.07.01.02.01 Ambulante Sprachheilfürsorge

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.07.01.01****Koordination, Planung und Berichterstattung im Gesundheitsbereich****Beschreibung**

Beratung gemeinsam interessierender Fragen der gesundheitlichen Versorgung auf kommunaler Ebene und Koordinierung von Maßnahmen zur Gewährleistung einer abgestimmten und bedarfsgerechten Weiterentwicklung der psychosozialen und gesundheitlichen Versorgung.

1. Bereitstellung von Informationen über die gesundheitliche Situation der Bevölkerung, über Gesundheitsrisiken und Versorgung mit Gesundheitsleistungen
2. Koordination der kommunalen Gesundheitsberichterstattungen, Erstellung von Gesundheitsberichten
3. Einrichtung der themenspezifischen Arbeitsgruppen
4. Festlegung von Schwerpunktthemen
5. Analyse regional wichtiger Einzelfragen der gesundheitlichen Versorgung und Erarbeitung und Umsetzung von Handlungsempfehlungen
6. Geschäftsführung der Gesundheitskonferenz und ihrer Arbeitsgruppen

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Beschluss Kommunale Gesundheitskonferenz

Ziele

- Abstimmung und Zusammenarbeit aller an der Gesundheitsversorgung Beteiligten zur Schaffung gesunder Lebensverhältnisse
- Verringerung von Gesundheitsrisiken und Unterstützung bei der Bewältigung von Krankheit und Behinderung
- Erhöhung der Transparenz der Leistungsangebote
- Entwicklung bürgernaher, bedarfsgerechter Angebotsstrukturen
- Schließung von Versorgungslücken und Vermeidung überflüssiger Dienstleistungen

Zielgruppen

Einrichtungen der psychosozialen und psychiatrischen Versorgung (Angebotsträger), Leistungsträger, andere Behörden.

**1.07.01.02****Ärztliche / zahnärztliche Prävention und Gesundheitsförderung:
Schwerpunkt Kinder und Jugendliche****Beschreibung**

Beratung der Sorgeberechtigten sowie Erzieher/innen und Lehrer/innen von Kindergarten- und Schulkindern.
Untersuchung der Kinder sowie Durchführung von Prophylaxemaßnahmen.

1. Hilfen für Kinder und Jugendliche (z.B. Frühförderung behinderter Kinder)
2. Untersuchung von Kindergartenkindern
3. betriebsmedizinische Aufgaben in Kindergärten und Schulen
4. Einschulungsuntersuchungen einschließlich Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs
5. Schulentlassuntersuchungen
6. Durchführung von Veranstaltungen (z.B. Ernährungsberatung)
7. Bereitstellung von Informationsmaterial
8. Reihenuntersuchungen in Kindergärten und Schulen zur Erkennung von Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten
9. Durchführung von Prophylaxemaßnahmen zur Vorbeugung gegen Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Gesetz für Tageseinrichtungen für Kinder, Schulverwaltungsgesetz, Allgemeine Schulordnung, Vereinbarung mit den Krankenkassen zur Förderung der Gruppenprophylaxe im Oberbergischen Kreis

Ziele

Förderung einer gesunden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen

- Erkennung von Defiziten und Einleitung von Fördermaßnahmen
- Steigerung der Vorsorgeuntersuchungen
- Flächendeckende betriebsmedizinische Tätigkeit
- Flächendeckende zahnärztliche Betreuung der Einrichtungen einmal jährlich

Zielgruppen

Kinder und Jugendliche, Sorgeberechtigte, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrer und Lehrerinnen, Behörden und Einrichtungen

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste**1.07.01 Gesundheitsförderung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-152.500	-155.000	-157.000	-159.500
10	= Ordentliche Erträge			-152.500	-155.000	-157.000	-159.500
11	- Personalaufwendungen			928.855	894.358	902.926	911.619
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			47.600	48.350	49.100	49.850
14	- Bilanzielle Abschreibungen			14.667	15.628	16.214	16.803
15	- Transferaufwendungen			634.000	644.000	652.000	660.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			43.648	44.155	43.879	44.527
17	= Ordentliche Aufwendungen			1.668.770	1.646.491	1.664.120	1.682.799
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			1.516.270	1.491.491	1.507.120	1.523.299
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			1.516.270	1.491.491	1.507.120	1.523.299
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			1.516.270	1.491.491	1.507.120	1.523.299
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-312.137	-313.049	-313.949	-314.875
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			475.580	476.424	477.251	478.116
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			1.679.712	1.654.867	1.670.422	1.686.540



Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Kostenerstattung durch Krankenkassen (Kostenart 442500) für Gruppenprophylaxe.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zudem sind hier Honorarkosten (Kostenart 501950, nur 2009) für die Bereiche Einschulungsuntersuchung und Ernährungsberatung veranschlagt.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* sind Kosten für die Unterhaltung (Kostenart 523600) und Neuanschaffung von ärztlichen Instrumenten, Sachkosten und Prophylaxematerial sowie Zahnarzthonorare für die Gruppenprophylaxe zusammengefasst. Darüber hinaus beinhaltet diese Summe Kosten der Gesundheitsförderung/Prävention (Kostenart 524900).

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* erfasst den Kostenzuschuss an den Verein Lebenshilfe zur Frühförderung behinderter Kinder und den Zuschuss an den Verein zur Förderung und Betreuung behinderter Kinder (Kostenart 531900). Außerdem werden hier die Kosten der ambulanten Sprachheilfürsorge (Kostenart 533900, TP 1.07.01.02.01) veranschlagt.

Über die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Kosten für Online-Verträge über die Nutzung medizinischer Datenbanken abgebildet (Kostenart 542900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste**1.07.01 Gesundheitsförderung**

Teilfinanzplan			Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-152.500		-155.000	-157.000	-159.500
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-152.500		-155.000	-157.000	-159.500
10	-	Personalauszahlungen			698.033		661.584	668.199	674.881
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			47.600		48.350	49.100	49.850
14	-	Transferauszahlungen			634.000		644.000	652.000	660.000
15	-	sonstige Auszahlungen			10.500		10.500	10.500	10.500
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			1.390.133		1.364.434	1.379.799	1.395.231
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			1.237.633		1.209.434	1.222.799	1.235.731
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			6.000				
30	=	investive Auszahlungen			6.000				
31	=	Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)			6.000				

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste**1.07.01 Gesundheitsförderung**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen			6.000						6.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			6.000						6.000



<u>Beschreibung</u>	Erstellung von medizinischen Gutachten, psychiatrischen Gutachten, ärztlichen Stellungnahmen, Gesundheitszeugnissen im Auftrag von Behörden, Arbeitgebern. - Gutachten nach beamten- oder beihilferechtlichen Vorschriften - Gutachten nach dem TVöD - Gutachter nach dem SGB XII (Sozialhilfe) - Begutachtungen nach Fahrerlaubnisverordnung - Begutachtungen von Ausländern und Asylbewerbern - Begutachtungen für Gerichte - Unbedenklichkeitsbescheinigungen
<u>Auftragsgrundlage</u>	Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Beamten-gesetze und Verordnungen, Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO), Fahrerlaubnisverordnung, Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Sozialgesetzbuch (SGB), Strafgesetzbuch (StGB) Verordnung über das Leichenwesen, u.a.
<u>Ziele</u>	- Erstellung transparenter, objektiver und nachvollziehbarer Entscheidungsgrundlagen mit dem Ziel, eine rechtmäßige Anwendung der gesetzlichen Vorschriften durch die beteiligten Stellen zu ermöglichen - Hohe Fach- und Beratungskompetenz
<u>Zielgruppen</u>	Behörden, Institutionen, Bevölkerung des Kreisgebietes, Beamte und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste**1.07.02 Gutachten und Stellungnahmen**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-165.750	-165.750	-165.750	-165.750
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-8.000	-8.000	-8.000	-8.000
10	= Ordentliche Erträge			-173.750	-173.750	-173.750	-173.750
11	- Personalaufwendungen			419.630	423.648	427.695	431.802
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			13.500	13.700	13.700	13.700
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			20.427	20.670	20.538	20.848
17	= Ordentliche Aufwendungen			453.557	458.018	461.933	466.350
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			279.807	284.268	288.183	292.600
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			279.807	284.268	288.183	292.600
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			279.807	284.268	288.183	292.600
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			85.129	85.377	85.623	85.875
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			364.935	369.645	373.806	378.476

Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* erfasst die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für das Gesundheitsamt des Oberbergischen Kreises. Über die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* werden Einnahmen aus Nebentätigkeit (Kostenart 441903) abgewickelt.



In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden Kosten für die Unterhaltung (Kostenart 523600) und Neuanschaffung von ärztlichen Instrumenten sowie Wäsche- und Laborkosten (Kostenart 529100) abgebildet.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste**1.07.02 Gutachten und Stellungnahmen**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-165.750		-165.750	-165.750	-165.750
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-8.000		-8.000	-8.000	-8.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-173.750		-173.750	-173.750	-173.750
10	- Personalauszahlungen			309.030		312.121	315.242	318.394
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			13.500		13.700	13.700	13.700
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			322.530		325.821	328.942	332.094
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			148.780		152.071	155.192	158.344

**Beschreibung**

1. Koordination der Bereiche Sucht- und Drogenhilfe und Psychiatrie im Rahmen des Gemeindepsychiatrischen Verbundes (GPV)
2. Koordination der Fachstelle Sucht- und Drogenprävention
3. Ärztliche Untersuchungen zur Abklärung der Erkrankungen und der dadurch bedingten Hilfsbedürftigkeit
4. Entscheidungen über Zwangsmaßnahmen nach dem PsychKG
5. Gewährung von Zuschüssen an die freien Träger
6. Durchführung der HIV-Beratung
7. Sicherstellung der Schwangerschaftskonfliktberatung
8. Sicherstellung eines Beratungsangebotes für Schwangere und Mütter in sozialen und gesundheitlichen Problemlagen
9. Hilfe für alte und behinderte Menschen
10. Koordination im Rahmen der Fachberatungsstelle für Wohnungslose
11. Gewährung von Zuschüssen an die Träger der Fachberatungsstelle für Wohnungslose

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Erkrankungen (PsychKG), Beschlüsse des Kreistages (Vereinbarung zum GPV)

Ziele

- Verbesserung der psychiatrischen Versorgung in der Bevölkerung
- Sicherstellung individueller Beratungs- und Hilfsangebote
 - o für psychisch kranke und abhängigkeitskranke Menschen
 - o für AIDS-Kranke
 - o für Schwangere
 - o für Wohnungslose

Zielgruppen

Besonders gefährdete Personengruppen, Psychisch Kranke, Abhängigkeitskranke, Schwangere und Mütter in sozialen und gesundheitlichen Problemlagen

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste**1.07.03 Gesundheitshilfe**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-60.000	-60.500	-61.000	-61.500
10	= Ordentliche Erträge			-60.000	-60.500	-61.000	-61.500
11	- Personalaufwendungen			542.394	547.216	552.054	557.004
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			282.900	286.400	290.900	295.400
15	- Transferaufwendungen			467.755	470.755	472.755	474.755
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			18.871	19.091	18.971	19.252
17	= Ordentliche Aufwendungen			1.311.920	1.323.461	1.334.680	1.346.411
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			1.251.920	1.262.961	1.273.680	1.284.911
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			1.251.920	1.262.961	1.273.680	1.284.911
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			1.251.920	1.262.961	1.273.680	1.284.911
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			76.920	77.145	77.367	77.595
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			1.328.841	1.340.106	1.351.047	1.362.506



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gesundheitshilfe

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet den Landeszuschuss (Kostenart 414200) für die Beratungsstelle Schwangerenkonfliktberatung.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* sind die Kosten der Gesundheitsförderung/Prävention (Kostenart 524900) sowie die Erstattungen der Personal- und Sachkosten an den Gemeindepsychiatrischen Verbund und für die Geschäftsführung der Diözese Münster ausgewiesen (Kostenart 525900).

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* sind die Zuschüsse für den Bereich Suchtkrankenarbeit, der Zuschuss zur Weiterführung der sozialpsychiatrischen Kontaktstellen, der Zuschuss an das DRK, der Zuschuss zur Betreuung von Menschen in sozialer Not und der Zuschuss für die Beratungsstellen (Schwangerenkonfliktberatung) zusammengefasst (Kostenart 531900).

Über die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden Mitgliedsbeiträge (Kostenart 544900) abgebildet. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste**1.07.03 Gesundheitshilfe**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-60.000		-60.500	-61.000	-61.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-60.000		-60.500	-61.000	-61.500
10	- Personalauszahlungen			355.298		358.851	362.440	366.064
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			282.900		286.400	290.900	295.400
14	- Transferauszahlungen			467.755		470.755	472.755	474.755
15	- sonstige Auszahlungen			414		414	414	414
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			1.106.367		1.116.420	1.126.509	1.136.633
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			1.046.367		1.055.920	1.065.509	1.075.133



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.07.04.01 Infektions- und umweltbezogener Gesundheitsschutz

1.07.04.02 Medizinalaufsicht

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.07.04.01****Infektions- und umweltbezogener Gesundheitsschutz****Beschreibung**

Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Erkrankungen beim Menschen, Durchführung von Impfungen, Überwachung im Rahmen des Infektionsschutzes, Hygieneüberwachung, Gesundheitliche Bewertung von Umwelteinflüssen aller Art, Beratungen und Stellungnahmen.

1. Impfberatung und Durchführung von Schutzimpfungen
2. Belehrung nach § 43 Infektionsschutzgesetz
3. Tätigkeiten im Zusammenhang mit meldepflichtigen Krankheiten
4. Tuberkuloseüberwachung
5. Stellungnahmen im Rahmen der Orts-, Siedlungs- und Wohnhygiene sowie zu Industrie und Gewerbeanlagen
6. Trink- und Badewasserüberwachung
7. Hygieneüberwachung nach § 17 ÖGDG

Auftragsgrundlage

Infektionsschutzgesetz (IfSG), Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Krankenhausgestaltungsgesetz (KHGG NRW), Heimgesetz, Krankenhausbauverordnung, Hygieneverordnung, Landeswassergesetz, Trinkwasserverordnung, Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG), u.a.

Ziele

- Verhütung und Bekämpfung (übertragbarer) Krankheiten
- Aufdeckung von Infektionsketten und deren Unterbrechung
- Verbesserung der Durchimpfungsraten in der Bevölkerung
- Schutz der Bevölkerung vor umweltbedingten Gesundheitsgefahren
- Vermeidung von Gesundheitsgefahren durch die Mitwirkungen an Planungen

Zielgruppen

Erkrankte Personen, Kontaktpersonen, Gemeinschaftseinrichtungen, Träger von Krankenhäusern und Heimen, Behörden, Institutionen, Firmen etc.

**1.07.04.02****Medizinalaufsicht****Beschreibung**

Erfassung und Überwachung der Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie Arzneimittelüberwachung, Apothekenaufsicht.

1. Erfassung und Überwachung der Berufe des Gesundheitswesens
2. Durchführung von Prüfungen in nichtärztlichen Heilberufen und Erteilung der Erlaubnisse
3. Leichen- und Bestattungswesen
4. Erlaubnisse über Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse
5. Erlaubnisse zur Führung der Berufsbezeichnung nichtärztlicher Heilberufe
6. Erteilung von Konzessionen für Privatkrankenhäuser
7. Apothekenaufsicht
8. Arzneimittelüberwachung

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Verordnung zur Durchführung des Feuerbestattungsgesetzes, Ordnungsbehördliche Verordnung über das Leichenwesen, Krankenpflegegesetz und weitere Spezialgesetze der nichtärztlichen Heilberufe, Arzneimittelgesetz, Apothekengesetz, Betäubungsmittelgesetz, Heilmittelwerbegesetz, Chemikaliengesetz u.a.

Ziele

Zu 1.: Erfassung sämtlicher Personen, die in Berufen des Gesundheitswesens tätig sind.

Zu 5.: Verhinderung des Einsatzes nicht ausreichend qualifizierter Personen in nichtärztlichen Heilberufen.

Zu 7. und 8.: Einhaltung der Bestimmungen über den Umgang mit Arzneimitteln.

Zielgruppen

Personen mit Berufen des Gesundheitswesens, Bestattungsinstitute, Privatkrankenhäuser, Apotheken

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste**1.07.04 Gesundheitsschutz**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-5.250	-5.250	-5.250	-5.250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-64.250	-64.250	-64.250	-64.250
10	= Ordentliche Erträge			-69.500	-69.500	-69.500	-69.500
11	- Personalaufwendungen			734.124	741.019	747.963	755.020
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			52.000	52.000	52.000	52.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			37.414	37.842	37.609	38.156
17	= Ordentliche Aufwendungen			823.538	830.861	837.572	845.176
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			754.038	761.361	768.072	775.676
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			754.038	761.361	768.072	775.676
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			754.038	761.361	768.072	775.676
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			150.088	150.526	150.959	151.405
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			904.125	911.887	919.031	927.081



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gesundheitsschutz

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet den Landeszuschuss (Kostenart 414200) zu den Impfstoffkosten und den Landeszuschuss zu den Personal- und Sachkosten zu den Prüfungen nichtärztlicher Heilberufe. In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für das Gesundheitsamt und die Verwaltungsgebühren für das Sachgebiet Infektionsschutz und Umwelthygiene zusammengefasst.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfasst alle Impfkosten/Kosten für Impfstoffe (Kostenart 526600) sowie Röntgenkosten bzw. die Kosten für bakteriologische und serologische Untersuchungen und Untersuchungen nach dem Infektionsschutzgesetz (Kostenart 529100). In der Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Erstattungen an Prüfungsausschussmitglieder (Kostenart 542800) erfasst. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste**1.07.04 Gesundheitsschutz**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-5.250		-5.250	-5.250	-5.250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-64.250		-64.250	-64.250	-64.250
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-69.500		-69.500	-69.500	-69.500
10	- Personalauszahlungen			524.987		530.236	535.540	540.894
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			52.000		52.000	52.000	52.000
15	- sonstige Auszahlungen			1.400		1.400	1.400	1.400
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			578.387		583.636	588.940	594.294
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			508.887		514.136	519.440	524.794

Haushaltsplan 2009**1.08 Sportförderung**

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn



Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-1.900	-1.900	-1.900	-1.900
10	= Ordentliche Erträge			-1.900	-1.900	-1.900	-1.900
11	- Personalaufwendungen			42.654	43.015	43.377	43.749
15	- Transferaufwendungen			208.000	210.000	208.000	210.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			4.333	4.138	4.025	4.077
17	= Ordentliche Aufwendungen			254.987	257.153	255.402	257.827
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			253.087	255.253	253.502	255.927
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			253.087	255.253	253.502	255.927
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			253.087	255.253	253.502	255.927
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			64.594	64.797	64.659	64.521
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			317.681	320.050	318.160	320.448

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.08 Sportförderung

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-1.900		-1.900	-1.900	-1.900
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-1.900		-1.900	-1.900	-1.900
10	- Personalauszahlungen			25.833		26.091	26.352	26.616
14	- Transferauszahlungen			208.000		210.000	208.000	210.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			233.833		236.091	234.352	236.616
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			231.933		234.191	232.452	234.716

**Beschreibung**

Förderung des Sports in Sportvereinen und –verbänden durch finanzielle Unterstützung.

Zusammenarbeit mit Vereinen und deren Fachverbänden.

Förderung durch Bereitstellung von Sportstätten für den außerschulischen Sport.

- Förderung des Sports in Vereinen und Verbänden
- Förderung des Schulsports
- Außerschulische Vergabe von Turn- und Sporthallen

Auftragsgrundlage

Kreistagsbeschluss

Ziele

Förderung des Breitensports

- jugendpflegerische Betätigung in der Breitensportarbeit in den Vereinen
- Gestaltung des Vereinslebens für Kinder und Jugendliche mit Sport, Spiel und Geselligkeit.

Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schul- und Vereinssport durch die Übertragung der Aufgaben der Geschäftsführung im „Ausschuss für den Schulsport“

Zielgruppen

Geschäftsführung „Ausschuss für den Schulsport“, Vereine/Verbände, sonstiger organisierter Sport

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.08 Sportförderung**1.08.01 Sportförderung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-1.900	-1.900	-1.900	-1.900
10	= Ordentliche Erträge			-1.900	-1.900	-1.900	-1.900
11	- Personalaufwendungen			42.654	43.015	43.377	43.749
15	- Transferaufwendungen			208.000	210.000	208.000	210.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			4.333	4.138	4.025	4.077
17	= Ordentliche Aufwendungen			254.987	257.153	255.402	257.827
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			253.087	255.253	253.502	255.927
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			253.087	255.253	253.502	255.927
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			253.087	255.253	253.502	255.927
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			64.594	64.797	64.659	64.521
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			317.681	320.050	318.160	320.448

Planerläuterung Teilergebnisplan

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Gebühren für die Inanspruchnahme von Sporthallen vereinnahmt (Kostenart 432100).



In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* dient hauptsächlich der Abwicklung von Maßnahmen zur Förderung der Jugendarbeit in Sportvereinen. Darüber hinaus wird hier der Zuschuss für Behindertensportveranstaltungen bzw. Sportjugendtage sowie die pauschale Kostenerstattung an den Kreissportbund veranschlagt (Kostenart 531900). Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Bei der *Internen Leistungsverrechnung* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.08 Sportförderung**1.08.01 Sportförderung**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-1.900		-1.900	-1.900	-1.900
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-1.900		-1.900	-1.900	-1.900
10	- Personalauszahlungen			25.833		26.091	26.352	26.616
14	- Transferauszahlungen			208.000		210.000	208.000	210.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			233.833		236.091	234.352	236.616
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			231.933		234.191	232.452	234.716

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-708.500	-708.500	-708.500	-708.500
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-7.700	-7.700	-7.700	-7.700
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-39.050	-39.050	-39.050	-39.050
10	= Ordentliche Erträge			-755.250	-755.250	-755.250	-755.250
11	- Personalaufwendungen			4.801.999	4.847.368	4.893.059	4.939.477
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			319.950	279.950	288.450	279.950
14	- Bilanzielle Abschreibungen			6.160	6.413	6.666	6.919
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			412.171	414.141	399.729	403.953
17	= Ordentliche Aufwendungen			5.540.280	5.547.872	5.587.904	5.630.299
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			4.785.030	4.792.622	4.832.654	4.875.049
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			4.785.030	4.792.622	4.832.654	4.875.049
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			4.785.030	4.792.622	4.832.654	4.875.049
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-102.256	-77.471	-77.916	-78.434
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			367.869	369.480	369.885	371.536
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			5.050.643	5.084.630	5.124.623	5.168.151

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation



Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-708.500		-708.500	-708.500	-708.500
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-7.700		-7.700	-7.700	-7.700
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-32.500		-32.500	-32.500	-32.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-748.700		-748.700	-748.700	-748.700
10	- Personalauszahlungen			3.469.756		3.504.452	3.539.500	3.574.893
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			324.700		284.700	293.200	284.700
15	- sonstige Auszahlungen			125.100		125.200	125.200	125.200
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			3.919.556		3.914.352	3.957.900	3.984.793
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			3.170.856		3.165.652	3.209.200	3.236.093



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.09.01.01 Kreisentwicklungsplanung, Raum- und Umweltinformation

1.09.01.02 Beutreuung von Verfahren externer Planungsträger

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.09.01.01

Kreisentwicklungsplanung, Raum- und Umweltinformation

Beschreibung

- Koordination zur Herstellung eines regionalen Konsenses bei übergeordneten Planungen / Erarbeitung von kreisbezogenen Beiträgen und Antragsteilen
- Grundlagenerarbeitung von bedarfs- und strukturorientierten Beiträgen zur Kreisentwicklung insbesondere bei übergeordneten Rahmenplanungen und Basiserhebung sowie zur Gewerbe-, Siedlungs- und Verkehrsentwicklung des Oberbergischen Kreises
- Sicherstellung der dörflichen Entwicklung im Oberbergischen Kreis / Durchführung des Kreiswettbewerbes (Unser Dorf hat Zukunft) sowie Beteiligung an Landes- und Bundeswettbewerben
- Unterstützung und Anpassungsnotwendigkeiten für den Strukturwandel in Gewerbe, Wirtschaft, Siedlung und Verkehr verbunden mit der Erarbeitung von Beiträgen zur Neustrukturierung und Schwerpunktausrichtung von querschnittsorientierten Handlungsfeldern im Rahmen der Kreisentwicklung (z.B. Anpassung an den demographischen Wandel, Flexibilisierung von Siedlungs- und Gewerbestrukturen, etc.)
- Grundlagenerarbeitung von EU- und nationalorientierten Förderanträgen zur Kreisentwicklung, aktive Teilnahme an Wettbewerbsprozessen
- kulturlandschaftliche Entwicklungsplanung
- Entwicklungsplanungen zur Freiraum- und Erholungsnutzung
- Erfassung und Fortführung von fachbezogenen Geodaten aus dem Bau-, Planungs- und Umweltbereich
- Planungsunterstützung von Investitionsvorhaben, Genehmigungsabläufen, Planfeststellungserfordernissen und sonstigen zur Beschleunigung von Realisierungsvorhaben notwendigen Schritten
- Erstellung von Plänen und kartographischen Auswertungen
- Führen der Fachgeodaten aus dem Bau-, Planungs- und Umweltbereich im Rauminformationssystem Oberberg - RIO

Auftragsgrundlage

EU-, Bundes- und Landesvorgaben; EU-, Bundes und Landesförderprogramme; Beschlüsse der politischen Gremien

**Ziele**

Der Oberbergische Kreis erfüllt interkommunale Aufgaben zur Gewerbe-, Siedlungs- und Verkehrsentwicklung sowie zur Freiraum- und Erholungssicherung gegenüber der Bezirksregierung Köln und dem Land NRW. Den Interessen des Oberbergischen Kreises und seiner 13 angehörigen Kommunen ist dabei in überregionalen Planungsverfahren zur Ausweisung neuer Vorrangstandorte entsprechend Gehör und Akzeptanz zu verschaffen. Dafür sind Basisgrundlagen zu erarbeiten, Zielvorstellungen zu formulieren und interkommunal für die Region des OBK abzustimmen.

Veränderungen und Entwicklungsprozesse in allen Bereichen der raumbedeutsamen Daseinsvorsorge sind dabei zu beachten, so dass die Zielformulierung ständig aktualisiert werden muss. Belange der Wirtschaft, aktuelle Entwicklungen im Bereich des Siedlungsbestandes und der Siedlungsplanung sowie Entwicklung im Bereich der Verkehrsbedarfe führen zu Bedarfsänderungen von Infrastruktur und Flächennutzung, so dass regionale Entwicklungsziele einem ständigen Anpassungsprozess unterliegen. Auch die Veränderung der Altersstruktur sowie der Wanderung im Oberbergischen Kreis führen zu einer sich ständig wandelnden Neuorientierung für private und öffentliche Träger in der regionalen Entwicklung des Oberbergischen Kreises.

Ziel ist, diese Anpassung kreisförderlich zu gestalten. Planungsrelevante Daten sind mit allen Veränderungen zu erfassen und für Planungs- und Genehmigungsvorhaben mit dem Ziel der Beschleunigung von Bearbeitungsprozessen bereit zu halten.

Zielgruppen

Politik, Behörden, Wirtschaft, Institutionen, Verbände, Vereine, Touristik, Gesellschaft

**1.09.01.02****Betreuung von Verfahren externer Planungsträger****Beschreibung**

- Federführung bei städtebaulichen, regionalplanerischen und raumordnerischen Stellungnahmen des Oberbergischen Kreises als Träger öffentlicher Belange
 - o im Rahmen der Bauleitplanung kreisangehöriger Kommunen und benachbarter Gebietskörperschaften
 - o bei Innen- und Außenbereichssatzungen
 - o bei der Beteiligung von Planungen des Bundes und des Landes (LEPro, Landes- und Regionalpläne, Raumordnungsverfahren)
 - o bei Planfeststellungsverfahren
- Stellungnahmen bei fachlichen Einzelplanungen und –nutzungen mit raumbedeutsamen Wirkungen (z.B. Flurbereinigung, agrarstrukturelle und forstliche Rahmenplanungen)
- Koordinierung bzgl. der Ämterbeteiligung innerhalb der Kreisverwaltung bei städtebaulichen, regionalplanerischen und raumordnerischen Planungen
- Wahrnehmung von externen Terminen im Rahmen oben genannter Planungen
- Planungsaufsicht zur Einhaltung von Zielen der Raumordnung und Landesplanung
- Vertretung der Interessen des Oberbergischen Kreises bei landes- und regionalplanerischen Anhörungsverfahren
- landschaftspflegerische Beurteilung von Planungen und Maßnahmen sowie Vollzugskontrolle im Rahmen der gesetzlichen bauleitplanerischen Eingriffs- / Ausgleichsregelung
- wasser-, boden- und artenschutzrechtliche Beurteilung von Planungen und Maßnahmen u.a. im Rahmen der Bauleitplanung

Auftragsgrundlage

Raumordnungsgesetz, Landesplanungsgesetz, LEPro NRW, Baugesetzbuch, Bundesnaturschutzgesetz, Fernstraßengesetz, Straßen- und Wegegesetz, Eisenbahngesetz, Wasserhaushaltsgesetz, Bundesbodenschutzgesetz, Landschaftsgesetz NRW, EU-Verordnungen und -Richtlinien



Ziele

- positive Steuerung der Raumentwicklung im Sinne einer wirtschaftsförderlichen Entwicklung
- Einhaltung der Zeitvorgaben der Planungsträger
- Optimierung von Verwaltungsabläufen
- kommunale Planungen mit den Zielen der Raumordnung und Landsplanung in Übereinstimmung zu bringen
- Einbringung der Kreisinteressen bei Planungen in Abstimmung mit seinen Aufgaben als Träger öffentlicher Belange

Zielgruppen

Landesplanungsbehörden, Bezirksregierung Köln, Kommunen des Oberbergischen Kreises, benachbarte Gebietskörperschaften, Bezirksregierungen, Straßen NRW

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation**1.09.01 Räumliche Planung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-6.550	-6.550	-6.550	-6.550
10	= Ordentliche Erträge			-6.550	-6.550	-6.550	-6.550
11	- Personalaufwendungen			755.743	762.406	769.097	775.938
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			118.500	78.500	87.000	78.500
14	- Bilanzielle Abschreibungen			6.160	6.413	6.666	6.919
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			37.847	38.211	38.017	38.416
17	= Ordentliche Aufwendungen			918.250	885.530	900.780	899.773
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			911.700	878.980	894.230	893.223
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			911.700	878.980	894.230	893.223
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			911.700	878.980	894.230	893.223
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-49.088	-45.743	-46.025	-46.316
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			87.781	88.152	88.514	88.894
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			950.393	921.388	936.718	935.802



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Räumliche Planung

Die Produktgruppe „1.09.01 Räumliche Planung“ beinhaltet die Produkte „1.09.01.01 Kreisentwicklungsplanung, Raum- und Umweltinformationen“ und „1.09.01.02 Betreuung von Verfahren externer Planungsträger“.

Über die Kontengruppe Kostenerstattungen werden Erstattungen des Bundesamtes für Zivildienst (Kostenart 444903) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen sowie die anteiligen Kosten von Zivildienstleistenden.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* sind die Aufwendungen für Regionale Entwicklung u. Demographie (Kostenart 529914) , die Kosten des Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ (Kostenart 529915) sowie die Kosten im Rahmen des Kreismarketings (Kostenart 529934) veranschlagt.

In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die anfallenden Kosten für die Unterstützung von Regionalmessen und Veranstaltungen, der Aufbau und die Unterhaltung des Kompensationsflächenkatasters nach dem Landschaftsgesetz NRW und die Beschaffung von Planungsunterlagen verausgabt (Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation**1.09.01 Räumliche Planung**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
10	- Personalauszahlungen			493.486		498.420	503.405	508.439
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			118.500		78.500	87.000	78.500
15	- sonstige Auszahlungen			17.400		17.500	17.500	17.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			629.386		594.420	607.905	604.439
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			629.386		594.420	607.905	604.439



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.09.02.01 Geodätischer Raumbezug

1.09.02.02 Liegenschafts- und Ingenieurvermessung

1.09.02.02.01 Vermessungstätigkeit für Dritte

1.09.02.02.02 Verwaltungsinterne Vermessungstätigkeit

1.09.02.03 Führung der Liegenschaften Flurstücke und Gebäude

1.09.02.03.01 Übernahme beigebrachter Vermessungsschriften

1.09.02.03.02 Übernahme eigener Vermessungsschriften

1.09.02.04 Erhebung und Führung der Nutzung, Topografie und Bodenschätzung

1.09.02.05 Führung der Personen- und Bestandsdaten

1.09.02.06 Erneuerung des Liegenschaftskatasters

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.09.02.01****Geodätischer Raumbezug****Beschreibung**

Ohne geodätischen Raumbezug können keine Koordinaten, Flächen, Höhen u.a. zuverlässig ermittelt werden. Der Raumbezug wird durch Vermessung und Berechnung im Innen- und Außendienst gebührenfrei als Grundlagendienst bereitgestellt. Hierbei ist die kontinuierliche Führung und Pflege des Anschlusspunktfeldes die Hauptaufgabe. Die anstehende Einführung des europäischen Koordinatensystems ETRS89 wird mit Vorrang betrieben.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung

Ziele

Die Gewährleistung des geodätischen Raumbezugs ist umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Die flächendeckende, hochgenaue Verfügbarkeit des geodätischen Lagebezugs ist Hauptziel.

Wirtschaftlich steht eine Kostenreduzierung, gemessen am Hauptverursacher, dem einzelnen Grundstück bzw. Flurstück, im Vordergrund.

Zielgruppen

Freie und gewerbliche Unternehmen sowie öffentliche Stellen, deren örtliche Erhebungen Raumbezug benötigen

**1.09.02.02****Liegenschafts- und Ingenieurvermessung****Beschreibung**

Liegenschaftsvermessungen sind Teilungs-, Grenz- und Gebäudevermessungen, die auf Antrag gebührenpflichtig oder von Amts wegen gebührenfrei erbracht werden.

Von Amts wegen werden die Einmessungen der vor August 1972 errichteten Gebäude und alle Vermessungen zur Katastererneuerung (Produkt 1.09.02.06) durchgeführt.

Auftragsgrundlage

Ingenieurvermessungen werden nur in Einzelfällen für interne Zwecke der Kreisverwaltung durchgeführt.

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungsgebührenordnung

Ziele

Die Ausführung von Liegenschaftsvermessungen ist umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Mittelfristig stellt die Ausführung von Gebäudeeinmessungen die umfangreichste Aufgabe dar. Es ist eine größtmögliche Zahl anzustreben, um die vorhandenen Einmessungsdefizite der Altbauten baldmöglichst aufzuarbeiten.

Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung im Vordergrund. Bei gleichzeitiger Steigerung der Fallzahlen müssen sich die Kosten am Einzelvorgang orientieren.

Zielgruppen

Grundstückseigentümer als Antragsteller oder Beteiligte im Verfahren

**1.09.02.03****Führung der Liegenschaften Flurstücke und Gebäude****Beschreibung**

Alle auf bzw. an Grundstücken vorgenommenen Veränderungen wie zum Beispiel die Errichtung eines Gebäudes, die Teilung eines Grundstücks oder der Umbau einer Straße haben Liegenschaftsvermessungen zur Folge. Diese von befugten Stellen durchgeführten Vermessungen müssen der Katasterbehörde eingereicht werden. Die sich anschließende Prüfung und Übernahme dieser Vermessungsergebnisse stellt die zentrale Pflichtaufgabe der Katasterführung dar.

Gebührenpflichtig erfolgt die Bildung von Flurstücken; gebührenfrei sind die Bearbeitung von Grenz- und Gebäudeeinemessungen sowie die Verschmelzung von Flurstücken.

Darüber hinaus überwacht die Katasterbehörde die Gebäudeeinemessungspflicht.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungsgebührenordnung

Ziele

Prüfung und Übernahme der Vermessungsergebnisse sind umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Für die Wirtschaftsförderung ist im Besonderen eine zügige Bearbeitung von Flurstücksbildungen vorrangig. Auf der Kostenseite ist der erforderliche Personalaufwand an den erzielbaren Gebühreneinnahmen zu messen. Trotz schwieriger Voraussetzungen (Niedrige Bodenwerte, teilweise problematische Katasterqualität, gebührenfreie Vorgänge u.a.) soll die Kostendeckung langfristiges Ziel sein.

Für eine umfängliche, belastbare Nutzung des Liegenschaftskatasters ist mittelfristig die qualifizierte Vollständigkeit des Gebäudenachweises zu erreichen.

Zielgruppen

Befugte Vermessungsstellen (Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure, privilegierte Behörden), Grundstückseigentümer als Einmessungsverpflichtete bzw. Auftraggeber und als Antragsteller bei Vereinigungen

**1.09.02.04****Erhebung und Führung der Nutzung, Topografie und Bodenschätzung****Beschreibung**

Im Liegenschaftskataster sind in Ergänzung der Flurstücks- und Gebäudedaten flächendeckend und aktuell zu beschreiben:

- die tatsächlichen Flächennutzungen,
- die charakteristischen Geländeformen, baulichen Anlagen und wesentlichen Landschaftselemente (Topografie)
- sowie die von der Finanzbehörde durchgeführten Bodenschätzungen als Grundlage zur Besteuerung der landwirtschaftlichen Flächen.

Nutzung und Topographie werden im Innen- und Außendienst erfasst und ebenso wie die vom Finanzamt durchgeführte Bodenschätzung gebührenfrei als Grundlagendienst bereitgestellt.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Grundsteuer-, Bewertungs- und Bodenschätzungsgesetz

Ziele

Die Laufendhaltung von Flächennutzung und Topografie ist umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Die flächendeckende Aktualität stellt für die Nutzer den maßgeblichen Mehrwert der Geobasisdaten dar. Da in den nächsten Jahren neben der Laufendhaltung zusätzlich Umstellungsarbeiten bezüglich der Art der Datenführung erfolgen müssen, soll der erreichte Aktualitätsstand mittelfristig gehalten werden.

Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung, gemessen am Hauptverursacher, der zu bearbeitenden Fläche, im Vordergrund.

Zielgruppen

Aufgabenträger aus der Planung und Statistik, Unternehmen der Energieversorgung, Bauwillige, Ordnungsbehörden, Bewertungssachverständige, Finanz- und Steuerämter u.a. private / öffentliche Nutzer des Liegenschaftskatasters

**1.09.02.05****Führung der Personen- und Bestandsdaten****Beschreibung**

Das Liegenschaftskataster ist das amtliche Verzeichnis der Grundstücke im Sinne der Grundbuchordnung. Die Übereinstimmung zwischen Liegenschaftskataster und Grundbuch ist demnach zwingend zeitnah zu wahren. Die Amtsgerichte bzw. die Grundbuchämter teilen der Katasterbehörde alle Eigentumsveränderungen in digitaler Form mit. Diese müssen geprüft und gebührenfrei in das Liegenschaftskataster als Grundlagendienst übernommen werden. Ergänzend werden zusätzliche Personendaten, d.h. Informationen des Katasters zur Person, Anschrift, Verwaltung, Vertretung, und Hinweise auf Baulasten geführt.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, §2, Abs.2 Grundbuchordnung

Ziele

Die Laufendhaltung der Personen- und Bestandsdaten ist umfassend durch fachliche Vorgaben und programmtechnische Bedingungen geregelt. Deren Einhaltung vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Die flächendeckende Aktualität, d.h. die zeitnahe Übereinstimmung mit dem Grundbuch, stellt für die Nutzer den maßgeblichen Mehrwert der Eigentümerdaten dar. Eine Aktualitätsdifferenz von wenigen Tagen soll erreicht werden. Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung, gemessen am Hauptverursacher ‚Eigentümer‘, dessen Handeln Veränderungen der Personen- und Bestandsdaten zur Folge hat, im Vordergrund.

Zielgruppen

Alle Nutzer des Liegenschaftskatasters, die berechtigt sind, Eigentümerdaten einzusehen (Eigentümer und Berechtigte an Grundstücken, eine Vielzahl an Behörden, Energieversorgern, Banken, Architekten, Planern, Maklern u.v.a.m).

**1.09.02.06****Erneuerung des Liegenschaftskatasters****Beschreibung**

Um den stetig steigenden Anforderungen der Nutzer zu genügen, ist das Liegenschaftskataster (LK) durch verschiedene, weitgehend gebührenfreie¹⁾ Maßnahmen zu erneuern, die in 4 Kategorien darstellbar sind:

E2: Umstellung der Karten, Pläne, Bücher, Listen, Skizzen, Urkunden und der historischen Unterlagen auf digitale Führung

E2: Integration bzw. Migration der Daten untereinander zum Abbau von Mehrfachinformationen (Redundanzen) und Zusammenführung in ALKIS (Amtliches Liegenschaftskataster Informationssystem)

E3: Umfassende Qualifizierung des LK durch Übernahme von Bodenordnungsverfahren (Flurbereinigungen, Umlegungen¹⁾) und durch eigene Maßnahmen

E4: Geometrische Verbesserung durch Aufbau eines spannungsfreien Koordinatenkatasters

¹⁾ Nur im Zusammenhang mit der Vermessung und Übernahme von Umlegungen sowie ggf. durch Zahlung von Landeszuschüssen im Rahmen besonderer Erneuerungsmaßnahmen können Einnahmen anfallen.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung

Ziele

Das langfristige Ziel aller Erneuerungsmaßnahmen muss deren Abschluss unter Beachtung der fachlichen Vorgaben sein. Die Reihenfolge der Kategorien hinsichtlich ihrer Priorität ist: E2 – E3 – E1 – E4. D.h., dass die Einführung von ALKIS höchste Priorität hat, da hier die größten Erleichterungen für die laufenden Arbeitsprozesse zu erwarten sind. Das konkrete Ziel ist die Einführung von ALKIS bis zum 31.12.2010.

Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung, gemessen an der Zahl der zu erneuernden Katasterfälle, d.h. der Flurstücke, im Vordergrund.

Zielgruppen

Alle privaten und öffentlichen Nutzer des Liegenschaftskatasters

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten



Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-393.000	-393.000	-393.000	-393.000
10	= Ordentliche Erträge			-393.000	-393.000	-393.000	-393.000
11	- Personalaufwendungen			3.176.449	3.206.676	3.237.121	3.268.035
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			129.250	129.250	129.250	129.250
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			244.854	245.954	236.225	238.841
17	= Ordentliche Aufwendungen			3.550.553	3.581.880	3.602.596	3.636.126
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			3.157.553	3.188.880	3.209.596	3.243.126
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			3.157.553	3.188.880	3.209.596	3.243.126
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			3.157.553	3.188.880	3.209.596	3.243.126
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-372.174	-222.095	-223.234	-224.826
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			280.088	281.328	281.371	282.642
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			3.065.467	3.248.113	3.267.732	3.300.942



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Vermessung und Führung von Geobasisdaten

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für die Ausführung von Vermessungen und die Übernahme von Vermessungsschriften gesammelt. Die einzelnen Gebühren können über Produkte/Teilprodukte noch weiter differenziert werden.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst die Kosten für die Arbeiten zur Erneuerung des Liegenschaftskatasters und die Ausgaben für Bildflüge (Kostenart 529100).

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten



Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-393.000		-393.000	-393.000	-393.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-393.000		-393.000	-393.000	-393.000
10	- Personalauszahlungen			2.317.337		2.340.512	2.363.919	2.387.556
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			162.500		162.500	162.500	162.500
15	- sonstige Auszahlungen			79.700		79.700	79.700	79.700
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			2.559.537		2.582.712	2.606.119	2.629.756
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			2.166.537		2.189.712	2.213.119	2.236.756



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.09.03.01 Bereitstellung von Geodaten und kartografischen Produkten
 - 1.09.03.01.01 Nutzung von Abrufverfahren
 - 1.09.03.01.02 Betrieb von Abrufverfahren
- 1.09.03.02 Abgabe von Geodaten und kartografischen Produkten
 - 1.09.03.02.01 Abgabe von digitalen Geobasisdaten
 - 1.09.03.02.02 Abgabe von analogen Geobasisdaten
 - 1.09.03.02.03 Abgabe von digitalen Geobasisdaten (gegen Entgelt)
 - 1.09.03.02.04 Abgabe von analogen Geobasisdaten (gegen Entgelt)
 - 1.09.03.02.05 Interne Kartentechnische Auftragsarbeiten
 - 1.09.03.02.06 Kartentechnische Auftragsarbeiten für Dritte
 - 1.09.03.02.07 Bescheinigungen
 - 1.09.03.02.08 Unschädlichkeitszeugnisse
 - 1.09.03.02.09 Einnahmen für Dritte (Land)
- 1.09.03.03 Abgabe von Geobasisdaten des Vermessungszahlenwerks
 - 1.09.03.03.01 Vermessungsunterlagen ohne MwSt
 - 1.09.03.03.02 Vermessungsunterlagen mit MwSt

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.09.03.01****Bereitstellung von Geodaten und kartografischen Produkten****Beschreibung**

Um den Nutzern aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft eine hochwertige Grundlage für anstehende Entscheidungen zu geben, werden die verfügbaren Geodaten aufbereitet und aktuell mittels Web-basierten Geodiensten bereitgestellt. Hierdurch entstehen bei den Nutzern Mehrwerte in Form von Zeitersparnissen und nachhaltiger Belastbarkeit der Informationen, was durch deren Flächendeckung, Aktualität, Zuverlässigkeit, Standardisierung, Transparenz, Verknüpfbarkeit u.a. begründet ist.

Auftragsgrundlage

Die Kreisverwaltung setzt hierzu freie und Quellcode-offene Programme im Geodienst *Rauminformation Oberberg (RIO)* ein. Neben frei zugänglichen Diensten sind auch kostenpflichtige Erweiterungen des Geodienstes vereinbar.

Ziele

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Geodatenzugangsgesetz (GeoZG NRW), Vermessungsgebührenordnung

Die Einhaltung der informationstechnischen Sicherheitsvorgaben und der geltenden Kostenordnungen wird vorausgesetzt.

Inhalt, Aktualität und Verfügbarkeit des Web-basierten Geodienstes sind ausschlaggebende Parameter für dessen Nutzung. Da die bei den Nutzern entstehenden Mehrwerte quantitativ nicht erfassbar sind, sollte die Steigerung der Datenzugriffe und der Zahl der vertraglich gebundenen Nutzer angestrebt werden.

Zur Erfassung von Zugriffszahlen sind die programmtechnischen Voraussetzungen zu schaffen.

Wirtschaftlich steht eine Kosten-Nutzen-Bilanzierung im Vordergrund. Aufgrund der erheblichen Streuung der Nutzer sind die Kosten an der Einwohnerzahl zu messen.

Zielgruppen

Nutzer von Geoinformationen aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft

**1.09.03.02****Abgabe von Geodaten und kartografischen Produkten****Beschreibung**

Die Geobasisdaten des amtlichen Vermessungswesens können digital und analog erworben werden. Es werden zudem Bescheinigungen und Unschädlichkeitszeugnisse ausgestellt sowie Vermessungs- und Vereinigungsanträge entgegengenommen. Sonderdienstleistungen für Scanarbeiten, spezielle Daten- oder Druckausgaben werden angeboten.

Regelmäßig sind in diesem Zusammenhang beratende und klärende Gespräche zu führen.

Darüber hinaus sind die sonstigen befugten Behörden (zurzeit die kreisangehörigen Gemeinden) in ihrer Vertriebstätigkeit zu unterstützen.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungsgebührenordnung, Unschädlichkeitsgesetz

Ziele

Die Einhaltung der geltenden Kostenordnungen und -vorgaben wird vorausgesetzt. Die beratenden Tätigkeiten sind nachhaltig und qualifiziert wahrzunehmen.

Für die Wirtschaftsförderung ist im Besonderen eine zügige Bearbeitung der Anträge vorrangig.

Auf der Kostenseite ist der erforderliche Personalaufwand an den erzielbaren Gebühreneinnahmen zu messen. Trotz schwieriger Voraussetzungen (Parallelvertrieb durch die kreisangehörigen Gemeinden, nicht gebührendeckende bzw. gebührenfreie Vorgänge usw.) soll eine Kostendeckung langfristiges Ziel sein.

Zielgruppen

Auskunftssuchende und Antragssteller aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft



1.09.03.03

Abgabe von Geobasisdaten des Vermessungszahlenwerks

Beschreibung

Zur Vorbereitung und Durchführung aller grundstücksbezogenen Vermessungsarbeiten werden für private und hoheitlich tätige Vermessungsstellen die notwendigen Unterlagen gebührenpflichtig bereitgestellt und abgegeben.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungsgebührenordnung

Ziele

Die Einhaltung der geltenden Gebührenordnung und die Vollständigkeit der Datenabgaben bzw. der Vermessungsunterlagen wird vorausgesetzt.

Für die Wirtschaftsförderung ist darüber hinaus eine zügige Bearbeitung der Anträge vorrangig.

Auf der Kostenseite ist der erforderliche Personalaufwand an den erzielbaren Gebühreneinnahmen zu messen. Eine Kostendeckung ist anzustreben.

Zielgruppen

Freie und gewerbliche Vermessungsbüros sowie sonstige gewerbliche Antragsteller

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.03 Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.



Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-278.000	-278.000	-278.000	-278.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-7.700	-7.700	-7.700	-7.700
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-31.000	-31.000	-31.000	-31.000
10	= Ordentliche Erträge			-316.700	-316.700	-316.700	-316.700
11	- Personalaufwendungen			588.006	593.768	599.587	605.475
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			47.700	47.700	47.700	47.700
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			77.647	77.986	74.992	75.797
17	= Ordentliche Aufwendungen			713.353	719.454	722.279	728.972
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			396.653	402.754	405.579	412.272
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			396.653	402.754	405.579	412.272
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			396.653	402.754	405.579	412.272
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			212.671	126.911	127.562	128.472
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			609.324	529.665	533.141	540.744



Planerläuterung Teilergebnisplan

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für die Nutzung von Abrufverfahren, die Abgabe von Geobasisdaten sowie für kartentechnische Auftragsarbeiten und Bescheinigungen veranschlagt.

Bei der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte (Kontenart 441) / Kostenerstattungen (Kontenart 442)* werden die Einnahmen aus dem Verkauf von Geobasisdaten sowie die Kostenerstattungen für den Betrieb von Abrufverfahren und für die Abgabe von Geobasisdaten durch das Land angesetzt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* sind die anteilmäßigen Kosten für die Unterhaltung der Datenverarbeitungseinrichtungen (Wartung, Dienstleistungen für IT), Ausgaben für die zum Weiterverkauf (Kostenart 526600) bestimmten, fertigen Produkte und auch die Erstattungen an das Land (Kostenart 525200) aus dem Verkauf von Landesdaten enthalten.

Unter der Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Leasingaufwendungen (Kostenart 542200) für IT-Bedarf gebucht. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.03 Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.



Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-278.000		-278.000	-278.000	-278.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-7.700		-7.700	-7.700	-7.700
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-31.000		-31.000	-31.000	-31.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-316.700		-316.700	-316.700	-316.700
10	- Personalauszahlungen			449.240		453.730	458.269	462.852
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			28.700		28.700	28.700	28.700
15	- sonstige Auszahlungen			10.000		10.000	10.000	10.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			487.940		492.430	496.969	501.552
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			171.240		175.730	180.269	184.852

**Beschreibung**

Der Gutachterausschuss für Grundstückswerte ist ein mit Bewertungssachverständigen besetztes, neutrales und von Weisungen unabhängiges Kollegialgremium. Zur Aufgabenerfüllung ist eine Geschäftsstelle bei der Kreisverwaltung vorzuhalten. Pflichtaufgaben sind:

- *[kostenfrei als Grundlagendienst zu erbringen:]*
Führung der Kaufpreissammlung, Festsetzung und Beauskunftung der Bodenrichtwerte, Ableitung von für die Wertermittlung erforderlichen Daten (z.B. Liegenschaftszinssätze, Marktfaktoren), Erstellung von Marktberichten u.a.m.
- *[gebührenpflichtig auf Antrag zu erbringen:]*
Gutachten oder umfangreiche Auskünfte
- *[kostenfrei auf Antrag zu erbringen:]*
Wertermittlungen in Sozial- und Arbeitslosenangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Baugesetzbuch §§ 192ff i.V.m. der Gutachterausschussverordnung NRW, Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung - Tarifstelle 13, Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz, Kreisgebührensatzung

Ziele

Die Tätigkeiten des Gutachterausschusses und seiner Geschäftsstelle sind vielfältig. Es handelt sich sowohl um Grundlagendienste als auch um antragsbezogene Dienstleistungen. Während z.B. die Führung der Kaufpreissammlung auf der einen Seite klaren Vorgaben unterliegt, ist die Grundstücksbewertung andererseits geprägt durch eine Vielzahl von Ermessensspielräumen. Dieses heterogene Aufgabenspektrum führt dazu, dass ein umfassendes, den gesamten Arbeitsbereich abdeckendes Ziel nicht festzulegen ist.

Für die Grundlagendienste sollen zeitnahe und termingerechte Bearbeitung sowie die Nutzerakzeptanz der Produkte im Vordergrund stehen.

Die Wirtschaftlichkeit des Gutachterausschusses und im Besonderen der antragsbezogenen Dienstleistungen soll sich am Hauptverursacher ‚Eigentümer‘, dessen Handeln den Grundstücksmarkt prägt, und an einem gebietstypischen Parameter, der Zahl der Bodenrichtwerte, orientieren.

Zielgruppen

Eigentümer und sonstige Berechtigte an Grundstücken, Banken, Versicherungen, Steuerberater, Immobilienmakler, Sachverständige, Finanz-, Arbeits-, Sozial-, Bodenordnungs-, Planungs-, Bau- und Liegenschaftsbehörden, Gerichte u.a.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation**1.09.04 Grundstückswertermittlung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-37.500	-37.500	-37.500	-37.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-1.500	-1.500	-1.500	-1.500
10	= Ordentliche Erträge			-39.000	-39.000	-39.000	-39.000
11	- Personalaufwendungen			281.802	284.518	287.254	290.030
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			24.500	24.500	24.500	24.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			51.822	51.990	50.496	50.898
17	= Ordentliche Aufwendungen			358.124	361.008	362.250	365.428
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			319.124	322.008	323.250	326.428
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			319.124	322.008	323.250	326.428
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			319.124	322.008	323.250	326.428
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			106.335	63.456	63.781	64.236
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			425.459	385.464	387.031	390.664



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Grundstückswertermittlung

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Auskünfte, Auswertungen, Marktberichte, Bodenrichtwerte, Gutachten und Wertermittlungen für kommunale Zwecke veranschlagt. Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* sind Erstattungen vom Land (Kostenart 442200) aus deren Einnahmen aus der Abgabe von Bodenrichtwerten und Marktberichten kalkuliert.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* (Kostenart 529100) fallen die Ausgaben für die Vergabe von Wertermittlungen in Sozial- und Arbeitslosenangelegenheiten.

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* (Kostenart 542800) umfasst die Aufwendungen für die Entschädigung der Mitglieder des Gutachterausschusses. Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation**1.09.04 Grundstückswertermittlung**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-37.500		-37.500	-37.500	-37.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-1.500		-1.500	-1.500	-1.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-39.000		-39.000	-39.000	-39.000
10	- Personalauszahlungen			209.693		211.790	213.907	216.046
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			15.000		15.000	15.000	15.000
15	- sonstige Auszahlungen			18.000		18.000	18.000	18.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			242.693		244.790	246.907	249.046
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			203.693		205.790	207.907	210.046

Haushaltsplan 2009**1.10 Bauen und Wohnen**

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn



Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-609.300	-609.100	-608.900	-608.900
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-18.000	-18.000	-18.000	-18.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
10	= Ordentliche Erträge			-632.300	-632.100	-631.900	-631.900
11	- Personalaufwendungen			2.443.523	2.466.171	2.488.951	2.512.155
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			9.000	9.000	9.000	9.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen			9.117	9.491	9.865	10.240
15	- Transferaufwendungen			3.500	3.500	3.500	3.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			107.127	106.441	105.262	106.648
17	= Ordentliche Aufwendungen			2.572.267	2.594.603	2.616.578	2.641.544
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			1.939.967	1.962.503	1.984.678	2.009.644
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			1.939.967	1.962.503	1.984.678	2.009.644
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			1.939.967	1.962.503	1.984.678	2.009.644
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			224.639	225.632	225.228	226.315
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			2.164.607	2.188.135	2.209.906	2.235.959

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.10 Bauen und Wohnen

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-609.300		-609.100	-608.900	-608.900
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-18.000		-18.000	-18.000	-18.000
7	+ Sonstige Einzahlungen			-5.000		-5.000	-5.000	-5.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-632.300		-632.100	-631.900	-631.900
10	- Personalauszahlungen			1.711.147		1.728.257	1.745.540	1.762.997
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			9.000		9.000	9.000	9.000
14	- Transferauszahlungen			3.500		3.500	3.500	3.500
15	- sonstige Auszahlungen			17.700		17.700	17.700	17.700
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			1.741.347		1.758.457	1.775.740	1.793.197
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			1.109.047		1.126.357	1.143.840	1.161.297



Beschreibung

Diese Produktgruppe fasst folgende Produkte zusammen:

1.10.01.01 Untere Bauaufsicht

1.10.01.02 Bauordnungsbehördliche Verfahren

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.10.01.01

Untere Bauaufsicht

Beschreibung

- Bearbeitung von und Entscheidung über Bauanträge und Anträge auf Vorbescheid auf der Grundlage der BauO NRW, einschließlich Abweichungen und Befreiungen nach BauGB
- Baurechtliche Prüfung von Anträgen nach anderen Rechtsvorschriften, wie z.B. dem Bundesimmissionsschutzgesetz
- Bauberatung außerhalb von Verfahren
- Bauzustandsbesichtigungen
- Wiederkehrende Prüfungen von Sonderbauten
- Abnahmen von Fahrgeschäften und Zelten

Auftragsgrundlage

Bauordnung des Landes NRW, Baugesetzbuch

Ziele

- Sicherstellung der Qualitätsmerkmale des Gütesiegels als mittelstandsfreundliche Verwaltung, insbesondere der Servicezusage einer Baugenehmigung innerhalb von 40 Werktagen nach Antragseingang für gewerbliche Vorhaben
- Zeitnahe Entscheidungen aller übrigen Bauanträge
- Rechtssichere Entscheidungen: Quote von mind. 90% für den Kreis erfolgreich abgeschlossener verwaltungsrechtlicher Streitverfahren

Zielgruppen

Bauherren und Architekten, Eigentümer und Nutzer baulicher Anlagen

**1.10.01.02****Bauordnungsbehördliche Verfahren****Beschreibung**

- Abwicklung von ordnungsbehördlichen Verfahren zur Beseitigung baurechtswidriger Zustände
- Prüfung und Bearbeitung von Teilungsanträgen und Anträgen auf Abgeschlossenheitsbescheinigung
- Durchführung von örtlichen Überprüfungen und Baukontrollen im Rahmen von ordnungsbehördlichen Verfahren und Abnahmen im Baugenehmigungsverfahren
- Vorbereitung und Eintragung /löschung von Baulasten
- Führung des Baulastenverzeichnisses
- Erteilung von Baulastauskünften
- Ablehnungen von Bauanträgen und Bauvorbescheiden
- Abwicklung von Schriftverkehr mit der oberen und obersten Bauaufsichtsbehörde (Eingaben, Petitionen)
- Fachliche Begleitung der beim Rechtsamt abzuwickelnden Klageverfahren in baurechtlichen Angelegenheiten

Auftragsgrundlage

Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (BauO NRW), Baugesetzbuch (BauGB); Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung NRW (AVerwGebO NRW)

Ziele

- Zeitnahe und rechtssichere Abwicklung der ordnungsbehördlichen Verfahren:
Aufnahme des Verfahrens innerhalb einer Woche nach Eingang der Meldung §8 BauO NRW)
Quote von mindestens 90% für den Kreis erfolgreich abgeschlossener Klageverfahren
- Rechtssichere und zeitnahe Erteilung der beantragten Teilungsgenehmigungen innerhalb eines Monats:
Quote von mindestens 90% für den Kreis erfolgreich abgeschlossener Klageverfahren
Entscheidung innerhalb eines Monats
- Zeitnahe Erteilung der Abgeschlossenheitsbescheinigungen, Baulasteintragungen und Baulastauskünften sowie Ablehnungen der Bauanträge und Bauvorbescheide

Zielgruppen

Bauherren und Grundstückseigentümer und Nutzer baulicher Anlagen im Zuständigkeitsbereich der Bauaufsicht des Oberbergischen Kreises

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen**1.10.01 Maßnahmen der Bauaufsicht**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-558.900	-558.900	-558.900	-558.900
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-6.000	-6.000	-6.000	-6.000
10	= Ordentliche Erträge			-564.900	-564.900	-564.900	-564.900
11	- Personalaufwendungen			1.770.825	1.787.350	1.803.977	1.820.896
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			9.000	9.000	9.000	9.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen			9.117	9.491	9.865	10.240
15	- Transferaufwendungen			3.500	3.500	3.500	3.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			78.023	78.859	78.390	79.460
17	= Ordentliche Aufwendungen			1.870.464	1.888.199	1.904.732	1.923.097
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			1.305.564	1.323.299	1.339.832	1.358.197
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			1.305.564	1.323.299	1.339.832	1.358.197
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			1.305.564	1.323.299	1.339.832	1.358.197
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-13.136	-8.902	-8.909	-8.958
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			161.033	161.587	161.352	161.920
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			1.453.462	1.475.985	1.492.275	1.511.159



Planerläuterung Teilergebnisplan

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind bauaufsichtliche Genehmigungsgebühren sowie Gebühren für Teilungsgenehmigungen, für die Ablehnung bauaufsichtlicher Verfahren, für die Eintragung von Baulasten, für Abgeschlossenheitsbescheinigungen nach dem Wohnungseigentumsgesetz und für ordnungsrechtliche Maßnahmen zusammengefasst (Kostenart 431100). Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Erstattung der Kosten für die Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 442900).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfasst die Kosten der Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 524902) sowie anfallende Kosten für Katasterunterlagen bzw. Katastermaterial (Kostenart 529100). Über die Kontengruppe *Transferaufwendungen* werden Erstattungen von Verwaltungsgebühren und die Rückzahlung von Zwangsgeldern a.V. abgebildet (Kostenart 539300). Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Bei der *Internen Leistungsverrechnung* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen**1.10.01 Maßnahmen der Bauaufsicht**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-558.900		-558.900	-558.900	-558.900
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-6.000		-6.000	-6.000	-6.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-564.900		-564.900	-564.900	-564.900
10	- Personalauszahlungen			1.253.197		1.265.729	1.278.387	1.291.170
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			9.000		9.000	9.000	9.000
14	- Transferauszahlungen			3.500		3.500	3.500	3.500
15	- sonstige Auszahlungen			12.700		12.700	12.700	12.700
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			1.278.397		1.290.929	1.303.587	1.316.370
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			713.497		726.029	738.687	751.470



<u>Beschreibung</u>	Fachaufsicht über die Unteren Denkmalbehörden im Oberbergischen Kreis durch - Beratung und Information der Unteren Denkmalbehörden - Durchführung von Geschäftsprüfungen - Bearbeitung von Eingaben, Beschwerden und Petitionen - Erteilung von Grabungserlaubnissen
<u>Auftragsgrundlage</u>	Genehmigung von Denkmalbereichssatzungen DSchG NRW, VwVfG, GO
<u>Ziele</u>	- Sinnvolle Erhaltung und Nutzung von erhaltenswerter Bausubstanz, Einhaltung der Vorschriften des DSchG NRW, - Effiziente, zeitnahe und rechtssichere Beratung und Unterstützung der Unteren Denkmalbehörden - Terminangebot für Beratungen von Kommunen innerhalb einer Woche - Effiziente Fachaufsicht: - Genehmigung von Denkmalbereichssatzungen innerhalb von 4 Wochen - mind. eine Geschäftsprüfung pro Untere Denkmalbehörde alle 5 Jahre, d.h. 2-3 pro Jahr
<u>Zielgruppen</u>	Untere Denkmalbehörden im Oberbergischen Kreis, Einsender von Eingaben, Beschwerden und Petitionen, Denkmaleigentümer, Rheinisches Amt für Denkmalpflege

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen**1.10.02 Denkmalschutz u. Denkmalpflege**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
11	- Personalaufwendungen			44.832	45.221	45.611	46.013
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			1.547	1.563	1.554	1.575
17	= Ordentliche Aufwendungen			46.379	46.785	47.165	47.589
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			46.379	46.785	47.165	47.589
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			46.379	46.785	47.165	47.589
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			46.379	46.785	47.165	47.589
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			4.744	3.215	3.218	3.235
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			51.123	50.000	50.383	50.824

Planerläuterung Teilergebnisplan

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen**1.10.02 Denkmalschutz u. Denkmalpflege**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
10	- Personalauszahlungen			28.350		28.633	28.919	29.209
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			28.350		28.633	28.919	29.209
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			28.350		28.633	28.919	29.209

**Beschreibung**

Im Bereich der Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum

- Entscheidung über Anträge auf
 - o Förderung des Neubaus und des Erwerbs von selbstgenutztem Wohneigentum
 - o Reduzierung von Barrieren im Bestand
 - o Durchführung von baulichen Änderungen
- Förderzusagen
- Bau- und Finanzierungsberatung, Ortstermine
- Bauzustandsbesichtigungen

Im Bereich der Förderung von Mietwohnungen

- Entscheidung über Anträge auf
 - o Förderung des Neubaus und der Modernisierung von Mietwohnungen
 - o Reduzierung von Barrieren im Bestand
- Förderzusagen
- Bau- und Finanzierungsberatung, Ortstermine
- Bauzustandsbesichtigungen

Auftragsgrundlage

Wohnraumförderungsgesetz – WoFG

Wohnungsbauförderungsgesetz NRW (WBFG)

i.V.m. dem jeweils aktuellen Wohnraumförderungsprogramm des Landes NRW

Ziele

- Nachhaltige Versorgung mit preiswertem Wohnraum
- Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen
- Schaffung von selbstgenutztem Wohneigentum, insbesondere für Haushalte mit Kindern
- Anpassung von Wohnraum an geänderte Wohnbedürfnisse

Zielgruppen

Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind. Investoren, Eigentümer/innen von bestehendem Wohnraum

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.10 Bauen und Wohnen**1.10.03 Wohnungsbauförderung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-35.000	-35.000	-35.000	-35.000
10	= Ordentliche Erträge			-35.000	-35.000	-35.000	-35.000
11	- Personalaufwendungen			307.352	310.179	313.022	315.922
17	= Ordentliche Aufwendungen			307.352	310.179	313.022	315.922
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			272.352	275.179	278.022	280.922
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			272.352	275.179	278.022	280.922
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			272.352	275.179	278.022	280.922
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			39.229	39.528	39.336	39.714
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			311.580	314.707	317.358	320.636

Planerläuterung Teilergebnisplan

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Entscheidungen im sozialen Wohnungsbau ausgewiesen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.



Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.10 Bauen und Wohnen**1.10.03 Wohnungsbauförderung**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-35.000		-35.000	-35.000	-35.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-35.000		-35.000	-35.000	-35.000
10	- Personalauszahlungen			212.746		214.873	217.022	219.193
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			212.746		214.873	217.022	219.193
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			177.746		179.873	182.022	184.193



Beschreibung

Erfassung, Kontrolle und Überwachung von Sozialwohnungen

- Erteilung von Nutzungsgenehmigungen
- Mietangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Wohnungsbindungsgesetz (WoBindG), Wohnraumförderungsgesetz (WoFG)

Ziele

Zielgruppen

Vermieter und Eigentümer, Wohnungsinhaber und Wohnungssuchende

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.10 Bauen und Wohnen**1.10.04 Wohnraumsicherung und -versorgung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-15.000	-15.000	-15.000	-15.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-12.000	-12.000	-12.000	-12.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
10	= Ordentliche Erträge			-32.000	-32.000	-32.000	-32.000
11	- Personalaufwendungen			238.215	240.418	242.633	244.889
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			24.822	23.254	22.569	22.826
17	= Ordentliche Aufwendungen			263.037	263.672	265.202	267.715
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			231.037	231.672	233.202	235.715
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			231.037	231.672	233.202	235.715
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			231.037	231.672	233.202	235.715
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			24.378	24.517	24.539	24.681
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			255.414	256.189	257.741	260.396

Planerläuterung Teilergebnisplan

Bei der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* handelt es sich um Gebühren (Kostenart 431100) für Entscheidungen nach dem WoBindG. Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden die Verwaltungskostenbeiträge (Kostenart 442200) der Wohnungsbauförderungsanstalt vereinnahmt. Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* weist Geldleistungen nach § 25 WoBindG aus (Kostenart 452100).



In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich um die Weiterleitung der Geldleistung (Kostenart 549900) nach §25 WoBindG an die WFA. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat III

1.10 Bauen und Wohnen**1.10.04 Wohnraumsicherung und -versorgung**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-15.000		-15.000	-15.000	-15.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-12.000		-12.000	-12.000	-12.000
7	+ Sonstige Einzahlungen			-5.000		-5.000	-5.000	-5.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-32.000		-32.000	-32.000	-32.000
10	- Personalauszahlungen			166.154		167.816	169.494	171.189
15	- sonstige Auszahlungen			5.000		5.000	5.000	5.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			171.154		172.816	174.494	176.189
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			139.154		140.816	142.494	144.189



<u>Beschreibung</u>	Fachaufsicht über die Unteren Bauaufsichtsbehörden im Oberbergischen Kreis durch - Beratung und Information der Unteren Bauaufsichtsbehörden - Durchführung von Geschäftsprüfungen - Bearbeitung von Eingaben, Beschwerden und Petitionen
<u>Auftragsgrundlage</u>	Beratung von Bürgern in Bauangelegenheiten BauGB, BauO NRW, Baunebenrecht, VwVfG, VwGO
<u>Ziele</u>	- Einhaltung bauordnungs- und bauplanungsrechtlicher Vorschriften im Wege der Fachaufsicht: - Reaktion auf Eingaben innerhalb einer Woche - Geschäftsprüfungen der Unteren Bauaufsichtsbehörden alle 5 Jahre - effiziente, zeitnahe und rechtssichere Beratung und Unterstützung der Unteren Bauaufsichtsbehörden - Beantwortung von Beratungsanfragen innerhalb einer Woche - Angebot zu einem Beratungstermin innerhalb einer Woche
<u>Zielgruppen</u>	Untere Bauaufsichtsbehörden im Oberbergischen Kreis, Einsender von Eingaben, Beschwerden und Petitionen, am Bau beteiligte, Bezirksregierung, Ministerium für Bauen und Verkehr

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen**1.10.05 Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-400	-200		
10	= Ordentliche Erträge			-400	-200		
11	- Personalaufwendungen			82.300	83.003	83.708	84.435
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			2.736	2.765	2.749	2.786
17	= Ordentliche Aufwendungen			85.036	85.768	86.457	87.221
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			84.636	85.568	86.457	87.221
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			84.636	85.568	86.457	87.221
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			84.636	85.568	86.457	87.221
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			8.391	5.687	5.691	5.722
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			93.028	91.255	92.148	92.944

Planerläuterung Teilergebnisplan

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden anfallende Widerspruchsgebühren (Kostenart 431100) vereinnahmt. Es handelt sich um auslaufende Verfahren, die in ihrer Entstehung vor Verabschiedung des Bürokratieabbaugesetzes anzusiedeln sind.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.



Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen**1.10.05 Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-400		-200		
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-400		-200		
10	- Personalauszahlungen			50.700		51.206	51.718	52.236
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			50.700		51.206	51.718	52.236
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			50.300		51.006	51.718	52.236

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-1.851.977	-1.880.488	-1.926.003	-1.980.333
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-2.100	-2.100	-2.100	-2.100
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-3.000	-3.000	-3.000	-3.000
10	= Ordentliche Erträge			-1.857.077	-1.885.588	-1.931.103	-1.985.433
11	- Personalaufwendungen			617.019	622.989	629.006	635.104
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			2.103.500	2.129.000	2.146.500	2.182.500
14	- Bilanzielle Abschreibungen			3.878.503	3.907.865	3.970.483	4.038.655
15	- Transferaufwendungen			1.554.000	1.978.000	2.130.000	2.130.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			940.704	942.141	941.892	942.432
17	= Ordentliche Aufwendungen			9.093.727	9.579.995	9.817.881	9.928.692
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			7.236.650	7.694.407	7.886.778	7.943.259
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen			1.000	1.000	1.000	1.000
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)			1.000	1.000	1.000	1.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			7.237.650	7.695.407	7.887.778	7.944.259
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			7.237.650	7.695.407	7.887.778	7.944.259
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			65.211	64.680	64.650	64.895
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			7.302.861	7.760.087	7.952.428	8.009.154

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV


Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-945.147		-945.147	-945.147	-945.147
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-2.100		-2.100	-2.100	-2.100
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-3.000		-3.000	-3.000	-3.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-950.247		-950.247	-950.247	-950.247
10	- Personalauszahlungen			461.705		466.323	470.986	475.696
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			2.103.500		2.129.000	2.146.500	2.182.500
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen			1.000		1.000	1.000	1.000
14	- Transferauszahlungen			1.554.000		1.978.000	2.130.000	2.130.000
15	- sonstige Auszahlungen			93.100		94.200	94.300	94.400
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			4.213.305		4.668.523	4.842.786	4.883.596
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			3.263.058		3.718.276	3.892.539	3.933.349
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			-442.000		-1.747.000	-2.025.000	-2.570.000
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen			-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
23	= investive Einzahlungen			-444.500		-1.749.500	-2.027.500	-2.572.500
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden			230.000		308.000	324.000	210.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			1.109.000		2.395.500	2.809.500	3.470.000
30	= investive Auszahlungen			1.339.000		2.703.500	3.133.500	3.680.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)			894.500		954.000	1.106.000	1.107.500



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.12.01.01 Neu-, Um- und Ausbau von Kreisstraßen

1.12.01.02 Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.12.01.01****Neu-, Um- und Ausbau von Kreisstraßen****Beschreibung**

Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Baumaßnahmen, die der Erstellung und Umgestaltung von Kreisstraßen innerhalb des 212,3 km langen Gesamtnetzes (Stand 01.01.2009) einschließlich der begleitenden Geh- und Radwege und der Ingenieurbauwerke dienen. Dazu gehören

- Planung und Bürgerbeteiligung / Planfeststellung
- Grunderwerb und Vermessung
- Zuschussbearbeitung
- Durchführungsvereinbarungen mit Beteiligten
- Ausschreibung und Vergabe
- Bauleitung
- Abrechnung
- Erfüllung landschaftsrechtlicher Ausgleichsverpflichtungen

Auftragsgrundlage

Straßen- und Wegegesetz NRW (StrWG NRW), Fernstraßengesetz und dazu erlassene Richtlinien, Beschlüsse des Kreistages, Förderrichtlinien Stadtverkehr (vormals Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz), Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), Straßenverkehrsgesetz / -ordnung

Ziele

Stetige und nachhaltige Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Leistungsfähigkeit der Kreisstraßen unter Nutzung möglicher Landesförderungen durch Baumaßnahmen, mittels derer auch bei zunehmender Verkehrsstärke

- die durchschnittliche Unfallhäufigkeit im Gesamtnetz in der mittelfristigen Betrachtung stetig abnimmt
- die prozentuale Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten stetig abnimmt
- die Gesamtlänge der Geh- und Radwege / begehbaren Bankette bis 2015 um mind. 5 km erhöht wird
- bis 2020 mind. 85 % der Kreisstraßenlänge eine Fahrbahnbreite von mind. 4,75 m haben, durch die ein gefahrloser Begegnungsverkehr ermöglicht wird (2008: 74 %)
- schädigende Einflüsse auf Anliegergrundstücke durch Wassereintrag oder dergl. so kurzfristig beseitigt werden, dass keine Haftungsansprüche entstehen

Zielgruppen

motorisierte und nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer, Straßenanlieger, ÖPNV-Nutzer, Kommunen, Bauunternehmen

**1.12.01.02****Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen****Beschreibung**

Tätigkeiten zur Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht, zur Substanzerhaltung oder –wiederherstellung, zur Bestandsverwaltung und zur Regelung der Nutzungsbedürfnisse Dritter auf und an den insgesamt 212,3 km langen Kreisstraßen (Stand 01.01.2009) durch

- Straßenunterhaltung einschl. Winterdienst (wird vertraglich vom Landesbetrieb Straßen NRW und den Städten Gummersbach und Hückeswagen eigenverantwortlich wahrgenommen; dem OBK obliegen Kontrollfunktionen)
- Ausschreibung, Vergabe, Bauleitung und Abrechnung von Instandsetzungsarbeiten
- Widmungen, Einziehungen, Umstufungen, Ortsdurchfahrtenfestsetzungen nach Vorgabe des StrWG NRW sowie sonstige straßen-, wasser- und abfallrechtliche Regelungen
- Grundstücks- und Straßenbestandserfassung, -bewertung und –bereinigung
- straßenfachliche Begleitung von Bauleitplanungen, baulichen Anlagen an Kreisstraßen, besonderen Veranstaltungen und Großraum-/Schwertransporten
- Genehmigung und Überwachung von Versorgeraufbrüchen

Auftragsgrundlage

Straßen- und Wegegesetz NRW (StrWG NRW), Straßenverkehrsordnung, Beschlüsse des Kreistages, Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), Telekommunikationsgesetz, Rahmen- und Gestattungsverträge mit Versorgern

Ziele

Erhaltung der Substanz und damit dem Vermögens- und Gebrauchswert des Gesamtnetzes durch Unterhaltungs-, Instandsetzungs- und Überwachungsleistungen in einem Zustand, der mindestens der Durchschnittsnote des Vorjahres entspricht

Zielgruppen

Verkehrsteilnehmer, Straßenanlieger, Kommunen, Versorgungsträger, Bau- und Transportunternehmen

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-906.830	-935.341	-980.856	-1.035.186
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-2.100	-2.100	-2.100	-2.100
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-3.000	-3.000	-3.000	-3.000
10	= Ordentliche Erträge			-911.930	-940.441	-985.956	-1.040.286
11	- Personalaufwendungen			477.977	482.757	487.584	492.461
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			2.038.500	2.064.000	2.081.500	2.117.500
14	- Bilanzielle Abschreibungen			3.878.503	3.907.865	3.970.483	4.038.655
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			55.614	56.985	56.771	57.239
17	= Ordentliche Aufwendungen			6.450.594	6.511.607	6.596.338	6.705.856
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			5.538.664	5.571.166	5.610.382	5.665.570
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen			1.000	1.000	1.000	1.000
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)			1.000	1.000	1.000	1.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			5.539.664	5.572.166	5.611.382	5.666.570
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			5.539.664	5.572.166	5.611.382	5.666.570
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			54.799	54.977	54.887	55.071
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			5.594.463	5.627.143	5.666.270	5.721.640



Planerläuterung Teilergebnisplan

In der Kontengruppe *Zuwendungen und allg. Umlagen* sind die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen des Landes abgebildet. Diese Position ist die "Gegenposition" zu den Abschreibungen.

Die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* beinhaltet Entgelte für Ausschreibungsunterlagen (Kostenart 441100) sowie die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung (Kostenart 441200).

Über die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden die Erstattungen von Gemeinden (Kostenart 442300) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden die Kosten der nachfolgend aufgeführten Maßnahmen verbucht:

- Instandsetzungsmaßnahmen zur Straßenerhaltung (Kostenart 523140)
- Erhaltung der Straßenausstattung (Kostenart 523140)
- Kosten der Grundstücksbewirtschaftung (Kostenart 524908)
- Kosten für Ausrüstungsgegenstände zur Bestandsverwaltung (Kostenart 529100)

Darüber hinaus werden an dieser Stelle die Entschädigungen an den Landesbetrieb Straßen NRW sowie an Kommunen für die Unterhaltung der Kreisstraßen verausgabt (Kostenart 523200).

In der Zeile *Bilanzielle Abschreibungen* sind die Aufwendungen für Abschreibungen (AfA für Brücken u. Tunnel, Straßen, Wege, Plätze, etc.) abgebildet.

Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich um die Kosten von Bodenuntersuchungen und Prüfungen im Straßenbestand (Kostenart 542919) sowie die an Wasserverbände zu zahlenden Gewässerunterhaltungsbeiträge (Kostenart 544900). Darüber hinaus werden hier Kosten für die Anpachtung von Grundstücken (Kostenart 542100) und für Bekanntmachungen bei Straßenrechtsverfahren u. Ausschreibungen (Kostenart 543600) veranschlagt. Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, Ausrüstungsgegenstände zur Bestandsverwaltung, Kosten für



Bodenuntersuchungen und Prüfung im Straßenbestand, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Die Kontengruppe *Zinsen und ähnliche Aufwendungen* erfasst Zinsaufwendungen, die für überzahlte Landeszuweisungen anfallen.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet. Weitere Belastungen erfährt die Produktgruppe „Öffentliche Verkehrsflächen“ durch die Verrechnung der Abschreibungen für Straßen sowie für Bauwerke an Straßen, vermindert um die entsprechenden Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen o.ä. kostenmindernden Erlösen. Hierbei finden sowohl Altanlagen als auch Neuinvestitionen Berücksichtigung.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-2.100		-2.100	-2.100	-2.100
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-3.000		-3.000	-3.000	-3.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-5.100		-5.100	-5.100	-5.100
10	- Personalauszahlungen			376.277		380.040	383.840	387.679
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			2.038.500		2.064.000	2.081.500	2.117.500
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen			1.000		1.000	1.000	1.000
15	- sonstige Auszahlungen			33.100		34.200	34.300	34.400
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			2.448.877		2.479.240	2.500.640	2.540.579
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			2.443.777		2.474.140	2.495.540	2.535.479
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			-442.000		-1.747.000	-2.025.000	-2.570.000
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen			-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
23	= investive Einzahlungen			-444.500		-1.749.500	-2.027.500	-2.572.500
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden			230.000		308.000	324.000	210.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			1.109.000		2.395.500	2.809.500	3.470.000
30	= investive Auszahlungen			1.339.000		2.703.500	3.133.500	3.680.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)			894.500		954.000	1.106.000	1.107.500

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
1.12.01 Eigenfinanz. Straßenbaumaßnahmen										
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-2.000		-2.000	-2.000	-2.000		-8.000
6	=	Summe Einzahlungen		-2.000		-2.000	-2.000	-2.000		-8.000
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		40.000		40.000	40.000	40.000		160.000
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen		532.000		532.500	532.500	533.000		2.130.000
13	=	Summe Auszahlungen		572.000		572.500	572.500	573.000		2.290.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		570.000		570.500	570.500	571.000		2.282.000

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
1.12.01 Planung der Kreisstraßenprojekte										
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen		107.000		107.000	107.000	107.000		428.000
13	=	Summe Auszahlungen		107.000		107.000	107.000	107.000		428.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		107.000		107.000	107.000	107.000		428.000

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
1.12.01 Straßenbegleit. Radwege										
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen					-351.000	-302.000		-653.000
6	=	Summe Einzahlungen					-351.000	-302.000		-653.000
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		20.000		20.000	50.000	40.000		130.000
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen					400.000	370.000		770.000
13	=	Summe Auszahlungen		20.000		20.000	450.000	410.000		900.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		20.000		20.000	99.000	108.000		247.000

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
1.12.01 Verk.sich. K17 Oberbr.										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						-250.000			-250.000
6	= Summe Einzahlungen						-250.000			-250.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden					5.000	10.000	10.000		25.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen						320.000	30.000		350.000
13	= Summe Auszahlungen					5.000	330.000	40.000		375.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)					5.000	80.000	40.000		125.000

verantwortlich: Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze			Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
1.12.01 Ausbau K18/39 Dohrgaul											
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen			-310.000		-303.000	-14.000	-50.000		-677.000
6	=	Summe Einzahlungen			-310.000		-303.000	-14.000	-50.000		-677.000
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			20.000		30.000	16.000			66.000
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen			460.000		370.000				830.000
13	=	Summe Auszahlungen			480.000		400.000	16.000			896.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			170.000		97.000	2.000	-50.000		219.000

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
1.12.01 Verk.sich. K23 Belmicke										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen					-100.000	-18.000	-16.000		-134.000
6	= Summe Einzahlungen					-100.000	-18.000	-16.000		-134.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			1.000		3.000	1.000			5.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen					186.000				186.000
13	= Summe Auszahlungen			1.000		189.000	1.000			191.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			1.000		89.000	-17.000	-16.000		57.000

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
1.12.01 Knoten K23/Bahnstr.										
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						-240.000		-240.000
6	=	Summe Einzahlungen						-240.000		-240.000
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden					5.000	20.000		25.000
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen						290.000		290.000
13	=	Summe Auszahlungen					5.000	310.000		315.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)					5.000	70.000		75.000

verantwortlich: Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze			Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
1.12.01 Knoten K23/B55											
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen					-260.000	-230.000	-60.000		-550.000
6	=	Summe Einzahlungen					-260.000	-230.000	-60.000		-550.000
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			60.000		150.000	50.000	40.000		300.000
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen					200.000	250.000	100.000		550.000
13	=	Summe Auszahlungen			60.000		350.000	300.000	140.000		850.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			60.000		90.000	70.000	80.000		300.000

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
1.12.01 Umbau K24 Schmitzhöhe										
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-25.000		-32.000				-57.000
6	=	Summe Einzahlungen		-25.000		-32.000				-57.000
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		1.000						1.000
13	=	Summe Auszahlungen		1.000						1.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		-24.000		-32.000				-56.000

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
1.12.01 Verlängerung K28										
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen					-320.000	-1.820.000		-2.140.000
6	=	Summe Einzahlungen					-320.000	-1.820.000		-2.140.000
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden					100.000	20.000		120.000
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen					200.000	1.800.000		2.000.000
13	=	Summe Auszahlungen					300.000	1.820.000		2.120.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)					-20.000			-20.000

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
1.12.01 Kreisverkehrsplatz K52 Marienhagen										
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-35.000						-35.000
6	=	Summe Einzahlungen		-35.000						-35.000
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		8.000						8.000
13	=	Summe Auszahlungen		8.000						8.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		-27.000						-27.000

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen			-2.500		-2.500	-2.500	-2.500		-10.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			-2.500		-2.500	-2.500	-2.500		-10.000

**Beschreibung**

- Planung, Ausgestaltung und Organisation des ÖPNV im Oberbergischen Kreis:
Aufstellung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Oberbergischen Kreis. Der Plan beinhaltet Ziele und Rahmenvorgaben für das betriebliche Leistungsangebot und seine Finanzierung sowie die Investitionsplanung. Benachbarte ÖPNV-Aufgabenträger haben sich bei der Aufstellung ihrer Nahverkehrspläne abzustimmen
- Nahverkehrsförderung:
Investitionsförderung (Busse / sonst. ÖPNV-Investitionen) und Vorhaltekostenförderung (Betriebskostenzuschüsse)
- Auferlegung oder Vereinbarung gemeinwirtschaftlicher Verkehrsleistungen:
Der Oberbergische Kreis ist zuständige Behörde für die Auferlegung oder Vereinbarung gemeinwirtschaftlicher Verkehrsleistungen über öffentliche Personenverkehrsdienste
- Zweckverband Nahverkehr Rheinland und Zweckverband VRS:
Mitwirkung und Mitfinanzierung

Auftragsgrundlage

ÖPNV-Gesetz NRW, Personenbeförderungsgesetz, EU-Verordnungen und -Richtlinien

Ziele

Sicherstellung eines leistungsfähigen, kundenorientierten und wirtschaftlich tragbaren ÖPNV-Angebotes im Oberbergischen Kreis

Zielgruppen

Fahrgäste von Bus und Bahn, im ÖPNV tätige Verkehrsunternehmen im Oberbergischen Kreis

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.12.02 ÖPNV**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-945.147	-945.147	-945.147	-945.147
10	= Ordentliche Erträge			-945.147	-945.147	-945.147	-945.147
11	- Personalaufwendungen			139.042	140.232	141.421	142.644
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			65.000	65.000	65.000	65.000
15	- Transferaufwendungen			1.554.000	1.978.000	2.130.000	2.130.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			885.091	885.156	885.121	885.193
17	= Ordentliche Aufwendungen			2.643.132	3.068.387	3.221.542	3.222.836
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			1.697.985	2.123.240	2.276.395	2.277.689
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			1.697.985	2.123.240	2.276.395	2.277.689
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			1.697.985	2.123.240	2.276.395	2.277.689
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			10.413	9.703	9.763	9.824
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			1.708.398	2.132.944	2.286.158	2.287.514

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan ÖPNV**

Über die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* werden die Zuweisungen des Land (Kostenart 414200) vereinnahmt. Hierzu gehört die sogenannte Aufgabenträgerpauschale nach den Maßgaben des ÖPNVG NRW sowie die Investitionsförderung des Landes (siehe Teilprodukt 1.12.02.01.01), welche in voller Höhe weitergeleitet wird.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* beinhaltet die Kosten des Nahverkehrsplans (Kostenart 529916). Dazu gehören die Planung zur Umsetzung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes sowie die Umsetzung des Nahverkehrsplanes. In die Kontengruppe *Transferaufwendungen* werden Aufwendungen für Zuschüsse an verbundene Unternehmen (Kostenart 531600) gebucht, hier der Zuschuss an die Oberbergische Verkehrsgesellschaft (OVAG) für die Erbringung gemeinwirtschaftlicher Leistungen.

In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Aufwendungen aus der Verlustübernahme (Kostenart 545300) bzw. der Fehlbetragsabdeckung für den Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS GmbH) verausgabt. Diese Umlage wird an den Zweckverband VRS ausgezahlt, welcher diesen Betrag an die VRS-GmbH weiterleitet. Des weiteren werden in dieser Kontengruppe auch die Mittel aus der Investitionsförderung des Landes weitergeleitet (Kostenart 546900, siehe Erläuterung zu Zuwendungen und allgemeine Umlagen). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.12.02 ÖPNV**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-945.147		-945.147	-945.147	-945.147
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-945.147		-945.147	-945.147	-945.147
10	- Personalauszahlungen			85.428		86.283	87.146	88.017
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			65.000		65.000	65.000	65.000
14	- Transferauszahlungen			1.554.000		1.978.000	2.130.000	2.130.000
15	- sonstige Auszahlungen			60.000		60.000	60.000	60.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			1.764.428		2.189.283	2.342.146	2.343.017
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			819.281		1.244.136	1.396.999	1.397.870

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.13 Natur- und Landschaftspflege

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-117.500	-121.500	-118.300	-108.700
3	+ Sonstige Transfererträge			-250	-250	-250	-250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-8.750	-8.750	-8.750	-8.750
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-438.000	-438.000	-438.000	-438.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-2.700	-2.700	-2.700	-2.700
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-28.000	-28.000	-28.000	-28.000
10	= Ordentliche Erträge			-595.200	-599.200	-596.000	-586.400
11	- Personalaufwendungen			745.547	752.123	758.716	765.470
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			442.800	447.300	447.900	450.400
14	- Bilanzielle Abschreibungen			344	1.031	1.719	2.406
15	- Transferaufwendungen			16.500	16.500	16.500	16.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			132.353	137.683	133.291	122.207
17	= Ordentliche Aufwendungen			1.337.544	1.354.637	1.358.126	1.356.983
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			742.344	755.437	762.126	770.583
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			742.344	755.437	762.126	770.583
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			742.344	755.437	762.126	770.583
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			57.144	55.271	55.487	55.820
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			799.488	810.708	817.613	826.404



Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.13 Natur- und Landschaftspflege


Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-117.500		-121.500	-118.300	-108.700
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen			-250		-250	-250	-250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-8.750		-8.750	-8.750	-8.750
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-438.000		-438.000	-438.000	-438.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-2.700		-2.700	-2.700	-2.700
7	+ Sonstige Einzahlungen			-28.000		-28.000	-28.000	-28.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-595.200		-599.200	-596.000	-586.400
10	- Personalauszahlungen			482.197		487.019	491.889	496.807
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			442.800		447.300	447.900	450.400
14	- Transferauszahlungen			16.500		16.500	16.500	16.500
15	- sonstige Auszahlungen			102.700		107.700	103.700	92.200
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			1.044.197		1.058.519	1.059.989	1.055.907
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			448.997		459.319	463.989	469.507
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			-46.000		-46.000	-46.000	-46.000
23	= investive Einzahlungen			-46.000		-46.000	-46.000	-46.000
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden			55.000		55.000	55.000	55.000
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			5.500		5.500	5.500	5.500
30	= investive Auszahlungen			60.500		60.500	60.500	60.500

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.13 Natur- und Landschaftspflege

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./.. Auszahlung)			14.500		14.500	14.500	14.500



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.13.01.01 Landschaftsschutz, Landschaftspflege

1.13.01.02 Landschaftsplanung, Landschaftsentwicklung

1.13.01.02.01 Landschaftspflegemaßnahmen

1.13.01.02.02 Landschaftsplanung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.13.01.01****Landschaftsschutz, Landschaftspflege****Beschreibung**

- Ordnungsrechtliche Verfahren nach Landschaftsrecht
- Erteilung von Befreiungen und Ausnahmegenehmigungen nach dem Landschaftsgesetz, Landschaftsplänen und ordnungsbehördlichen Verordnungen
- Stellungnahmen und ggf. Genehmigungen zu Reitregelungen, Wanderwegen, Veranstaltungen, Leitungstrassen, forstlichen Wegbau, wasserrechtlichen und baulichen Verfahren u.a. Maßnahmen,
- Ausgabe von Reitkennzeichen
- Betreuung des Landschaftsbeirates und der Landschaftswacht
- Betreuung, Pflege, Erhaltung und Verkehrssicherung von Naturdenkmälern (Bäumen), - Aufbau und Pflege eines Naturdenkmalkatasters
- Ausgleichs- u. Ersatzmaßnahmen (u.a. Festsetzung von Ersatzgeldzahlungen gem. Landschaftsgesetz)
- Förderung der Oberbergischen Naturschutzvereine
- Landschaftspflegerische Maßnahmen, - Vergabe von Gestaltungs- und Pflegearbeiten

Auftragsgrundlage

Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz, Landschaftspläne, ordnungsbehördliche Verordnungen

Ziele**Zielgruppen**

Ordnungspflichtige, andere Ämter der Kreisverwaltung, Landschaftsbeirat, Landschaftswacht, Oberbergische Naturschutzvereine, Grundstückseigentümer, Städte u. Gemeinden

**1.13.01.02****Landschaftsplanung, Landschaftsentwicklung****Beschreibung**

- Durchführung von Aufstellungs- und Änderungsverfahren bei Landschaftsplänen
- Durchführung von Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit der Biologischen Station Oberberg e.V. (BSO)
- Abwicklung des Vertragsnaturschutzes
- Durchführung von Unterschutzstellungsverfahren und Mitwirkung bei Unterschutzstellung außerhalb der Landschaftsplanung
- Prüfung und ggf. Ausübung des gesetzlichen Vorkaufsrechtes
- Stellungnahmen zu Verfahren anderer Träger der Landschaftsplanung
- Abgrenzung und Betreuung gesetzlich geschützter Biotope
- Führung von Bestandsverzeichnissen (Kompensation, Schutzflächen und –objekte)
- Mitarbeit bei der Erstellung und Überwachung von Flächenpools / Ökokonten
- Verwaltung und Verwendung der im Rahmen von Eingriffen in Natur und Landschaft eingemommener Ersatzgelder
- Koordinierungstätigkeiten bei der Organisation und Betreuung des BSO und der Bergischen Agentur für Kulturlandschaft gGmbH (BAK)
- Koordination und Betreuung von jährlich zwei FÖJ-Stellen (Freiwilliges ökologisches Jahr)
- Vollzug des Artenschutzes

Auftragsgrundlage

Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz NRW, Durchführungsverordnung zum Landschaftsgesetz NRW, Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung, Bundesartenschutzverordnung, Gesetz zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres, diverse EU-Verordnungen und –Richtlinien, Beschlüsse der politischen Gremien



Ziele

Strategische Ziele:

Schutz, Pflege und Entwicklung der Kulturlandschaft für die naturbezogenen Erholung sowie zur Erhaltung und Förderung gefährdeter Lebensräume, Tiere und Pflanzen unter größtmöglichem Interessensausgleich zwischen privaten und öffentlichen Belangen

Operative Ziele:

- Erarbeitung und Umsetzung einer flächendeckenden Landschaftsplanung bei gleichzeitig kontinuierlicher Reduzierung der Sachkosten durch Nutzung neuer automatischer Verfahren
- Optimierung des Vertragsnaturschutzes durch maximale Ausschöpfung der Finanzzuweisungen der EU und des Landes zur Honorierung und Förderung einer naturverträglichen Landwirtschaft
- Vorläufiger Abschluss der kreisweiten Abgrenzung gesetzlich geschützter Biotop

Zielgruppen

Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Fachbehörden, Biologische Station Oberberg, Planungsträger, Land- und Forstwirte, Naturschutzverbände, sonstige Träger öffentlicher Belange

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dez. II, Dez. IV

1.13 Natur- und Landschaftspflege**1.13.01 Natur und Landschaft**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-112.500	-116.500	-113.300	-103.700
3	+ Sonstige Transfererträge			-250	-250	-250	-250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-8.750	-8.750	-8.750	-8.750
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-2.700	-2.700	-2.700	-2.700
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-28.000	-28.000	-28.000	-28.000
10	= Ordentliche Erträge			-152.200	-156.200	-153.000	-143.400
11	- Personalaufwendungen			626.197	631.592	636.995	642.545
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			282.800	287.300	287.900	290.400
15	- Transferaufwendungen			2.500	2.500	2.500	2.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			108.097	113.362	109.204	98.012
17	= Ordentliche Aufwendungen			1.019.594	1.034.754	1.036.599	1.033.457
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			867.394	878.554	883.599	890.057
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			867.394	878.554	883.599	890.057
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			867.394	878.554	883.599	890.057
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			45.418	43.483	43.679	43.949
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			912.812	922.037	927.278	934.006

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Natur und Landschaftsschutz**

Die Produktgruppe „1.13.01 Natur und Landschaft“ beinhaltet das Produkt „1.13.01.01 Landschaftsschutz, Landschaftspflege“ (Amt 67) und das Produkt „1.13.01.02 Landschaftsplanung, Landschaftsentwicklung“ (Amt 61).

Bei der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* handelt es sich um Zuweisungen vom Land (Kostenart 414200) für landschaftspflegerische Maßnahmen innerhalb und außerhalb von Landschaftsplänen sowie Landeszuschüsse zu den Kosten von Landschaftsplänen (Amt 61). In der Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* werden die Rückzahlungen (Kostenart 429200) von nichtverbrauchten Mitteln (Rückzahlungen von Zuweisungen) vereinnahmt (Amt 61). In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für die Kennzeichnung von Reitpferden verbucht (Amt 67). Unter die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung* fallen alle Erstattungen von übrigen Bereichen (Kostenart 442900) sowie andere sonstige Kostenerstattungen (Kostenart 443900). Kostenerstattungen sind im Rahmen der Kennzeichnungspflicht von Reitpferden und bei Ersatzvornamen vorgesehen (Amt 67). Als *sonstige ordentlichen Erträge* werden ordnungsrechtlichen Erträge (Kostenart 452100) wie Zwangs- u. Verwarnungsgelder (Amt 67) sowie Ersatzgeldzahlungen (Kostenart 452410) nach dem Landschaftsgesetz NRW (Amt 61) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen und andere Sach- und Dienstleistungen (Kostenart 529900) gebucht, beispielsweise die Kosten im Rahmen der Kennzeichnungspflicht von Reitpferden, Kosten für den Aufbau und die Pflege des Naturdenkmalkatasters sowie die Sachkosten für den Landschaftsbeirat und die Landschaftswacht (Amt 67). Weitere Aufwendungen entstehen für die Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 524902) und sonstige Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes sowie Verkehrssicherheitsmaßnahmen (Kostenart 524906) an Naturdenkmälern (Amt 67). Des weiteren werden in der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* Kosten für die Umsetzung der FFH – u. Vogelschutzrichtlinien verausgabt, die Kosten des Kreiskulturlandschaftsprogramms (Kostenart 529917), die Kostenbeteiligung an der EDV-Koordinierungsstelle der BSO, Kosten für die Beschaffung von Planungsunterlagen, Kosten für Landschaftspflegemaßnahmen (Kostenart 529918), die Verwendung von Ersatzgeldzahlungen (Kostenart 529919) sowie Sachkosten im Rahmen des Artenschutzes (Kostenart 529920, Amt 61).

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* fallen die Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche (Kostenart 531900), z. B. Oberbergischen Naturschutzvereine, (Amt 67). Zur Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören: Kosten für Dienst- u. Schutzkleidung (Kostenart 541600), die Erstellung von Gutachten, die Pflege des Bestandsverzeichnisses nach dem Landschaftsgesetz, der Eigenanteil zur Unterhaltung der Biologische Station (Kostenart



542912), Werkverträge (Kostenart 542913) im Rahmen der Umsetzung Vertragsnaturschutz, Aufklärungsmaßnahmen/Drucksachen (Kostenart 543200, Amt 61/67) sowie Kosten der Landschaftsplanung (Kostenart 543908, Amt 61). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dez. II, Dez. IV

1.13 Natur- und Landschaftspflege**1.13.01 Natur und Landschaft**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-112.500		-116.500	-113.300	-103.700
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen			-250		-250	-250	-250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-8.750		-8.750	-8.750	-8.750
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-2.700		-2.700	-2.700	-2.700
7	+ Sonstige Einzahlungen			-28.000		-28.000	-28.000	-28.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-152.200		-156.200	-153.000	-143.400
10	- Personalauszahlungen			389.842		393.740	397.678	401.654
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			282.800		287.300	287.900	290.400
14	- Transferauszahlungen			2.500		2.500	2.500	2.500
15	- sonstige Auszahlungen			86.400		91.400	87.400	75.900
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			761.542		774.940	775.478	770.454
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			609.342		618.740	622.478	627.054
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			-46.000		-46.000	-46.000	-46.000
23	= investive Einzahlungen			-46.000		-46.000	-46.000	-46.000
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden			55.000		55.000	55.000	55.000
30	= investive Auszahlungen			55.000		55.000	55.000	55.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)			9.000		9.000	9.000	9.000

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dez. II, Dez. IV

1.13 Natur- und Landschaftspflege**1.13.01 Natur und Landschaft**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen			-46.000		-46.000	-46.000	-46.000		-184.000
2	- Summe der investiven Auszahlungen			55.000		55.000	55.000	55.000		220.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			9.000		9.000	9.000	9.000		36.000



Beschreibung

Optimierung der Forstwirtschaft im ökologischen und ökonomischen Sinn
Erhaltung von gesunden und stabilen Wäldern
Verkauf von Rohholz aus Laub- und Nadelholz in allen anfallenden Sortimenten (d.h. Papierholz, Industrieholz, Palettenholz, Zaunholz etc.).

Auftragsgrundlage

Landesforstgesetz, Bundeswaldgesetz, Landschaftsgesetz

Ziele

- Erhöhung des Laubholzanteils auf 50 % der Betriebsfläche (auf Laubholz geeigneten Standflächen)
- Positives Betriebsergebnis zur Unterstützung des Kreishaushaltes

Zielgruppen

Bürger im Naherholungsgebiet Oberbergischer Kreis

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.13 Natur- und Landschaftspflege**1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-438.000	-438.000	-438.000	-438.000
10	= Ordentliche Erträge			-443.000	-443.000	-443.000	-443.000
11	- Personalaufwendungen			119.350	120.531	121.720	122.925
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			160.000	160.000	160.000	160.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen			344	1.031	1.719	2.406
15	- Transferaufwendungen			14.000	14.000	14.000	14.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			24.256	24.321	24.087	24.196
17	= Ordentliche Aufwendungen			317.950	319.883	321.527	323.526
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			-125.050	-123.117	-121.473	-119.474
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			-125.050	-123.117	-121.473	-119.474
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			-125.050	-123.117	-121.473	-119.474
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			11.726	11.788	11.808	11.871
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			-113.324	-111.329	-109.666	-107.602



Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet die Landeszuweisung (Kostenart 414200) zu waldbaulichen Maßnahmen. In der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* sind die Einnahmen aus Holzverkäufen und Kleinholzverkauf, aus dem Verkauf von Öko-Punkten sowie Erlöse aus dem Verkauf von Grundvermögen (Kostenart 441100) zusammengefasst. Darüber hinaus sind in dieser Summe Einnahmen aus Pachten und Nutzungsentschädigungen (Kostenart 441200) enthalten.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfasst die Kosten der Unterhaltung und Instandsetzung der Waldarbeiterhütte (Kostenart 523100), der Unterhaltung der Holzabfuhrwege (Kostenart 523200), der Unterhaltung/Neuanschaffung von Geräten und Schutzkleidung (Kostenart 523600) sowie die Kosten für Unternehmereinsatz (Kostenart 523100). Des weiteren werden an dieser Stelle Kosten für Neuanpflanzungen (Kostenart 523700), Kosten für die Erstellung des Wirtschaftsplans und Kosten für Katasterunterlagen bzw. Kartenmaterial (Kostenart 529100) veranschlagt. Über die Kontengruppe *Transferaufwendungen* wird der Zuschuss für Maßnahmen im Privatwald (Kostenart 531900) abgebildet.

In der Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die allgemeinen Geschäftsausgaben und die vermischten Ausgaben, aber auch die Umlage Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft (Unfallversicherung, Kostenart 544120) und Abgaben erfasst. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsauswendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.13 Natur- und Landschaftspflege**1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-5.000		-5.000	-5.000	-5.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-438.000		-438.000	-438.000	-438.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-443.000		-443.000	-443.000	-443.000
10	- Personalauszahlungen			92.355		93.279	94.211	95.153
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			160.000		160.000	160.000	160.000
14	- Transferauszahlungen			14.000		14.000	14.000	14.000
15	- sonstige Auszahlungen			16.300		16.300	16.300	16.300
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			282.655		283.579	284.511	285.453
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			-160.345		-159.421	-158.489	-157.547
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			5.500		5.500	5.500	5.500
30	= investive Auszahlungen			5.500		5.500	5.500	5.500
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)			5.500		5.500	5.500	5.500

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen			5.500		5.500	5.500	5.500		22.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			5.500		5.500	5.500	5.500		22.000

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.14 Umweltschutz


Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-80.000	-80.000	-80.000	-80.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-121.500	-121.500	-121.500	-121.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-311.300	-311.300	-311.300	-311.300
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-6.250	-6.250	-6.250	-6.250
10	= Ordentliche Erträge			-519.050	-519.050	-519.050	-519.050
11	- Personalaufwendungen			1.820.408	1.836.464	1.852.567	1.869.054
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			119.300	119.300	119.300	119.300
14	- Bilanzielle Abschreibungen			8.624	8.978	9.332	9.687
15	- Transferaufwendungen			10.000	10.000	10.000	10.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			340.422	344.092	343.596	344.471
17	= Ordentliche Aufwendungen			2.298.754	2.318.834	2.334.795	2.352.512
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			1.779.704	1.799.784	1.815.745	1.833.462
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			1.779.704	1.799.784	1.815.745	1.833.462
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			1.779.704	1.799.784	1.815.745	1.833.462
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-15.668	-15.760	-15.785	-15.879
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			135.185	135.709	135.592	136.129
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			1.899.222	1.919.733	1.935.552	1.953.713



Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.14 Umweltschutz

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-80.000		-80.000	-80.000	-80.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-121.500		-121.500	-121.500	-121.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-304.750		-304.750	-304.750	-304.750
7	+ Sonstige Einzahlungen			-6.250		-6.250	-6.250	-6.250
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-512.500		-512.500	-512.500	-512.500
10	- Personalauszahlungen			1.182.043		1.193.864	1.205.801	1.217.859
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			119.300		119.300	119.300	119.300
14	- Transferauszahlungen			10.000		10.000	10.000	10.000
15	- sonstige Auszahlungen			287.750		290.750	290.750	290.750
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			1.599.093		1.613.914	1.625.851	1.637.909
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			1.086.593		1.101.414	1.113.351	1.125.409



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.14.01.01 Bodenschutz und Altlasten

1.14.01.02 Abfall

1.14.01.03 Immissionsschutz

1.14.01.04 Gewässerschutz, Gewässerbewirtschaftung, Abgrabungen

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.14.01.01

Bodenschutz und Altlasten

Beschreibung

- Erfassung und Erstbewertung von Altlastenverdachtsflächen, Maßnahmen zur Gefahrenermittlung (Amtsermittlung), Ordnungsrechtliche Verfahren zur Gefahrenermittlung, Ahndung, Durchführung / Anordnung von Sanierungs- und Sicherungsmaßnahmen
- Baubetreuung und -überwachung (Bauleitung)
- Ausschreibung und Vergabeverfahren, Förderverfahren
- Kontrollen und Überwachung, Deponienachsorge
- Stellungnahmen zu Plan- u. Genehmigungsverfahren, TÖB
- Durchführung von Maßnahmen des vorsorgenden Bodenschutzes, Verfahren von Ausweisung von Bodenschutzgebieten
- Erfassen und Pflege von boden- u. abfallrelevanten Umweltdaten

Auftragsgrundlage

Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG), Landesbodenschutzgesetz NW (LBodSchG), Bundesbodenschutz- u. Altlastenverordnung (BbodSchV)

Ziele

Zielgruppen

Bürger, Industrie- u. Gewerbebetriebe, Kommunen, Planungsträger, Investoren



1.14.01.02

Abfall

Beschreibung

- Ordnungsbehördliche und OWI-Verfahren zur Beseitigung und Ahndung illegaler Abfallablagerungen
- Abfallrechtliche Maßnahmen bei Schadensereignissen
- Überwachung der Entsorgung gefährlicher (Sonder-) Abfälle aus Kleingewerbe und Industrie (Betriebsbesuche, Betriebserfassung) sowie Überwachungsmaßnahmen nach diversen Verordnungen
- Mitwirkung / Stellungnahmen / Ortsbesichtigungen in Verfahren Dritter (Abbruchverfahren, BImSchG-Anlagen, Baugenehmigungen, Strafverfahren, Altlastensanierungen)
- Genehmigung und Überwachung von Erddeponien
- Abfallüberwachungssystem (ASYS): Datenerfassung und -pflege im Landesprogramm

Auftragsgrundlage

Kreislaufwirtschafts- u. Abfallgesetz , Landesabfallgesetz NW und diverse untergesetzliche Regelwerke

Ziele

Zielgruppen

Gewerbliche und private Abfallerzeuger, -besitzer im Kreisgebiet, andere Behörden

**1.14.01.03****Immissionsschutz****Beschreibung**

- Genehmigung der Errichtung und des Betriebs von Anlagen (Betriebsstätten, Maschinen, Geräte, Lagerflächen etc.) mit potenziell schädlichen Umwelteinwirkungen
- Kontrolle und Überwachung des ordnungsgemäßen Betriebs von gewerblichen Anlagen, einschließlich Anpassung der Anlagen an den Stand der Technik
- Anlassbezogene Überwachung der Anlagen bei Anhaltspunkten für von der Anlage ausgehende schädliche Umwelteinwirkungen
- Beratung bei Errichtung und Betrieb von Anlagen, die keiner Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz bedürfen
- Mitwirkung / fachtechnische Stellungnahmen / Ortsbesichtigungen in Verfahren Dritter (Baugenehmigungen, bauplanungsrechtliche Verfahren, Zulassungen nach der Betriebssicherheitsverordnung)
- Ausnahmegenehmigungen für Tätigkeiten während der Nachtzeit sowie an Sonn- und Feiertagen
- Durchführung ordnungsrechtlicher Verfahren
- Klärung grundsätzlicher Fragen im Immissionsschutzrecht

Auftragsgrundlage

Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG), Verordnungen zur Durchführung des BImSchG (z.Zt. 38 VOs), Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG), Landesimmissionsschutzgesetz (LImSchG), Technische Richtlinien (TA-Luft, TA-Lärm, Geruchsimmissions-Richtlinie), Baunutzungsverordnung (BauNVO)

Ziele**Zielgruppen**

Betreiber von Anlagen aus Industrie und Gewerbe, Kommunen und kommunale Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger

**1.14.01.04****Gewässerschutz, Gewässerbewirtschaftung, Abgrabungen****Beschreibung**

- Wasserrechtliche Zulassungen (Genehmigung, Bewilligung, Erlaubnis, Befreiung, Eignungsfeststellung) von Abwasserbehandlungsanlagen, Gewässer-benutzungen in Grundwasser u. oberirdische Gewässer, Indirekteinleitungen, von Anlagen zum Umgang mit wgf. Stoffen u. im Rahmen des Ausbaus und Unterhaltung von Gewässern sowie der Wassergewinnung einschließlich Wasserschutzgebieten
- Abgrabungsrechtliche Zulassungen von Abgrabungen und deren Rekultivierungen
- Ordnungsrechtliche Verfahren zur gewässerverträglichen Gestaltung und Unterhaltung der vg. Anlagen und Benutzungen sowie zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Abgrabungen
- Kontrolle und Überwachung der vg. Anlagen und Benutzungen
- Mitwirkung / fachtechnische Stellungnahmen / Ortsbesichtigungen in Verfahren Dritter (BImSchG-Anlagen, Baugenehmigungen, Strafverfahren, Altlastensanierungen, Abfallrechtlichen Verfahren usw.)
- Durchführung von WISTO / RAL – Verfahren
- Maßnahmen des vorbeugenden Gewässerschutzes
- Maßnahmen zur Gefahrenerkundung und -abwehr bei Gewässerverunreinigungen u. -gefährdungen, einschließlich einer Rufbereitschaft für Schadensfälle
- Durchführung von wasserrechtlichen Zwangsrechtsverfahren
- Klärung grundsätzlicher Fragen im Wasserrecht und Abgrabungsrecht
- AkoPro / UIS (Umweltinformationssystem): Aufbau, Pflege und Fortschreibung, Informationspflicht gegenüber übergeordneter Behörden, Statistik, Beratung

Auftragsgrundlage

Wasserhaushaltsgesetz, Landeswassergesetz NW Abgrabungsgesetz, sowie dazugehörige Erlasse, Verordnungen und Richtlinien

Ziele

Serviceversprechen für garantierte Bearbeitungszeiten für Genehmigungs- u. Erlaubnisansträge mit Ausnahme formgebundener Verfahren:

Die Untere Wasserbehörde entscheidet in 80 % der Fälle innerhalb von 40 Arbeitstagen nach Vorlage vollständiger und prüffähiger Antragsunterlagen über die Erteilung der beantragten Genehmigungen / Erlaubnisse

Zielgruppen

Bürgerinnen und Bürger, Industrie und Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft, Kommunen und kommunale Unternehmen, Wasserverbände und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts, Wasserversorgungsunternehmen, Straßenbaulastträger Träger öffentlicher Belange

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat II

1.14 Umweltschutz**1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-80.000	-80.000	-80.000	-80.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-121.500	-121.500	-121.500	-121.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-311.300	-311.300	-311.300	-311.300
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-6.250	-6.250	-6.250	-6.250
10	= Ordentliche Erträge			-519.050	-519.050	-519.050	-519.050
11	- Personalaufwendungen			1.820.408	1.836.464	1.852.567	1.869.054
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			119.300	119.300	119.300	119.300
14	- Bilanzielle Abschreibungen			8.624	8.978	9.332	9.687
15	- Transferaufwendungen			10.000	10.000	10.000	10.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			340.422	344.092	343.596	344.471
17	= Ordentliche Aufwendungen			2.298.754	2.318.834	2.334.795	2.352.512
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			1.779.704	1.799.784	1.815.745	1.833.462
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			1.779.704	1.799.784	1.815.745	1.833.462
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			1.779.704	1.799.784	1.815.745	1.833.462
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-15.668	-15.760	-15.785	-15.879
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			135.185	135.709	135.592	136.129

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat II

1.14 Umweltschutz**1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			1.899.222	1.919.733	1.935.552	1.953.713

Planerläuterung Teilergebnisplan

Unter der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* werden Landeszuschüsse (Kostenart 414200) für Maßnahmen im Bereich der Altlasten bzw. für den Bereich des Bodenschutzes (Produkt Bodenschutz und Altlasten) vereinnahmt. Für Maßnahmen der Gefährdungsabschätzung und Sanierung von Altlasten sowie für Maßnahmen des Bodenschutzes können Landeszuschüsse in Höhe bis zu 80 % der tatsächlichen Gesamtausgaben beantragt werden.

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Auskünfte aus dem Altflächenkataster (Produkt Bodenschutz und Altlasten), Verwaltungsgebühren für Wasserrechtssachen (Produkt Gewässerschutz, -bewirt., Abgrabungen) und weitere allgemeine Verwaltungsgebühren (Produkt Abfall und Produkt Immissionsschutz) veranschlagt.

Bei der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden die Erstattungen des Zweckverbandes BAV (Mitgliedsbeitrag AAV, Kostenart 442400) und andere sonstige Kostenerstattungen (Produkt Bodenschutz und Altlasten) angesetzt. Hierzu gehört auch die Kostenerstattung i. R. d. Gefahrenabwehr. Unter andere sonstige Kostenerstattungen fällt die Erstattung von Kosten zur Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Produkt Abfall). Die Erstattungen vom Land teilen sich in Personalkosten- und Sachkostenerstattung (Kostenart 443906 u. 443907) auf. Erstattungen aller übrigen Bereiche (Kostenart 442900) umfassen die Erstattung von Kosten für Vollstreckungs- und Zwangsmaßnahmen (Produkt Immissionsschutz).

Bei den *sonstigen ordentlichen Erträgen* werden alle Erträge, die nicht einer anderen Kontengruppe zuzuordnen sind, verbucht: beispielsweise die Zwangsgelder (Kostenart 452120) zur Durchführung ordnungsbehördlicher Anordnungen (Produkt Bodenschutz und Altlasten), die Zwangsgeldeinnahmen bei den Produkten Gewässerschutz, -bewirtschaftung, Abgrabungen und Abfall.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden die Aufwendungen für den Unterhalt der Betriebs- und Geschäftsausstattung und die anderen sonstigen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen gebucht. Hierzu gehört die Beschaffung von Katastermaterial, die Beschaffung von Geräten oder Materialien oder die Kosten der Digitalisierung des Altlasten-Verdachtsflächen-Katasters (Produkt Bodenschutz und Altlasten). Die Kontengruppe



Transferaufwendungen beinhaltet die Einnahmeablieferungen an das Land (Kostenart 539320) , d.h. Verwaltungsgebühren werden an das Land weitergeleitet (Produkt Immissionsschutz).

Über der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Aufwendungen für Maßnahmen des Bodenschutzes und der Gefährdungsabschätzung (Kostenart 543903) sowie die Sanierung von Altlasten (Produkt Bodenschutz und Altlasten, Kostenart 543904) und der Mitgliedsbeitrag AAV (gesetzliche Verpflichtung n. d. AAV-Gesetz, Kostenart 544300) verausgabt. Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören auch die Kosten für Wasser und Abwasserproben (Kostenart 542914), andere sonstige Geschäftsaufwendungen für Grundlagenermittlung und Gewässerschauen und die Beiträge zu Wirtschaftsverbänden, Berufsvertretungen und Vereinen (Produkt Gewässerschutz, -bewirt., Abgrabungen). Unter Prüfung, Beratung, Rechtsschutz sind die Kosten für Untersuchungen u. Gutachten im Abfallbereich gefasst (Produkt Abfall). Sachverständigen- und Gutachterkosten (Produkt Immissionsschutz) werden auch als sonstiger ordentlicher Aufwand verstanden. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat II

1.14 Umweltschutz**1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-80.000		-80.000	-80.000	-80.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-121.500		-121.500	-121.500	-121.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-304.750		-304.750	-304.750	-304.750
7	+ Sonstige Einzahlungen			-6.250		-6.250	-6.250	-6.250
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-512.500		-512.500	-512.500	-512.500
10	- Personalauszahlungen			1.182.043		1.193.864	1.205.801	1.217.859
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			119.300		119.300	119.300	119.300
14	- Transferauszahlungen			10.000		10.000	10.000	10.000
15	- sonstige Auszahlungen			287.750		290.750	290.750	290.750
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			1.599.093		1.613.914	1.625.851	1.637.909
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			1.086.593		1.101.414	1.113.351	1.125.409

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.15 Wirtschaft und Tourismus

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-2.022.500		-22.500	
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-42.700	-40.700	-40.700	-40.700
10	= Ordentliche Erträge			-2.065.200	-40.700	-63.200	-40.700
11	- Personalaufwendungen			672.427	678.625	684.853	691.204
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			2.297.450	195.750	156.000	68.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen			3.450	3.591	3.733	3.875
15	- Transferaufwendungen			123.200	123.200	123.200	113.200
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			229.243	204.726	228.813	204.519
17	= Ordentliche Aufwendungen			3.325.770	1.205.892	1.196.599	1.080.797
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			1.260.570	1.165.192	1.133.399	1.040.097
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			1.260.570	1.165.192	1.133.399	1.040.097
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			1.260.570	1.165.192	1.133.399	1.040.097
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-39.229	-39.528	-39.336	-39.714
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			63.652	63.901	64.111	64.367
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			1.284.993	1.189.564	1.158.174	1.064.750

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.15 Wirtschaft und Tourismus

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-2.022.500			-22.500	
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-42.700		-40.700	-40.700	-40.700
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-2.065.200		-40.700	-63.200	-40.700
10	- Personalauszahlungen			466.536		471.202	475.913	480.673
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			2.297.450		195.750	156.000	68.000
14	- Transferauszahlungen			123.200		123.200	123.200	113.200
15	- sonstige Auszahlungen			185.200		160.200	185.200	160.200
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			3.072.386		950.352	940.313	822.073
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			1.007.186		909.652	877.113	781.373



<u>Beschreibung</u>	Eine erfolgreiche mittelständische Wirtschaft kennzeichnet den Oberbergischen Kreis gleichermaßen wie dessen reizvolle Hügellandschaft und Waldreichtum. Der Oberbergische Kreis und dessen Wirtschaftsförderung unterstützen die in seinem Zuständigkeitsbereich ansässigen Betriebe durch eine mittelstandsorientierte Ausrichtung und zielgruppengerechte Angebote. In Kooperation mit den Städten und Gemeinden und wirtschaftspolitisch bedeutsamen Akteuren, wie der IHK Köln, der Fachhochschule Köln, Campus Gummersbach, u.a. wird der Wirtschaftsstandort Oberberg auf diese Weise weiterentwickelt und nach Innen und Außen beworben. Darüber hinaus unterstützt der Oberbergische Kreis ansiedlungsbereite Unternehmen und Gründerinnen und Gründer durch Information, Beratung und die Vermittlung von Förderprogrammen.
<u>Auftragsgrundlage</u>	Vorgaben des Kreistags und des Landrates, Gesetze, Förderrichtlinien, Ausschreibungen in Wettbewerbsverfahren, Gütekriterien der RAL-Gütegemeinschaft „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ und anderer Stellen; Startercentervereinbarung
<u>Ziele</u>	- Ausbau/Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und Rahmenbedingungen sowie der Arbeitsmarktsituation im OBK durch kurzfristig und langfristig angelegte Maßnahmen und Projekte, z.B. in den Bereichen „Mittelstandsorientierte Verwaltung“, „Cluster-Entwicklung“, „Frau und Beruf“ etc. - Unterstützung von Unternehmen im OBK durch Beratung, Durchführung von Informationsveranstaltungen und Messen, Vermittlung von Förderprogrammen sowie durch aktive Cluster- und Netzwerkarbeit - Kompetente und zeitnahe Informationen zu gründungsspezifischen Fragen - Informationen zu Gewerbeimmobilien im OBK durch individuelle Beratung und Präsentation - Bewerbung des Wirtschaftsstandortes Oberberg auf Messen und in den Medien
<u>Zielgruppen</u>	Kleine, mittlere und große Unternehmen im Oberbergischen Kreis, Gründerinnen und Gründer, Beschäftigte und Arbeitssuchende, Fachämter der Kreisverwaltung, Verbände und Institutionen

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.15 Wirtschaft und Tourismus**1.15.01 Wirtschaftsförderung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-2.022.500		-22.500	
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-12.000	-10.000	-10.000	-10.000
10	= Ordentliche Erträge			-2.034.500	-10.000	-32.500	-10.000
11	- Personalaufwendungen			411.737	415.428	419.130	422.918
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			2.216.200	125.750	86.000	68.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen			3.450	3.591	3.733	3.875
15	- Transferaufwendungen			55.000	55.000	55.000	45.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen			229.243	204.726	228.813	204.519
17	= Ordentliche Aufwendungen			2.915.630	804.495	792.676	744.311
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			881.130	794.495	760.176	734.311
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			881.130	794.495	760.176	734.311
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			881.130	794.495	760.176	734.311
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-77.636	-78.218	-77.844	-78.579
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			63.652	63.901	64.111	64.367
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			867.145	780.178	746.443	720.099

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wirtschaftsförderung**

Unter der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* sind die Finanzierungsbeiträge der Oberbergischen Sparkassen zum „Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ (Kostenart 414700) ausgewiesen. Des weiteren sind hier (nur 2009) Zuweisungen vom Zweckverband (Kostenart 414400) Bergischer Abfall Wirtschaftsverband (BAV) im Rahmen der Projektförderung Metabolon (siehe unten) veranschlagt. Die Position *Erträge aus Kostenerstattungen* umfasst die Erstattungen vom Land (Kostenart 442200) für den Bildungsscheck.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* ist die Kostenerstattung an die Regionalagentur (Kostenart 528904) sowie verschiedene Projektkosten veranschlagt: Lebensader Bröl (Kulturlandschaft Homburger Ländchen), Wasserquintett, Metabolon, Rad Region, Bergische Grauwacke, LISA, CheK.NRW (Kostenart 529925 bis 929928, 929932, 929935, 929936). Nachrichtlich: Die Kosten für Kreismarketing (Kostenart 529934) sowie für Regionale Entwicklung und Demographie (Kostenart 529914) sind im Produkt 1.09.01.01 veranschlagt.

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet Zuwendungen/Zuschüsse (Kostenart 531900) an folgende Bereiche: Aufbau regionale EFRE Struktur, Beteiligung an Kosten GO MIT, Unterstützung des Vereins Oberbergische Koordinierungsstelle Ausbildung e.V. sowie den Zuschuss zur REGIONALE 2010.

Die *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* umfassen die Beiträge zum Verein „Region Köln/Bonn e.V.“ sowie den Mitgliedsbeitrag „Gütegemeinschaft“ (Kostenart 544300), die Defizitübernahme „GTC Gummersbach“ (Kostenart 545300), die Aufwendungen für das „Bündnis für Familie“ (Kostenart 543902), die Kosten für das „Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung (RAL-Gütezeichen)“ (Kostenart 543901) sowie weitere sonstige Geschäftsaufwendungen (Inanspruchnahme von Informationsdiensten, Beschaffung von Material, Herausgabe von Schriften und sonstige Kosten der Wirtschaftsförderung). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.



Folgende Produkt/Teilprodukte dienen zur weiteren Differenzierung:

1.15.01.01	Bestandspflege und Entwicklung, „Ansiedl., Gründg.		
1.15.01.01.01	RAL-Gütezeichen	1.15.01.01.05	Aufbau regionale EFRE Struktur
1.15.01.01.02	REGIONALE 2010	1.15.01.01.06	Beteiligung Kosten GO Mit
1.15.01.01.03	Umsetzung/Qualif. Projekte Regionale 2010	1.15.01.01.07	Verein Köln/Bonn e.V.
1.15.01.01.04	Maßnahmen zur Berufsorientierung und Vorbereitung	1.15.01.01.08	GTC Gummersbach

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.15 Wirtschaft und Tourismus**1.15.01 Wirtschaftsförderung**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-2.022.500			-22.500	
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-12.000		-10.000	-10.000	-10.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-2.034.500		-10.000	-32.500	-10.000
10	- Personalauszahlungen			273.246		275.979	278.738	281.526
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			2.216.200		125.750	86.000	68.000
14	- Transferauszahlungen			55.000		55.000	55.000	45.000
15	- sonstige Auszahlungen			185.200		160.200	185.200	160.200
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			2.729.646		616.929	604.938	554.726
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			695.146		606.929	572.438	544.726

**Beschreibung**

Mit Blick auf seine landschaftliche Schönheit, die geprägt ist durch eine sanfte Hügellandschaft, Waldreichtum und zahlreiche Talsperren, sowie mit Blick auf ein großes Marktpotential im direkten Umland stellt der Oberbergische Kreis ein attraktives Tourismusziel, insbesondere für den Tages- und Wochenendtourismus, dar. Der heimischen Bevölkerung bieten Natur und Landschaft ein hohes Maß an Lebensqualität. Mit der Beteiligung an der Naturarena Bergisches Land GmbH und durch die Mitgliedschaft im Naturpark Bergisches Land und im Touristik-Verband Oberbergisches Land fördert der Oberbergische Kreis den Tourismus in den Bereichen „Infrastruktur“ und „Marketing“. Eine - mit Blick auf die Gesellschafterstrukturen begrenzte - Einflussnahmemöglichkeit besteht für den OBK insbesondere im Hinblick auf die regelmäßig stattfindenden Gremiensitzungen.

Auftragsgrundlage

Beschlüsse des Kreistages (freiwillige Aufgabe); ggf. Förderbestimmungen

Ziele

- Verbesserung der touristischen Infrastruktur sowie Steigerung des Bekanntheits-grades und des positiven Images des Oberbergischen Kreises als Tourismusregion. Steigerung der Gäste- und Besucherzahlen
- Öffentlichkeitsarbeit durch Herausgabe von Informationsmaterial und Teilnahme an Messen sowie an ausgewählten touristischen Veranstaltungen
- Steigerung der Lebensqualität der einheimischen Bevölkerung

Zielgruppen

Wirtschaft, Einwohner, Touristen, Kulturschaffende

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.15 Wirtschaft und Tourismus**1.15.02 Tourismus**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-30.700	-30.700	-30.700	-30.700
10	= Ordentliche Erträge			-30.700	-30.700	-30.700	-30.700
11	- Personalaufwendungen			260.690	263.197	265.723	268.286
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			81.250	70.000	70.000	
15	- Transferaufwendungen			68.200	68.200	68.200	68.200
17	= Ordentliche Aufwendungen			410.140	401.397	403.923	336.486
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			379.440	370.697	373.223	305.786
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			379.440	370.697	373.223	305.786
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			379.440	370.697	373.223	305.786
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			38.408	38.690	38.509	38.865
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			417.848	409.387	411.731	344.651

Planerläuterung Teilergebnisplan

Unter *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* ist die Personalkostenerstattung des Zweckverbandes Naturpark Bergisches Land (Kostenart 442400) veranschlagt. Dem Oberbergischen Kreis obliegt die Geschäftsführung für diesen Zweckverband.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.



Die *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* beinhalten die Kosten zum Projekt "Wege durch die Zeit" (Kostenart 529933).

Die *Transferaufwendungen* enthalten den Betriebskostenzuschuss (Kostenart 531600) zur Gesellschaft „Naturarena Bergisches Land GmbH“. Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 10.03.2005 beschlossen, dass sich der Oberbergische Kreis an dieser Gesellschaft beteiligt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Allg. Vertreter d. LR

1.15 Wirtschaft und Tourismus**1.15.02 Tourismus**

Teilfinanzplan			Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-30.700		-30.700	-30.700	-30.700
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-30.700		-30.700	-30.700	-30.700
10	-	Personalauszahlungen			193.290		195.223	197.175	199.147
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			81.250		70.000	70.000	
14	-	Transferauszahlungen			68.200		68.200	68.200	68.200
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			342.740		333.423	335.375	267.347
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			312.040		302.723	304.675	236.647

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
1	Steuern und ähnliche Abgaben			-300.000	-300.000	-300.000	-300.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-188.335.995	-193.957.988	-199.580.171	-205.661.710
10	= Ordentliche Erträge			-188.635.995	-194.257.988	-199.880.171	-205.961.710
15	- Transferaufwendungen			53.079.233	55.375.039	57.685.131	60.136.352
17	= Ordentliche Aufwendungen			53.079.233	55.375.039	57.685.131	60.136.352
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			-135.556.762	-138.882.949	-142.195.040	-145.825.358
19	+ Finanzerträge			-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen			3.707.374	3.670.184	3.552.994	3.366.062
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)			3.706.374	3.669.184	3.551.994	3.365.062
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			-131.850.388	-135.213.765	-138.643.046	-142.460.296
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			-131.850.388	-135.213.765	-138.643.046	-142.460.296
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			-131.850.388	-135.213.765	-138.643.046	-142.460.296

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: nn

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft



Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
1	Steuern und ähnliche Abgaben			-300.000		-300.000	-300.000	-300.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-188.335.995		-193.957.988	-199.580.171	-205.661.710
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen			-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-188.636.995		-194.258.988	-199.881.171	-205.962.710
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen			3.707.374		3.670.184	3.552.994	3.366.062
14	- Transferauszahlungen			53.079.233		55.375.039	57.685.131	60.136.352
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			56.786.607		59.045.223	61.238.125	63.502.414
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			-131.850.388		-135.213.765	-138.643.046	-142.460.296

**Beschreibung**

Die „Allgemeine Finanzwirtschaft“ stellt kein eigenständiges Produkt im engeren Sinne dar, sondern stellt die Finanzmittel dar, die dem Kreishaushalt produktunabhängig zufließen oder die der Haushalt produktunabhängig zu leisten hat. Aus Transparenzgründen werden hier nur die Finanzmittel und nicht die eigentliche Aufgabenwahrnehmung dargestellt:

Im Ergebnisplan:

- Jagdsteuer
- Schlüsselzuweisungen
- Kreisumlage
- Differenzierte Umlagen: Kreisvolkshochschule, Berufsschulen, Jugendamt
- Umlage an den Landschaftsverband

Auftragsgrundlage

Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), Kommunalabgabengesetz (KAG), Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG), jährliche Haushaltssatzung

Ziele

Senkung bzw. mind. Konstanthalten des Kreisumlagehebesatzes

Zielgruppen

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft**1.16.01 Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
1	Steuern und ähnliche Abgaben			-300.000	-300.000	-300.000	-300.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-188.335.995	-193.957.988	-199.580.171	-205.661.710
10	= Ordentliche Erträge			-188.635.995	-194.257.988	-199.880.171	-205.961.710
15	- Transferaufwendungen			53.079.233	55.375.039	57.685.131	60.136.352
17	= Ordentliche Aufwendungen			53.079.233	55.375.039	57.685.131	60.136.352
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			-135.556.762	-138.882.949	-142.195.040	-145.825.358
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			-135.556.762	-138.882.949	-142.195.040	-145.825.358
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			-135.556.762	-138.882.949	-142.195.040	-145.825.358
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			-135.556.762	-138.882.949	-142.195.040	-145.825.358

Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Kontengruppe *Steuern und ähnliche Abgaben* beinhaltet die Erträge aus der Jagdsteuer (Kostenart 403400).

Bei den *Zuwendungen und allgemeinen Umlagen* handelt es sich zum überwiegenden Teil um die Kreisumlage (Kostenart 417210). Darüber hinaus werden in dieser Kontengruppe die Schlüsselzuweisungen vom Land (Kostenart 411100) sowie die Umlagen aus den Mehrbelastungen Jugendamt (Kostenart 417220), Berufsschulwesen (Kostenart 417240) und Kreisvolkshochschule (Kostenart 417250) verbucht. In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* wird der Aufwand für die Landschaftsumlage (Kostenart 537240) erfasst. Nähere Erläuterungen können dem Vorbericht entnommen werden.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft**1.16.01 Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
1	Steuern und ähnliche Abgaben			-300.000		-300.000	-300.000	-300.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-188.335.995		-193.957.988	-199.580.171	-205.661.710
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-188.635.995		-194.257.988	-199.880.171	-205.961.710
14	- Transferauszahlungen			53.079.233		55.375.039	57.685.131	60.136.352
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			53.079.233		55.375.039	57.685.131	60.136.352
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			-135.556.762		-138.882.949	-142.195.040	-145.825.358



<u>Beschreibung</u>	Die „Allgemeine Finanzwirtschaft“ stellt kein eigenständiges Produkt im engeren Sinne dar, sondern stellt die Finanzmittel dar, die dem Kreishaushalt produktunabhängig zufließen oder die der Haushalt produktunabhängig zu leisten hat. Aus Transparenzgründen werden hier nur die Finanzmittel und nicht die eigentliche Aufgabenwahrnehmung dargestellt: <u>Im Ergebnisplan:</u> - Zinserträge - Zinsaufwendungen <u>Im Finanzplan:</u> Einzahlungen und Auszahlungen aus der Tilgung von vergebenen und aufgenommenen Krediten
<u>Auftragsgrundlage</u>	Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), jährliche Haushaltssatzung
<u>Ziele</u>	Einhaltung des Tilgungsvolumens laut Haushaltsplan
<u>Zielgruppen</u>	

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft**1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft**

Teilergebnisplan			Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
19	+	Finanzerträge			-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen			3.707.374	3.670.184	3.552.994	3.366.062
21	=	Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)			3.706.374	3.669.184	3.551.994	3.365.062
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			3.706.374	3.669.184	3.551.994	3.365.062
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			3.706.374	3.669.184	3.551.994	3.365.062
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)			3.706.374	3.669.184	3.551.994	3.365.062

Planerläuterung Teilergebnisplan

Bei den *Finanzerträgen* werden die Erträge aus Zinsen von Kreditinstituten (Kostenart 461800) vereinnahmt.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen sind einerseits an das Land zu leistende Zinsen (Kostenart 551200) aus Kreditverbindlichkeiten, andererseits an Kreditinstitute zu leistende Zinsen für langfristige Verbindlichkeiten (Kostenart 551800) und für Kassenkredite (Kostenart 551810). Da ein großer Teil der Verbindlichkeiten bei privaten Kreditinstituten besteht, machen diese über 95% des Zinsaufkommens aus.

Die anfallenden Auszahlungen für die Tilgung von Krediten sowie zu erwartende Einzahlungen aus Kreditaufnahmen werden ausschließlich im Gesamtfinanzplan in den Zeilen 33 und 34 abgebildet.

Haushaltsplan 2009

Oberbergischer Kreis

verantwortlich: Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft**1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen			-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen			3.707.374		3.670.184	3.552.994	3.366.062
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			3.707.374		3.670.184	3.552.994	3.366.062
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)			3.706.374		3.669.184	3.551.994	3.365.062

Stellenplan

Stellenplan - Teil A: Beamte

Wahlbeamte und Laufbahngruppen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen 2009			Zahl der Stellen 2008	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2008	Vermerke, Erläuterungen
		insgesamt	mit Zulage *1	ausgesondert *2			
Wahlbeamte	B 7	1		1	1	1	
	B 4	1		1	0	0	
Höherer Dienst	B 2	2			3	3	
	A 16	2			2	2	
	A 15	10		1	9,5	9	
	A 14	18		2	20	19	
	A 13	12		1	8	8	
Gehobener Dienst	A 13	11,5			11,5	11,5	
	A 12	45	2	4	44	44	
	A 11	83		1	82,5	77,5	
	A 10	43		2	44,5	44,5	
	A 9	19,5			18,5	16	
Mittlerer Dienst	A 9	27	14		26	26	
	A 8	41	3		36,5	36,5	
	A 7	5,5	2		7,5	7,5	
	A 6	0			0	0	
Gesamt:		321,5	21	13	314,5	305,5	

* 1 Zahl der Stellen, die mit einer Zulage nach den Vorbemerkungen oder Fußnoten der Bes.-Gruppen ausgestattet sind.

* 2 Zahl der Stellen, die bei der Anwendung der Obergrenzen unberücksichtigt bleiben (StoV - Gem)

Stellenplan - Teil B: Tariflich Beschäftigte

Entgeltgruppe / Sondertarif		Zahl der Stellen 2009	Zahl der Stellen 2008	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2008	Vermerke, Erläuterungen
Entgeltgruppe	15 TVöD	3	5	4	
	14 TVöD	9	9	8	
	13 TVöD	6,5	5	5	
	12 TVöD	17,5	16,5	15,5	
	11 TVöD	35,5	35	33	
	10 TVöD	26	20,5	15,5	
	9 TVöD	79,5	78,5	68,5	
	8 TVöD	56	60,5	60	
	7 TVöD	0	0	0	
	6 TVöD	85	83,5	83,5	
	5 TVöD	33,5	33	32,5	
	4 TVöD	3,5	3,5	3,5	
	3 TVöD	6,5	5,5	5,5	
	2 TVöD	9,5	10	10	
	1 TVöD	0	0	0	
	Sondertarif	11	8,5	8,5	
Gesamt:		382	374	353	

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - BEAMTE -

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Wahlbeamte		Höherer Dienst					Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst				Gesamt
		B 7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	
01.01	Politische Gremien										0,5							0,5
01.02	Verwaltungsführung	1	1	2	2		1			1								8
01.03	Gleichstellung von Frau und Mann								0,5									0,5
01.04	Beschäftigtenvertretung										1							1
01.05	Rechnungsprüfung						1			3,5	1							5,5
01.06	Zentrale Dienste						0,5			2	0,5		1,5		1			5,5
01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit								1									1
01.08	Personalmanagement					1			1	1	2,5	2		1	4,5			13
01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen						0,5		1		3,5	1	1	3	5,5	1		16,5
01.10	Organisationsangelegenh. u. technikunterstützte Informationsverarbeitung						0,5			3	2	2	1					8,5
01.11	Recht					1	1	2										4
01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement								1						0,5			1,5
01.13	Technisches Immobilienmanagement						1				0,5							1,5
01.14	Kommunalaufsicht						0,5			2,5	1							4
01.15	Kreispolizeibehörde							1	1	1	1		1	1	1			7
02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten					0,5					2	0,5	1		1			5
02.02	Verbraucherschutz					0,5		1				1						2,5
02.03	Tiergesundheit					1,5					1				1			3,5
02.04	Verkehrsangelegenheiten						0,5			0,5			2,5	2,5	4	1		11
02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse														2			2

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - BEAMTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Wahlbeamte		Höherer Dienst					Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst				Gesamt
		B 7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	
02.06	Kfz-Angelegenheiten						0,5			1					0,5	1		3
02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen									2	1	2	3		3	1		12
02.09	Wahlen										0,5							0,5
02.10	Bevölkerungsschutz									2	1	1		6,5	3			13,5
02.11	Rettungsdienst					0,5						1		6,5	4			12
03.01	Förderschulen						0,5					0,5						1
03.02	Berufskollegs						0,5				1	0,5			0,5			2,5
03.04	Sonstige schulische Aufgaben							1			2,5			1				4,5
04.01	Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung									0,5								0,5
04.02	Volkshochschule					1	2	1		1		1			0,5			6,5
04.03	Museum									0,5								0,5
05.01	Unterstützung von Senioren								0,5		0,5	2,5						3,5
05.02	Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen						1		0,5	1,5	7	3,5	3,5	1	1,5	0,5		20
05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen									2,5	0,5	1,5	0,5	2				7
05.04	Betreuungsleistungen									1	5							6
06.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege								0,5	1		2			0,5			4
06.02	Jugendarbeit und Familienförderung							0,5	0,5		1,5							2,5
06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien						1,5	0,5	1	2	11,5	12,5			3,5	1		33,5
06.04	Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz											0,5			1			1,5
07.01	Gesundheitsförderung						1,5	2		0,5								4

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - BEAMTE -

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Wahlbeamte		Höherer Dienst					Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst				Gesamt
		B 7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	
07.02	Gutachten und Stellungnahmen						1											1
07.03	Gesundheitshilfe							1		0,5	4							5,5
07.04	Gesundheitsschutz											2,5		1				3,5
08.01	Sportförderung													0,5				0,5
09.01	Räumliche Planung					1	0,5			1	3,5							6
09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten					0,5		1	1	3	7	1						13,5
09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement									0,5								0,5
09.04	Grundstückswertermittlung					0,5					1							1,5
10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht					1			1	2,5	3,5	2	1		0,5			11,5
10.03	Wohnungsbauförderung										1		1					2
10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung													1	1			2
10.05	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht									0,5	0,5							1
12.02	ÖPNV						1				0,5							1,5
13.01	Natur und Landschaft						0,5			1	5	0,5	1					8
14.01	Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser					1		1		4	8,5	2	0,5		1			18
15.01	Wirtschaftsförderung						1		1	2								4
15.02	Tourismus												1					1

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - TARIFLICH BESCHÄFTIGTE -

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Entgeltgruppen - TVöD															Sonder- tarif	Gesamt
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1		
01.01	Politische Gremien										0,5							0,5
01.02	Verwaltungsführung							2	4									6
01.04	Beschäftigtenvertretung				1				1									2
01.05	Rechnungsprüfung				1							1						2
01.06	Zentrale Dienste							1,5	1		10,5	1	1	0,5				15,5
01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit					0,5												0,5
01.08	Personalmanagement							1			1	1		0,5				3,5
01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen					1		1	3			1,5						6,5
01.10	Organisationsangelegenh. u. technikunterstützte Informationsverarbeitung				3	3		2			0,5							8,5
01.11	Recht			0,5								1						1,5
01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement								3		3	1	1	0,5	9,5		2	20
01.13	Technisches Immobilienmanagement					3,5	2											5,5
01.15	Kreispolizeibehörde							1			2							3
02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten								0,5			1						1,5
02.02	Verbraucherschutz		2					5			0,5							7,5
02.03	Tiergesundheit		1			1		1	0,5									3,5
02.04	Verkehrsangelegenheiten				1			1	3		4	2,5						11,5
02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse						1	1,5	3,5									6
02.06	Kfz-Angelegenheiten						1	1	12		3	3						20
02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen							3,5	1			0,5						5

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - TARIFLICH BESCHÄFTIGTE -

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Entgeltgruppen - TVöD															Sonder- tarif	Gesamt
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1		
02.10	Bevölkerungsschutz				1			3	1		2	0,5						7,5
02.11	Rettungsdienst				1				1			1						3
03.01	Förderschulen							1			5	1	1,5	2,5			3	14
03.02	Berufskollegs								2		10			1				13
03.04	Sonstige schulische Aufgaben		1					1	0,5		3,5	1						7
04.01	Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung	0,5						1	0,5									2
04.02	Volkshochschule		1		2		1		1		1	1,5					5	12,5
04.03	Museum	0,5				1,5		1				0,5		0,5				4
04.04	Heimatbildstelle							0,5										0,5
05.01	Unterstützung von Senioren							0,5										0,5
05.02	Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen						1	3,5	2,5		1			0,5				8,5
05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen								0,5									0,5
05.04	Betreuungsleistungen										1							1
06.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege											0,5						0,5
06.02	Jugendarbeit und Familienförderung							1			0,5							1,5
06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien			3,5		2	10	13	1		5	1,5						36
06.04	Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz																	
07.01	Gesundheitsförderung	0,5	2,5						2,5		5,5			0,5				11,5
07.02	Gutachten und Stellungnahmen	1	0,5					0,5			3,5							5,5
07.03	Gesundheitshilfe	0,5					1		0,5		1							3

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - TARIFLICH BESCHÄFTIGTE -

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Entgeltgruppen - TVöD															Sonder- tarif	Gesamt
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1		
07.04	Gesundheitsschutz			0,5		1		5	1		3							10,5
09.01	Räumliche Planung				1	1			1		3,5							6,5
09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten		0,5		3	5	4,5	11	2,5		6	4,5						37
09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement		0,5		1		2,5	3	1,5		3							11,5
09.04	Grundstückswertermittlung				1	1					0,5	2						4,5
10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht					8		5	1		1	3,5						18,5
10.03	Wohnungsbauförderung					1		1				0,5						2,5
10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung								2			1						3
12.01	Öffentliche Verkehrsflächen					4	1	1,5	0,5		1							8
13.01	Natur und Landschaft										1							1
13.02	Wald, Forst- und Landwirtschaft					1						0,5					1	2,5
14.01	Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser			1	0,5		1	5,5	1		1	0,5						10,5
15.01	Wirtschaftsförderung			1	1						1							3
15.02	Tourismus					1												1

Stellenübersicht - Teil B: Dienstkräfte in der Probe- oder Ausbildungszeit

I. Beamte zur Anstellung

Amtsbezeichnung	Besoldungsgruppe	Zahl 2009 per 01.01.	Zahl 2008	Zahl am 30.06.2008	Vermerke, Erläuterungen
Kreissekretär z. A.	A 6	0	0	0	Beamte zur Anstellung können in 2009 - wie 2008 - bereits überwiegend als Stellenverwalter in Planstellen geführt werden. Insgesamt erfolgt die Ausweisung hier lediglich nachrichtlich.
Kreisinspektor z. A.	A 9	11	8	8	
Kreisbau- / Kreisvermessungsoberspektor z.A.	A 10	0	0	0	
Kreis.....rat z. A.	A 13	2	2	3	
G e s a m t :		13	10	11	

II. Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

Bezeichnung	Art der Vergütung	Zahl 2009	Zahl 2008	Zahl am 01.10.2008	Vermerke, Erläuterungen
Kreisinspektoranwärter	Anwärterbezüge	17	15	15	
Kreissekretäranwärter	Anwärterbezüge	6	4	4	
Kreisvermessungsoberspektoranwärter	Anwärterbezüge	1	0	0	
Auszubildende Kauffrau für Bürokommunikation	Ausbildungsvergütung	10	10	10	
Auszubildende Informatikkaufmann	Ausbildungsvergütung	1	1	1	
Auszubildende Vermessungstechniker	Ausbildungsvergütung	2	3	3	
Auszubildende Forstwirt	Ausbildungsvergütung	3	2	2	
Praktikanten	Pauschale	3	3	3	
G e s a m t :		43	38	38	

Hinweis: Die vorgenannten Bezeichnungen werden in weiblicher oder männlicher Form geführt.

Übersichten

Übersicht über die Bürgschaften

(§ 2 Abs. 2 Nr. 4 GemHVO)

Bürgschaft gewährt für	Betrag	Bank	Art
<i>Elterninitiative "Kleine Freunde" e.v. Hemmerholzer Weg 18, 51597 Morsbach</i>	51.129 €	KSK Köln	Ausfallbürgschaft
<i>Neubau des Kindergartens Engelskirchen-Schnellbach</i>	Der OBK übernimmt als zuständiger örtlicher Träger der öffentl. Jugendhilfe für die Mietzahlungen aus dem Mietvertrag zw. der Bauunternehmung und der Johanniter Unfallhilfe e.V. die Bürgschaft. (siehe KT-Beschluss v. 18.03.2004)		
<i>Neubau des Kindergartens Engelskirchen-Osberghausen</i>	Der OBK übernimmt als zuständiger örtlicher Träger der öffentl. Jugendhilfe für die Mietzahlungen aus dem Mietvertrag zw. der Bauunternehmung und der Johanniter gGmbH die Bürgschaft. (siehe KT-Beschluss v. 22.09.2005)		
<i>Übernahme einer Ausfallbürgschaft Kreiskrankenhaus Waldbröl</i>	Der OBK übernimmt als Gesellschafter des <i>Klinkums Oberbergs</i> entsprechend seinem Gesellschafteranteil gem. § 18 des Gesellschaftsvertrages in Höhe v. 95,7 % eine Ausfallbürgschaft für den von der Kreissparkasse Köln zur Verfügung gestellten Darlehensrahmen. Die Bürgschaft gilt zeitlich begrenzt für die Dauer bis zum 30.06.2025 (siehe KT-Beschluss v. 25.09.2008).		

Übersicht über den Stand von Sonderabgaben

Sonderabgaben sind einmalige oder laufende öffentlich-rechtliche Geldleistungen, die im Gegensatz zu Steuern nicht der allgemeinen Mittelbeschaffung sondern der Finanzierung eines bestimmten Sachzwecks dienen. Im Gegensatz zu Gebühren und Beiträgen stellen sie keine Entgelte für eine empfangene oder bevorzugt angebotene Leistung des öffentlich-rechtlichen Gemeinwesens dar. Zu den Sonderabgaben zählen auch Leistungen, bei denen an Stelle der Finanzierungsfunktion die Antriebs- und Ausgleichsfunktion im Vordergrund steht.

Bei den nach § 5 des Landschaftsgesetzes NW erhobenen Ersatzgeldern handelt es sich um Sonderabgaben, die zweckgebunden für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu verwenden sind. Ersatzgelder werden erhoben, wenn bei einem Eingriff in Natur und Landschaft der erforderliche Ausgleich vom Verursacher nicht durch Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen durchgeführt werden kann.

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17.07.2003 (BverfG 2 BvL 1/99) sind die Länder verpflichtet, dem Haushalt als Anlage eine Übersicht über den Bestand und die Entwicklung von Sonderabgaben beizufügen. Analog zu dieser Regelung ist nachfolgend der Bestand und die Entwicklung der Ersatzgelder nach Landschaftsgesetz aufgeführt:

Übersicht über den Stand und die Entwicklung der Ersatzgelder gemäß § 5 Landschaftsgesetz:

Haushalt:	Anfangsbestand 2007	Einnahmen 2007	Ausgaben 2007	Endbestand 2007 (=Anfangsbestand 2008)
Verwaltungshaushalt	54.619,59 €	0,00 €	6.754,09 €	47.865,50 €
Vermögenshaushalt	175.764,62 €	49.288,54 €	7.700,00 €	217.353,16 €
Gesamtbestand	230.384,21 €	49.288,54 €	14.454,09 €	265.218,66 €

Jahresabschlüsse

gem. § 2 Abs. 2 Ziffer 8 GemHVO

Übersichten gemäß § 2 Abs. 2 Ziff. 8 GemHVO

Informationen zu **Beteiligungen** an Unternehmen in privater Rechtsform können dem Beteiligungsbericht entnommen werden, welcher jährlich fortgeschrieben wird.

Erfolgspläne/Wirtschaftspläne

gem. § 2 Abs. 2 Ziffer 8 GemHVO

Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH

Mittelfristige Finanzplanung

	Kosten / Erlösart	Ist 2006	Ist 2007	Planung 2008	Prognose 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	Abweichung 2008 zu 2007	In %	Abweichung 2011 zu 2007	In %
40	Erlöse aus Pflegesätzen										
	DRG-Erlöse	36.195.899 €	36.670.689 €	37.138.916 €	38.610.305 €	39.035.408 €	39.324.835 €	468.226	1,28%	2.654.146	7,24%
	sonst.Entgelte	68.550 €	-33.863 €	-13.481 €	142.934 €	144.364 €	145.086 €	20.382	60,19%	178.948	528,45%
	Summe:	36.264.449 €	36.636.827 €	37.125.435 €	38.753.239 €	39.179.772 €	39.469.921 €	488.608	1,33%	2.833.094	7,73%
41	Erlöse aus Wahlleistungen	423.752 €	421.005 €	430.000 €	460.100 €	540.201 €	548.304 €	8.996	2,14%	127.300	30,24%
42	Erlöse aus Ambulanz	3.229.290 €	3.799.665 €	4.025.900 €	4.191.659 €	4.233.576 €	4.254.743 €	226.235	5,95%	455.079	11,98%
43	Erlöse aus Kostenerstattungen	1.170.791 €	1.289.689 €	1.175.000 €	1.192.625 €	1.204.551 €	1.222.620 €	-114.689	-8,89%	-67.069	-5,20%
44	Rückvergütungen / Sachbezüge	234.594 €	198.026 €	125.000 €	126.875 €	128.144 €	130.066 €	-73.026	-36,88%	-67.960	-34,32%
45	Erlöse aus Hilfs - / Nebenbetrieben	751.246 €	101.857 €	669.759 €	698.559 €	709.037 €	719.672 €	567.902	557,55%	617.815	606,55%
51	Zinsen	140.847 €	127.240 €	0 €	0 €	0 €	0 €	-127.240	-100,00%	-127.240	-100,00%
52	Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	140.081 €	69.759 €	0 €	0 €	0 €	0 €	-69.759	-100,00%	-69.759	-100,00%
57	sonst.ordentliche Erlöse	2.315.395 €	2.530.020 €	2.138.600 €	2.193.468 €	2.217.444 €	2.246.101 €	-391.420	-15,47%	-283.919	-11,22%
59	außerordentliche Erlöse	606.986 €	317.731 €	50.500 €	86.033 €	86.393 €	87.689 €	-267.231	-84,11%	-230.042	-72,40%
	Gesamterlöse:	45.277.431 €	45.491.817 €	45.740.194 €	47.702.557 €	48.299.117 €	48.679.116 €	248.377	0,55%	3.187.299	7,01%

Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH

Mittelfristige Finanzplanung

	Kosten / Erlösart	Ist 2006	Ist 2007	Planung 2008	Prognose 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	Abweichung 2008 zu 2007	In %	Abweichung 2011 zu 2007	In %
60 -	Personalkosten										
	Ärztlicher Dienst	7.287.735 €	7.334.194 €	7.597.600 €	7.924.297 €	7.992.663 €	8.010.044 €	263.406	3,59%	675.850	9,22%
	Pflegedienst	9.475.152 €	8.893.073 €	8.755.008 €	8.647.041 €	8.757.137 €	8.888.494 €	-138.065	-1,55%	-4.579	-0,05%
	Med.Techn.Dienst	2.636.369 €	2.398.383 €	1.505.686 €	1.501.476 €	1.464.370 €	1.439.902 €	-892.697	-37,22%	-958.481	-39,96%
	Funktionsdienst	3.174.856 €	3.058.832 €	3.182.964 €	3.272.503 €	3.278.331 €	3.244.575 €	124.132	4,06%	185.743	6,07%
	Klin.Hauspersonal	428.487 €	50.945 €	41.229 €	13.031 €	0 €	0 €	-9.716	-19,07%	-50.945	-100,00%
	Wirtsch / Versor. dienst	824.371 €	245.833 €	189.105 €	155.495 €	157.827 €	160.195 €	-56.728	-23,08%	-85.638	-34,84%
	Techn.Dienst	515.201 €	537.378 €	493.045 €	514.246 €	521.960 €	529.789 €	-44.333	-8,25%	-7.589	-1,41%
	Verwaltungsdienst	1.976.178 €	1.837.249 €	2.018.938 €	2.076.478 €	2.037.001 €	1.952.761 €	181.689	9,89%	115.512	6,29%
	Sonderdienst	268.807 €	228.132 €	0 €	0 €	0 €	0 €	-228.132	-100,00%	-228.132	-100,00%
	sonst.Personal	976.413 €	1.041.254 €	1.133.864 €	1.182.621 €	1.200.360 €	1.218.365 €	92.610	8,89%	177.111	17,01%
	Ausbildungsdienst	0 €	10.097 €	0 €	0 €	0 €	0 €	-10.097	-100,00%	-10.097	-100,00%
	FSJ Gestellungsgeld	119.842 €	139.046 €	139.200 €	145.186 €	147.363 €	149.574 €	154	0,11%	10.528	7,57%
64	nicht zurechenb.Personalkosten	638.270 €	0 €	0 €				0		0	
	davon GuV, Beiträge	0 €	118.000 €	144.180 €	145.622 €	147.078 €	148.549 €	26.180	22,19%	30.549	25,89%
	davon GuV, Insolvenzgeld	0 €	42.064 €	42.485 €	42.909 €	43.339 €	43.772 €	421	1,00%	1.708	4,06%
	davon Betriebsärztl. Dienst	0 €	36.964 €	37.330 €	37.703 €	38.080 €	38.461 €	366	0,99%	1.497	4,05%
	Beamtenversorgung	0 €	186.679 €	189.880 €	191.779 €	193.697 €	195.634 €	3.201	1,71%	8.955	4,80%
	sonst. nicht aufteilbare Personalkosten	0 €	0 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000		10.000	
	Summe:	28.321.681 €	26.158.123 €	25.480.514 €	25.860.385 €	25.989.206 €	26.030.114 €	-677.609	-2,59%	-128.009	-0,49%

Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH

Mittelfristige Finanzplanung

	Kosten / Erlösart	Ist 2006	Ist 2007	Planung 2008	Prognose 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	Abweichung 2008 zu 2007	in %	Abweichung 2011 zu 2007	in %
65	Lebensmittel	1.127.572 €	1.311.390 €	1.416.500 €	1.437.748 €	1.452.125 €	1.473.907 €	105.110	8,02%	162.517	12,39%
66	Med.Bedarf	9.972.019 €	7.758.439 €	7.912.152 €	8.037.984 €	8.116.364 €	8.235.110 €	153.713	1,98%	476.671	6,14%
67	Energie	1.492.632 €	1.455.420 €	1.473.000 €	1.532.300 €	1.547.623 €	1.555.361 €	17.580	1,21%	99.941	6,87%
68	Wirtschaftsbedarf	1.279.074 €	1.631.957 €	1.679.710 €	1.706.042 €	1.722.474 €	1.747.263 €	47.753	2,93%	115.306	7,07%
69	Verwaltungsbedarf	821.205 €	833.312 €	1.098.000 €	959.970 €	969.570 €	984.113 €	264.688	31,76%	150.801	18,10%
70	Personalgestellung	64.214 €	352.421 €	671.562 €	752.759 €	811.248 €	823.417 €	319.141	90,56%	470.996	133,65%
72	Instandhaltung	1.926.271 €	3.128.592 €	2.100.000 €	2.000.000 €	2.000.000 €	2.000.000 €	-1.028.592	-32,88%	-1.128.592	-36,07%
73	Steuern , Abgaben	793.120 €	939.442 €	821.200 €	833.518 €	841.854 €	854.481 €	-118.242	-12,59%	-84.961	-9,04%
74	Zinsen	381.976 €	514.994 €	644.000 €	762.341 €	847.341 €	847.341 €	129.006	25,05%	332.347	64,53%
76	Afa pflegesatzrelev.	1.173.465 €	1.370.952 €	1.358.000 €	1.300.000 €	1.250.000 €	1.200.000 €	-12.952	-0,94%	-170.952	-12,47%
78	sonst. ordentl. Aufwendungen	428.711 €	1.988.249 €	1.967.000 €	1.967.635 €	1.987.174 €	2.016.981 €	-21.249	-1,07%	28.732	1,45%
79	ausserordentl. Aufwendungen	237.850 €	818.528 €	102.500 €	401.500 €	502.515 €	604.053 €	-716.028	-87,48%	-214.475	-26,20%
	Gesamtkosten :	48.019.790 €	48.261.819 €	46.724.139 €	47.552.182 €	48.037.493 €	48.372.140 €	-1.537.680	-3,19%	110.321	0,23%
	Gesamterlöse:	45.277.431 €	45.491.817 €	45.740.194 €	47.702.557 €	48.299.117 €	48.679.116 €	248.377	0,55%	3.187.299	7,01%
	Gesamtergebnis :	-2.742.359 €	-2.770.002 €	-983.945 €	150.376 €	261.624 €	306.976 €	1.786.057	64,48%	3.076.977	111,08%

Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH

Mittelfristige Finanzplanung

	Kosten / Erlösart	Ist 2005	Ist 2006	Ist 2007	Planung 2008	Prognose 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	Abweichung 2008 - 2007	in %	Abweichung 2011 - 2007	in %
40	Erlöse aus Pflegesätzen											
	Pflegesatzerlöse	8.139.003 €	7.856.107 €	7.901.236 €	8.028.000 €	8.108.280 €	8.189.363 €	8.271.256 €	126.764	1,60%	370.020	4,56%
	DRG-Erlöse	47.230.448 €	48.962.057 €	51.842.190 €	53.655.500 €	55.860.955 €	56.675.821 €	57.502.679 €	1.813.310	3,50%	5.660.489	10,13%
	sonst. Entgelte	887.271 €	892.291 €	515.682 €	-67.000 €	159.580 €	161.176 €	162.788 €	-582.682	-112,99%	-352.894	-221,14%
	Summe:	56.256.722 €	57.710.455 €	60.259.108 €	61.616.500 €	64.128.815 €	65.026.359 €	65.936.723 €	1.357.392 €	2,25%	2.512.315	3,92%
41	Erlöse aus Wahlleistungen	481.732 €	509.976 €	543.761 €	538.000 €	537.530 €	542.105 €	539.416 €	-5.761 €	-1,06%	-4.345	-0,81%
42	Erlöse aus Ambulanz	4.953.430 €	5.964.927 €	6.902.819 €	9.961.000 €	10.051.310 €	10.142.523 €	10.188.586 €	3.058.181 €	44,30%	3.285.767	32,69%
43	Erlöse aus Kostenerstattungen	2.816.122 €	3.680.378 €	3.830.353 €	3.804.000 €	3.842.040 €	3.880.460 €	3.899.863 €	-26.353 €	-0,69%	69.510	1,81%
44	Rückvergütungen / Sachbezüge	355.669 €	396.521 €	395.124 €	393.000 €	396.930 €	400.899 €	402.904 €	-2.124 €	-0,54%	7.780	1,96%
45	Erlöse aus Hilfs- / Nebenbetrieben	4.404.943 €	4.562.959 €	5.239.980 €	5.583.579 €	5.595.999 €	5.730.398 €	5.714.084 €	343.599 €	6,56%	474.104	8,47%
47	Zuweisungen / Zuschüsse	289.382 €	168.466 €	121.222 €	103.000 €	104.545 €	105.590 €	106.646 €	-18.222 €	-15,03%	-14.576	-13,94%
51	Zinsen	79.783 €	29.352 €	30.760 €	29.700 €	28.703 €	28.840 €	28.978 €	-1.060 €	-3,45%	-1.782	-6,21%
57	sonst. ordentliche Erlöse	2.043.480 €	1.042.602 €	1.768.382 €	1.255.800 €	1.404.349 €	1.405.713 €	1.407.140 €	-512.582 €	-28,89%	-361.242	-25,72%
59	außerordentliche Erlöse	267.299 €	217.202 €	1.019.352 €	50.000 €	60.750 €	61.258 €	61.770 €	-969.352 €	-95,09%	-957.582	-1576,27%
	Gesamterlöse:	71.948.562 €	74.282.838 €	80.110.861 €	83.334.579 €	86.150.971 €	87.324.146 €	88.286.109 €	3.223.718 €	4,02%	8.175.248	9,49%

Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH

Mittelfristige Finanzplanung

	Kosten / Erlösart	Ist 2005	Ist 2006	Ist 2007	Planung 2008	Prognose 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	Abweichung 2008 - 2007	in %	Abweichung 2011 - 2007	In %
60 -	Personalkosten											
	Ärztlicher Dienst	11.139.047 €	11.401.856 €	12.084.709 €	13.096.594 €	13.659.748 €	13.796.345 €	14.003.290 €	1.011.885 €	8,37%	1.918.581	14,05%
	Pflegedienst	16.361.268 €	16.574.228 €	16.649.094 €	16.587.802 €	16.896.167 €	16.595.645 €	16.521.870 €	-61.292 €	-0,37%	-127.224	-0,75%
	Med.-techn. Dienst (MTD)	4.834.336 €	4.742.630 €	4.645.133 €	5.167.510 €	5.323.146 €	5.376.377 €	5.401.488 €	522.377 €	11,25%	756.355	14,21%
	Funktionsdienst	4.807.701 €	4.895.023 €	4.810.365 €	5.039.731 €	5.139.955 €	5.191.355 €	5.269.225 €	229.366 €	4,77%	458.860	8,93%
	Klin.Hauspersonal	220.728 €	206.683 €	212.524 €	220.307 €	193.176 €	195.108 €	160.510 €	-7.783 €	3,66%	-52.014	-26,93%
	Wirtschafts- / Versorgungsdienst	806.027 €	766.334 €	736.612 €	731.775 €	721.206 €	707.190 €	717.798 €	-4.837 €	-0,66%	-18.814	-2,61%
	Technischer Dienst	865.060 €	871.105 €	823.384 €	880.567 €	918.431 €	927.615 €	941.529 €	57.183 €	6,94%	118.145	12,86%
	Verwaltungsdienst	2.430.526 €	2.568.195 €	2.666.755 €	2.174.603 €	2.268.111 €	2.263.423 €	2.297.375 €	-492.152 €	-18,46%	-369.380	-16,29%
	Sonderdienst	40.900 €	41.188 €	41.198 €	42.434 €	44.259 €	44.701 €	45.372 €	1.236 €	3,00%	4.174	9,43%
	sonst. Personal	1.393.193 €	1.472.323 €	1.537.771 €	1.484.888 €	1.548.738 €	1.564.226 €	1.587.689 €	-52.883 €	-3,44%	49.918	3,22%
	Ausbildungsdienst	294.685 €	202.493 €	145.828 €	154.019 €	160.642 €	162.248 €	164.682 €	8.191 €	5,62%	18.854	11,74%
64	nicht zurechenb. Personalkosten	484.448 €	175.041 €	1.420.028 €	670.000 €	673.225 €	677.507 €	683.149 €	-750.028 €	-52,82%	-736.879	-109,46%
	Summe:	43.677.919 €	43.917.099 €	45.773.401 €	46.250.229 €	47.546.803 €	47.501.741 €	47.793.977 €	476.828 €	1,04%	2.020.576	4,25%
65	Lebensmittel	103.964 €	110.842 €	119.688 €	120.400 €	122.808 €	124.036 €	125.276 €	712 €	0,59%	5.588	4,55%
66	Med.Bedarf	8.352.374 €	8.753.222 €	9.256.768 €	9.645.351 €	9.708.111 €	9.999.355 €	10.299.335 €	388.583 €	4,20%	1.042.567	10,74%
67	Energie	1.763.752 €	2.054.595 €	2.093.913 €	2.189.300 €	2.247.093 €	2.306.541 €	2.367.693 €	95.387 €	4,56%	273.780	12,18%
68	Wirtschaftsbedarf	8.449.980 €	8.510.931 €	9.142.665 €	9.256.900 €	10.539.700 €	10.904.303 €	11.313.121 €	114.235 €	1,25%	2.170.456	20,59%
69	Verwaltungsbedarf	1.212.438 €	1.262.233 €	1.492.776 €	2.132.700 €	2.168.854 €	2.187.292 €	2.205.915 €	639.924	42,87%	713.139	32,88%
72	Instandhaltung	2.942.212 €	2.954.482 €	3.393.510 €	3.500.000 €	3.500.000 €	3.500.000 €	3.500.000 €	106.490	3,14%	106.490	3,04%
73	Steuern , Abgaben	1.099.921 €	1.091.280 €	1.469.106 €	1.039.850 €	1.055.448 €	1.066.002 €	1.076.662 €	-429.256	-29,22%	-392.444	-37,18%
74	Zinsen	178.886 €	235.942 €	347.601 €	376.000 €	361.000 €	347.000 €	333.000 €	-28.399	8,17%	-14.601	-4,04%
76	Afa pflegesatzrelev.	49.543 €	336.583 €	994.855 €	615.000 €	616.725 €	617.892 €	619.071 €	-379.855	-38,18%	-375.784	-60,93%
78	sonst. ordentl. Aufwendungen	3.056.858 €	3.907.310 €	4.884.678 €	7.790.250 €	7.907.104 €	7.986.175 €	8.066.037 €	2.905.572	59,48%	3.181.359	40,23%
79	ausserordentl. Aufwendungen	423.301 €	683.681 €	601.908 €	175.000 €	177.625 €	179.401 €	181.195 €	-426.908	-70,93%	-420.713	-236,85%
	Gesamtkosten :	71.311.148 €	73.818.200 €	79.570.869 €	83.090.980 €	85.951.270 €	86.719.739 €	87.881.283 €	3.520.110,98 €	4,42%	8.310.414	9,67%
	Gesamtergebnis :	637.414 €	464.638 €	539.992 €	243.599 €	199.701 €	604.406 €	404.826 €	-296.393 €	-54,89%	-135.166	-67,68%

Beteiligungen

Beteiligungen des Oberbergischen Kreises (Stand: 31.12.2008)

Unternehmen	Höhe der Beteiligung Euro	Höhe der Beteiligung %	Zweck der Beteiligung
1	3	4	5

1. Versorgungsunternehmen

1.1	Klinikum Oberberg GmbH	940.300,00 €	47,85%	Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen
1.2	Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH	64.050,00 €	6,26%	- " -
1.3	Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH	67.350,00 €	6,27%	- " -

2. Verkehrsunternehmen

2.1	OVAG	2.352.000,00 €	50%	Sicherung des öffentlichen Personennahverkehrs

3. Rundfunk

3.1	Radio Rhein-Berg/Oberberg GmbH & Co.	16.105,69 €	6,3%	Lokalfunk

Beteiligungen des Oberbergischen Kreises (Stand: 31.12.2008)

Unternehmen	Höhe der Beteiligung Euro	Höhe der Beteiligung %	Zweck der Beteiligung
1	3	4	5

4. Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften / Genossenschaften / Volksbanken

4.1 Gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgenossenschaft eG Bergneustadt	306,78 €	unter 1 %	Errichtung und Bewirtschaftung von Kleinwohnungen
4.2 Gemeinnützige Baugenossenschaft eG Ründeroth	260,00 €	unter 1 %	- " -
4.3 Kreisbaugenossenschaft Waldbröl eG	5.112,92 €	6,09%	- " -
4.4 Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft eG Radevormwald	5.112,92 €	unter 1 %	- " -
4.5 Volksbank Wipperfürth eG	193,64 €	unter 1 %	

Im Zuge der Beratungen zum Haushalt 2007 wurde von Seiten der politischen Parteien die Kündigung diverser Beteiligungen beantragt und mehrheitlich beschlossen. Die o. g. Beteiligungen (4.1 - 4.5) wurden bereits 2007 gekündigt, aufgrund der Besonderheiten des Genossenschaftsrechts werden die Kündigungen und die Auszahlungen der Geschäftsguthaben teilweise erst 2010 wirksam.

Beteiligungen des Oberbergischen Kreises (Stand: 31.12.2008)

Unternehmen	Höhe der Beteiligung Euro	Höhe der Beteiligung %	Zweck der Beteiligung
1	3	4	5

5. Wirtschaftsförderung

5.1 Oberbergische Aufbau GmbH	204.600,00 €	32,4710%	Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Oberbergischen Kreises
5.2 GTC - Gründer- u. Technologie Centrum Gummersbach GmbH	25.600,00 €	3,52%	Förderung von Innovationen u. Existenzgründungen sowie des Technologietransfers zwischen Wissenschaft u. Unternehmen
5.3 Naturarena Bergisches Land GmbH	7.500,00 €	30%	Förderung des Tourismus in Kooperation mit Köln-Tourismus

Zuwendungen an die Kreistagsfraktionen

gem. § 40 Abs. 3 KrO

Zuwendungen an Fraktionen - Teil A: Geldleistungen

Nr.	Fraktion	Haushaltsansatz		Ergebnis der Jahresrechnung 2007 Euro	Erläuterungen
		2009 Euro	2008 Euro		
1	2	3	4	5	6
1	CDU - Kreistagsfraktion	37.800	37.800	37.800	Nach § 40 KrO i.V.m. § 12 der Hauptsatzung für den Oberbergischen Kreis gewährt der Kreis den Fraktionen folgende Zuwendungen zu den sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung: 1. Grundbetrag je Fraktion 8.640,00 Euro jährlich 2. Betrag je Fraktionsmitglied 1.080,00 Euro jährlich Für 2009 ergibt sich ein Gesamtzuwendungsbetrag von 103.680 Euro. Dieser kann sich jedoch aufgrund der Kommunalwahl 2009 verändern. Geldwerte Leistungen werden nicht gewährt.
2	SPD - Kreistagsfraktion	27.000	27.000	27.000	
3	FDP/FWO - Kreistagsfraktion	14.040	14.040	14.040	
4	Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	14.040	14.040	14.040	
5	UWG - Kreistagsfraktion	10.800	10.800	10.800	

Zuwendungen an Fraktionen - Teil B: Geldwerte Leistungen

Fraktion: CDU-Kreistagsfraktion, SPD-Kreistagsfraktion, Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP/FWO-Kreistagsfraktion und UWG-Kreistagsfraktion				
Zweckbestimmung	Geldwert			Erläuterungen
	2009	2008	mehr (+) weniger (-)	
Euro	Euro	Euro	Euro	
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit	0	0		
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)				
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)				
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen				
2. Bereitstellung von Fahrzeugen	0	0		
3. Bereitstellung von Räumen	0	0		
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle				
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen				
4. Bereitstellung einer Büroausstattung	0	0		
4.1 Büromöbel und -maschinen				
4.2 sonstiges Büromaterial				
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für	0	0		
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)				
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften				
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen				
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage				
6. Sonstiges	0	0		

Finanzstellen (PSP-I)

Verzeichnis der Finanzstellen (PSP-I)

Finanzstelle	Beschreibung	Amt
5.101002	Einrichtung Telearbeitsplätze	Amt 10
5.101010	GWG, Inventar, Bewegl. Vermögen	Amt 10
5.101020	Verwaltungsvermögen (über 410 EUR)	Amt 10
5.103010	GwG Hard-/Software (bis 410 EUR)	Amt 10
5.103020	BuG Hard-/Software (über 410 EUR)	Amt 10
5.200010	Rückzahlung Geschäftsanteile (Beteilig.)	Amt 20
5.208550	Ersatzbeschaffung, Geräte (Forsten)	Amt 20
5.230350	Ersatzbeschaffung, Geräte (ZIM)	Amt 23
5.231300	Erweiterung Brandschutzzentrum	Amt 23
5.232400	Ersatzbeschaffung, Geräte (ZIM-BK)	Amt 23
5.232410	Fassadensanierung BK-Dieringhausen	Amt 23
5.232414	Erweiterung BK-Wipperfürth	Amt 23
5.232770	Ausbau FS f. emotionale u. soziale Entw.	Amt 23
5.233211	Erweit.Schl.Hom. (Zuschuss)	Amt 23
5.321001	Jagd Waffen i. R. d. Jägerprüfung	Amt 32
5.321002	Kfz-Bus (Ausländeramt)	Amt 32
5.323001	LZ / Förderung des Feuerschutzes	Amt 32
5.323002	GWG, Geräte, Inventar (BSZ)	Amt 32
5.323004	Ausstattung Kreisleitstelle	Amt 32
5.323005	Abrollbehälter Atemschutz	Amt 32
5.323006	Ausstattung (Katastrophenschutz)	Amt 32
5.323008	Ausstattung der Rettungswachen	Amt 32
5.360001	Verkehrssicherung, Geräte etc.	Amt 36
5.400010	BuG - BK Dieringhausen (über 410 EUR)	Amt 40
5.400020	GwG - BK Dieringhausen	Amt 40
5.400030	BuG - BK Gummersbach (über 410 EUR)	Amt 40
5.400040	GwG - BK Gummersbach	Amt 40
5.400050	BuG - BK Wipperfueth (über 410 EUR)	Amt 40
5.400060	GwG - BK Wipperfürth	Amt 40
5.400110	BuG - Helen-Keller-Schule (Wiehl)	Amt 40
5.400120	GwG - Helen-Keller-Schule (Wiehl)	Amt 40
5.400130	BuG - Anne-Frank-Schule (W'fürth)	Amt 40
5.400140	GwG - Anne-Frank-Schule (W'fürth)	Amt 40
5.400150	BuG - FS Sprache (Oberwiehl)	Amt 40
5.400160	GwG - FS Sprache (Oberwiehl)	Amt 40
5.400170	BuG - Schule f. Kranke (Windhagen)	Amt 40
5.400180	GwG - Schule f. Kranke (Windhagen)	Amt 40
5.400190	BuG - FS Emot. Entwickl. (Vollmerh.)	Amt 40
5.400200	GwG - FS Emot. Entwickl. (Vollmerh.)	Amt 40

Finanzstelle	Beschreibung	Amt
5.410000	Museumsgut u. Exponate	Amt 41
5.410010	BuG - Inventar über 410 EUR (Museum)	Amt 41
5.410020	GwG - Inventar unter 410 EUR (Museum)	Amt 41
5.410030	BuG - Kulturgeschichtl. Dauerausst.	Amt 41
5.410040	GwG - Kulturgeschichtl. Dauerausst.	Amt 41
5.530000	Geräte f. schul-/ärztl. Bereich	Amt 53
5.610000	Grunderw. Maßn. innerh./außerh. LP	Amt 61
5.610010	Durchf. Ersatzmaßn.	Amt 61
5.660010	Eigenfinanz. Straßenbaumaßnahmen	Amt 66
5.660020	Planung der Kreisstraßenprojekte	Amt 66
5.660030	Straßenbegleit. Radwege	Amt 66
5.661701	Verk.sich. K17 Oberbr.	Amt 66
5.661801	Ausbau K18/39 Dohrgaul	Amt 66
5.662301	Verk.sich. K23 Belmicke	Amt 66
5.662302	Knoten K23/Bahnstr.	Amt 66
5.662303	Knoten K23/B55	Amt 66
5.662401	Umbau K24 Schmitzhöhe	Amt 66
5.662801	Verlängerung K28	Amt 66
5.664501	Ausbau K45/L306	Amt 66
5.665201	Kreisverkehrsplatz K52	Amt 66

Finanzpositionen	Bezeichnung
681200	Investitionszu. vom Land
681900	Investitionszu. von übrigen Bereichen
682200	Veräußerung Grundstücke
682400	Veräußerung Finanzanlagen
682500	Veräußerung bewegliche Sachen AV
782200	Erwerb von unbebauten Grundstücken
783100	Abwicklung von Baumaßnahmen
782600	Erwerb bewegliche Sachen AV > 410 Euro
782700	Erwerb bewegliche Sachen AV < 410 Euro

Produktübersicht

Produkt- bereich	Produkt- gruppe	Produkt	Teilprodukt	PSP-Element in Bezeichnung		zuständig Produktgruppen	zuständig Produkt	Amt	entspricht etwa kameratelem UA																												
01				1.01 Innere Verwaltung		AV																															
				1.01.01 Politische Gremien																																	
				01.01.01	Kreislag und Ausschüsse / Fraktionen und sonstige Sitzungen					AV	10	0000 / 0090																									
				1.01.02 Verwaltungsführung						AV		10	0000 / 0200																								
				01.02.01	Entwicklung von Konzepten und Rahmenregelungen / sonstige Steuerungsunterstützung																																
				1.01.03 Gleichstellung von Frau und Mann																																	
				01.03.01	Gleichstellung von Frau und Mann									AV	19	0250																					
				1.01.04 Beschäftigtenvertretung										PR		PR	0810																				
				01.04.01	Personalrat																																
				1.01.05 Rechnungsprüfung														Dez II																			
				01.05.01	Rechnungsprüfung und Beratung																																
				01.05.02	Prüfungen für Dritte																																
				1.01.06 Zentrale Dienste																		AV, Dez II															
				01.06.01	Druckerei																																
				01.06.02	Poststelle																																
				01.06.03	Bürgerservice																																
				01.06.04	Fuhrpark																																
				01.06.05	Sonstige zentrale Dienste																																
				01.06.06	Zentrale Bußgeldstelle																																
				01.06.06.01	Bußgelder Abfallwirtschaft																																
				01.06.06.02	Bußgelder Bauordnung																																
				01.06.06.03	Bußgelder Gewässerschutz																																
				01.06.06.04	Bußgelder Ordnungsamt																																
				01.06.06.05	Bußgelder Sonstige Ordnungswidrigkeiten																																
				01.06.06.06	Bußgelder Veterinäraufsicht																																
				01.06.06.07	Bußgelder Verkehrsrechtliche Genehmigungen																																
				01.06.07	Submission, Datenschutz, AGG, sonst.																																
				1.01.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit																						AV											
				01.07.01	Medien																																
				1.01.08 Personalmanagement																										AV (Dez III, Dez IV)							
				01.08.01	Personalsteuerung und -entwicklung																																
				01.08.02	Personalausbildung und -qualifizierung																																
01.08.03	Personalbetreuung																																				
01.08.04	Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz																																				
1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen		Dez I																																			
01.09.01	Haushaltssteuerung																																				
01.09.01.01	Beteiligungen (allgemein)																																				
01.09.01.02	KSK - Kreissparkasse Köln (Gewinnbeteiligung)																																				
01.09.01.03	Radio Berg GmbH & Co. KG																																				
01.09.01.04	Rheinisches Studieninstitut Köln																																				
01.09.01.05	BAV - Bergischer Abfallwirtschaftsverband																																				
01.09.02	Kasse und Vollstreckung																																				
01.09.02.01	Zahlungsabwicklung																																				
01.09.02.02	Vollstreckung																																				
1.01.10 Organisationsangelegenheiten und technischer Unterstütz						AV, Dez III, Dez IV																															
Informationsverarbeitung																																					
01.10.01	Informationstechnische Infrastruktur																																				
01.10.01.01	Amt 10																																				
01.10.01.02	Amt 40																																				
01.10.01.03	Amt 62																																				
01.10.02	Organisationsangelegenheiten																																				
1.01.11 Recht										Dez II																											
01.11.01	Rechtsangelegenheiten																																				
1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement														Dez IV																							
01.12.01	Grundstücks- und Gebäudemanagement																																				
1.01.13 Technisches Immobilienmanagement																		Dez IV																			
01.13.01	Unterhaltungen und Baumaßnahmen																																				
1.01.14 Kommunalaufsicht																						Dez I															
01.14.01	Kommunalaufsicht																																				
1.01.15 Kreispolizeibehörde																										AV											
01.15.01	Kreispolizeibehörde																																				
01.15.01.01	Polizeiliche Erlaubnisse																																				
01.15.01.02	Polizeiliche Begleitung von Schwertransporten																																				
01.15.01.03	Falschalame																																				
01.15.01.04	sonstige Verwaltungsgebühren																																				
1.02 Sicherheit und Ordnung																														Dez I							
1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten																																					
02.01.01	Allgemeine Gefahrenabwehr																																				
02.01.01.01	Jagd und Fischerei																																				
02.01.02	Gewerbe und Handwerk																																				
02.01.02.01	Schornsteingefährsicht																																				
1.02.02 Verbraucherschutz		Dez II																																			
02.02.01	Verbraucherschutz																																				
1.02.03 Tiergesundheit																																		Dez II			
02.03.01	Tiergesundheit																																				
1.02.04 Verkehrsangelegenheiten																																					
02.04.01	Verkehrsregelung und -lenkung																																				
02.04.02	Überwachung des fließenden Verkehrs																																				
02.04.02.01	Polizeiliche Geschwindigkeitsanzeigen																																				
02.04.02.02	Geschwindigkeitsüberwachung																																				
02.04.03	Verkehrsrechtliche Genehmigungen																																				
02.04.04	Verkehrserziehung und -aufklärung																																				
1.02.05 Fahr- und Beförderungserlaubnisse						Dez II																															
02.05.01	Fahr- u. Beförderungserlaubnisse																																				
1.02.06 Kfz-Angelegenheiten										Dez II																											
02.06.01	Zulassung																																				
02.06.02	Überwachung der Halterhaltung																																				
1.02.07 Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen														Dez I																							
02.07.01	Einwohnerangelegenheiten																																				
02.07.01.01	Einbürgerungen																																				
02.07.02	Regelung des Aufenthalts von Ausländern																																				
02.07.02.01	Humanitäre Aufenthalte																																				

Produkt- bereich	Produkt- gruppe	Produkt	Teilprodukt	PSP-Element in Bezeichnung SAP	zuständig Produktgruppen	zuständig Produkt	Amt	entspricht etwa kammeralem UA
02	02.08	02.08.01	Statistik	1.02.08	Dez IV	Dez IV	61	9510
				1.02.08.01				
	02.09	02.09.01	Wahlen	1.02.09	AV	AV	10	9520
				1.02.09.01				
	02.10	02.10.01	Brandschutz	1.02.10	Dez I	Dez I	32	1300
				02.10.01.01				
				02.10.01.02				
				02.10.01.03				
				02.10.01.04				
				02.10.02				
				02.10.02.01				
				02.10.02.02				
				1.02.11	Dez I	Dez I	32	1300
				1.02.11.01				
				1.02.11.01				
03	03.01	03.01.01	Förderschulen	1.03	Dez III	Dez III		
				1.03.01.01				
				03.01.01.01				
				03.01.01.02				
				03.01.02.01				
				1.03.01.03				
				1.03.01.03				
				03.01.03.01				
				03.01.04				
				03.01.05				
	03.02	03.02.01	Berufskollegs	1.03.02	Dez III	Dez III	40	2412 / 2464 / 2465 / 2471
				1.03.02.01				
				03.02.01.01				
				1.03.02.02				
				03.02.02				
				03.02.02.01				
				1.03.02.03				
				03.02.03				
				03.02.03.01				
				1.03.03	Dez III	Dez III	40	9000
04	04.01	04.01.01	Kommunale Veranstaltungen/ Kulturförderung	1.04.01	Dez I	Dez I	41	3000 / 3120 / 3320 / 3410 / 3430
				1.04.01.01				
				04.01.01.01				
				04.01.01.02				
				1.04.02	Dez I	Dez I	41	3000 / 3211
				1.04.02.01				
				04.02.01.01				
				1.04.02.02				
				04.02.02.01				
				1.04.02.03	Dez I	Dez I	43	3510
	04.02	04.02.01	Sonstige schulische Aufgaben	1.03.04	Dez III	Dez III	40	2931
				1.03.04.01				
				1.03.04.02				
				1.03.04.03				
				1.04.03	Dez I	Dez I	41	3210 / 3211
				1.04.03.01				
				1.04.03.01.01				
				1.04.03.01.02				
				1.04.04	Dez III	Dez III	40	3220
				1.04.04.01				
				1.05	Dez III	Dez III	50	4000 / 4980
05	05.01	05.01.01	Unterstützung von Senioren	1.05.01	Dez III	Dez III	50	4000 / 4980
				1.05.01.01				
				1.05.01.02				
				1.05.02	Dez III	Dez III	50	1100
				1.05.02.01				
				1.05.02.02				
				1.05.02.03				
				1.05.02.04				
				1.05.02.05				
				1.05.02.06				
	05.02	05.02.01	Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit und in anderen Lebenslagen	1.05.02	Dez III	Dez III	50	4000 / 4010 / 4121 / 4131 / 4141 / 4400 / 4700 / 4701 / 4900 / 4980
				1.05.02.01				
				1.05.02.02				
				1.05.02.03				
				1.05.02.04				
				1.05.02.05				
				1.05.02.06				
				1.05.03	Dez III	Dez III	50	4000 / 4050 / 4100 / 4820
				1.05.03.01				
				1.05.03.02				
	05.03	05.03.01	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen	1.05.03	Dez III	Dez III	50	4100, 4850, ??
				1.05.03.01				
				1.05.03.02				
				1.05.03.03				
				1.05.03.04				
				1.05.04	Dez III	Dez III	50	4100
				1.05.04.01				
				1.05.04.02				
				1.05.04.03				
				1.05.04.04				
	05.04	05.04.01	Rechtliche Vertretung Volljähriger - Betreuung, Vollmacht -	1.05.04	Dez III	Dez III	51	4070 / 4860
				1.05.04.01				
				1.05.04.02				
				1.05.04.03				
				1.05.04.04				
				1.05.04.05				
				1.05.04.06				
				1.05.04.07				
				1.05.04.08				
				1.05.04.09				

Produkt- bereich	Produkt- gruppe	Produkt	Teilprodukt	PSP-Element in Bezeichnung SAP	zuständig Produktgruppen	zuständig Produkt	Amt	entspricht etwa kameratelem UA	
06	06.01	06.01.01	06.01.01.01	1.06	Dez III				
				Kinder-, Jugend- und Familienhilfe					
	06.02	06.02.01	06.02.01.01	1.06.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	Dez III	Dez III	51	4070 / 4540 / 4640
				1.06.02	Jugendarbeit und Familienförderung	Dez III	Dez III	51	4640
	06.03	06.03.01	06.03.01.01	1.06.02.01	Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit	Dez III	Dez III	51	4070 / 4510 / 4600 / 4601
				1.06.02.01.01	LZ Förderung offene Kinder- und Jugendarbeit	Dez III	Dez III	51	4600
				1.06.02.02	Jugendsozialarbeit	Dez III	Dez III	51	4070 / 4520
				1.06.02.03	Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie	Dez III	Dez III	51	4070 / 4620 / 4651
				1.06.02.04	Erzieherische Kinder- und Jugendenschutz	Dez III	Dez III	51	4070 / 4520
				1.06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	Dez III	Dez III	51	
1.06.03.01				Hilfen zur Erziehung und sonst. Hilfen	Dez III	Dez III	51	4070 / 4530 / 4550 / 4561 / 4651	
1.06.03.01.01				Institutionelle Erziehungsberatung	Dez III	Dez III	51	4070 / 4651	
1.06.03.01.02				Soziale Gruppenarbeit	Dez III	Dez III	51	4070	
1.06.03.01.03				Erziehungsbeistandschaft	Dez III	Dez III	51	4070	
1.06.03.01.04	Sozialpädagogische Familienhilfe	Dez III	Dez III	51	4070				
1.06.03.01.05	Erziehung in einer Tagesgruppe	Dez III	Dez III	51	4070				
1.06.03.01.06	Vollzeitpflege	Dez III	Dez III	51	4070				
1.06.03.01.07	Unterbringung in Heimen / sonstigen betreuten Wohnformen	Dez III	Dez III	51	4070 / 4550				
1.06.03.01.08	Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung	Dez III	Dez III	51	4070 / 4550				
1.06.03.01.09	Gemeinsame Wohnformen für (werdende) Mütter oder Väter und Kinder	Dez III	Dez III	51	4070 / 4561				
1.06.03.01.10	Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche	Dez III	Dez III	51	4070 / 4530				
1.06.03.01.11	Flexible erzieherische Hilfe	Dez III	Dez III	51	4070				
1.06.03.02	Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen	Dez III	Dez III	51	4070 / 4071				
1.06.03.03	Beratungsangebote	Dez III	Dez III	51	4070 / 4650 / 4661				
1.06.03.04	Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren	Dez III	Dez III	51	4070 / 4570				
1.06.03.05	Unterhaltsvorschussleistungen, Antispiesschaft und -vormundschaft	Dez III	Dez III	51	4070 / 4810				
1.06.04	Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz	AV	AV						
1.06.04.01	Eliergeld	1.06.04.01			AV	AV	11	4030	
07	07.01	07.01.01	07.01.01.01	1.07	Dez III				
				Gesundheitsdienste					
	07.01.02	07.01.02.01	07.01.02.01.01	1.07.01	Koordinat ion, Planung und Berichterstattung im Gesundheitsbereich	Dez III	Dez III	53	5000
				1.07.01.02	Ärztliche/zahnärztliche Prävention und Gesundheitsförderung;	Dez III	Dez III	53	5000 / 5010
	07.02	07.02.01	07.02.01.01	1.07.02.01	Schwerpunkt Kinder und Jugendliche	AV, Dez III	AV, Dez III	11, 50	4980
				1.07.02.01	Ambulante Sprachheilversonge	Dez III	Dez III	53	5000
	07.03	07.03.01	07.03.01.01	1.07.03	Gutachten und Stellungnahmen	Dez III	Dez III	53	
				1.07.03.01	Gmns-, Gerichts-, Vertrauens- und Amtsnahrärztliche Gutachten	Dez III	Dez III	53	5000 / 5413
	07.04	07.04.01	07.04.01.01	1.07.04	Gesundheitsschutz	Dez III	Dez III	53	
				1.07.04.01	Infektions- und umweltbezogener Gesundheitsschutz	Dez III	Dez III	53	5000
1.07.04.02	Medizinalaufsicht	1.07.04.02		Dez III	Dez III	53	5000		
08	08.01	08.01.01	08.01.01.01	1.08	Dez III				
				Sportförderung					
09	09.01	09.01.01	09.01.01.01	1.08.01	Dez III				
				Sportförderung					
09	09.01	09.01.01	09.01.01.01	1.09	Dez IV				
				Räumliche Planung					
	09.01.02	09.01.02.01	09.01.02.01.01	1.09.01	Kreisentwicklungsplanung, Raum- und Umweltinformation	Dez IV	Dez IV	61	6100
				1.09.01.02	Betreuung von Verfahren externer Planungsträger	Dez IV	Dez IV	61	6100
	09.02	09.02.01	09.02.01.01	1.09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten	Dez IV	Dez IV	62	6110
				1.09.02.01	Geodätischer Raumbezug	Dez IV	Dez IV	62	6110
	09.02.02	09.02.02.01	09.02.02.01.01	1.09.02.02	Liegenschafts- und Ingenieurvermessung	Dez IV	Dez IV	62	6110
				1.09.02.02.01	Vermessungstätigkeit für Dritte	Dez IV	Dez IV	62	6110
	09.02.03	09.02.03.01	09.02.03.01.01	1.09.02.03	Verwaltungsinterne Vermessungstätigkeit	Dez IV	Dez IV	62	6110
				1.09.02.03	Führung der Liegenschaft Flurstücke und Gebäude	Dez IV	Dez IV	62	6110
09.02.04	09.02.04.01	09.02.04.01.01	1.09.02.04	Übernahme beigebrachter Vermessungsschriften	Dez IV	Dez IV	62	6110	
			1.09.02.04.01	Übernahme eigener Vermessungsschriften	Dez IV	Dez IV	62	6110	
09.02.05	09.02.05.01	09.02.05.01.01	1.09.02.05	Erhebung und Führung der Nutzung, Topografie und Bodenschätzung	Dez IV	Dez IV	62	6110 / 6120	
			1.09.02.05.01	Führung der Personen- und Bestandsdaten	Dez IV	Dez IV	62	6110	
1.09.02.06	1.09.02.06.01	1.09.02.06.01.01	1.09.02.06	Erneuerung des Liegenschaftskatasters	Dez IV	Dez IV	62	6110	
09.03	09.03.01	09.03.01.01	09.03.01.01.01	1.09.03	Dez IV				
				Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement					
	09.03.01.02	09.03.01.02.01	09.03.01.02.01.01	1.09.03.01	Bereitstellung von Geodaten und kartografischen Produkten	Dez IV	Dez IV	62	6110
				1.09.03.01.02	Nutzung von Abtufverfahren	Dez IV	Dez IV	62	6110
	09.03.02	09.03.02.01	09.03.02.01.01	1.09.03.02	Betrieb von Abtufverfahren	Dez IV	Dez IV	62	6110
				1.09.03.02.01	Abgabe von Geodaten und kartografischen Produkten	Dez IV	Dez IV	62	6110 / 6120
	09.03.02.02	09.03.02.02.01	09.03.02.02.01.01	1.09.03.02.02	Abgabe von Geobasisdaten digital (Gebühr)	Dez IV	Dez IV	62	6110
				1.09.03.02.02.01	Abgabe von Geobasisdaten analog (Gebühr)	Dez IV	Dez IV	62	6110
	09.03.02.03	09.03.02.03.01	09.03.02.03.01.01	1.09.03.02.03	Abgabe von Geobasisdaten digital (Entgelt)	Dez IV	Dez IV	62	6110
				1.09.03.02.03.01.01	Abgabe von Geobasisdaten analog (Entgelt)	Dez IV	Dez IV	62	6110
09.03.02.04	09.03.02.04.01	09.03.02.04.01.01	1.09.03.02.04	Kartentechnische Auftragsarbeiten intern	Dez IV	Dez IV	62	6110	
			1.09.03.02.04.01.01	Kartentechnische Auftragsarbeiten für Dritte	Dez IV	Dez IV	62	6110	
09.03.02.05	09.03.02.05.01	09.03.02.05.01.01	1.09.03.02.05	Beschneidungen	Dez IV	Dez IV	62	6110	
			1.09.03.02.05.01.01	Unschädlichkeitszeugnisse	Dez IV	Dez IV	62	6110	
09.03.02.06	09.03.02.06.01	09.03.02.06.01.01	1.09.03.02.06	Einnahmen für Dritte (Entgelte für Land)	Dez IV	Dez IV	62	6110	
			1.09.03.02.06.01.01	Abgabe von Geobasisdaten des Vermessungszahlenwerks	Dez IV	Dez IV	62	6110	
09.03.02.07	09.03.02.07.01	09.03.02.07.01.01	1.09.03.02.07	Vermessungsunterlagen ohne MwSt	Dez IV	Dez IV	62	6110	
			1.09.03.02.07.01.01	Vermessungsunterlagen mit MwSt	Dez IV	Dez IV	62	6110	
09.04	09.04.01	09.04.01.01	09.04.01.01.01	1.09.04	Dez IV				
				Grundstückswertermittlung					
	09.04.01.02	09.04.01.02.01	09.04.01.02.01.01	1.09.04.01	Gutachterauschluss für Grundstückswerte	Dez IV	Dez IV	62	6120
				1.09.04.01.02.01	Gutachten	Dez IV	Dez IV	62	6120
	09.04.01.03	09.04.01.03.01	09.04.01.03.01.01	1.09.04.01.03	Auskünfte, Auswertungen	Dez IV	Dez IV	62	6120
				1.09.04.01.03.01.01	Weitermittlungen für kommunale Zwecke	Dez IV	Dez IV	62	6120
	09.04.01.04	09.04.01.04.01	09.04.01.04.01.01	1.09.04.01.04	Markenberichte	Dez IV	Dez IV	62	6120
				1.09.04.01.04.01.01	Bodenrichtwerte	Dez IV	Dez IV	62	6120

Produkt- bereich		Produkt- gruppe	Produkt	Teilprodukt	PSP-Element in Bezeichnung SAP		zuständig Produktgruppen		zuständig Produkt	Amt	entspricht etwa kamerateil UA						
10	10.01	10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	1.10		Dez IV											
				1.10.01													
		10.01.01	Untere Bauaufsicht	1.10.01.01			Dez IV	65	6130								
		10.01.02	Bauordnungsbehördliche Verfahren	1.10.01.02			Dez IV	65	6130								
	10.02	10.02.01	Denkmalschutz u. Denkmalpflege	1.10.02		Dez IV		65	6130								
				1.10.02.01													
	10.03	10.03.01	Wohnungsbauförderung	1.10.03		AV		80	6200								
				1.10.03.01													
	10.04	10.04.01	Wohnraumsicherung und -versorgung	1.10.04		Dez III		50	6200								
				1.10.04.01													
10.05	10.05.01	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht	1.10.05		Dez IV		65	6130									
			1.10.05.01														
11			Ver- und Entsorgung	1.11													
12	12.01	12.01	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	1.12		Dez IV											
				1.12.01													
		12.01.01	Öffentliche Verkehrsflächen	1.12.01.01			Dez IV	66	6020 / 6500								
		12.01.02	Neu-, Um- und Ausbau von Kreisstraßen	1.12.01.02			Dez IV	66	6020 / 6500								
	12.02	12.02.01	ÖPNV	1.12.02		Dez IV		61	8200								
				1.12.02.01													
				Investitionsförderung Verkehrsunternehmen	1.12.02.01.01			Dez IV	61	8200							
				OVAG Verkehrsunternehmen	1.12.02.01.02			Dez IV	61	8200							
				VRS Zweckverband/GmbH	1.12.02.01.03			Dez IV	61	8200							
	13	13.01	13.01	Natur- und Landschaftspflege	1.13		Dez II, Dez IV										
1.13.01																	
13.01.01					Landschaftsschutz, Landschaftspflege	1.13.01.01								Dez II	67	1200	
13.01.02					Landschaftsplanung, Landschaftsentwicklung	1.13.01.02								Dez IV	61	6101, z.T. 3601	
				Landschaftsplanungsmaßnahmen	1.13.01.02.01			Dez IV	61								
				Landschaftsplanung	1.13.01.02.02			Dez IV	61								
13.02		13.02.01	Wald, Forst- und Landwirtschaft	1.		Dez I		20	8550								
				1.13.02.01													
14		14.01	14.01	Umweltschutz	1.14		Dez II										
					1.14.01												
	14.01.01				Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser	1.14.01.01								Dez II	67	1106	
	14.01.02				Bodenschutz und Altlasten	1.14.01.02								Dez II	67	1105/7220	
				Abfall	1.14.01.03			Dez II	67	1107							
				Immissionsschutz	1.14.01.04			Dez II	67	1104/6900							
	14.01.04	14.01.04	Gewässerschutz, Gewässerbewirtschaftung, Abgrabungen	1.14.01.04		AV		80	7800 / 78.10 / 79.10 / 79.11								
				1.14.01.04													
	15	15.01	15.01.01	Wirtschaftsförderung	1.15		AV		80	7900							
					1.15.01												
1.15.01.01																	
1.15.01.01																	
				Bestandspflege und -entwicklung, Unterstützung von Ansiedlung und Gründung	1.15.01.01			AV	80	7910							
				RAL-Gütescheinen	1.15.01.01.01			AV	80	7910							
				REGIONALE 2010	1.15.01.01.02			AV	80	7910							
				Umsetzung / Qualifizierung Projekte Regionale 2010	1.15.01.01.03			AV	80	7910							
				Maßnahmen zur Berufsorientierung und Vorbereitung	1.15.01.01.04			AV	80	7910							
				Aufbau regionale EFRE Struktur	1.15.01.01.05			AV	80	7910							
			Beteiligung Kosten GO Mit	1.15.01.01.06			AV	80	7910								
			Verein Köln / Bonn e.V.	1.15.01.01.07			AV	80	7910								
			GTC Gummersbach	1.15.01.01.08			AV	80	7910								
15.02	15.02.01	15.02	Tourismus	1.15.02		AV		80	7900								
				1.15.02.01													
16	16.01	16.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	1.16		Dez I		20	9000								
				1.16.01													
				1.16.01.01													
				1.16.01.01													
16.02	16.02.01	16.02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	1.16.02		Dez I		20	9120 / 9160								
				1.16.02.01													
16	65	126	105														